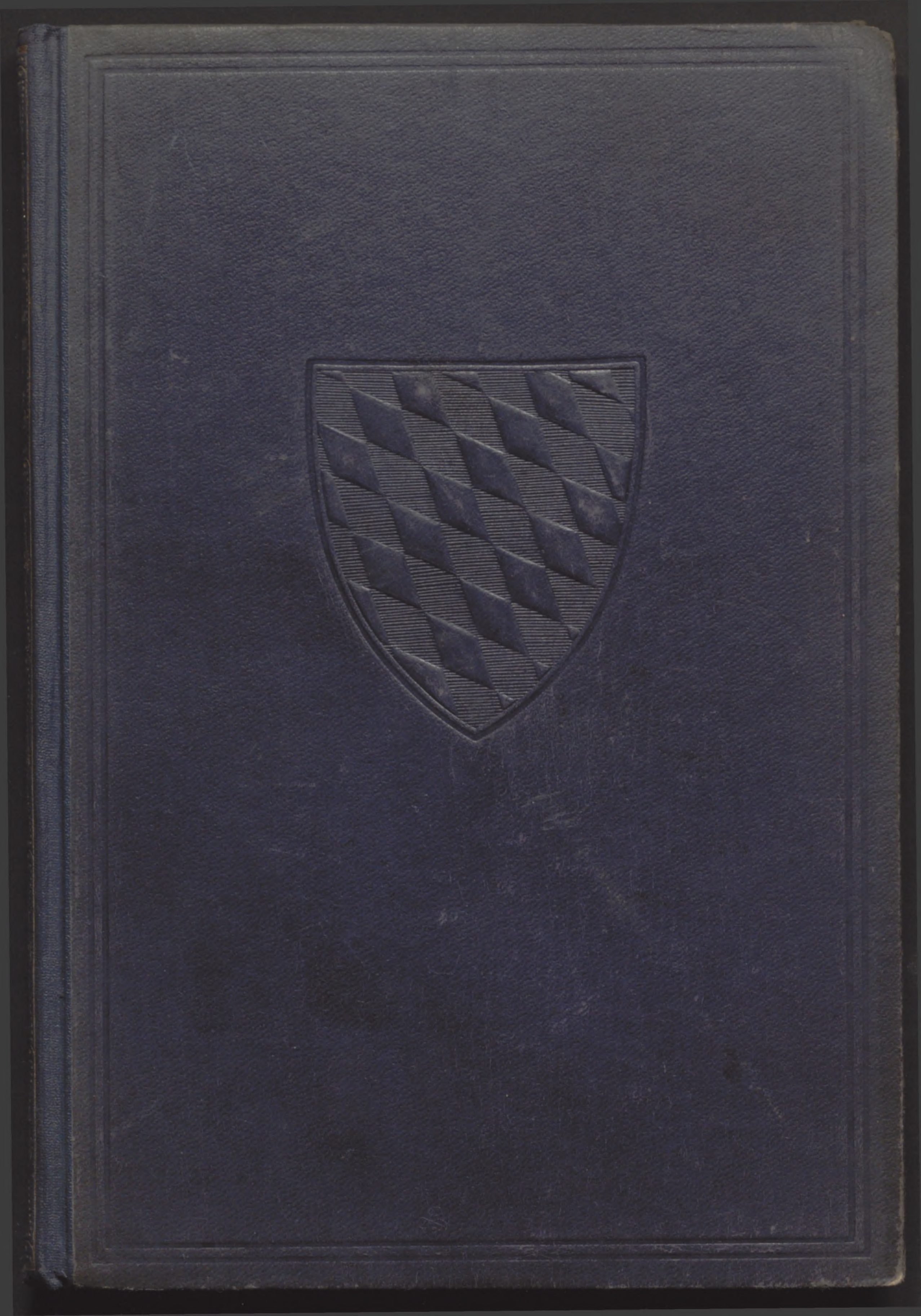
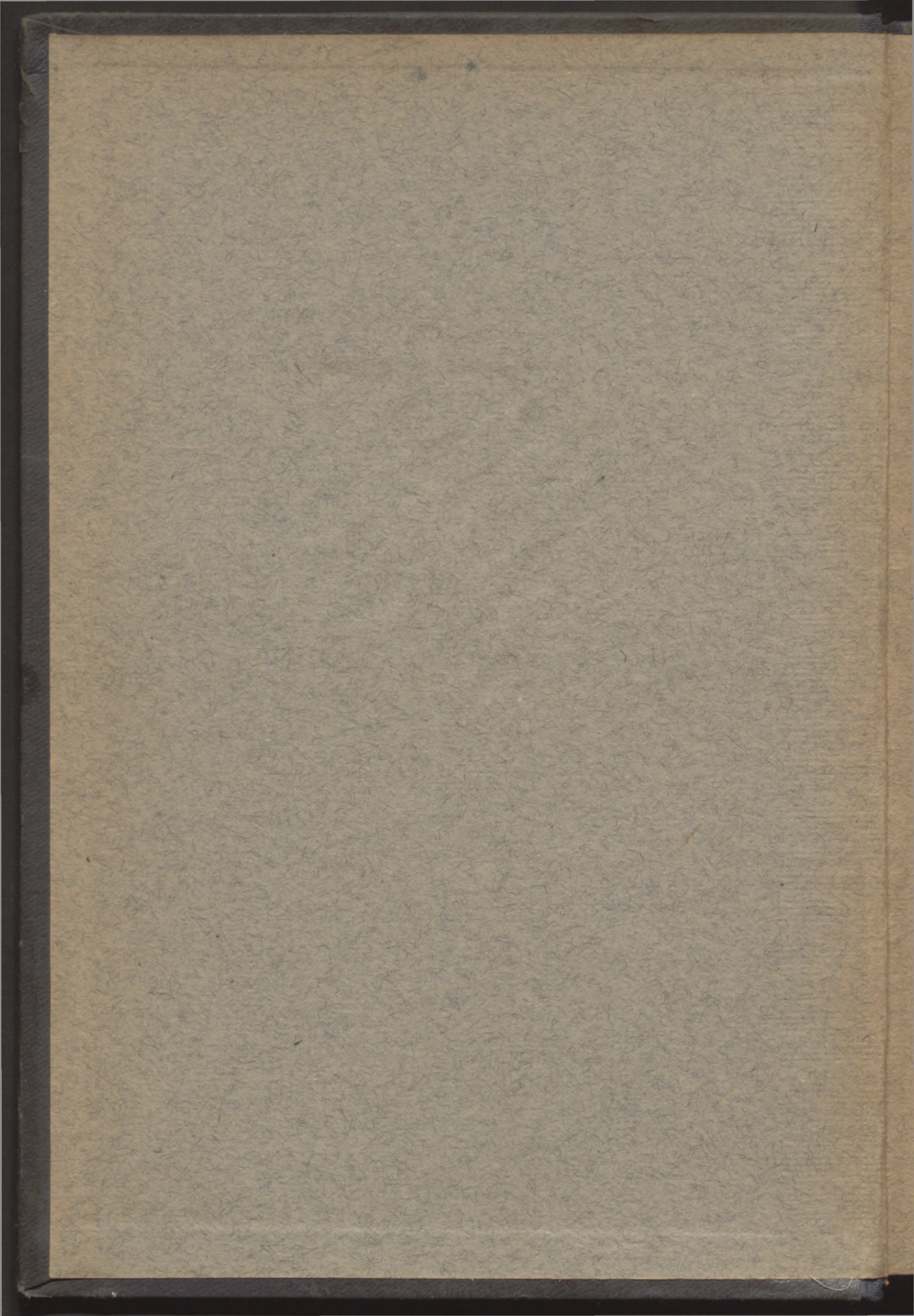
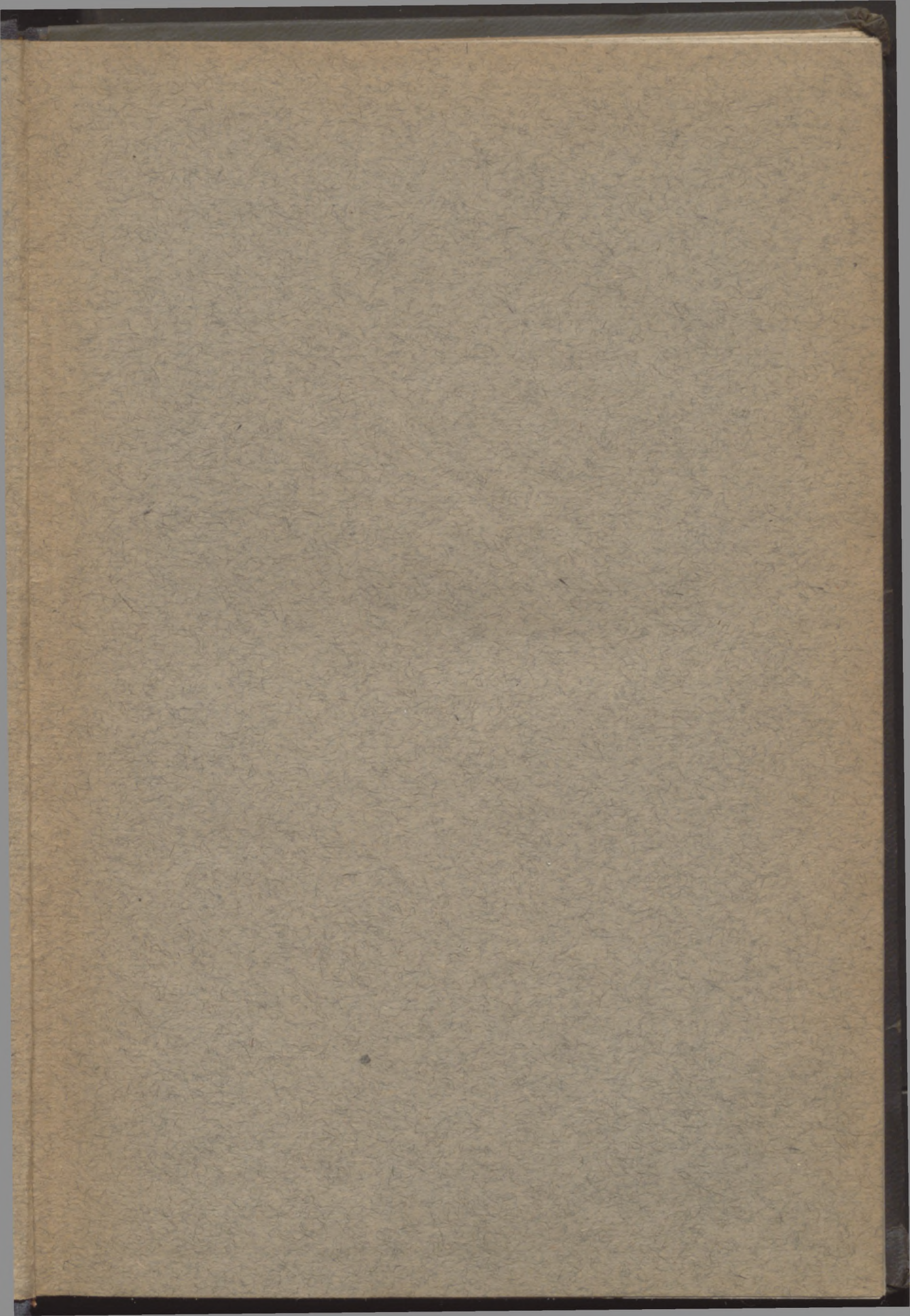
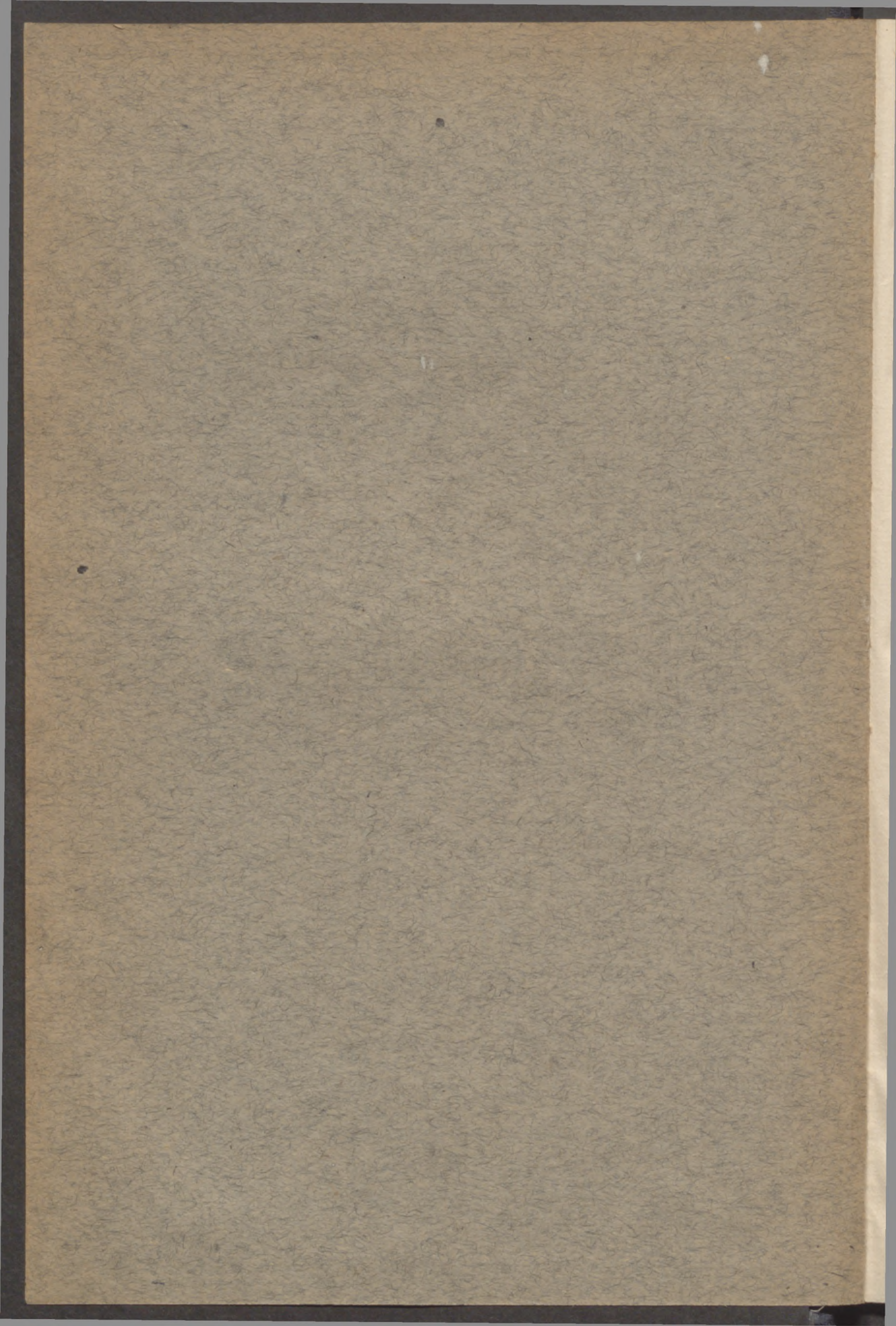

Bayerische
Dokumente
zum
Kriegs-
ausbruch



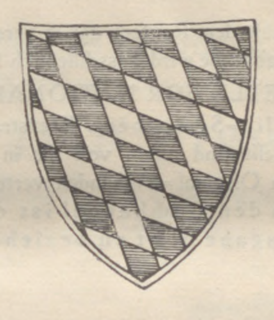






Bayerische Dokumente

zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch



Herausgegeben
im Auftrage des Bayerischen Landtages

Bayerische Dokumente

zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Im Auftrage des Bayerischen Landtages
herausgegeben vom Abgeordneten

Dr. P. DIRR
Vorsitzender und Berichterstatter des zuständigen besonderen Ausschusses
des Landtags



München und Berlin 1922
Verlag von R. Oldenbourg



Vorwort

I.

Im August 1919 übertrug der Bayerische Landtag nach einem Antrag Dr. Dirr—Häberlein—Dr. Piloty einem besonderen Ausschuss von sechs Mitgliedern die Aufgabe „alle Vorgänge der bayerischen Politik nachzuprüfen und aufzuklären, die während der letzten Kriegszeiten und der Revolutionszeit in bezug auf das Verhältnis Bayerns und des Reiches zum Auslande und in bezug auf das Verhältnis Bayerns zum Reiche Gegenstand der öffentlichen Erörterung und Kritik gewesen sind“.

Zunächst sollte diese Feststellungskommission, zu der jede Fraktion einen Vertreter stellte, „den Fall der Eisnerschen Enthüllungen“ auf Grund einer aktenmässigen Nachprüfung aufklären und dem Landtage darüber Bericht vorlegen.

Die Arbeit konnte während der Dauer des ersten Landtags des Freistaates nicht durchgeführt werden. Sie ist dann von dem im Juni 1920 gewählten zweiten Landtage, welcher den besonderen Ausschuss erneuerte, im Frühjahr und im Herbste 1921 wieder aufgenommen worden.

Die lange Verzögerung war nicht nur durch die Überfülle anderer vordringlicher parlamentarischer Arbeiten, sondern auch durch verschiedene besondere Umstände verursacht. Es stellte sich bald heraus, dass man nur mit eingehenden und langwierigen Akten- und Quellenstudien zum Ziele kommen würde, und dass die aktenmässigen Unterlagen nicht so ohne weiteres zur Hand waren.

Die Kommission beauftragte mich mit der Erforschung, Sammlung und Bearbeitung des Stoffes. Sie nahm in längeren Zwischenräumen mehrmals Bericht über den Fortgang der Arbeit entgegen und ermächtigte mich dann, das Ergebnis dem Landtag im Drucke vorzulegen.

Der Hauptgrund, warum es nicht möglich war, diese Schrift vor Januar 1922 abzuschliessen, lag darin, dass wichtige Urkunden und Schriftstücke lange vergeblich gesucht wurden, überhaupt verloren schienen. Erst im Dezember vorigen Jahres gelang es, sie in verschiedenen, während der Revolution und der Räterepublik durcheinander geratenen Aktenbeständen im Ministerium des Äussern wieder aufzufinden.

Nun erst konnte die nachfolgende Sammlung druckfertig gemacht werden.

Sie wurde am 8. Februar 1922 zuerst als Landtagsdrucksache in der für eine solche üblichen Auflage veröffentlicht, den sämtlichen Abgeordneten des Landtags, zahlreichen amtlichen Stellen im Lande und im Reiche, verschiedenen Bibliotheken, der Presse und den diplomatischen Vertretungen des Auslandes in München zugeleitet.

Die vorliegende Buchausgabe bringt die Aktensammlung in unveränderter Form; das Vorwort ist ergänzt, ein Personen- und Sachregister beigegeben worden.

II.

Die aufgenommenen Akten und Feststellungen betreffen jene Enthüllung, mit welcher der durch die Umwälzung vom 7./8. November 1918 an die Spitze des bayerischen Staatswesens gelangte Ministerpräsident Kurt Eisner alsbald die Welt überraschte.

In einer vom 23. November 1918 datierten amtlichen Mitteilung der Korrespondenz Hoffmann kündigte er an, dass er bei der Reichsregierung der Volksbeauftragten in Berlin die schleunige Veröffentlichung der deutschen Akten über den Kriegsausbruch beantragt habe. Einstweilen machte er selbst damit den Anfang, indem er aus vier bayerischen diplomatischen Schriftstücken Auszüge bekannt gab. Sie taten nach seiner Meinung dar, dass die von der Revolution gestürzten alten Regierungsgewalten und herrschenden Kreise des kaiserlichen Deutschland das an sich friedfertige deutsche Volk absichtlich in das blutige Abenteuer des Weltkrieges hineingerissen, dass sie im Juli 1914 den Weltbrand mit verbrecherischem Vorbedacht entzündet hätten.

Diese Beschuldigung, nach verschiedener Richtung ausgedehnt und verschärft, ist bekanntlich auch in Versailles von den alliierten Mächten erhoben worden. Sie bezichtigen Deutschland, seit langem die Ruhe Europas planmässig gestört, zielbewusst auf einen Friedensbruch hingearbeitet und, als die Gelegenheit dazu gekommen schien, den austroserbischen Streitfall im Juli 1914 benützt zu haben, um bewusst und in ruchloser Weise den Weltkrieg zu entfesseln. Sie luden Deutschland die alleinige Verantwortung auf, um am deutschen Volke ein ungeheuerliches Strafgericht vollziehen zu können.

Diese Anklage ist durch die Veröffentlichung der deutschen und österreichischen Akten zum Kriegsausbruch zerstört worden. Das musste auch Kautsky, Eisners Gesinnungsgenosse, der die deutschen Akten für die Herausgabe vorbereitete, auf Grund seiner Forschungen anerkennen.

Wie hart er auch sonst über die deutsche Vorkriegspolitik aburteilt, in dem Hauptpunkte, auf den schliesslich alles ankommt, gewann er eine wesentlich andere Überzeugung, als er sie zuerst hatte. Sein ursprünglicher felsenfester Glaube an die bösewichtartige und komplottmässige Brandstifterrolle Berlins verliess ihn. Er erwies sich ihm zu seiner Überraschung als unhalthar, als er erst genauen Einblick in die Akten getan.

Gewiss tadelt Kautsky die schuldhafte Blindheit und Vertrauensseligkeit, mit der die Berliner Reichsleitung auf den konfliktlösenden Erfolg eines überraschenden und entscheidenden österreichischen Schlages gegen Serbien baute! Aber er muss doch zugeben: „Man hatte beabsichtigt, überraschend loszuschlagen, um Europa, bevor es sich recht besinnen könnte, vor vollendete Tatsachen zu stellen, denen es sich fügen musste. Auf diese Weise hoffte man, durch Überrumpelung mit dem Krieg den Weltfrieden zu erhalten.“

Die Gegner beschuldigen Deutschland, es habe alle Vermittlungsversuche zunichte gemacht, um seine Kriegsabsichten durchzusetzen. Kautsky aber urteilt: „Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmässig hingearbeitet, es hat ihn schliesslich zu vermeiden gesucht.“

Ebenso kommt der Amerikaner Sydney B. Fay nach sorgfältigem Studium der deutschen und österreichischen Dokumente zu dem Ergebnis, dass sie Deutschland von dem Vorwurf reinigen, den Krieg bewusst geplant oder gewünscht zu haben. „Deutschland wollte den Krieg nicht." Der Franzose Georges Demartial sieht es keineswegs für erwiesen an, dass die Verantwortung einseitig und in vollem Umfange die Mittelmächte treffe. Solcher gewichtiger Zeugen gibt es noch mehr!

Die Schuld kann auch nicht mit Eisners Enthüllung und den von ihm willkürlich ausgewählten bayerischen Aktenstücken erwiesen werden. Ein kritischer Vergleich seiner Auszüge mit den Urschriften ergibt, dass diese sich sachwidrige Kürzungen gefallen lassen mussten, durch welche ihr Inhalt und Sinn entstellt, teilweise geradezu ins Gegenteil verkehrt wurde. Dieses Verfahren war nicht geeignet, der Wahrheit zu dienen, wohl aber, Verwirrung zu stiften und irre zu leiten. Der Beweis gegen Deutschland, den die Versailler Schuldkommission der Alliierten nach dem Vorgange Eisners daraus abzuleiten sich bemühte, ist hinfällig! Das umsomehr, als die Kommission sich nicht scheute, die unzulänglichen und wahrheitsgefährlichen Auszüge ohne jede Nachprüfung auszubeuten und durch eigene willkürliche Wortfügungen, Zutaten und Ausdeutungen zu verschärfen und für ihre Zwecke zurechtzurichten.

Kautsky selbst bedauert, dass sein Freund Eisner die „Unvorsichtigkeit" beging, die Publikation der bayerischen Aktenstücke „mehr als Journalist zu behandeln, dem es auf die Wirkung ankommt, denn als Historiker, dem es um die Vollständigkeit und Unversehrtheit seiner Quelle zu tun ist". Auch Professor Foerster, der bekannte Pazifist, der unter Eisner bayerischer Gesandter in Bern war und erheblichen Einfluss auf die damalige bayerische Staatsführung nahm, beklagt an Eisners Verfahren die „spielerische Art, schwerwiegende Dinge zu behandeln" und „einen bohêmeartigen Mangel an starkem Verantwortungsgefühl."

Die bayerischen diplomatischen Vorkriegsakten bestätigen, in ihrer Gesamtheit betrachtet und sachgemäss mit den deutschen und österreichischen Aktensammlungen, in

deren Rahmen sie gehören, in Zusammenhang gebracht, in allem Wesentlichen das Gesamtbild, das diese bieten. Auch sie liefern im Endergebnis nicht einen Beweis für, sondern einen solchen gegen die These von der einseitigen, alleinigen oder ausschlaggebenden Verantwortlichkeit Deutschlands. Einzelne Stellen in bestimmten bayerischen Gesandtenberichten, die neuerdings von der Presse der Verbandsmächte willkürlich aus dem Zusammenhange herausgegriffen und ausgebeutet wurden, ähnlich wie seinerzeit die Eisnerschen Auszüge, erweisen sich bei gewissenhafter Prüfung entweder als nebensächlich, oder aber sie enthalten nachweisbare Irrtümer.

III.

Mit seiner Enthüllung vom 23. November 1918 verfolgte Eisner einen doppelten Zweck, einen innerpolitischen und einen aussenpolitischen. Er wollte vor allem die frühere kaiserliche Regierung und die ehemals herrschenden Schichten als Kriegsverbrecher brandmarken und so jede Art Konterrevolution „in die Luft sprengen". Er hoffte damit zugleich auch die Mehrheitssozialdemokratie zu treffen, deren Politik er schon während des Krieges bekämpft hatte und deren leitende Männer er nur mit Widerstreben als führende Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten, der neuen Reichsregierung, gelten liess. Er und sein engerer Münchener und Berliner Freundeskreis gedachten die Reichsleitung im Sinne der bayerischen Revolution, das heisst also im Eisnerschen Geiste, umzuformen, um diesen in ganz Deutschland massgebend zu machen.

Die Enthüllung sollte die völlige Abwendung des deutschen Volkes von der schuld- und fluchbeladenen Vergangenheit vor aller Welt offenbaren.

Das Bekenntnis der Schuld am Kriege sollte den ethischen Gehalt der Umwälzung, ihren Charakter als moralische Auflehnung gegen das alte System erweisen! Es sollte damit die Entsühnung Deutschlands herbeigeführt, ihm der Weg zu einem besseren Frieden bei den Feinden bereitet und die Pforte zum Wilsonschen Völkerbunde erschlossen,

das kommende Zeitalter kriegabgewandter Gemeinschaftsarbeit der Völker und der Humanität eingeleitet werden.

Der bayerische Freistaat und sein leitender Minister als Bahnbrecher einer neuen, international eingestellten Aussenpolitik, die Münchener Revolution als geistig-politische Führerin des Reiches, als die im Auslande vertrauenerweckende Mittlerin zwischen den Alliierten und Deutschland anstelle der dazu nicht fähigen Reichsleitung: so verstehen sich Sinn und Absichten der Politik, die in dem Schuldbekenntnis vom 23. November 1918 gipfelte.

Die Wirklichkeit gestaltete sich anders. In seiner überwältigenden Mehrheit versagte das bayerische Volk dem Ministerpräsidenten die Gefolgschaft für diese Politik, die in einen scharfen Gegensatz zum Reiche hineinführte. Nur ein kleines Häuflein engster Gesinnungsfreunde ging mit ihm. Selbst in den Räteorganisationen erhob sich heftiger Widerstand.

Der Glaube, dass über Bayern der Friede für Deutschland kommen könne, erwies sich als Trugbild. Als im Januar 1919 in Versailles die Vorfriedenskonferenz der Alliierten begann, wurde offenbar, dass diese die Münchener Enthüllung als willkommenes Hilfsmittel benützten, um ihre bodenlos ungerechte und alles Mass verleugnende Schuldanklage gegen Deutschland zu begründen. Die Absicht war in der Presse der Verbandsstaaten schon vorher zutage getreten. Und Raimond Poincaré, damals Präsident der französischen Republik, begrüsste am 19. Januar 1919 die Vorfriedenskonferenz mit einer Anrede, in der er Deutschland die verbrecherische Schuld am Kriegsausbruch auferlegte mit deutlichem Fingerzeig auf die Dokumente, die es selbst aus seinen Archiven geliefert habe.

In der Anklageschrift, welche die Commission des Responsabilités des auteurs de la guerre et des sanctions (Kommission für die Feststellung der Verantwortlichkeiten der Urheber des Krieges und die aufzuerlegende Strafe) abfasste und am 29. März 1919 der Vorfriedensversammlung der Alliierten unterbreitete, fanden die Eisnerschen Auszüge, wie schon erwähnt, eine ausgiebige, aber keineswegs einwandfreie Verwertung. In dem künstlichen Gefüge dieser

Schuldanklage gegen Deutschland erscheinen sie als Bausteine, von der Kommission der Alliierten mit Geschick so zubereitet, dass sie dem Ganzen eingepasst werden konnten. So wurden sie Bestandteile eines weltgeschichtlichen Dokuments.

Der Bericht Barthous an den Friedensausschuss der französischen Kammer vom 6. August 1919 und der Rapport des Untersuchungsausschusses des französischen Senats vom 18. Oktober 1919 rücken die Enthüllungen des revolutionären bayerischen Ministerpäsidenten in den Mittelpunkt ihrer Beweisführung. Sie verfallen dabei in noch gesteigertem Masse in die Fehler und übertreibenden Einseitigkeiten der Versailler Kommission.

Anlass genug, der Frage auf den Grund zu gehen, welche Bedeutung der Veröffentlichung vom 23. November 1918 und den ihr zugrunde liegenden Aktenstücken in Wirklichkeit zukommt. Die Gegendenkschrift der Viererkommission, die im Auftrage der deutschen Friedensdelegation die Angaben des Schuldberichtes der alliierten Mächte aktenmässig nachprüfte, beanstandete die Versailler Ausbeutung der bayerischen Dokumente und verwarf sie als nicht beweiskräftig. Allein die Viererkommission hatte nur die Bruchstücke in der Eisnerschen Wiedergabe, nicht aber den Wortlaut vor sich. Daher musste ihre Entgegnung unvollständig bleiben.

Die Frage einer gründlichen Nachprüfung der Angelegenheit trat dann im August 1919 erneut auf, also nachdem der Versailler Vertrag Deutschland bereits aufgezwungen war. Damals erhob der Geheime Legationsrat von Schoen, der Verfasser des ebenfalls auszugsweise bekannt gegebenen Berliner Gesandtschaftsberichts vom 18. Juli 1914, gegen die bruchstückweise Veröffentlichung nachträglich Einspruch. Er ergänzte die weggelassenen Stellen und erklärte, durch die Kürzungen sei der Zweck und der Sinn seines Berichts wahrheitswidrig entstellt und die für Deutschland schädliche Benützung in Versailles erst möglich geworden.

Der naheliegenden Frage, warum diese wichtige Eröffnung so spät komme, warum sie nicht noch vor dem Ab-

schlusse des Friedensvertrages gemacht worden sei, begegnete Herr von Schoen von vornherein mit der Angabe, es sei ihm unmöglich gewesen, vorher die Urschrift oder die Ausfertigung seines Berichts zu erlangen.

IV.

In diesem Stande griff der Bayerische Landtag die Angelegenheit auf, wie eingangs dargelegt.

Mit dem fortschreitenden Eindringen in den Stoff ergab sich für mich die Gewissheit, dass die Forschung und Berichterstattung nicht einfach auf den eigentlichen Tatbestand der Eisnerschen Veröffentlichung beschränkt werden konnte, sondern dass sie weiter ausgedehnt werden musste, wenn man gründlich und möglichst vollständig verfahren wollte. Die Enthüllung vom 23. November 1918 stellte sich, wie schon betont, heraus als der Brennpunkt eines vom Ministerpräsidenten Eisner und seinem engeren Gesinnungskreis unternommenen bedeutsamen Versuches, auf dem Wege über den neuen bayerischen Freistaat die Politik des Reiches nach den besonderen Meinungen, Ansichten und Absichten der Münchener Revolution zu bestimmen. Damit entstand die Notwendigkeit, die Entwicklung und den Ablauf dieses Versuches zu verfolgen und das weitschichtige gedruckte und handschriftliche Material, das hierauf Bezug hat, zu berücksichtigen.

Dementsprechend umfasst der Teil A der vorliegenden Sammlung eine Zusammenstellung der Veröffentlichung vom 23. November 1918 mit den Originalen der dazu benützten Schriftstücke. Dann die Zeugnisse, die Auskunft geben können über die Ursachen, Beweggründe und die Veranlassungen der Enthüllung, also ihre Vorgeschichte. Ferner diejenigen Zeugnisse, welche die Folgen und Wirkungen aufzeigen, weiter diejenigen, welche die darob entstandenen Auseinandersetzungen mit der Reichsleitung und den in Bayern darüber entbrannten Streit beleuchten.

Es erschien aber aus Gründen, die in den Vorbemerkungen zu Teil B näher erwähnt sind, auch zweck-

mässig, aus dem diplomatischen Geheimarchiv des Ministeriums des Äusseren und der bayerischen Gesandtschaften alle jene Berichte und Meldungen wiederzugeben, die sich mit der politischen Hochspannung in Europa und der drohenden Kriegsgefahr im Juli 1914 befassen. Sie sind im Teil B nach der Zeitfolge zusammengestellt. Auf diese Weise soll ein Gesamtbild der bayerischen Gesandten-Berichterstattung aus jenen kritischen Wochen gegeben werden. Damit wird auch ermöglicht, die für die Veröffentlichung vom 23. November 1918 getroffene Auswahl aus diesen Dokumenten zum ganzen Bestande in Vergleich zu setzen.

Die Wiedergabe der Zeugnisse und Dokumente bewahrt genau den Wortlaut der Originale. Wo im ersten Teile Kürzungen unerlässlich waren, also bei gedruckten Vorlagen, Regierungskundgebungen, Reden usw., die sich meist auch mit anderen Gegenständen befassen, wurden sie sachgemäss gekennzeichnet. Zusammenziehende Bemerkungen und Überleitungen des Herausgebers sind durch grössere Schrift oder in Anmerkungen hervorgehoben und halten sich in den Grenzen rein sachlicher Feststellungen.

Die diplomatischen Schriftstücke des Teiles B erscheinen in vollem Wortlaute. Lediglich in einigen wenigen wurden Stellen, die mit dem Gegenstand der Kriegsgefahr und politischen Lage nicht im Zusammenhange stehen oder ohne Bedeutung sind, unter entsprechendem Vermerk gestrichen.

Im übrigen fanden für die Wiedergabe im wesentlichen die Grundsätze Anwendung, die in der deutschen amtlichen Publikation „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ eingehalten sind.

München, Ostern 1922.

Dr. P. Dirr

Inhaltsübersicht

Seite

Vorwort 1

A Die Aktenveröffentlichung des Ministerpräsidenten Eisner und der Versailler Schuldspruch

I. Die Veröffentlichung vom 23. November 1918 und ihre urkundlichen Unterlagen 3

1. Amtliche Mitteilung der Korrespondenz Hoffmann 3
2. Bericht des Bayerischen Geschäftsträgers in Berlin, von Schoen, an den Vorsitzenden im Ministerrate, Grafen von Hertling, vom 18. Juli 1914 4
3. Fernsprech-Meldung der Gesandtschaft in Berlin vom 31. Juli 1914; 7^{45} vorm. 13
4. Fernsprech-Meldung der Gesandtschaft in Berlin vom 31. Juli 1914; 8^{00} nachm. 14
5. Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin, Grafen Lerchenfeld, an den Vorsitzenden im Ministerrate, Grafen von Hertling, vom 4. August 1914 15

II. Auswirkung in Versailles 17

1. Schuldbericht der Entente 17
2. Deutsches Gegengutachten 19
3. Spätere Erklärung der deutschen Viererkommission 23

III. Zur Vorgeschichte der Enthüllung 25

1. Aus der ersten Regierungskundgebung Eisners in der Nacht zum 8. November 1918 25
2. Aus der Rede Eisners im Arbeiter- und Soldatenrate am 8. November 1918 25
3. Kundgebung der Regierung des bayerischen Volksstaates vom 10. November 1918 26
4. Telegramm Professor Foersters in Zürich an den Ministerpräsidenten Eisner 11. November 1918 . . . 28
5. Telegramm Eisners an Foerster 12. November 1918 28
6. Telegramm Foersters an Eisner 13. November 1918 29

Seite

7. Telegramm Eisners an Foerster 14. November 1918 . . . 30
8. Telegramm George D. Herron's in Genf an Professor Dr. Edgar Jaffé, Finanzminister des Volksstaates Bayern und an den Ministerpräsidenten Eisner 14. November 1918 30
9. Telegramm Foersters an Eisner 14. November 1918 . . . 31
10. Aus dem Regierungsprogramm des bayerischen Ministeriums vom 15. November 1918 32
11. Bericht Foersters an Eisner vom 16. November 1918 . . . 33
12. Telegramm George D. Herron's in Genf an Eisner und Jaffé 17. November 1918 39
13. Telegramm des Großsire Dr. Weiss an Großsire Frank Goudy, Denver, Colorado 40
14. Telegramm Eisners an Dr. Weiss 17. November 1918 . . . 40
15. Telegramm Eisners an Foerster 18. November 1918 . . . 41
16. Telegramm der Gesandtschaft Bern an das Ministerium des Äussern 18. November 1918 41
17. Telegramm Foersters an Eisner 19. November 1918; 3^{00} nachm. 42
18. Telegramm Foersters an Eisner 19. November 1918; 3^{28} nachm. 42
19. Telegramm Eisners an Foerster 19. November 1918 . . . 43
20. Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin, Dr. Muckle, an den Ministerpräsidenten 19. November 1918 . . 43
21. Telegramm des „Schweizer Komitees zur Vorbereitung des Völkerbundes" an die bayerische Volksregierung 20. November 1918 45
22. Telegramm Eisners an die bayerische Gesandtschaft in Berlin 21. November 1918 46
23. Bericht Foersters an Eisner 21. November 1918 . . 46
24. Telegramm Foersters an Eisner 22. November 1918 . . . 50
25. Telegramm Eisners an Foerster 22. November 1918 . . . 50
26. Amtliche Mitteilungen aus bayerischen diplomatischen Aktenstücken in der Korrespondenz Hoffmann am 23. November 1918 50

IV. Nach der Enthüllung 51

1. Erklärung früherer bayerischer Minister 51
2. Halbamtliche Mitteilung des Auswärtigen Amtes in der Deutschen Allgemeinen Zeitung 51
3. Amtliche Mitteilung der bayerischen Gesandtschaft in Berlin 53
4. Entgegnung Bethmann Hollwegs 53
5. Entgegnung des Unterstaatssekretärs a. D. Dr. Zimmermann 56

Seite

6. Die erschwerende Wirkung der Enthüllungen; halbamtliche Mitteilung 58
7. Pressenotiz des Auswärtigen Amtes 60
8. Professor Foerster gegen das Auswärtige Amt . . . 61
9. Französisches Dementi 62
10. Meldung der Deutschen Allgemeinen Zeitung „Auf Anregung Clémenceaus?“ 62
11. Professor Foersters Entgegnung in den Münchener Neuesten Nachrichten 62
12. Amtliche Mitteilung des bayerischen Ministeriums des Äussern 63
13. Erwiderung von Dr. Muckle 63
14. Erklärung Professor Foersters 64
15. Die deutsche Reichsregierung an die Regierungen der Entente 64

V. Auseinandersetzung mit Berlin 66

1. Reichskonferenz im Kongresssaal des Reichskanzlerpalais am Montag, 25. Nov. 1918 66
2. Ultimatum des bayerischen Bevollmächtigten beim Reich an den Rat der Volksbeauftragten (Reichsregierung) 71
3. Der Ministerpräsident an die Gesandtschaft in Berlin 72
4. Kundgebung des Münchener Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats an den Vollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats in Berlin 72
5. Die bayerische Gesandtschaft in Bern an das Ministerium des Äussern (für Gesandten Foerster) . . . 73
6. Der bayerische Ministerpräsident an den Bevollmächtigten in Berlin 73
7. Die Bevollmächtigten der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Berlin an den Ministerpräsidenten Eisner 73
8. Die Bevollmächtigten der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Berlin an das bayerische Ministerium 74
9. Der Gesandte in Berlin an den Ministerpräsidenten 74
10. Hessen gegen Bayern 75
11. Aus der Rede des Ministerpräsidenten in der Landestagung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte 28. November 1918 75
12. Auseinandersetzung im Landessoldatenrate 30. November bis 3. Dezember 1918 79
13. Bayerischer Antrag an die Reichsregierung auf eine neue Staatenkonferenz 81

Seite

14. Geheimer Beschluss des Ministerrates vom 3. Dezember . . 82
15. Beschluss des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates Gross-Berlin 82
16. Die Reichsregierung an die bayerische Regierung . 83
17. Im Vorparlament 83
18. Der Gesandte in Bern an den Ministerpräsidenten . 88
19. Aus dem Begleitschreiben Foersters zu handelspolitischen Berichten der Berner Gesandtschaft . . . 91
20. Badisches Ministerium des Äussern an das Ministerium des Äussern in München 92

VI. Besondere Schicksale der bayerischen Dokumente 93

B Bayerische Gesandtenberichte aus den letzten Vorkriegswochen 99

Vorbemerkungen 101

Die Gesandtenberichte 1914 111

4. Juni

1. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 111

29. Juni

2. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 114

30. Juni

3. Der Gesandte in Wien an den König 116

2. Juli

4. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 117
5. Der Gesandte in Wien an den König 118

3. Juli

6. Der Gesandte in Wien an den König 119

6. Juli

7. Der Gesandte in Wien an den König 121

9. Juli

8. Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 123

Seite

10. Juli

9. Der Gesandte in Wien an den König 125

11. Juli

10. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 126

14. Juli

11. Der Gesandte in Wien an den König 126
12. Der Gesandte in Rom an den König 128

18. Juli

13. Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate (vgl. S. 2 ff.) 129
14. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 129

21. Juli

15. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 130

23. Juli

16. Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äussern 131
17. Der Vorsitzende im Ministerrate an die Gesandtschaft in Berlin 131
18. Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 131
19. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 133

25. Juli

20. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 134
21. Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äussern 134
22. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 135
23. Der Gesandte in Paris an den König 136
24. Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern 138

26. Juli

25. Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äussern 139
26. Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern 140
27. Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern 140

Seite

28. Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äussern 140
29. Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 141
30. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 143
31. Der Gesandte in Paris an den König 144
32. Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern 146

27. Juli

33. Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern 147
34. Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äussern 148
35. Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 148
36. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 150
37. Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern 151
38. Der Gesandte in Rom an den König 152

28. Juli

39. Der Gesandte in Paris an das Ministerium des Äussern 153
40. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 153
41. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 155
42. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 155

29. Juli

43. Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern 156
44. Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern 157
45. Der Gesandte in Paris an das Ministerium des Äussern 157
46. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 157
47. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 158
48. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 159
49. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 160
50. Der Gesandte in Rom an das Ministerium des Äussern 161

30. Juli

51. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 161
52. Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern 162
53. Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern 162

Seite

54. Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern 162
55. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 163
56. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 164
57. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 165
58. Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern 166
59. Der Gesandte in Rom an das Ministerium des Äussern 168

31. Juli

60. Fernsprech-Meldung der Berliner Gesandtschaft . . 169
61. Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern 170
62. Der Gersandte in Wien an das Ministerium des Äussern 170
63. Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern 170
64. Die Gesandtschaft in Berlin an das Ministerium des Äussern 171
65. Der Gesandte in Paris an das Ministerium des Äussern 171
66. Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern 172
67. Fernsprechmeldung der Berliner Gesandtschaft . . . 172
68. Der Gesandte in Paris an das Ministerium des Äussern 173
69. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 173
70. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 174
71. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 175
72. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 176

1. August

73. Der Vorsitzende im Ministerrate an die Gesandtschaft in Berlin 177
74. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 177
75. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 178

2. August

76. Die Gesandtschaft in Berlin an das Ministerium des Äussern 179
77. Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern 179
78. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 179
79. Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern 181

Seite

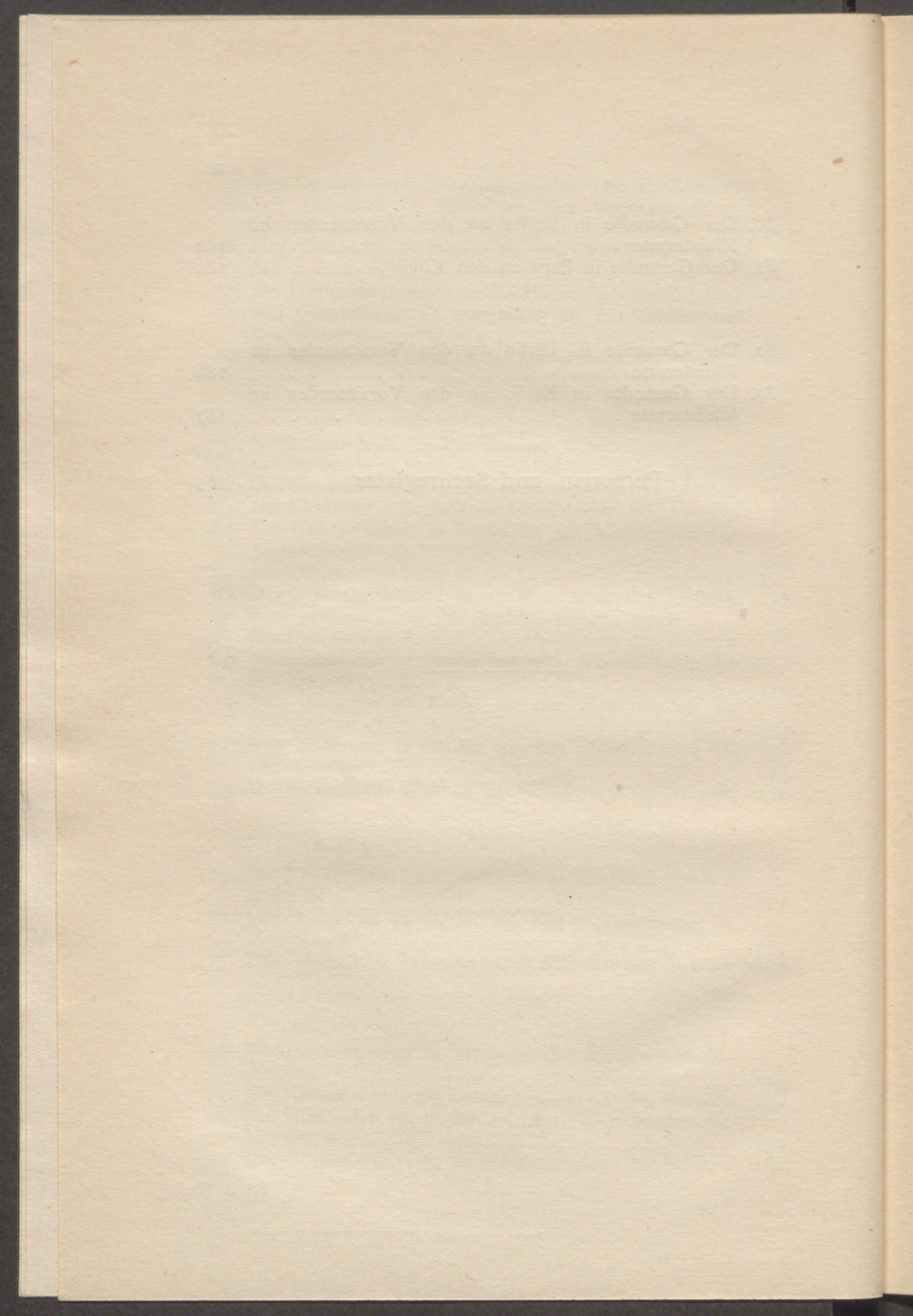
4. August

80. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 182
81. Der Gesandte in Paris an den König 182

5. August

82. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 186
83. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate 187

Personen- und Sachregister 189



A. Die Aktenveröffentlichung des Ministerpräsidenten Eisner

und der

Versailler Schuldspruch

I

Die Veröffentlichung vom 23. November 1918 und ihre urkundlichen Unterlagen

Nachstehend folgt linksseitig die amtliche Veröffentlichung des Ministerpräsidenten Kurt Eisner vom 23. November 1918, rechts davon der Wortlaut der diplomatischen Schriftstücke, die der Veröffentlichung zugrunde lagen, nach den in den Akten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin und des Ministeriums der Äussern in München befindlichen Urschriften:

Amtliche Mitteilung der Korrespondenz Hoffmann [1])

München, 23. November 1918

Der bayerische Ministerpräsident und Minister des Äussern Eisner hat vor kurzem [2]) bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsursprung zu veröffentlichen. Diese Anregung war durch die Einsicht veranlasst, dass nur durch die volle Wahrheit jenes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das Voraussetzung für einen Frieden der Völkerversöhnung ist. Der bayerische Ministerpräsident wird seinerseits bemüht sein, aus

---

[1]) Erschienen in den meisten Zeitungen am 25. November. — Die Mitteilung stand schon am Tage vorher mit kleineren Textabweichungen im Berliner Tageblatt, in der München-Augsburger Abendzeitung und in der Depeschenausgabe des Wolff'schen Telegraphenbureaus.

[2]) Vgl. A 22, Seite 46.

den diplomatischen Urkunden des bayerischen Dienstes aufklärende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkrieges zu veröffentlichen. Vorerst seien aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Lerchenfeld einige Einzelheiten mitgeteilt:

Veröffentlichung

In einem Bericht vom 18. Juli 1914 hat der bayerische Gesandte in Berlin Graf Lerchenfeld die Beziehungen erörtert, die zwischen der Berliner Regierung und dem verhängnisvollen Ultimatum Österreichs an Serbien bestehen. Es heisst in diesem Bericht:

„Auf Grund von Rücksprachen, die ich mit Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit den Balkan- und Dreibundreferenten im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat dahier hatte, beehre ich mich, zu berichten:

„Der Schritt, den das Wiener Kabinett sich entschlossen hat, in Belgrad zu unternehmen und der in der Überreichung einer Note bestehen wird, wird am 25. ds. Mts. erfolgen. Die Hinausschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, dass man die Abreise des Herrn Poincaré

Der bayerische Geschäftsträger in Berlin von Schoen, an den Vorsitzenden im Ministerrate Grafen von Hertling[1])

Bericht 386.

Betr.: Die Aktion Österreichs gegen Serbien. Albanien. Die Haltung Russlands.

Berlin, den 18. Juli 1914.

Hochgeborener Graf!

Auf Grund von Rücksprachen, die ich mit Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit dem Balkan- und Dreibundreferenten im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat dahier hatte, beehre ich mich, Euerer Exzellenz über die von der österreichisch-ungarischen Regierung beabsichtigte Auseinandersetzung mit Serbien Nachstehendes gehorsamst zu berichten:

Der Schritt, den das Wiener Kabinett sich entschlossen hat, in Belgrad zu unternehmen und der in der Überreichung einer Note bestehen wird, wird am 25. ds. Mts. erfolgen. Die Hinausschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, dass man die Abreise des Herrn Poincaré

[1]) Urschrift in den Akten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin.

und Viviani von Petersburg abwarten möchte, um mit den Zweibundmächten eine Verständigung über eine etwaige Gegenaktion zu erleichtern. Bis dahin gibt man sich in Wien durch die gleichzeitige Beurlaubung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabs den Anschein friedlicher Gesinnung und auch auf die Presse und die Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Dass das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschickt vorgeht, wird hier anerkannt, und man bedauert nur, dass Graf Tisza, der anfangs gegen ein schärferes Vorgehen gewesen sein soll, durch seine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhaus den Schleier etwas gelüftet hat.

Wie mir Herr Zimmermann sagte, wird die Note, soweit bis jetzt feststeht, folgende Forderungen enthalten:

1. Ein Erlass einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen werde, dass die serbische Regierung der grossserbischen Bewegung vollkommen fernstehe und sie nicht billige.
2. Die Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitschuldigen an der Mordtat von Serajewo und Teilnahme eines österreichischen Beamten an dieser Untersuchung.
3. Einschreiten gegen alle, die an der grossserbischen Bewegung beteiligt waren.

Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden. Dass Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger

und Viviani von Petersburg abwarten möchte, um nicht den Zweibundmächten eine Verständigung über eine etwaige Gegenaktion zu erleichtern. Bis dahin gibt man sich in Wien durch die gleichzeitige Beurlaubung der Kriegsminister und des Chefs des Generalstabs den Anschein friedlicher Gesinnung und auch auf die Presse und die Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Dass das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschickt vorgeht, wird hier anerkannt, und man bedauert nur, dass Graf Tisza, der anfangs gegen ein schärferes Vorgehen gewesen sein soll, durch seine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhaus den Schleier schon etwas gelüftet hat.

Wie mir Herr Zimmermann sagte, wird die Note, soweit bis jetzt feststeht, folgende Forderungen enthalten:

1. Den Erlass einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen werde, dass die serbische Regierung der grossserbischen Bewegung vollkommen fernstehe und sie missbillige.
2. Die Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitschuldigen an der Mordtat von Serajewo und Teilnahme eines österreichischen Beamten an dieser Untersuchung.
3. Einschreiten gegen alle, die an der grossserbischen Bewegung beteiligt seien.

Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden. Dass Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare

Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg.

Hier ist man durchaus damit einverstanden, dass Österreich die günstige Stunde nützt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwickelungen hin. Ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn von Jagow wie Herrn Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äusserte sich dahin, dass Österreich-Ungarn, dank seiner Entschlusslosigkeit und Zerfahrenheit, jetzt eigentlich der kranke Mann in Europa geworden sei, wie früher die Türkei, auf dessen Aufteilung Russen, Italiener, Rumänen, Serben und Montenegriner warten. Ein starkes und erfolgreiches Einschreiten gegen Serbien würde dazu führen, dass die Österreicher und Ungarn sich wieder als staatliche Macht fühlten, würde das darniederliegende wirtschaftliche Leben wieder aufrichten und die fremden Aspirationen auf Jahre hinaus niederhalten. Bei der Empörung, die heute in der ganzen Monarchie über die Bluttat herrsche, könne man wohl auch der slawischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies, bei weiterer Fortwirkung der slawischen Propaganda, wie General Conrad von Hötzendorff selbst zugegeben habe, nicht mehr der Fall.

Man ist also hier der Ansicht, dass es für Österreich sich um eine Schicksalstunde handle, und aus diesem Grund hat man hier,

Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand.

Die Folge wäre also der Krieg.

Hier ist man durchaus damit einverstanden, dass Österreich die günstige Stunde nutzt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwickelungen hin. Ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn von Jagow wie Herrn Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äusserte sich dahin, das Österreich-Ungarn, dank seiner Entschlusslosigkeit und Zerfahrenheit, jetzt eigentlich der kranke Mann in Europa geworden sei, wie früher die Türkei, auf dessen Aufteilung Russen, Italiener, Rumänen, Serben und Montenegriner warteten. Ein starkes und erfolgreiches Einschreiten gegen Serbien würde dazu führen, dass die Österreicher und Ungarn sich wieder als staatliche Macht fühlten, würde das darniederliegende wirtschaftliche Leben wieder aufrichten und die fremden Aspirationen auf Jahre hinaus niederhalten. Bei der Empörung, die heute in der ganzen Monarchie über die Bluttat herrsche, könne man wohl auch der slawischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies, bei weiterer Fortwirkung der slawischen Propaganda, wie General Conrad von Hötzendorff selbst zugegeben habe, nicht mehr der Fall.

Man ist also hier der Ansicht, dass es für Österreich sich um eine Schicksalstunde handle, und aus diesem Grund hat man hier,

auf eine Anfrage aus Wien, ohne Zögern erklärt, dass wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschliesse, *einverstanden* seien, *auch auf die Gefahr eines Krieges mit Russland hin*. Die *Blanko-Vollmacht*, die man dem Kabinettschef des Grafen Berchtold, dem Grafen Hoyos gab, der zur Übergabe eines Allerhöchsten Handschreibens und eines ausführlichen Promemorials hierher gekommen war, ging so weit, dass die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit *Bulgarien* wegen Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln.

In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen und entschlusslosen Stellen Wiens fast unangenehm wäre, dass von deutscher Seite nicht zur *Vorsicht und Zurückhaltung* gemahnt worden sei. Wie sehr man in Wien in seinen Entschlüssen schwankt, beweise der Umstand, dass Graf Berchtold, 3 Tage nachdem er hier wegen eines Bündnisses mit Bulgarien hatte anfragen lassen, telegraphiert habe, dass er doch noch Bedenken trage, mit Bulgarien abzuschliessen.

Man hätte es daher auch hier lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet würde und der serbischen Regierung *nicht die Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genugtuung anzubieten.*"

Es wird dann in diesem Be-

auf eine Anfrage aus Wien, ohne Zögern erklärt, dass wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschliesse, einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Russland hin. Die Blankovollmacht, die man dem Kabinettschef des Grafen Berchtold, dem Grafen Hoyos gab, der zur Übergabe eines Allerhöchsten Handschreibens und eines ausführlichen Promemorias hierhergekommen war, ging so weit, dass die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln!

In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen und entschlusslosen Stellen in Wien fast unangenehm wäre, dass von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei. Wie sehr man in Wien in seinen Entschlüssen schwankt, beweise der Umstand, dass Graf Berchtold, 3 Tage nachdem er hier wegen eines Bündnisses mit Bulgarien hatte anfragen lassen, telegraphiert habe, dass er doch noch Bedenken trage, mit Bulgarien abzuschliessen.

Man hätte es daher auch hier lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet und der serbischen Regierung nicht die Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genugtuung anzubieten.

Wie sich die anderen Mächte zu einem kriegerischen Konflikt

richte des Grafen Lerchenfeld an den Grafen *Hertling* weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert.

Die Reichsleitung werde „mit dem Hinweis darauf, dass der Kaiser auf der Nordlandreise und der Chef des Grossen Generalstabs sowie der preussische Kriegsminister in Urlaub seien, *behaupten, durch die Aktion Österreichs genau so überrascht worden zu sein, wie die anderen Mächte.*"

Weiterhin werden über das vermutliche *Verhalten der Mächte* allerlei Betrachtungen angestellt. Es heisst da:

zwischen Österreich und Serbien stellen werden, wird nach hiesiger Auffassung wesentlich davon abhängen, ob Österreich sich mit einer Züchtigung Serbiens begnügen oder auch territoriale Entschädigungen für sich fordern wird. Im ersteren Falle dürfte es gelingen, den Krieg zu lokalisieren, im anderen Falle dagegen wären grössere Verwickelungen wohl unausbleiblich.

Im Interesse der Lokalisierung des Kriegs wird die Reichsleitung sofort nach der Übergabe der österreichischen Note in Belgrad eine diplomatische Aktion bei den Grossmächten einleiten. Sie wird mit dem Hinweis darauf, dass der Kaiser auf der Nordlandsreise und der Chef des Grossen Generalstabs sowie der preussische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Österreichs genau so überrascht worden zu sein als wie die anderen Mächte. (Wie ich mir hier einzuschalten gestatte, ist nicht einmal die italienische Regierung ins Vertrauen gezogen worden). Sie wird geltend machen, dass es im gemeinsamen Interesse aller monarchischen Staaten liege, wenn „das Belgrader Anarchistennest" einmal ausgehoben werde, und sie wird darauf hinarbeiten, dass die Mächte sich auf den Standpunkt stellen, dass die Auseinandersetzung zwischen Österreich und Serbien eine Angelegenheit dieser beiden Staaten sei. Von einer Mobilmachung deutscher Truppen soll abgesehen werden, und man will auch durch unsere militärischen Stellen dahin wirken, dass Österreich nicht die gesamte Armee und insbesondere nicht die in Galizien stehenden

Truppen mobilisiere, um nicht automatisch eine Gegenmobilisierung Russlands auszulösen, die dann auch uns und danach Frankreich zu gleichen Massnahmen zwingen und damit den europäischen Krieg heraufbeschwören würde.

Entscheidend für die Frage, ob die Lokalisierung des Krieges gelingen wird, wird in 1. Linie die Haltung Russlands sein.

Will Russland nicht auf alle Fälle den Krieg gegen Österreich und Deutschland, so kann es in diesem Falle — und das ist das Günstige der gegenwärtigen Situation — sehr wohl untätig bleiben und sich den Serben gegenüber darauf berufen, dass es eine Kampfweise, die mit Bomben werfen und Revolverschüssen arbeite, ebensowenig wie die anderen zivilisierten Staaten billige. Dies insbesondere, solange Österreich nicht die nationale Selbständigkeit Serbiens in Frage stellt.

„Herr Zimmermann nimmt an, dass sowohl England und Frankreich, denen ein Krieg zurzeit kaum erwünscht wäre, auf Russland in friedlichem Sinne einwirken werden; ausserdem baut er darauf, dass das „Bluffen" eines der beliebtesten Requisiten der russischen Politik bildet und der Russe zwar gerne mit dem Schwerte droht, es aber im entscheidenden Moment doch nicht gern für andere zieht."

Herr Zimmermann nimmt an, dass sowohl England und Frankreich, denen ein Krieg zurzeit kaum erwünscht wäre, auf Russland in friedlichem Sinne einwirken werden; ausserdem baut er darauf, dass das „Bluffen" eines der beliebtesten Requisite der russischen Politik bildet und der Russe zwar gerne mit dem Schwerte droht, es aber im entscheidenden Moment doch nicht gern für andere zieht.

Über England wird gesagt, dass der Krieg zwischen Zweibund

England wird Österreich nicht hindern, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen; nur eine Zertrümmerung des Landes wird es kaum zulassen, vielmehr — getreu seinen Traditionen — vermutlich auch hier für das Nationalitätenprinzip eintreten. Ein Krieg zwi-

und Dreibund England im jetzigen Zeitpunkte schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sei. Käme es freilich zum Kriege, so sei es die Auffassung in Berlin, die englischen Vettern würden wir auf der Seite unserer Gegner finden, da England befürchte, dass Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinke, und damit das europäische Gleichgewicht gestört würde.	schen Zweibund und Dreibund dürfte England im jetzigen Zeitpunkt schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sein. Kommt es gleichwohl dazu, so würden wir aber nach hiesiger Anschauung die englischen Vettern auf der Seite unserer Gegner finden, da England befürchtet, dass Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinken und damit die „balance of powers“ gestört würde, deren Erhaltung England im eigenen Interesse für geboten erachtet.
	Sehr wenig Freude würde Italien an einer Züchtigung Serbiens durch Österreich empfinden, dem es eine Stärkung seines Einflusses auf dem Balkan keineswegs gönnen würde. Wie mir der Gesandte von Bergen, der Referent für die Dreibundangelegenheit im Auswärtigen Amt, sagte, ist das Verhältnis zwischen Wien und Rom einmal wieder alles weniger als freundschaftlich. In Wien sei man sehr verstimmt gegen den italienischen Gesandten in Albanien, Aliotti, der gegen Österreich stark intrigiert zu haben scheint, und der Botschafter von Merey habe deshalb vor einigen Tagen den Auftrag erhalten, von Italien zu verlangen, dass dieses seine ganze Politik ändere, da sonst ein längeres Einvernehmen nicht möglich sei. Der Auftrag habe so scharf gelautet, dass San Giuliano ganz aufgebracht sei, und in dieser Spannung zwischen Österreich und Italien liege ein die Situation sehr erschwerendes Moment. Die Aufteilung Serbiens oder auch nur die Annexion des die Bucht von Cattaro beherr-

schenden Berges Lovzen in Montenegro durch Österreich würde Italien nicht, ohne dafür Kompensationen zu erlangen, dulden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass Italien die Einberufung seiner Reserven, die es mit der innerpolitischen Lage rechtfertigen will, zu dem Zweck vornimmt, um gegebenen Falles zur Besetzung von Valona zu schreiten. Herr Zimmermann ist der Meinung, dass Österreich sich dem nicht widersetzen sollte, da Valona eine neue Achillesferse für Italien bilden würde und die Entfernung zwischen Brindisi und Valona zu gross sei, als dass es den Italienern gelingen könnte, die Adria völlig zu sperren.

Vielleicht darf auch aus einer Äusserung des österreichisch-ungarischen Botschaftsrats, wonach nach seiner persönlichen Meinung Valona den Italienern gegeben werden könne, geschlossen werden, dass man sich in Wien bereits mit einer Festsetzung der Italiener in Südalbanien vertraut macht.

Wie ich ganz vertraulich gehört habe, ist der Botschaftsrat Prinz Stolberg in Wien, der vor einigen Tagen hier war, beauftragt worden, die Frage einer Entschädigung Italiens mit dem Grafen Berchtold zu besprechen und dabei in inoffizieller Form einfliessen zu lassen, dass man Italien wohl dauernd gewinnen würde, wenn Österreich sich im Falle grösserer Gebietserweiterungen zur Abtretung des südlichen Trentino, d. h. desjenigen Teils des Erzbistums Trient, das nie zum alten deutschen Reich gehört hat, an Italien verstehen würde.

Dass das Wiener Kabinett diesem Gedanken näher treten

Nicht uninteressant ist es, dass in diesem Bericht auf eine ganz vertrauliche Mitteilung hingewiesen wird, wonach der deutsche Botschaftsrat Fritz Stollberg in Wien schon vor einigen Tagen bei Österreich die Frage einer Entschädigung Italiens durch Abtretung des südlichen Trentino erörtert habe (also schon damals).

werde, wird hier allerdings kaum erwartet, und man hat absichtlich den Botschaftsrat und nicht den gleichfalls in Wien anwesenden Botschafter beauftragt, das Gespräch auf das Trentino zu bringen, um nicht durch eine derartige offizielle Anregung zu verstimmen.

Was Bulgarien anlangt, so nimmt die hiesige österreichisch-ungarische Botschaft an, dass König Ferdinand den Ausbruch eines Krieges zwischen Österreich und Serbien benutzen würde, um zur Rückgewinnung des im Bukarester Frieden verlorenen Gebietes gleichfalls gegen Serbien loszuschlagen. Da die Gefahr besteht, dass in diesem Falle Rumänien, wie im zweiten Balkankrieg, sich gegen Bulgarien wenden würde — an einer dahingehenden Beeinflussung seitens Russlands, das direkt nichts gegen Bulgarien unternehmen wird, dürfte es auch diesmal nicht fehlen —, so hat man von hier aus den König Karol, mit dessen Haltung man in letzter Zeit wenig zufrieden war, in nicht misszuverstehender Weise wissen lassen, dass Deutschland sich auf Seiten Bulgariens stellen würde, falls Rumänien nicht Serbien fallen lasse. Nach der Antwort des Königs nimmt man hier an, dass Rumänien Ruhe halten wird, falls ihm eine Entschädigung in Aussicht gestellt wird. Als solche käme das Gebiet um Vidin in Betracht, dessen Bevölkerung in der Hauptsache aus Rumänen besteht. Damit wäre dann wohl Rumänien für den Dreibund, der sich in diesem Falle als nützlicher und stärker als der Zweibund erwiesen hätte, von selbst zurückgewonnen.

Griechenland, das eine Verkleinerung Serbiens nicht ungern sehen würde, wäre in Epirus zu entschädigen und hätte dafür Kawalla an Bulgarien abzutreten.

Was endlich Montenegro betrifft, so hofft man hier, dass der intelligente König Nikita es vorteilhaft finden wird, die Serben allein gegen Österreich kämpfen zu lassen. Für die Abtretung des Lovzen, die Österreich gelegentlich einer so weitgehenden Umgestaltung der Balkan-Landkarte wohl für sich beanspruchen würde, könnte Montenegro in Nordalbanien entschädigt werden.

Welches dabei das Schicksal des Fürstentums Albanien sein wird, lässt sich heute noch kaum absehen. Fürs erste wird die trostlose Lage fortdauern, die in Paris mit den Worten charakterisiert worden ist: „les caisses sont vides, le trône est Wied, tout est vide" und dem Fürsten den Beinamen „le Prince du Vide" eingetragen hat.

Genehmigen etc.

Schoen

Veröffentlichung

In einem Telephonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft

Fernsprech-Meldung der Gesandtschaft in Berlin [1])

In München aufgenommen 31. Juli 1914; 7^{45} vorm.

Eine Antwort auf die gemeinsame Demarche Englands und Deutschlands ist aus Wien bis nachts 12 Uhr nicht eingelaufen gewesen. Man erwartet sich in den Berliner massgebenden Krei-

[1]) Niederschrift im Ministerium des Äussern, München.

vom 31. Juli 1914 früh wird die Überzeugung ausgesprochen, „dass die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden".

sen nicht, dass die Demarche einen Erfolg haben wird, ist vielmehr überzeugt, dass die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.

Wir haben gestern abend, wie immer in diesen Tagen, im Bristol gegessen, das gegenwärtig eine Art Diplomatenbörse bildet. Wir fanden die Österreicher noch ernster wie in den letzten Tagen. Sie schwiegen vollständig.

Von den Reisen der bundesstaatlichen Minister hierher kann man sich nur wenig versprechen; zudem besteht noch die Gefahr, dass die Herren nicht mehr nach Hause kommen könnten.

Veröffentlichung

Am gleichen Tage wurde nach München von der bayerischen Gesandtschaft das folgende Stimmungsbild telephoniert:

Es laufen zurzeit zwei Ultimatums:

Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden. Petersburg Anfrage nach Grund der Mobilisierung. Paris Anfrage, ob neutral bleibt. Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden.

Mobilisierung spätestens Samstag, den 1. August um Mitternacht.

Preussischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich mit grosser Zuversicht entgegen, rechnet damit, Frankreich in vier Wo-

Fernsprech-Meldung der Gesandtschaft in Berlin [1])

In München aufgenommen 31. Juli 1914; 8[00] nachm.

Es laufen zurzeit zwei Ultimata:

Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden, Petersburg Anfrage nach Grund der Mobilisierung, Paris Anfrage, ob neutral bleibt. Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden.

Mobilisierung spätestens Samstag, den 1. August um Mitternacht.

Preussischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich mit grosser Zuversicht entgegen, rechnet damit, Frankreich in 4 Wochen nieder-

[1]) Niederschrift im Ministerium des Äussern, München.

chen niederwerfen zu können. Im französischen Heer kein guter Geist, wenig Steilfeuergeschütze und schlechteres Gewehr.

werfen zu können; im französischen Heere kein guter Geist, wenig Steilfeuergeschütze und schlechteres Gewehr.

Veröffentlichung

In einem Bericht vom 4. August 1914, aus dem übrigens hervorgeht, dass die Türkei sich schon damals verpflichtet hatte, sich Deutschland anzuschliessen und zu mobilisieren, wird über Belgien gesagt:

„Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalstabschef hat erklärt, dass selbst die englische Neutralität um den Preis einer Respektierung Belgiens zu teuer erkauft wäre, da der Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgien möglich."

Der Gesandte Graf Lerchenfeld an den Vorsitzenden im Ministerrate [1])

Bericht 427

Berlin, den 4. August 1914.

Ich habe nur zu melden, dass die Türkei sich Deutschland anschliesst und einige Korps mobil macht. Auch Bulgarien scheint entschlossen, mit Österreich gemeinsame Sache zu machen. Der Vertrag ist noch nicht geschlossen. Dies könnte militärisch Österreich wesentlich erleichtern. Holland ist die Neutralität von uns zugesichert. Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalstabschef hat erklärt, dass selbst die englische Neutralität um den Preis einer Respektierung Belgiens zu teuer erkauft wäre, da der Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgiens möglich.

Reichstagseröffnung im Weissen Saal und Reichstagssitzung waren im höchsten Grade erhebend. Selbst im Jahre 1870 hat die Begeisterung, für die gerechte Sache zu kämpfen, sich nicht so elementar und einmütig gezeigt.

Die Durchführung der Mobilisation und der Aufmarsch verläuft

[1]) Urschrift in den Akten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin.

ausgezeichnet. Generalstab und Kriegsministerium haben noch nicht eine Anfrage von irgend einer Seite erhalten. Jeder weiss, was er zu tun hat.

Ich muss annehmen, dass unsere Haltung gegenüber Belgien Bruch mit England im Gefolge hat.

G. H. Lerchenfeld.

II

Auswirkung in Versailles

Nr. 1

Schuldbericht der Entente

Die Mantelnote des Ultimatums vom 16. Juni 1919, in welchem die alliierten und assoziierten Mächte in Versailles die unbedingte Annahme ihres Friedensdiktates von Deutschland forderten, und das Ultimatum selbst enthalten eine ausführliche Schuldanklage gegen Deutschland.

Sie beruht auf dem Berichte, den die „Kommission für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegenden Strafen" am 29. März 1919 der „Konferenz der Friedenspräliminarien" unterbreitete.[1])

Der Bericht enthält zahlreiche Hinweise auf Dokumente, die in den Farbbüchern der kriegführenden Staaten erschienen waren. Er beruft sich mehrmals auch auf die bekannten Denkschriften des Fürsten Lichnowsky und Dr. Muehlons und verwertet an drei Stellen die obigen bayerischen Aktenstücke nach der auszugsweisen Wiedergabe der Eisner'schen Veröffentlichung vom 23. November 1918 unter ausdrücklichem Hinweis auf diese.

Der erste Abschnitt mit der Überschrift: „Vorgefasste Absicht, Krieg führen zu wollen" behandelt die Entstehung des österreichisch-serbischen Streitfalles im Juli 1914 und die Haltung Deutschlands hierzu. Es wird der Nachweis versucht, dass die Mittelmächte in gemeinsamem bewusstem Zusammenwirken vorsätzlich mittelst des serbisch-österreichischen Konfliktes den Weltkrieg entfesselt hätten.

---

[1]) Das deutsche Weissbuch über die Schuld am Kriege. Autorisierte Ausgabe des Auswärtigen Amtes 1919; Seite 12 ff.



Im Anschluss an die Behauptung, dass in einer in Potsdam am 5. Juli abgehaltenen entscheidenden Beratung Wien und Berlin den Plan gefasst hätten, ein energisches kurzfristiges Ultimatum an Serbien zu richten, heisst es dann mit Benützung der bayerischen Veröffentlichung vom 23. November 1918:

„Es ist offensichtlich", schreibt einige Tage später der bayerische Gesandte von Lerchenfeld[1]) in einem Bericht an seine Regierung, „dass Serbien nicht in Forderungen einwilligen kann, die unvereinbar mit der Würde eines unabhängigen Staates sind."

In diesem Bericht vom 18. Juli 1914, dessen Inhalt niemals offiziell dementiert wurde, offenbart Graf Lerchenfeld, dass von diesem Zeitpunkt ab das Ultimatum an Serbien gemeinsam zwischen den Berliner und Wiener Regierungen beschlossen war, dass letztere für dessen Überreichung die Abreise des Präsidenten Poincaré und des Herrn Viviani nach Petersburg abwarten würden, und dass man sich weder in Berlin noch in Wien Illusionen über die Folgen hingab, zu denen dieser drohende Schritt führen würde. Man war vollkommen davon überzeugt, dass der Krieg daraus hervorgehen würde.

Der bayerische Bevollmächtigte erklärte überdies, dass die einzige Befürchtung der Berliner Regierung darin bestehe, dass Österreich-Ungarn im letzten Augenblick zögern und zurückgehen und dass andererseits Serbien auf die Ratschläge Frankreichs und Englands hin dem auf ihn ausgeübten Druck nachgeben würde. „Nun erachtet aber die Berliner Regierung den Krieg für notwendig." Deshalb erteilt sie dem Grafen Berchtold unbeschränkte Vollmacht und beauftragt den Ballplatz schon am 18. Juli 1914, mit Bulgarien zu unterhandeln, um es in ein Bündnis und in den Krieg hineinzuziehen.

Um dies Einverständnis zu verbergen, hatte man abgemacht, dass der Kaiser eine Fahrt auf der Nordsee unternehmen und der preussische Kriegsminister in Urlaub gehen würde. Auf diese Weise war die Kaiserliche Regierung in der Lage, zu behaupten, dass sie von den Ereignissen vollkommen überrascht worden sei.

Unversehens richtet Österreich an Serbien das Ultimatum, das in der Absicht, es unannehmbar zu machen, mit Sorgfalt vorbereitet war. Dadurch wurde niemand getäuscht: „Die ganze Welt begriff, dass dieses Ultimatum den Krieg bedeutete", gemäss dem Ausspruch Ssazanows: „Österreich-Ungarn wollte Serbien verschlingen."

---

[1]) Es wird also auch hier noch fälschlich Graf Lerchenfeld als Verfasser angeführt, obwohl schon am 25. November 1918 von dem damaligen Gesandten Dr. Muckle in Berlin in der Deutschen Allgemeinen Zeitung berichtigt worden war, dass es sich nicht um ein Lerchenfeld'sches Schreiben, sondern um einen Bericht des Geschäftsträgers von Schoen handle. Vgl. IV Nr. 3 (Seite 53).

Im weiteren will der Bericht der Entente-Kommission dartun, dass nach der Übergabe des österreichischen Ultimatums in Belgrad die Mittelmächte mit bewusster gemeinsamer Absicht vermittelnde Vorschläge der Ententemächte auf die Seite geschoben und ihre wiederholten Bemühungen, den Krieg zu verhüten, zunichte gemacht hätten.

Als Beweisstück erscheint hier auch das Telefonat der bayerischen Gesandtschaft in Berlin vom 31. Juli 1914 7^{45} vorm., mit der Bezeichnung: „Zweiter Bericht des Grafen Lerchenfeld, bayerischer Bevollmächtigter in Berlin, durch Kurt Eisner veröffentlicht", und zwar in folgender Form:

In einem vom 31. Juli datierten Bericht erklärt die bayerische Gesandtschaft, sie sei davon überzeugt, dass die Bemühungen Sir Edward Greys, den Frieden zu erhalten, den Gang der Ereignisse nicht aufhalten könnten.

In dem Abschnitt „Verletzung der belgischen und luxemburgischen Neutralität" wird die bekannte Äusserung des Reichskanzlers Bethmann Hollweg vom 4. August 1914 über Belgien zitiert. Daran knüpft sich folgende Stelle:

Diesem Geständnisse des deutschen Kanzlers, Herrn von Bethmann Hollweg, schliesst sich das erdrückende Zeugnis des Grafen Lerchenfeld an, der in einem Bericht vom 4. August 1914 anführt, dass der deutsche Generalstabschef es für „nötig erachtet, durch Belgien zu ziehen. Frankreich", sagt er, „kann nur von dieser Seite her angegriffen werden. Deutschland könnte die belgische Neutralität nicht respektieren, selbst wenn es Gefahr liefe, Englands Einschreiten herauszufordern".

Nr. 2

Deutsches Gegengutachten

In einer Note vom 20. Mai 1919 lehnte es Clémenceau namens der Alliierten ab, der deutschen Friedensdelegation das erwähnte Gutachten über die Verantwortlichkeiten am Kriege zu übergeben. Da aber wesentliche Teile in der Presse erschienen, prüfte ein freier deutscher Viererausschuss, bestehend aus den Herren Hans Delbrück, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Graf Montgelas und Max Weber im Auftrage der deutschen Friedensdelegation die Angaben des gegnerischen Kommissionsberichtes.

Die aktenmässig belegten „Bemerkungen" dieser deutschen Viererkommission wurden von Graf Brockdorff-Rantzau am 28. Mai 1919 der Entente übersandt.[1]) Sie behandeln vor allem auch die Ursachen und den Verlauf des serbisch-österreichischen Konflikts und treten auf das Bestimmteste der Auffassung entgegen, dass zwischen Berlin und Wien ein geheimes Komplott zur Vernichtung Serbiens und zur Entfesselung des Weltkrieges geschmiedet worden sei. Sie betonen dabei, dass die Ziele der österreichischen Aktion gegen Serbien in Berlin im einzelnen nicht mitgeteilt worden sind, dass sie aber genau umgrenzt waren und keinerlei Annexionsgedanken enthielten.

Die Denkschrift berührt sodann die Verwertung und den Inhalt der Eisner'schen Veröffentlichung verschiedentlich in folgenden Bemerkungen:

Diesem Tatbestand haben die späteren in dem Kommissionsbericht[2]) angeführten angeblichen Enthüllungen Eisners und anderer, soweit sie nicht Unrichtiges enthalten, Neues nicht hinzugefügt. Auch der Anfang Juli 1914 stattgehabte Briefwechsel zwischen den beiden Kaisern und deren Regierungen ist inzwischen in vollem Wortlaut veröffentlicht. Ein Kronrat hat am 5. Juli nicht stattgefunden. Der Kommissionsbericht spricht nur noch unbestimmt von entscheidenden Beratungen. Worauf diese sich in Wahrheit bezogen haben, ergibt Anlage V.[3]) Die Nordlandreise des Kaisers wurde zu dem alljährlich üblichen Zeitpunkt angetreten, der preussische Kriegsminister hat seinen Urlaub schon am 2. Juli erbeten; beiläufig sei bemerkt, dass der von der Kommission erwähnte bayerische Bericht vom 18. Juli, der mehrere schon öffentlich berichtigte Irrtümer aufweist, nicht vom Gesandten Grafen Lerchenfeld, sondern vom Legationsrat von Schoen herrührt. Völlig unbegründet ist ferner nach Ausweis der deutschen Akten die Behauptung, dass damals Bulgarien zum Kriege gegen Serbien veranlasst werden sollte.

Es ist richtig, dass Österreich die Auffassung hatte, angesichts früherer nicht gehaltener Versprechungen Serbiens sich mit bloss diplomatischen Ergebnissen nicht begnügen zu können, sondern auf dem Eindruck einer militärischen Expedition bestehen zu müssen. Deutschland hat dieser Auffassung zugestimmt und Österreich dabei ermutigt.

---

[1]) Deutsches Weissbuch 1919. Seite 55/56 ff.

[2]) Kommissionsbericht der Alliierten!

[3]) Diese Anlage widerlegt die gegnerische Darstellung vom „Kronrat" in Potsdam. Das deutsche Weissbuch über die Schuld am Kriege 1919. S. 77 ff.

Heute sehnt sich die Welt nach einem Völkerbunde, in dem militärische Massregeln nicht mehr zulässig sind, und in dem alle Nationen, ob gross oder klein, ob stark oder schwach, die gleichen politischen und wirtschaftlichen Rechte geniessen. Mit dem damals auch von anderen Staaten angewendeten Verfahren stand zwar das Vorgehen gegen Serbien nicht im Widerspruch und war im guten Glauben als eine Massregel gedacht, um einen seit langem die Gefahr eines Weltkrieges in sich bergenden Konfliktsstoff zu beseitigen. Immerhin empfand 1914 die deutsche Regierung selbst das Ultimatum als zu weitgehend (Blaubuch Nr. 18). Eine besondere Härte lag nach Ansicht der Unterzeichneten in der kurzen, auch auf spätere Vorstellungen hin nicht verlängerten 48 stündigen Frist.

Auch den entgegenkommenden Charakter der serbischen Antwort hat die deutsche Regierung in ihrer unten besprochenen Note vom 28. Juli (Wolffs Telegramm vom 12. Oktober 1917) selbst anerkannt. Eine schiedsgerichtliche Regelung der nach dieser Antwort noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten hätte besser jenem Geiste des Vertrauens entsprochen, auf dem Sir Edward Grey am 30. Juli hinwies (Blaubuch Nr. 101), einem Geiste, welcher hoffentlich künftig die Beziehungen der Völker und ihrer Regierungen leiten wird. Voraussetzung für jenes für alles andere entscheidende Vertrauen wäre natürlich der Glaube gewesen, dass der englische Aussenminister nicht nur den von Augenblickserwägungen unabhängigen Willen, sondern auch die Macht hatte, die unzweifelhaften russischen Kriegsabsichten im Zaum zu halten. Daran zweifelt, soweit der gute Wille Sir Edwards Greys in Betracht kommt, von den Unterzeichneten niemand mehr. Zu fragen ist nur, ob dieser gute Wille auch in einer Art zum Ausdruck gelangte und, angesichts des die gesamte Lage umstürzenden Verhaltens Russlands, rechtzeitig gelangen konnte, um der deutschen Regierung jenes Vertrauen zu geben. . . .

Die Berliner Regierung hat in dem Bestreben, den Streit zwischen Serbien und Österreich auch diplomatisch zu lokalisieren, anfänglich zu den insbesondere von englischer Seite gemachten Vermittlungsvorschlägen sich ablehnend verhalten; sie glaubte, dass auf diesem Wege eine Beseitigung der ständigen Bedrohung des Weltfriedens nicht zu erreichen sei. In dem Kommissionsbericht ist jedoch erstaunlicherweise nicht erwähnt, dass der direkte Gedankenaustausch zwischen Wien und Petersburg von deutscher Seite angeregt wurde, und dass Sir Edward Grey selbst dieses Verfahren als das zweckmässigste (the most preferable method of all) anerkannt hat (Blaubuch Nr. 67). Ein schwer begreiflicher Irrtum ist es ferner, wenn aus Blaubuch Nr. 43 eine Ablehnung der Vermittlung zu Vieren durch Deutschland gefolgert wird, da dieses Telegramm sich nicht auf jenen Vorschlag, sondern auf den einer Konferenz bezieht. Zu einer Vermittlung zwischen Österreich-Ungarn und Russland ist Deutschland immer bereit gewesen (Blaubuch Nr. 18 und 46). Besonders auffallend ist es endlich, dass in dem Kommissionsbericht die längst

bekannten drei deutschen Noten nicht erwähnt werden, aus denen hervorgeht, wie stark der Druck war, den die Berliner Regierung vom 28. Juli ab auf das Wiener Kabinett ausgeübt hat. Die Unterzeichneten gestatten sich daher aus diesen wichtigen Dokumenten einiges hier anzufügen:

Am 28. Juli wird Wien auf den versöhnlichen Charakter der serbischen Antwort hingewiesen und aufgefordert, gegenüber den deutschen und anderen Vermittlungsvorschlägen nicht mehr die bisherige Zurückhaltung zu beobachten (veröffentlicht durch Telegramm des Wolffbureaus vom 12. Oktober 1917).

Am 29. (abgesandt Nacht 29./30.) wird die Verweigerung jedes Meinungsaustausches mit Petersburg als ein schwerer Fehler bezeichnet und beigefügt: „Wir sind zwar bereit, unsere Bundespflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen.“ (Schon veröffentlicht in der „Westminster Gazette“ vom 1. August 1914, ferner mitgeteilt im Deutschen Reichstag am 19. August 1915.)

In derselben Nacht wird zur Unterstützung des Greyschen Vorschlags von Blaubuch Nr. 88 nach Wien gedrahtet: „Wir stehen, falls Oesterreich jede Vermittlung ablehnt, vor einer Konflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien nach allen Anzeichen nicht mit uns gehen würden, so dass wir zwei gegen vier Grossmächte ständen. Deutschland fiele durch Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zu. Österreichs politisches Prestige, die Waffenehre seiner Armee sowie seine berechtigten Ansprüche Serbien gegenüber könnten durch Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Es würde durch Demütigung Serbiens seine Stellung im Balkan wie Russland gegenüber wieder stark machen. Unter diesen Umständen müssen wir der Erwägung des Wiener Kabinetts dringend und nachdrücklich anheimstellen, die Vermittlung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich und uns eine ungemein schwere.“ (Mitgeteilt im Hauptausschuss des Deutschen Reichstags am 9. November 1916.)

Mit dem erwähnten Vermittlungsvorschlag vom 29. Juli nachmittags (Blaubuch Nr. 88) war der Weg zur Erhaltung des Friedens gefunden. Berlin war bereitwillig darauf eingegangen und drängte in Wien auf die Annahme in so scharfer Weise, wie wohl noch nie in ernster Stunde ein Bundesgenosse zum andern gesprochen hat. Es ist wahrlich nicht die Schuld der deutschen Regierung, wenn die der glücklichen Lösung so nahen diplomatischen Verhandlungen durch militärische Massnahmen der Gegenseite jäh unterbrochen wurden . . . . . .

Tatsächlich — und darauf kommt es an — ist die deutsche Regierung nicht in dieser Weise verfahren, sondern hat vom 28. Juli

an alles Denkbare getan, um Österreich zur Annahme von Vermittlungsvorschlägen zu bewegen. Hinsichtlich der Wiederaufnahme der direkten Besprechungen ist der Erfolg auch nicht ausgeblieben (Rotbuch Nr. 50).

Nr. 3

Spätere Erklärung der deutschen Viererkommission

Der deutschen Viererkommission lag in Versailles der volle Wortlaut der bayerischen Dokumente nicht vor.

Sie konnte für ihre Einwendungen also nur die Auszüge aus Eisners Veröffentlichung in Betracht ziehen.

Am 2. August 1919 erhob der Legationsrat von Schoen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (Nr. 367) Einspruch dagegen, dass sein Bericht vom 18. Juli 1914 in gekürzter Form veröffentlicht worden war. Dadurch sei er verstümmelt und sein Sinn entstellt worden. Herr von Schoen führte verschiedene weggelassene Stellen wörtlich an. Wenige Tage später (10. August) brachte das genannte Blatt den ganzen Wortlaut des Gesandtschaftsberichtes.

Im Anschluss daran erschien folgende Erklärung der Viererkommission:

Bei Abfassung des Berichts über die Verantwortlichkeit am Kriegsausbruch war der deutschen Viererkommission nur bekannt, dass der Bericht des bayerischen Legationsrats von Schoen vom 18. Juli 1914 in der damals vorliegenden Fassung mehrere Irrtümer enthielt. Aus den inzwischen von Herrn von Schoen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 2. August ds. Js. Nr. 367 (Beiblatt zur Morgenausgabe) veröffentlichten Aufklärungen geht hervor, dass die irrtümliche Darstellung des Berichts, als dessen Verfasser unrichtigerweise der vom 4. bis 26. Juli beurlaubte und von Berlin abwesende bayerische Gesandte Graf Lerchenfeld bezeichnet worden war, darauf zurückzuführen ist, dass wesentliche Stellen des Berichts weggelassen waren. Diese Stellen beweisen von neuem, dass die Reichsleitung nicht den europäischen Krieg gewollt und betrieben, sondern von Anfang an auf die Lokalisierung des Konflikts zwischen Österreich und Serbien hingearbeitet hat und ernstlich bestrebt war, alle Anlässe zu einem europäischen Kriege auszuschalten.

Zur Begründung der ausserordentlichen Verspätung dieser Aufklärung teilt Herr von Schoen mit, dass bei Nachforschung nach seinem Bericht sowohl das Konzept aus den Berliner Gesandtschaftsakten als auch das Original aus dem Archiv des Münchner Mini-

steriums des Äussern verschwunden waren und erst durch Haussuchungen bei der Witwe Eisners und dem früheren Sekretär Eisners (Fechenbach) wieder zutage gefördert wurden.[1])

Die Unterzeichneten ersuchen die Reichsregierung, bei einer Neuausgabe des Weissbuches 1919 die vorstehende Erklärung zum Abdruck bringen zu lassen.

Berlin, Würzburg und München, 3., 4. und 5. August 1919.

Hans Delbrück. Albrecht Mendelssohn Bartholdy.
Max Graf Montgelas. Max Weber.

---

[1]) Über diesen Sachverhalt siehe Näheres im letzten Abschnitt.

III

Zur Vorgeschichte der Enthüllung[1])

Nr. 1

Aus der ersten Regierungskundgebung Eisners in der Nacht zum 8. November 1918.

In dem Aufruf wird die über Nacht vollzogene Umwälzung und die Errichtung eines freien Volksstaates Bayern angekündigt.

Über die Friedensfrage heisst es:

Eine neue Zeit hebt an. Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes auch die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterungen zu erledigen, bevor die feindlichen Heere die Grenze überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen.

Nr. 2

Aus der Rede Eisners im Arbeiter- und Soldatenrate am 8. November 1918[2])

Dann die zweite Erwägung: Der amerikanische Präsident hat in seiner vorletzten Note in deutlichen Worten kundgegeben, dass er nicht gesonnen sei, mit dem, was man heute in Berlin Volks-

---

[1]) Die im folgenden Abschnitt erwähnten Regierungskundgebungen liegen gedruckt vor. — Vgl. Meiner, Deutscher Geschichtskalender: Die deutsche Revolution, 1. Bd. — Die Originale der mitgeteilten Aktenstücke befinden sich im Münchner Ministerium des Äussern.

[2]) Eröffnungsrede zur ersten Sitzung der Räte und zur Bildung des sozialistischen Ministeriums.— Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Provisorischen Nationalrates und der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Bayern vom 8. November bis 18. Dezember 1918.

regierung nennt, einen Verständigungsfrieden zu schliessen, sondern dass es sich bei einer solchen Regierung nur um Kapitulation handeln könne. Wenn aber nun in Bayern eine revolutionäre Regierung ersteht, deren treibende Kräfte von Anfang des Krieges an in einsamer und gefährlicher Opposition die deutsche Kriegspolitik bekämpft haben, so können wir vertrauen, dass eine solche Regierung bei dem amerikanischen Präsidenten einen anderen Eindruck erwecken und mildere Stimmung auslösen kann, als wenn er es zu tun hat mit einer Regierung, die alle Verantwortlichkeiten der Vergangenheit mit übernommen hat. Es liegt mir fern, in unwürdiger, feiger Art um die Gunst unserer Gegner buhlen zu wollen. Aber ich weiss, dass man uns, den treibenden Kräften der neuen Umwälzung, wenigstens Vertrauen schenkt. Wir haben niemals die gemeinsame Sache der Internationale geschädigt, deswegen vertraue ich, dass diese uns einen milderen Frieden für Deutschland erwirken kann, als wenn hier noch jenes System herrschte, das mitschuldig war an dem Ausbruch des grössten aller Verbrechen der Weltgeschichte.

Nr. 3

Kundgebung der Regierung des bayerischen Volksstaates vom 10. November 1918

An die Regierungen und Völker Amerikas, Frankreichs, Englands und Italiens!

An die Proletarier aller Länder!

Das bayerische Volk hat zuerst in Deutschland unter Führung von Männern, die seit Beginn des Krieges den leidenschaftlichsten Kampf gegen die frevelhafte Politik der deutschen Regierungen und Fürsten geführt haben, in einer stürmischen und von endgültigem Erfolg gekrönten revolutionären Erhebung alle und alles beseitigt, was schuldig und mitschuldig an dem Weltkrieg war. Bayern hat sich als Volksstaat proklamiert. Das ganze Volk begrüsst jubelnd seine Erlösung. Die anderen Staaten Deutschlands folgen in unaufhaltsamem Drange unserem Beispiel und begründen damit zum erstenmal eine wirkliche innere Einheit Deutschlands.

In diesem Augenblick stürzt auf die junge Republik Bayern die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte herein. Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Bedingungen unabänderlich sein sollten, in kurzer Zeit Wüste und Chaos sein.

Wie verstünden wir die Empfindungen, die die alliierten Mächte veranlassten, solche Bedingungen zu stellen, wenn sie damit die Schuldigen treffen würden. Die deutschen Autokraten und Militaristen verdienen keine Schonung. Jetzt aber hat das Volk sich befreit, und die Bedingungen, die ihm jetzt auferlegt werden, bedeuten seine Vernichtung. Werden die Forderungen aufrechterhalten, so gehen wir Zuständen entgegen, die keine menschliche Phantasie sich vorstellen kann. Eine anarchistische Auflösung aller Verhältnisse, die gerade die bayerische Revolution durch die Schaffung eines in sich gefestigten Volksstaates verhindern wollte, würde die notwendige Folge sein, und die Herrschaft zuchtlos sich auflösender Millionenheere würde eine geistige und sittliche Verwilderung, eine politisch-soziale Besessenheit herbeiführen, die auch in das Gebiet der Sieger verheerend übergreifen würde.

Das darf nicht geschehen. Die demokratischen Völker dürfen nicht wollen, dass die revolutionäre Schöpfung der deutschen Demokratie durch die Schonungslosigkeit der Sieger vernichtet wird. Jetzt ist die Stunde gekommen, wo durch einen Akt weit ausblickender Grossmut die Versöhnung der Völker herbeigeführt werden kann. Vergesst in der Schöpfung der neuen Welt den Hass, der in der alten erzeugt worden ist. Der Völkerbund, der das gemeinsame Ideal der Menschheit geworden ist, kann niemals werden, wenn er beginnt mit der Ausrottung des jüngsten Gliedes demokratischer Kultur. Wir beschwören Euch, die Regierungen wie die Völker, in einer Tat erhabener Selbstüberwindung die für alle verhängnisvolle Liquidierung des Weltkrieges in gemeinsamer Arbeit der Sieger und Besiegten zu unternehmen. Dieses schwere Werk würde die erste Handlung des neuen Völkerbundes sein und ihn damit begründen.

Die alliierten Demokratien dürfen nicht vergessen, wie viel stumm ertragene Opfer unzähliger namenloser Deutschen seit Beginn dieses Krieges in klarer Erkenntnis der Schuld gebracht worden sind, und die Regierungen der alliierten Mächte dürfen nicht die Verantwortung vor den proletarischen Massen übernehmen, die Internationale in dem Augenblick wieder zu zerstören, wo sie sich innerlich zusammengefunden hat. Das Schicksal der Menschheit liegt in den Händen der Männer, die jetzt verantwortlich sind für die Herbeiführung des Friedens und die Neugestaltung der zerrütteten Völker.

München, den 10. November 1918

Das Ministerium des bayerischen Volksstaates

Kurt Eisner

Nr. 4

Professor Foerster[1]) in Zürich an den Ministerpräsidenten

Dringendes Telegramm Zürich, den 11. November 1918; 6^{40} nachm.

Aufrichtigen Dank für das Vertrauen. [2]) Möchte zunächst zur Erwägung geben, ob es nicht besser wäre, die bayerische Sondergesandtschaft, die nur als Gewicht gegen die preussische Vorherrschaft einen Sinn hatte, gerade jetzt fallen zu lassen. Wichtiger als je ist es jetzt, dass Deutschland nach aussen einheitlich auftritt. Darum wäre die sofortige Neubesetzung der deutschen Gesandtschaft Bern aus vielen Gründen ausserordentlich dringend; auch dafür wäre der im gestrigen Telegramm Genannte am meisten geeignet. Durch die geplante Neubesetzung der bayerischen Gesandtschaft hingegen könnte der Eindruck entstehen, als komme eine neue partikularistische Ära. Sollten jedoch besondere Gründe für eine vorläufige Sonderaktion Bayerns sprechen, so stelle ich mich selbstverständlich sofort zur Verfügung. Erlaube mir jedoch zu empfehlen, in diesem Falle das Provisorische der bayerischen Sondervertretung ausdrücklich hervorzuheben.

Foerster

Nr. 5

Der Ministerpräsident an Professor Foerster in Zürich

Telegramm München, den 12. November 1918

Mein Wunsch, dass Sie die provisorische bayerische Gesandtschaft übernehmen, ist durch die triftigsten Gründe veranlasst. Partikularistische Gefahren bestehen gegenwärtig nicht. Die Bedrohung

---

[1]) Der frühere Münchner Universitätsprofessor und bekannte Pazifist; er war schon während des Krieges zeitweise in der Schweiz schriftstellerisch und politisch tätig. Seine Auffassungen über den Kriegsursprung, die Schuld am Kriege, die deutsche Kriegsführung trafen sich mit denjenigen Eisners, ohne dass er jedoch dessen revolutionäre Streikmethode zur Beendigung des Krieges gutgeheissen hätte. Vgl. Foersters Schrift: „Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland" (1920). Seite 21 berichtet Foerster über sein Zusammentreffen mit Eisner am Abend vor dem Streik der Kruppschen Arbeiter in München (Januar 1918); Seite 27 ff. und Seite 113 ff. über seine und Eisners Stellung zur Schuldfrage. Dabei wird auch die Veröffentlichung vom 23. November 1918 kurz behandelt.

[2]) Bezieht sich auf das Angebot, das Amt eines Gesandten zu übernehmen.

kommt von ganz anderer Seite. Unter diesen Umständen ist es von entscheidender Wichtigkeit, dass die besondere Form unserer bayerischen Revolution sich in ihrem moralischen Einfluss durchsetzt. Ich gebe Ihnen also hiermit die Vollmacht eines provisorischen Gesandten des bayerischen Volksstaates und ersuche Sie, beim Berner Bundesrat zu veranlassen, dass er die von uns in der Nacht zum 11. November an die Entente gerichtete Kundgebung sofort weiterleitet. Leider erhalte ich erst eben vom Bundesrat die Antwort, dass er die Weiterleitung ablehnt. Wenn Waffenstillstandsbedingungen nicht gemildert, so ist für uns alles verloren.

Ministerium des Äussern

Kurt Eisner

Nr. 6

Der provisorische Gesandte in der Schweiz an den Ministerpräsidenten

Telegramm Zürich, den 13. November; 7^{40} nachm.

Bestätige Empfang Ihrer telegraphischen Ernennung, die wegen Generalstreik erst heute mittag ankam. Warte für die persönliche Vorstellung nur noch Ihre schriftliche Vollmacht ab. Ihre Wünsche werden sofort erfüllt werden. Hatte soeben mit einem zufällig hier anwesenden höchst einflussreichen Vertreter der Entente mehrstündige Unterredung in Ihrem Sinne. Durch die vierjährige deutsche Bluffpolitik ist das Misstrauen uns gegenüber so gross geworden, dass man fürchtet, auch die jetzige Umwälzung sei nur eine Parade, oder nach kurzer Zeit würde die jetzt verdrängte Reaktion wieder hervorbrechen. Nur darauf beziehen sich die harten Bedingungen. Man wird uns aber bestimmt in grossem Stil mit der Ernährung helfen, sobald der neue Geist deutlich und zuverlässig in Wort und Tat zu Tage tritt. Hierüber wird Ihnen übermorgen Doktor de Fiori einen eingehenden Bericht von mir übergeben. Ich erbitte daher eine Anweisung an die Grenzbehörde, den Genannten ohne Durchsuchung passieren zu lassen. Da ich selber wohl erst nächste Woche nach München zur Berichterstattung abkömmlich bin, so erlaube ich mir durch den Genannten einige eilige Dinge mündlich zur Information und Entscheidung vorlegen zu lassen. Auf Abberufung sämtlicher diplomatischer Beamten der Gesandtschaft darf ich wohl rechnen.

Foerster

Nr. 7

Der Ministerpräsident an Professor Foerster in Zürich

München, den 14. November 1918

Sie werden hierdurch zum bayerischen Gesandten für die Schweiz ernannt.

Das Ministerium des Volksstaates Bayern.

Der Ministerpräsident: Kurt Eisner

Nr. 8

George D. Herron [1]) in Genf an Professor Dr. Edgar Jaffé, Finanzminister des Volksstaates Bayern und an den Ministerpräsidenten Eisner

Telegramm Genf, den 14. November; 12^{18} nachm.

Ich habe Ihre Kundgebung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gesandt und ebenfalls eine persönliche Erklärung und Bitte an den Präsidenten gerichtet, ich glaube, es sei nicht ratsam die Kundgebung in diesem Augenblick an die öffentliche Presse zu geben, weil dies nur dazu dienen würde, das Bolschewiki-Feuer zu schüren und die Erwägung der von Ihnen erwünschten Ziele zu verhindern. Ich möchte Sie besonders auf die Tatsache aufmerksam machen, dass Sie, wie ich fürchte, nicht genügend in Betracht gezogen haben, dass der Waffenstillstand nur ein zeitweiliges militärisches Übereinkommen, nicht aber ein Friedensvertrag ist. Der Waffenstillstand

---

[1]) Amerikanischer Pazifist, wirkte während des Krieges in der Schweiz; mit Foerster, Dr. Muehlon und ihrem Kreise in Fühlung, auch mit dem Finanzminister Professor Dr. Jaffé bekannt. — Vgl. seine 1920 erschienene Schrift „Der Pariser Friede und die Jugend Europas". Hier beklagt der durch das Versailler „Teufelswerk" aufs Bitterste Enttäuschte, unter Hintanstellung seiner Grundsätze den Krieg gegen Deutschland gepredigt zu haben, von dessen Niederlage er sich den Anbruch eines neuen Zeitalters des Völkerfriedens und der Humanität versprach. Er bedauert, seine deutschen Freunde in dem durch äussere Umstände hervorgerufenen Glauben gelassen zu haben, dass er mit Wilson, den er bis damals nie gesprochen, auf vertrautem Fusse stehe, und ihnen die Überzeugung beigebracht zu haben, dass die 14 Punkte des Präsidenten unbedingt erfüllt würden (wohin auch die obigen Mitteilungen weisen). Er fühlt solchermassen sich und den internationalen Pazifismus bedrückt durch eine „beinahe unerträgliche Bürde von Schuld und Unterlassungssünde". (Seite 15; Seite 21).

betrifft nur unmittelbare militärische Zustände und hat mit der politischen Sachlage oder der Friedenskonferenz nichts gemein. Machen Sie dies Ihren Leuten klar. Besonders Sie als Antimilitaristen sollten sehen, dass der Zweck dieses Waffenstillstandes ist, Ihre eigenen Feinde in Deutschland zu zerstören und den Weg für Ihr Programm zu klären. Alles was Sie jetzt zu Ihren Gunsten zählen. Ausserdem besteht auf der Seite der Entente keine Absicht, Ihr Volk in ökonomisches Elend zu bringen, sondern man wünscht im Gegenteil, Ihnen so schnell wie möglich ökonomische Hilfe zu bringen. Schliesslich können Sie versichert sein, und das ohne den geringsten Zweifel, dass, wenn es Ihnen gelingt, unverzüglich eine wirklich demokratische Regierung in Bayern und den anderen deutschen Staaten zu errichten, der Präsident der allererste sein wird, Ihnen alle mögliche Sympathie und Hilfe zu bringen. Der Präsident wünscht nicht im geringsten, das deutsche Volk zu zerstören, sondern im Gegenteil so schnell wie möglich seine Erlösung und Befreiung zu erreichen.

Dieses Telegramm ist auch für Präsidenten Eisner bestimmt.

In alter Freundschaft und mit brüderlichen und herzlichen Grüssen

George D. Herron

Nr. 9

Der bayerische Gesandte in der Schweiz an den Ministerpräsidenten

Telegramm Zürich, den 14. November 1918; 12^{25} nachm.

Da hier noch weitere Unterredung abwarten möchte, wird Bericht erst Samstag abend in Ihren Händen sein. Aussichten für Milderung Waffenstillstandsbedingungen verbessern sich unverkennbar auch auf englischer Seite, doch wird sich diese Milderung mehr in tatsächlicher Praxis als in sofortiger öffentlicher Zurücknahme einzelner Punkte vollziehen. Da hier jetzt entscheidend wichtige Möglichkeiten haben, in dieser Richtung auf massgebende Stellen zu wirken und Vertrauen in die deutsche Entwicklung zu schaffen, so werde ich meine persönliche Berichterstattung in München wohl besser auf Ende nächster Woche verschieben. Sie dürfen jedenfalls in der Organisation der Volksernährung zuverlässig damit rechnen, dass die auf der Ententeseite noch vorhandenen Widerstände nur vorübergehend sind und auf einer abwartenden Haltung in Bezug auf die Konsolidierung des neuen Deutschland beruhen. Habe im Sinne Ihrer Proklamation, die hier grossen Eindruck macht, darauf hingewiesen, wieviel die Entente jetzt zu dieser Konsolidierung beitragen könne. Meine Adresse bleibt bis auf weiteres Susenbergstrasse 100.

Foerster

Nr. 10

Aus dem Regierungsprogramm des bayerischen Ministeriums vom 15. November 1918 [1])

Die ersten Handlungen der revolutionären Regierung haben bedeutsame Erfolge gezeitigt. Die leitenden Männer der Entente sprechen nach der Umwälzung anders als zuvor. Unser Appell an das Weltgewissen blieb nicht ungehört. Die Waffenstillstandsbedingungen wurden erheblich gemildert. Der Geist des Patrioten, der die französische Republik leitet, spricht heute mit menschlichem Verständnis und Vertrauen. Amerika verheisst dem besiegten Feind, durch Versorgung mit Lebensmitteln den furchtbaren Übergang zu erleichtern. Wir hoffen, dass es uns auch gelingen wird, die Zufuhr von Rohstoffen zu gewinnen. Wir haben heute die Zuversicht, dass dank unserer ebenso revolutionären wie besonnenen Politik unser in jener Note an die Entente ausgesprochener Gedanke der Erfüllung entgegenreift, dass der Völkerbund in der gemeinsamen Arbeit der Feinde an der Überwindung der Kriegszerstörungen sich bilden müsse.

Wenn wir auf das Vertrauen der feindlichen Mächte rechnen, so betrachten wir es um so mehr als unsere Aufgabe, auch innerhalb der deutschen Stämme eine innige Gemeinschaft vorzubereiten. Wir glauben und wollen, dass eine Vereinigung des Deutschen Reiches mit der deutsch-österreichischen Republik unaufschiebbar ist. Wir sind ferner der Meinung und entschlossen, diese nationale Politik mit fester Hand durchzuführen, dass die Selbstbestimmung Bayerns innerhalb des Ganzen erhalten und gesichert werden muss. Wenn wir das Ziel erreichen wollen, dass die Vereinigten Staaten von Deutschland, die Österreich einschliessen, die einzige mögliche Lösung des nationalen Problems sind, so werden wir in nächster Zukunft eine zweckmässigere Gliederung der deutschen Staaten durchzuführen haben, die ohne jede Vorherrschaft eines einzelnen Staates und ohne Antastung der Freiheit und Selbständigkeit Bayerns auch die notwendigen Massnahmen vernünftiger Einheit trifft. So wird für das deutsche Volk auch in nationaler Hinsicht eine glücklichere Zukunft beginnen.

---

[1]) Amtliche Bekanntmachung.

Nr. 11

Der bayerische Gesandte in der Schweiz an den Ministerpräsidenten

Zürich, den 16. November 1918

Hochgeehrter Herr Ministerpräsident!

Die Ernennung zum provisorischen Gesandten des bayerischen Volksstaates habe ich ohne Zögern angenommen, weil ich mich bezüglich der weltpolitischen Fragen in besonders intimer Gesinnungsgemeinschaft mit Ihnen fühle; ich glaube auch in der gegenwärtigen schwersten Krise Deutschlands meine alten und neuen Beziehungen zu den massgebenden Ententekreisen wirksamer verwerten zu können, wenn ich hier nicht nur als Privatmann tätig bin. Da ich im gegnerischen Lager wegen meines Universitätskonfliktes ein unbedingtes Vertrauen geniesse, so dient meine Ernennung auch dazu, den Absichten der neuen bayerischen Volksregierung bei der Entente Vertrauen zu schaffen. Übrigens habe ich von dem Augenblicke an, in dem ich Sie zu meiner aufrichtigen Freude in der Macht wusste, sofort ganz in Ihrem Sinne gewirkt, wobei mir zugute kam, dass der intimste Vertrauensmann Clémenceaus, der sich in ununterbrochener Verbindung mit den leitenden Männern der Ententestaaten befindet, mich hier besuchte und seitdem fast jeden Tag ein Exposé über irgend eine wichtige Frage von mir erbittet, das er dann übersetzt und an die genannten Stellen sendet. Zufällig hatte ich sofort nach Empfang Ihres Telegramms wieder Gelegenheit, dem Genannten in dreistündiger Unterredung die ganze Sachlage darzulegen, wobei ihm das moralische Element in Ihren Kundgebungen besonderes Vertrauen einflösste. Er hat sofort nach dieser Unterredung an Clémenceau und an die amerikanische Gesandtschaft telegraphiert. Sie dürfen als schönsten Lohn für alle Ihre Mühen das Bewusstsein haben, dass Sie in diesem Augenblicke Deutschland gerettet haben. Denn die vorangehenden Berliner Kundgebungen vermochten kein Vertrauen zu erwecken.

Bei der Beurteilung der ersten Waffenstillstandsbedingungen ist zu beachten, dass dieselben noch auf Wilhelm II. zugeschnitten waren und das damals noch nicht überwundene, schuldige, militärische Deutschland treffen sollten; „wir wollten hart sein" sagte der Genannte, „wir wollten dem militärischen Deutschland die ganze Wucht seiner Niederlage zeigen und damit dem deutschen Volke grell zum Bewusstsein bringen, wohin es geführt worden ist". Von diesem Standpunkt aus sind auch die starken Garantien begreiflich, die man forderte: solange jenes militärische Deutschland nicht radikal aus dem Sattel gehoben war, musste man ja in der Tat jede Lebensmittellieferung noch als Proviant für den Feind betrachten. Nun

ist ja alles in bestem Gange: mir wird soeben auch von zuverlässiger Seite aus Bern telephoniert, dass die Entente auch in Bezug auf Tempo und Frist der Demobilisierung zu grösstem Entgegenkommen bereit sei, um ein Chaos zu verhindern. Ganz besonders hat man in Frankreich nunmehr den dringenden Wunsch, das zweitausendjährige Nachbarschaftsverhältnis zum deutschen Volke auf eine ganz neue Grundlage zu stellen.

Zur Beurteilung der bisherigen Haltung der Entente ist auch zu beachten, dass vor zwei Wochen die Vertreter des österreichischen ancien régime hier mit der Entente verhandelten, um durch schnelle Verproviantierung die Revolution zu verhüten und den Thron zu retten: Die Entente hat dann vorgezogen, den Sturz des alten Systems abzuwarten.

Weltpolitisch sehr in Betracht zu ziehen ist die Stellung der Entente zum Bolschewismus. Ich gebe zunächst kurz die Auffassung des oben erwähnten Ententevertreters wieder: Derselbe betonte, dass dem Westen jede noch so radikale deutsche Regierung willkommen sei, sobald sie sich nur vom Bolschewismus, d. h. von gewalttätiger und blutiger Autokratie bestimmter Gruppen und der daraus folgenden Anarchie fernhalte. Einer bolschewistischen Regierung werde man jede Unterstützung versagen. Man werde auch dem russischen Bolschewismus jetzt zu Leibe rücken, man habe den Krieg gegen die deutsche Unmenschlichkeit nicht geführt, um dafür den bolschewistischen Zarismus einzutauschen. Ich habe sofort betont, dass Bolschewismus bei uns nur zu fürchten sei, wenn die jetzige Regierung in der Volksernährung versage; der bayerische Ministerpräsident habe ausdrücklich den unblutigen Charakter der geschehenen Umwandlung gefeiert; alle Kundgebungen der neuen deutschen Regierungen seien voll von Appell an strikteste Ordnung. Ich glaube, dass jede öffentliche Kundgebung, die in diesem Sinne eine Absage an die östlichen Methoden enthält, von ganz ausserordentlicher Bedeutung ist, um die Atmosphäre zu schaffen, ohne die die Übersee Lieferungen grossen Stils zum Aufbau der deutschen Industrie nicht wagen wird: Nur das Vertrauen auf eine geordnete — wenn auch noch so radikale — Entwicklung in Deutschland wird im Stande sein, das überseeische Unternehmertum so bald wie möglich aus einer abwartenden Haltung herauszubringen.

Erlauben Sie mir, dass ich im Anschluss an diese Mitteilungen noch meinen eigenen Standpunkt zu der Prinzipienfrage „Bolschewismus und Entente" präzisiere. Aus vielerlei Anzeichen habe ich die Ahnung, dass Ihre Auffassungen auch in dieser Frage weit mit den meinigen gehen, ja vielleicht ganz mit denselben übereinstimmen. Es kann aber auch sein, dass ich mich in dieser Annahme irre — dann ist es gut, dass Sie genau sehen, wo ich stehe und danach manche künftige Entscheidung bemessen.

Gestern abend besuchte mich der polnische Redakteur M. Horwitz, der die Absicht aussprach, auch Sie aufzusuchen und der im

Anschluss daran mir seine Ansichten entwickelte. Er kritisierte lebhaft Ihre Tonart gegenüber der Entente und behauptete, man hätte ruhig abwarten sollen, bis die Entente-Sozialisten ihre Regierungen durch Umsturz zu anderen Waffenstillstandsbedingungen gezwungen hätten. Auf meinen Einwurf, dass dann eben das Chaos bei uns eingetreten wäre, antwortete er, das hätte nichts geschadet, solche Erschütterungen seien nötig, um die Geburt einer wirklich neuen Welt zu ermöglichen. Der Herr machte mir den Eindruck eines ganz abstrakten Kopfes, der die politischen und sozialen Verhältnisse der Ententevölker völlig schief beurteilt und den chaotischen Osten zum Lehrmeister der deutschen Entwicklung machen möchte. Die Mentalität dieser blossen Mechaniker der gesellschaftlichen Entwicklung, deren ganze Propaganda im Grunde moralisch völlig in der Luft steht, ist mir genau so tief zuwider wie die Mentalität unserer realpolitischen Ideologen des nationalen Gewaltstaates: es sind ganz die gleichen Naturen, nur dass die einen von unten das vollbringen wollen, was die anderen von oben praktizierten. Leider gehört nach meinem Eindruck auch die hiesige „Volksrecht"gruppe durchaus in diese Sphäre, — woher es sich auch erklärt, dass diese Gruppe in der demokratischen Schweiz eine vollständige moralische und politische Niederlage erleidet, wozu nicht zum wenigsten ihr Eintreten für die Terroristen der Lenin-Regierung beigetragen hat. Allen diesen Leuten sind Sie bereits verdächtig. Der Redakteur Horwitz repräsentiert — wenn ich ihn richtig verstanden habe — in typischer Weise eine Anschauung, die jetzt in gewissen von der Stimmung des revolutionären Ostens beeinflussten Kreisen der Schweiz grassiert: die sogenannte Entente sei der eigentliche Feind und repräsentiere den imperialistischen Kapitalismus in seiner höchstentwickelten Form; alles komme darauf an, die westliche Arbeiterschaft im östlichen Sinne zu revolutionieren und dann gemeinsam gegen die Bourgeoisie vorzugehen. Eine Verständigung mit der jetzigen Entente verhindere nur diese radikale Lösung. Diese Leute wollen also nach vier Jahren Weltkrieg nunmehr den vierjährigen Bürgerkrieg als Mittel der sozialen Reorganisation entfesseln. Wenn dies das Programm des Fortschritts in Europa werden sollte, dann wüsste man wirklich nicht mehr, wofür man noch leben und kämpfen soll. Diese abstrakten Köpfe haben wohl zu wenig Phantasie, um sich zu fragen, wie der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas möglich sei, wenn die gesellschaftliche Erneuerung jetzt im östlichen Stile mit Hass, Absonderung und Gewalttat in Angriff genommen werden solle. Wir brauchen gewiss jetzt Führer und Programme, die aufs Ganze gehen und die das Volk zu grossen Entschliessungen fortzureissen verstehen, aber diese Führer müssen die Fähigkeit haben, den Bund der Handarbeit mit der Intelligenz und mit der technischen Welterfahrung in neuem Geiste zu begründen, statt diese Faktoren von einander loszureissen — und das in einem weltgeschichtlichen Augenblick, in dem von ihrer neuen Zusammenarbeit Leben und Gesundheit von Millionen abhängt —

vor allem auch die Herstellung von neuen Lebensbedingungen für die Millionen, die vier Jahre im Kriegselend gesteckt haben. Sollen sie nun aus der Not des Weltkrieges in die Schützengräben des Bürgerkrieges geworfen werden?

Die Hauptsache ist: die Vertreter jener ganzen Propaganda haben keine Ahnung von Wesen und Tendenz der französischen und englischen Arbeiterbewegung. Die industriellen Arbeiter sind in Frankreich eine absolute Minorität. Frankreich ist das Land der kleinen „Proprietäre". Diese haben alles, was sie wollen. Eine neue Revolution in Frankreich ist ausgeschlossen — genau so wie sie in der Schweiz ausgeschlossen ist. Es kann in beschränktem Kreise vorübergehende Unruhen geben — aber nichts, was auch nur entfernt an Bolschewismus erinnert, kann sich dort durchsetzen. Was England und Amerika betrifft, so ist dort trotz der riesigen Industriearbeiterschaft eine Revolution völlig ausgeschlossen — einfach weil man dort von Gewaltaktionen nur Schaden erwartet und ausserdem jede Möglichkeit hat, sich im Rahmen der bestehenden Ordnungen allmählich durchzusetzen. Ich bin über diese Dinge und ihren neuesten Stand ganz genau unterrichtet. Die Bolschewisten werden erleben, dass englische und amerikanische Arbeiter von Odessa aus gegen jene Anarchie, die das Zerrbild jeder Demokratie ist, genau so begeistert vormarschieren, wie gegen den deutschen Militarismus. Der Westen hat dem Gewaltregime in jeder Form den Krieg erklärt, zum Teil aus Idealismus, zum grösseren Teil aus den Lebensbedürfnissen der geordneten Weltwirtschaft heraus, während wir immer noch in der weltpolitischen Borniertheit des ostelbischen Denkens steckten.

Ich habe diese Frage ausführlich behandelt, weil ich annehme, dass Ihnen in diesen Tagen von dem hiesigen bolschewistischen Zentrum aus viele falsche oder schiefe Informationen über die inneren Verhältnisse im Ententelager zugetragen worden sind. Die Entente, ausgenommen Italien, ist absolut nicht vom Imperialismus beherrscht; Ihre Politik ist daher durchaus im Einklang mit dem wirklichen Sachverhalt.

Ganz besonders wichtig schien mir das Interview, das die „Vossische Zeitung" betreffend Ihre Stellung zum Bolschewismus veröffentlichen konnte: ich werde sofort dem Bundespräsidenten Mitteilung machen, der — unabhängig von meiner Ernennung — den Wunsch nach einer Aussprache mit mir über die internationalen sozialen Probleme geäussert hat. Wir brauchen den guten Willen der massgebenden Kreise der Schweiz ja jetzt mehr als je für alle Probleme unserer Übergangswirtschaft — und wir brauchen diesen guten Willen und dies Vertrauen umsomehr, als, wie Ihnen gewiss bekannt geworden ist, in den letzten Monaten hier Machenschaften des Berliner Generalstabes ans Licht gekommen sind, die das Ansehen des deutschen Namens aufs schwerste geschädigt haben . . . . .[1])

---

[1]) Es folgen Erörterungen über die Neubesetzung der deutschen Gesandtschaft in Bern, die hier nebensächlich sind.

Es wird zweifellos Früchte bringen, wenn ich jetzt in zahlreichen persönlichen Begegnungen mit massgebenden Ententeleuten in Zürich, Bern und Genf Vertrauen zum neuen Deutschland zu schaffen suche, und ferner gewissen Hauptbeschwerden des neutralen und feindlichen Auslands gegen unsere weltwirtschaftlichen und diplomatischen Praktiken einmal auf den Grund gehe, damit so, im Verein mit ähnlichen Informationen anderer, den Zentralen unserer auswärtigen Politik Material zur Verfügung steht, auf Grund dessen allmählich neue Traditionen für unsere Diplomatie geschaffen werden können. Die Demokratisierung unseres Auslandsdienstes z. B. würde nicht nur in dessen parlamentarischen Kontrolle, sondern vor allem auch darin zu suchen sein, dass die Gesandtschaften und Konsulate in ganz anderm Stile als bisher die Sachkenner aller Volksschichten um sich scharen, und zugleich in einem neuen Geiste leitend auftreten, indem sie z. B. für den wirtschaftlichen Umgang mit dem Ausland einen Ehrenkodex entwickeln helfen, statt das Banditentum in der Handelskonkurrenz obendrein noch zu ermutigen. Ich werde Ihnen einiges recht Charakteristische mitteilen, was ich inbezug auf abstossende und einzig dastehende deutsche Geschäftsusancen gegenüber dem Auslande hier erfahren habe. Geht man jenen ganz übeln Traditionen nicht an die Wurzel, so haben wir bloss wieder Mannesmann- und andere Affären. Bei den Friedensverhandlungen wird man erst in ganzem Umfange erkennen, wieviel die Weltverärgerung über jene Praktiken zu den Vorbehalten Englands betreffend „Freiheit der Meere" beigetragen hat. Im grossen Publikum sind diese Dinge absolut unbekannt. Auch die anderen hatten ihre skrupellosen Elemente, bei uns aber waren gerade die tonangebenden Kreise skrupellos und fanden nirgends in der öffentlichen Meinung und in der Presse eine kontrollierende Gegenwirkung.

Weiter oben erwähnte ich des ausserordentlichen Misstrauens der Entente inbezug auf Tiefe und Dauer der gegenwärtigen Umwälzung in Deutschland. Dieses Misstrauen richtet sich besonders auf den Ausgang der kommenden Neuwahlen. Die Entente fürchtet, dass dann die unbelehrbaren und noch nicht bekehrten Elemente wieder die alte Tonart reden und die alten Praktiken durchsetzen. Auf der anderen Seite wünscht auch sie nicht, dass die neue Richtung sich mit nur äusserlichen Mitteln, also durch autokratische Herrschaft einer bestimmten Volksgruppe behaupte, wodurch die Erziehung des deutschen Volkes zu wahrer Demokratie verhängnisvoll durchkreuzt werden müsste. Auch biete solche Gewaltherrschaft erst recht keine solide Garantie. Dieses Dilemma ist anscheinend unlösbar. Ich glaube man muss hier unbedingt und ohne Kleingläubigkeit die Konsequenzen des demokratischen Prinzips ziehen. Würde sich dann zeigen, dass eine wahrhaft demokratisch zustande gekommene Volksvertretung zunächst noch einen sehr grossen Teil des jetzt scheinbar überwundenen alten Deutschland wieder zur Geltung bringt, so muss man das in Gottesnamen hinnehmen, denn totschlagen oder äusserlich unter-

drücken kann man ja die Leute doch nicht, man muss vielmehr den Glauben haben, dass die Macht unserer geistigen Propaganda im Verein mit der erschütternden Sprache der Konsequenzen des von den „führenden“ Klassen angezettelten und verlängerten Krieges doch allmählich einen so überwältigenden Teil des betrogenen deutschen Volkes auf unsere Seite bringt, dass wir in der Lage sind, alles dasjenige in organischer Entwicklung durchzusetzen, was durch eine blosse Autokratie von unten her doch nur künstlich und nur mit verhängnisvollen Konsequenzen für die jetzt doppelt notwendige innerpolitische Ordnung und Einigkeit gesichert werden könnte. Die Hauptsache würde dann eben sein, dass man im grössten Massstabe an die Aufklärung des deutschen Volkes geht, dessen Bildungsschichten ja in der Tat noch keine Ahnung von den wahren Ursachen des Krieges und der Kriegsverlängerung haben.

Eine gewisse Hinausschiebung der Wahlen lässt sich ja ganz offen mit der Notwendigkeit einer solchen Aufklärung begründen und ebenso mit dem Hinweis darauf, dass die bisher führenden Klassen in ihrer Behandlung der weltpolitischen Fragen eine derartige Verblendung gezeigt und Deutschland dadurch an den Rand des Abgrunds gebracht hätten, dass es nur eine berechtigte Notwehr des leidenden deutschen Volkes sei, wenn es seine nächste und dringendste Rettungsaktion selbst in die Hand nehme und während derselben keine Mitwirkung der am schwersten kompromittierten Volksgruppen dulde — dabei kann man ja die ausdrückliche und nachdrückliche Zusicherung geben, dass von einem bestimmten Termin an unantastbar demokratisch organisierte Neuwahlen stattfinden würden und dass man sich allen Resultaten derselben ebenso fügen würde, wie man im gegenwärtigen Augenblicke Ordnung und Disziplin verlange.

Mit diesen Bemerkungen wollte ich mich nicht mit meinem Rate aufdrängen — das mit Ententevertretern vielfach erörterte Thema regte mich nur dazu an, die Frage nach einem Auswege aus dem oben bezeichneten Dilemma mit ein paar Bemerkungen zu berühren.

Ist eigentlich Ihre höchst eindrucksvolle Broschüre über Marokko bereits wieder im Buchhandel erschienen? Dieselbe wäre für die oben besprochene Aufklärung besonders wichtig. Könnte ich wohl einige Exemplare sofort hierher erhalten, um sie an massgebende Franzosen, vor allem auch an die Redaktion des „Journal de Genève“ weiterzugeben? Es würde einen höchst günstigen Eindruck in Frankreich machen, dass der Verfasser dieser Broschüre der gegenwärtige Ministerpräsident Bayerns ist.

In den letzten Tagen wurde ich wegen des Aussetzens aller bisher geltenden Vorschriften mehrfach um die Befürwortung von Pässen für die Einreise nach Bayern ersucht. Dem früher genannten Redakteur Horwitz wollte ich solche Befürwortung nicht versagen, da derselbe eine Empfehlung vom Vorstand der hiesigen sozialdemokratischen Partei brachte. Ich bitte jedoch um Instruktion in

Bezug auf diese Frage, da es ja doch sein kann, dass Gründe bestehen, bestimmte Elemente gar nicht oder doch nicht ohne Einvernehmen mit München passieren zu lassen.

In diesem Augenblicke telephoniert mir ein französischer Kollege, der besonders gute Beziehungen zu den leitenden Pariser Blättern hat, ob ich ihm bald einen Pass nach München verschaffen könne. Ich glaube, dass solcher Besuch von grosser Tragweite wäre. Erbitte auch dafür Instruktion.

Zum Schluss möchte ich den Hinweis nicht unterlassen, dass Berlin gut täte, die hier bisher im Exil befindlichen deutschen Demokraten Rösemeyer, Grelling, Fernau, die sich grosse Verdienste um das neue Deutschland erworben haben, nicht zu vergessen, sondern sie durch irgend ein Mandat heranzuziehen. Volksvorträge der Genannten in Berlin und München über die Kriegsursachen wären eine gute Vorbereitung für die Neuwahlen.

Ich werde — auch zur Ordnung persönlicher Angelegenheiten — Ende kommender Woche auf drei Tage nach München kommen und mich dann sofort bei Ihnen melden. Darf ich für alle Fälle bitten, der Grenzbehörde Lindau die Anweisung zu geben, meine Frau und mich undurchsucht passieren zu lassen; ich bringe eine Reihe wichtiger Dokumente betreffend die deutsche Kriegführung mit.

In aufrichtigster Hochschätzung bin ich, sehr verehrter Herr Ministerpräsident,

Ihr ganz ergebener

Prof. Fr. W. Foerster.

Nr. 12

George D. Herron in Genf an Eisner und Jaffé

Telegramm Genf, den 17. November 1918; 3[50] nachm.

Ich habe mein möglichstes getan, um den Präsidenten Wilson und die Entente-Regierungen zu überzeugen, dass Ihre Regierung vertrauenswürdig ist. Ihre beiden Telegramme mit meinen Begleitworten versehen wurden unverzüglich an den Präsidenten und an die Entente-Regierungen telegraphiert. Vor allem rate ich Ihnen dringend, möglichst viele deutsche Staaten zu überzeugen, Ihrer Führung zu folgen, zweitens die ersten Schritte zu einem vollen und offenen Bekenntnis der Schuld und Untaten der deutschen Regierung am Anfang des Krieges und an den Grausamkeiten der Kriegführung zu unternehmen. Die moralische Wirkung einer solchen Handlung wäre gewaltig und entscheidend. Drittens unternehmen Sie die ersten Schritte zur Berufung einer bayerischen oder deutschen Kommission,

die die verheerten Gebiete Frankreichs und Belgiens besuchen und Ihrem Ministerium unverzüglich darüber Bericht erstatten sollte. Ich bitte Sie, kühn, offen und unverzüglich zu handeln, nicht nur Deutschlands sondern der Zivilisation und der Menschheit wegen.

George D. Herron

Nr. 13

Der Großsire Dr. Weiss an Großsire Frank Goudy, Denver, Colorado

Telegrammentwurf — Ohne Datum

Die deutschen Oddfellows bitten den Großsire der Souveränen Grossloge dringend im Namen des Gesamtordens, bei der amerikanischen Regierung auf eine Milderung der unerhört harten Waffenstillstandsbedingungen hinzuwirken, besonders in der Frage der Volksernährung und auf Herbeiführung eines gerechten, jede Vergewaltigung ausschliessenden Friedens, damit sich die Völker versöhnt die Hand reichen können zu gemeinsamer Arbeit im Dienste der Menschheit. [1])

Großsire Dr. Weiss

Nr. 14

Der Ministerpräsident an Dr. Weiss

Telegramm — München, den 17. November; 10^{50} vorm.

Anregung durch meine eigenen Schritte bei der Entente überholt, Waffenstillstandsbedingungen bedeutend gemildert und wesentliche Zusicherungen von Lebensmitteln bereits erhalten. Weitere Verhandlungen schweben.

Kurt Eisner

---

[1]) Der bayerische Ministerpräsident wurde gebeten, diese Drahtung auf diplomatischem Wege nach Amerika weiterzugeben. Antwort in Stück 14.

Nr. 15

Der Ministerpräsident an den Gesandten Foerster

Telegramm München, den 18. November 1918; 10^{30} vorm.

Ich bitte Sie folgendes Telegramm über Bundesrat Bern der Entente zu übermitteln:

Wir bitten einer bayerischen Kommisson zu gestatten, dass sie die in Belgien und in Nordfrankreich durch die Okkupation deutscher Truppen verursachten Zerstörungen feststellt.[1])

Kurt Eisner

Nr. 16

Die Gesandtschaft in Bern an das Ministerium des Äussern

Telegramm Bern, den 18. November 1918; 12^{30} vorm.

Längere Besprechungen mit verschiedenen Ententevertretern haben mir heute zur Gewissheit gemacht, dass es zur gegenwärtigen Stunde keine grössere Gefahr für den Fortgang der Nahrungsmittelzufuhr und für die Milderung der Waffenstillstandsbedingungen gibt, als die in Ententekreisen beginnende Befürchtung, dass in den neuen deutschen Regierungen bolschewistische Einflüsse die Oberhand gewinnen könnten oder bereits gewonnen haben. Manche Presseberichte aus Deutschland steigern diese Befürchtung; auch ist die Entente in den Besitz von Briefen deutscher Sozialisten gekommen, die eine Propaganda fide zur Revolutionierung der Arbeiterbewegung in den Ententestaaten enthielten. Obwohl die massgebende Entente vorläufig aus solchen Vorkommnissen noch keine weitergehenden Schlüsse zieht, sondern die ihnen bekannte Tatsache berücksichtigen will, dass russische Gelder und russische Stimmen zweifellos auf manche Elemente in Deutschland nicht ohne Einfluss bleiben konnten, so ist doch zu beachten, dass es in der Entente Hetzer gibt, die für eine militärische Besetzung ganz Deutschlands Propaganda fide machen, um so die bolschewistische Welle abzudämmen.

Es wäre darum nichts wichtiger, als dass jetzt in Deutschland machthabende Kreise allen Anlass benutzen, um gerade durch den Mund ihrer radikalsten Wortführer deutlich zu erklären, dass man bei allem Radikalismus der sozialen Programme doch absolut nicht geneigt sei, den chaotischen Osten als Lehrmeister für deutsche Entwicklung anzuerkennen.

---

[1]) Siehe Nr. 12.

Ich bin hier mit Erfolg tätig, die Entente zu überzeugen, dass sie den Bolschewismus — worunter sie lediglich die Anarchie und Gewaltmethode der sozialen Regenerationen versteht — am besten dadurch vorbeugen könne, indem sie die Frist der Demobilisierung verlängere, sich unmittelbar an der Verpflegung unserer Fronttruppen beteilige und vor allem die Drohung fallen lasse, dass die jenseits der bisherigen Frist noch anzutreffenden deutschen Truppen interniert werden würden, was entschieden an der Panik schuld ist, die gerade unsere Etappen ergriffen hat.

Wie ist es nur möglich, dass der deutsche Militär-Attaché in Bern, Major von Bismarck, immer noch nicht abberufen ist. Dass dieser Bandit noch hier weilen darf, anstatt telegraphisch auf den Weg gebracht zu werden, macht hier den ungünstigsten Eindruck, da man weiss, dass er hier mit den schlimmsten Mitteln das bolschewistische Element unterstützt hat, als Sprengstoff gegenüber den Entente-Regierungen. Nicht nur seine schleunigste Abberufung, sondern auch diejenige seiner etwa 400 Helfershelfer ist dringend nötig, um Vertrauen zu schaffen.

Foerster. von Böhm

Nr. 17

Der Gesandte in Bern an das Ministerium des Äussern

Telegramm Bern, den 19. November 1918; 3^{00} nachm.

Ich bitte von allen Proklamationen und offiziellen Erklärungen der neuen Regierung umgehend und fortlaufend eine grössere Anzahl von Exemplaren der Gesandtschaft zuzustellen zum Zwecke der im gegenwärtigen Augenblicke besonders wichtigen Aufklärung über die Absichten der deutschen Regierung.

Foerster

Nr. 18

Der Gesandte in Bern an den Ministerpräsidenten

Dringendes Telegramm Bern, den 19. November 1918; 3^{23} nachm.

Nach Einvernehmen mit massgebendsten Stellen bitte mir Antrag zur Weiterleitung geben: Alliierten-Kommission möge nach Bayern kommen, um sich persönlichen Eindruck vom neuen Geiste und von Nahrungsverhältnissen zu verschaffen. Gewährung wahrscheinlich und folgenreich.

Foerster

Nr. 19

Der Ministerpräsident an den Gesandten in Bern

Telegramm München, den 19. November 1918; 11^{00} nachm.

Bitte bei Alliierten anregen, dass sie eine Kommission entsende, um sich persönlich vom neuen Geiste zu überzeugen.

Kurt Eisner

Nr. 20

Der Gesandte in Berlin Dr. Muckle an den Ministerpräsidenten

Berlin, den 19. November 1918

Sehr verehrter Herr Eisner!

Gestern abend, am 18. November, hatte ich eine lange Unterredung mit Maximilian Harden, der sich in einer verzweifelten Stimmung befindet. Harden stimmt mir in der Beurteilung der politischen Lage vollkommen zu, und da ich nicht als Privatmann vor Harden stand, so erklärte er, durch mich erst habe er wieder einen Lichtblick gewonnen. Er bedaure sehr, mich nicht früher gesprochen zu haben, viele Qualen wären ihm erspart geblieben.

Harden und ich beurteilen die politische Lage folgendermassen:

1. Die herrschenden Regierungsmänner sind unfähig, die grossen Aufgaben zu lösen, die in diesem Augenblick das niedergeworfene, von Kräften des Aufruhrs durchzuckte Deutschland bedrängen. Harden bekräftigt mein Urteil: es handelt sich um Klein- und Spiessbürger oder doch um Menschen ohne Leidenschaft und Schwung, denen die Revolution kein heiliges Erbe ist, das es zu mehren gilt, sondern irgend ein politischer Vorgang, den man hinnimmt, wie einen Punkt der Tagesordnung einer Parlamentssitzung. Während in Bayern förmlich lebensdurstige Kräfte aufquellen, ein Drang zur Höhe die Massen belebt und ein feierlicher Ernst das gewaltige Ereignis weiht, herrscht in Berlin Verdrossenheit, eine bange Schwüle. Man hat den Eindruck, als ob das Ideal des Sozialismus die Regierungsmänner kalt liesse, das Wort Sozialismus, mag es auch in eine ferne Zukunft weisen, verpönt wäre. So ist die Folge, dass die den Kreisen der Reaktion angehörenden denkenden Geister die Bewegung belächeln, als einen Vorgang ohne fortwirkende Kraft betrachten. Ebert mag ein aufrichtiger, pflichteifriger Mensch sein: jeder weite Blick, jede Selbständigkeit in der Beurteilung der Lage, der politische Instinkt, der das erst Werdende wittert, geht ihm ab.

Erzberger, den ich gestern sprach, hat man richtig als den süddeutschen Scheidemann bezeichnet. Auch ich habe den Eindruck bekommen, dass er bei allem Fleiss seiner Aufgabe nicht von ferne gewachsen ist. Er ist ein Kleinbürger ohne tiefere Bildung, ein Emporkömmling, dessen wichtigste Sorge war, zu fragen, ob ich mich mit Exzellenz anreden lasse. Und Männer solchen Schlages sollen dazu berufen sein, ein Volk, das in einem Abgrund stöhnt, wieder ans Licht zu führen. Harden ist verzweifelt, ich selbst aber komme aus dem Staunen nicht heraus, dass derartiges überhaupt möglich ist.

2. Die Reaktion ist im Anzug: Die proletarischen Gruppen bekämpfen sich in leidenschaftlichster Weise, während auf der anderen Seite eine ganze Reihe der schlimmsten Vertreter des alten Systems wichtige Positionen innehaben (Auswärtiges Amt, Auslandsvertretung u. a.). Die Offiziere, deren Geist sich selbstverständlich nicht von heute auf morgen gewandelt, wagen sich wieder keck hervor, im Reichskanzlergebäude — ein typischer Fall, den ich selbst erlebt — schreit ein Regierungsrat mit junkerlicher Stimme, dass die Halle erdröhnt, im Osten bemächtigen sich hohe Offiziere der Soldatenräte.

3. Die Gefährdung durch Liebknecht ist gross: Harden wie ich geben Liebknecht recht, wenn er betont, dass die Revolution eine Halbheit, ja weniger als dies ist, und dass es ein Leichtes sein wird, sie abzuwürgen. Liebknechts Hass richtet sich wohl auch gegen die Vertreter des alten Systems, vor allem aber, wie er sich ausdrücken könnte, gegen die Verräter unter den Sozialisten. Aber wenn Liebknecht die Diktatur des Proletariats preist und den Terror heilig spricht, so birgt eine solche Agitation ungeheure Gefahren. Sollte es Liebknecht gelingen, mit seinem Geiste grössere Arbeitermassen zu entflammen — und mit dieser Möglichkeit muss gerechnet werden — so ist nicht nur nicht an Friedensschluss zu denken, sondern es muss selbst damit gerechnet werden, dass die Entente mit eherner Hand Ordnung schafft. Was das bedeutet, brauche ich nicht auszumalen.

Süddeutschland, insbesondere Bayern, müssen unbedingt zu den Berliner Vorgängen Stellung nehmen. Siegt die Reaktion — und die heutige Regierung ist alles andere wie ein Wall gegen sie — dann werden selbstverständlich die Ergebnisse der Revolution des Südens in Frage gestellt. Schafft die Entente Ordnung, so sinken wir in die tiefste Tiefe der Erniedrigung. Wir Süddeutschen allein bilden einen festen Mittelpunkt in diesem Wirbel, der uns hier umbrandet. Wir verfügen über Machtmittel, die vielleicht stark genug sein könnten, die Klärung und Festigung herbeizuführen.

Um die versinkende Flamme des revolutionären Geistes zu beleben, müssen wir verlangen (das ist auch Hardens Meinung)

a) sofortige Veröffentlichung der Geheimakten, Verhaftung der Schuldigen, Einführung eines Staatsgerichtshofes. Damit würde man Liebknecht zu einem gutem Teil das Wasser abgraben.

b) Es sollte versucht werden, die Regierung sofort von den unfähigen Elementen zu säubern. Eine Regierung muss gebildet werden, die aus überzeugten, starken, hochgebildeten Männern sich zusammensetzt, die auch vor den Augen der Feinde bestehen können, und es ist sehr zu erwägen, ob nicht Liebknecht aufzunehmen wäre, um ihn, der gefährlich ist wie ein Sprengstoff, zu versöhnen.

Sollte die Reichsregierung unseren ernstesten Vorstellungen kein Gehör schenken, so müssten wir den Abfall des Südens wenigstens androhen. Preussen hat uns in das Unglück des Krieges gestürzt, es soll uns nicht noch tiefer in den Abgrund, aus dem wir uns herauszuarbeiten suchen, hinabdrücken.

Die Lage ist sehr ernst. Der Hamburger Soldatenrat verlangt die Verlegung des Reichsmarineamtes nach Hamburg, in Sachsen macht sich ein gefährlicher Radikalismus geltend, kurz, während im Süden Ordnung herrscht, grollen im Norden dämonische Kräfte, die irgendwie gebändigt werden müssen. Vielleicht ist es gut, wenn Sie den Ministerrat einberufen, auf dass ich mit Vollmachten ausgestattet werden kann. Es muss sofort gehandelt werden.

Harden ist weitaus der bedeutendste der Politiker, den ich bisher gesprochen habe. Eine gewisse Leidenschaft ist ihm nicht abzusprechen, an Bildung überragt er die anderen unendlich. Heute Abend wird er sich bei mir einstellen. Ich glaube, dass Harden als Delegierter bei den Friedensverhandlungen schon seines Ansehens wegen, das er auf Seiten der Entente geniesst, Grosses leisten könnte. Wie stellt sich die Bayerische Regierung zu einer Entsendung Hardens?

Ich erfahre soeben, dass der Vollzugsausschuss der Berliner Soldatenräte für Hinausschiebung der Einberufung der konstituierenden Versammlung ist.

Der Gesandte

Fr. Muckle

Nr. 21

Das Schweizer Komitee zur Vorbereitung des Völkerbundes an die bayerische Volksregierung

Telegramm Basel, den 20. November 1918; 11^{40} nachm.

Wichtigste Gründe, vor allem Wilsons Europareise, erfordern (in) deutschem Interesse dringend Bildung verhandlungsfähiger Regierung spätestens Mitte Dezember. Empfehlen ausnahmsweise Zulässigkeit Ausübung Wahlrechts am Aufenthaltsort auf Grund Geburtsschein oder Militärpass, welche zur Vermeidung Doppelwahl vom Wahlbüro

abgestempelt werden. Hierdurch Wählerlisten überflüssig. Aufstellung Kandidatenliste vornehmen Parteileitungen endgültig spätestens Wahltag. Parteiinteresse gewährleistet Erfüllung lokaler Wünsche. Wahlzettel enthält statt Namen Ordnungsnummer der Parteiliste. Anerbieten detaillierten Vorschlag.

Schweizer Komitee Vorbereitung Völkerbundes Bern

Nr. 22

Der Ministerpräsident an die bayerische Gesandtschaft in Berlin

Telegramm München, den 21. November 1918; 4^{30} nachm.

Ersuche sofort namens bayerischer Regierung bei Reichsregierung Schritte zu tun, dass Urkunden über Ursprung Kriegs umgehend veröffentlicht werden. [1]) Das ist das einzige Mittel, um zu erreichen, dass Friedensverhandlungen im Gefühl gegenseitigen Vertrauens geführt werden. Bitte bei Waffenstillstandskommission sich zu beteiligen, am besten Dr. Muckle persönlich. Wenn dauernd nicht möglich, von Schoen abordnen und dann Dr. Muckle zeitweise beiwohnen.

Äusseres Ministerium

Kurt Eisner

Nr. 23

Der Gesandte in Bern an den Ministerpräsidenten

Bern, den 21. November 1918

Hochgeehrter Herr Ministerpräsident!

Montag abend werde ich mit Herrn Dr. Muehlon in München eintreffen, möchte jedoch nicht unterlassen, einige besonders wichtige Angelegenheiten schon vorher darzulegen oder andeutend zu besprechen.

Zunächst kann ich mitteilen, dass ich vorgestern vom Bundespräsidenten anerkannt worden bin. Schon vorher hat der Bundespräsident alle ihm von mir übermittelten Bitten der bayerischen Regierung umgehend an die Entente weitergeleitet. Wegen der Vielköpfigkeit der Adressaten ist natürlich eine schnelle Antwort nicht

---

[1]) Vgl. Nr. 20.

zu erwarten. Das zuletzt mir telegraphierte Ersuchen betreffend Germersheim [1]) habe ich besonders dringend gemacht, da dasselbe ja auch mit dem schweizerischen Grenzschutz zusammenhängt.

Ich bin übrigens auf Grund des mir von der Entente entgegengebrachten Vertrauens in der Lage, schon jetzt direkt mit den fremden Gesandtschaften zu verkehren; gestern abend war ich bei dem italienischen Gesandten und habe ihm besonders ans Herz gelegt, es möge dafür gesorgt werden, dass bald Südfrüchte nach Bayern kommen. Soeben höre ich, dass der Gesandte die betreffende Anregung mit besonderem Nachdruck weitergegeben und die Aussicht auf baldige Berücksichtigung gemacht hat. Es herrscht überall auf jener Seite jetzt guter Wille, uns zu helfen, ganz besonders zu Bayern hat man Vertrauen; es fehlt aber noch an Organisation der Hilfeleistung. Diese kann meines Erachtens nur dann gefördert werden, wenn ein bis zwei Sachverständige aus Bayern baldigst hierher kommen und den Vertretern der fremden Mächte hier ganz konkret Bayerns Bedürfnisse und Wünsche darlegen. Diese Aktion sollte unabhängig von der erbetenen Entente-Kommission, deren Aufgabe wohl mehr Information sein wird, sofort erfolgen. Ich habe alles hier so vorbereitet, dass die betreffenden Herren in meiner Abwesenheit sich hier im Bernerhof an Kommerzialrat Meinl wenden können, der alles andere vermittelt, d. h. die Herren sofort mit der Entente in Verbindung setzen wird.

Die Lage scheint mir so zu sein, dass die Bauern ja noch genug haben, aber weniger wie je hergeben, weil die militärischen Zwangsmittel an Kraft verloren haben. Da bleibt eben doch nur das Mittel, dass man bald eine *feste Zusage von der Entente* bekommt, worauf man dann in der Presse auf das Kommen des Ententegetreides hinweisen müsste. Die Bauern werden dann, wenn sie den Weltmarktpreis bekommen, in den Überschusszentren sehr gerne hergeben. Der Staat müsste dann auf offenem Markte kaufen und die Differenz zwischen dem jetzigen Preise und dem Weltmarktpreis durch Anleihe decken. Wir haben zuviel Zwangswirtschaft getrieben, man muss mehr mit der Bauernnatur rechnen, besonders in der jetzigen Krise. Das beifolgende Exposé des Herrn Kommerzialrat Meinl aus Wien, Sachverständigen der Wiener Regierung, begründet die hier angedeuteten Notwendigkeiten eingehender. [2])

Betreffend die Gerüchte über Unterstützung des *Bolschewismus* durch die leitenden sozialistischen Kreise möchte ich bemerken, dass meine Haupttätigkeit hier darin bestanden hat, das ungeheure und

---

[1]) Dringendes Telegramm des Ministerpräsidenten vom 20. November 1918; 10^{00} nachm: „Ersuchen dringendst, bei Entente zu vermitteln, dass das grosse Russenlager in Germersheim unter der Bewachung der deutschen Soldaten bleibt, bis es den Franzosen übergeben werden kann. Sonst schwerste Unordnungen befürchtet."

[2]) Das Gutachten behandelt die angedeuteten wirtschaftlichen Fragen.

täglich neue Nahrung ziehende Misstrauen gegen das neue Deutschland zu zerstreuen. Natürlich konnte ich das Gerücht widerlegen, dass die bayerische Regierung oder die jetzige Reichsleitung irgendwelche Agitation in jener Richtung treibe. Ich habe den Herrn Bundespräsidenten gebeten, mir, wenn irgend möglich, von der Entente Beweise zu verschaffen. Er scheint das für recht schwierig zu halten, da die Entente ihre Gewährsmänner natürlich nicht gerne ins Licht setzt. Heute kam jedoch ein Mitglied der französischen Botschaft zu mir und nannte mir die Namen folgender deutscher Sozialisten, die am 14. in La Chaux-de-Fonds mit französischen Sozialisten zusammengekommen seien: Sassenbach, Huber, Achille Graber?, Bauer, Gewerkschaftsvorsitzender aus Frankfurt. Nun ist es möglich, dass die Betreffenden keine Bolschewisten, sondern sogar Mitglieder der Mehrheitssozialisten sind, die auf eigene Hand oder im Auftrage lokaler Zentren versuchen wollten, die französischen Sozialisten gegen die Waffenstillstandsbedingungen der Entente mobil zu machen, ohne deshalb gleich Revolution in Frankreich anfachen zu wollen. Gleichwohl würde auch ein solcher Versuch ein Beweis jener Illoyalität sein, die man den bisherigen deutschen Regierungen vorwirft: Man verhandelt offiziell mit den bestehenden Regierungen und treibt hintenherum noch eine Politik der Aussaat von Zwietracht in den Reihen der Gegner.

Ich habe übrigens all jenen Gerüchten gegenüber hervorgehoben, dass die deutschen Regierungen natürlich nicht für Machenschaften verantwortlich seien, die von kleinen Gruppen extremer Elemente ausgingen, wie sie in allen Ländern vorhanden seien. Bei all diesen Bemühungen habe ich immer wieder gesehen, wie sehr jetzt alles darauf ankommt, dass alles vermieden wird, was jenem Misstrauen neue Nahrung gibt. Deutschlands Leben hängt an einem Faden! Unbegreiflich war es von diesem Standpunkte aus, dass Scheidemann neulich den Vertreter der von deutschem Gelde bezahlten antienglischen Propagandazeitung „Continental Times“ als geeignet befand, über den englischen Hungerkrieg — der doch durch unser Minenlegen und unsere U-Boote provoziert war — zu schelten und das in dem gleichen Augenblick, in dem in der englischen öffentlichen Meinung die Ansicht durchdringt, dass Deutschland geholfen werden müsse!

Im Anschluss an diese Feststellung ist auch ein Wort über die ganz verzweifelte Situation der deutschen Gesamtvertretung in Bern zu sagen. Ist es nicht ein gänzlich unhaltbarer Zustand, dass jetzt in diesem Mittelpunkt internationaler Beratung und Verständigung das grosse Deutsche Reich einen Gesandten hat, der von einer leitenden Zeitung des Landes als „moralisch nicht existierend“ bezeichnet wird und der jedenfalls als Vertreter des alten Systems völlig isoliert dasteht. Herr von Romberg ist persönlich ein Ehrenmann, es sind aber unter seiner Leitung Dinge passiert, für die er nun doch einmal als der oberste Vertreter Deutschlands am hiesigen Orte verantwortlich gemacht wird. Jeder neue Tag bringt mir neue Beweise dafür,

dass die Entente diesen Zustand der deutschen Vertretung als ein Zeichen dafür betrachtet, dass in Berlin noch nicht verstanden wird, was die Stunde geschlagen hat. Es rächt sich jetzt aufs Schwerste die frühere Verbindung der deutschen Regierung mit dem Bolschewismus: Auch massgebende schweizerische Kreise haben den Verdacht, dass noch jetzt gewisse Gruppen des Personals der deutschen Gesandtschaft die unterminierende Bombenpolitik des Militärattachés von Bismarck fortsetzen. Schleunigste Beendigung dieses Zustandes ist zu wünschen . . . [1])

Für Bayerns neue Regierung treffe ich überall die aufrichtigste Sympathie; auch gestern abend beim italienischen Gesandten; Berlin hingegen gilt als undurchdringliches Geheimnis. Man fürchtet von dorther eine „imperialistische Republik". Ich habe das wachsende Vertrauen zu Bayern benutzt, um den beifolgenden Kommentar zu Ihrem Ersuchen um Sendung einer Kommission in die Hände der hiesigen Entente-Vertreter zu bringen.[2]) Vertrauliche Behandlung ist schon deshalb gesichert, weil die Herren offiziell noch keinen direkten Verkehr mit mir haben dürfen. Ich glaubte mit jenem Kommentar im Sinne Ihrer Worte zu handeln, „die besondere Form der bayerischen Revolution in ihrem moralischen Einflusse geltend zu machen". Es ist augenblicklich von hoher politischer Bedeutung, der Entente, gerade weil sie Berlin mit grösstem Misstrauen betrachtet, ohne den dortigen Schwierigkeiten gerecht werden zu können, die Perspektive zu eröffnen, dass Bayern die Klärung der politischen Entwicklung in Deutschland entscheidend bestimmen werde.

Einen ganz ausgezeichneten Eindruck hat das kürzlich in den M. N. N. veröffentlichte Programm der bayerischen Regierung überall gemacht. Was das schwer bedrückte deutsche Volk jetzt fast noch mehr braucht als materielle Nahrung, das sind solche erhebende Perspektiven. Ich habe hier viele Anträge bekommen, mich interviewen zu lassen, wollte mich aber über prinzipielle Probleme und politische Absichten nicht ohne enge Einvernahme mit der bayerischen Regierung aussprechen.

In ausgezeichneter Hochachtung

Ihr ergebenster Fr. W. Foerster

---

[1]) Es folgen Mitteilungen über organisatorische und geschäftliche Angelegenheiten der Gesandtschaft, hier ohne Bedeutung.

[2]) Der Kommentar besagt, eine solche Kommission würde sich von der bedrohlichen Ernährungslage der untern und mittleren Schichten überzeugen können, aber auch davon, dass das neue Regiment in Bayern auf moralischer Basis beruhe, und dass sein Geist geeignet sei, dasjenige politische und soziale Programm durchzusetzen, mit dem allein Deutschland wieder aufgebaut und die Welt vor der Gefahr des Bolschewismus bewahrt werden könne. Durch unmittelbare Augenscheinnahme würden die Alliierten Vertrauen fassen und andererseits würde durch solche Beihilfe das Ansehen der bayerischen Regierung nicht nur im Lande, sondern auch im deutschen Norden gestärkt.

Nr. 24

Der Gesandte in Bern an den Ministerpräsidenten

Telegramm Bern, den 22. November 1918; 8[50] nachm.

Mit Bezug auf ankommenden Bericht möchte ausdrücklich hervorheben, dass meine provisorische und sozusagen inoffizielle Anerkennung durch die Bundesbehörde nicht mit der eigentlichen Akkreditierung identisch ist.

Foerster

Nr. 25

Der Ministerpräsident an den Gesandten in Bern

Telegramm München, den 22. November 1918; 9[00] vorm.

Der Bayerische Ministerpräsident empfing eine Abordnung von 15 Franzosen aus dem Gefangenenlager Puchheim. Er hielt eine Ansprache an sie, in der er seiner alten Bewunderung für Frankreich Ausdruck verlieh und die Gefangenen bat, bei ihrer Wiederkehr in der Heimat zu wirken, dass ein Zustand des Vertrauens und der Freundschaft zwischen den beiden Völkern für immer geschaffen würde. Er versprach Sorge zu tragen, dass die Gefangenen möglichst rasch und sicher abtransportiert werden. Ein Sprecher der Gefangenen versicherte dem Ministerpräsidenten, dass sie in seinem Sinne wirken wollten. Die Deputation war auf Ersuchen des Ministerpräsidenten erschienen. — Dass ich in Sachen Bolschewismus und sonst ganz ihrer Meinung bin, ist Ihnen bekannt. Ich habe im November 1917 schon in einer öffentlichen Versammlung gegen den Bolschewismus Stellung genommen und seitdem auch in der russischen Presse selbst ihn bekämpft. Die Berliner Regierung scheint mir ganz unmöglich. Ich werde persönlich versuchen, dort umgestaltend zu wirken. — Redakteur Horwitz, der ein Wirrkopf ist, hat hier einigen Leuten den Kopf verdreht.

Kurt Eisner

Nr. 26

Amtliche Mitteilungen aus bayerischen diplomatischen Aktenstücken in der Korrespondenz Hoffmann am 23. November 1918

(Siehe oben Seite 3 ff.)

IV

Nach der Enthüllung

Nr. 1

Erklärung früherer bayerischer Minister vom 25. November

Amtliche Pressemitteilung

Im Ministerrat des Volksstaates Bayern lag heute folgende mündliche Erklärung der Herren Staatsminister von Thelemann, von Breunig und von Knilling vor:

„Wir erklären hiermit, dass wir von dem gestern durch die Presse bekanntgegebenen Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin und den darin behandelten Tatsachen bisher weder amtlich noch privat die geringste Kenntnis erhielten oder hatten."

Dieser Erklärung hat sich auch der frühere Verkehrsminister von Seidlein angeschlossen. Der Ministerrat hat von sich aus beschlossen, diese Erklärung zu veröffentlichen.

Nr. 2

Halbamtliche Mitteilung des Auswärtigen Amtes

Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 600 — 25. November 1918

Die amtliche Korrespondenz der bayerischen Republik veröffentlichte gestern Auszüge aus den Gesandtschaftsberichten, die der ehemalige Bevollmächtigte Bayerns beim Bundesrat, Graf Lerchenfeld, von Berlin aus in den kritischen Tagen vor Ausbruch des Krieges an seine Regierung gesandt hat. Die Veröffentlichung entspringt der Absicht der jetzigen bayerischen Regierung, über die Vorfälle, die zum Kriege führten, und über die persönliche Schuldfrage dem deutschen Volke rückhaltlos die Wahrheit zu sagen. In diesem ernsten Willen wird sie nicht nur von allen Schichten des Volkes selbst, sondern auch von der jetzigen Reichsregierung unterstützt, die unseres Wissens ebenfalls mit einer zweifelfreien dokumentarischen Geschichte der Entstehung des Krieges aus den Akten des Auswärtigen Amtes beschäftigt ist.

Bei dieser Sachlage muss es fraglich erscheinen, ob eine bruchstückweise Veröffentlichung von Dokumenten der Absicht, einer vollen Aufklärung zu dienen, geeignet ist. So wenig der neue Kurs in Deutschland Anlass hat, irgend etwas zu vertuschen oder Schuldige zu decken, so wenig kann er seine Aufgabe darin erblicken, einseitige Anklagen auf die ehemalige deutsche Regierung zu häufen und unter Freisprechung der imperialistischen Ententepolitik das geschichtliche Urteil vorzeitig dahin festzulegen, dass Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage.

Aus den Berichten des Grafen Lerchenfeld scheint nun das eine deutlich hervorzutreten, dass die deutsche Regierung, entgegen ihren Behauptungen, die österreichisch-ungarische Note an Serbien zwar nicht wörtlich, wohl aber inhaltlich bereits am 18. Juli 1914, also eine Woche vor ihrer Überreichung in Belgrad, gekannt hat, und dass sie wusste, dass „Serbien derartige mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen“ konnte. Aus seinen Unterhaltungen mit dem damaligen Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Herrn Zimmermann, hatte Graf Lerchenfeld den Eindruck, dass die deutsche Regierung entschlossen war, Österreich-Ungarn zu einer Auseinandersetzung mit Serbien zu ermutigen und ihm dabei selbst auf die Gefahr eines Krieges mit Russland hin Blankovollmacht zu geben, weil sie überzeugt war, dass die fortschreitende Zersetzung der Nationalitäten im Habsburgischen Reiche dieses bald aktionsunfähig machen würde.

Im übrigen bezieht sich der Inhalt der Lerchenfeldschen Berichte auf die Meinungen und Spekulationen, von denen die deutschen führenden Staatsmänner (genannt ist nur Herr Zimmermann) in bezug auf den Verlauf der Krise und die vermutliche Haltung der Entente beherrscht wurden. Es scheint daraus hervorzugehen, dass man in Berlin verhängnisvollerweise annahm, der gutartige Verlauf der bosnischen Krise von 1908 werde sich wiederholen und Österreich-Ungarn mit dem gestärkten politischen Ansehen, dessen es bedurfte, daraus hervorgehen.

Die Veröffentlichung der Münchener Regierung, die wir aus dem oben angegebenen sachlichen Grunde bedauern, hat naturgemäss dort das grösste Aufsehen erregt, wo man die relative Bedeutung dieser bruchstückhaften Wahrheiten nicht erkennen kann oder nicht erkennen will. Es kann auch nicht ausbleiben, dass das feindliche Ausland und parteiische neutrale Stimmen sich des gebotenen Stoffes bemächtigen, um in der Schuldfrage ein endgültiges Urteil zu Lasten Deutschlands zu sprechen. Im Namen der Wahrheit legen wir dagegen Verwahrung ein. Es soll rücksichtslos volle Klarheit geschaffen werden. Nachdem die Veröffentlichung aus russischen Archiven durch die revolutionäre Regierung die Schuld der zaristischen Regierung klar erwiesen hat, ist die neue deutsche Regierung bereit, festzustellen, ob Deutschland eine Mitschuld trifft. Das ganze Gleichgewicht der historischen

Wahrheit jedoch wird erst hergestellt sein, wenn auch die Pariser und Londoner Archive durch das französische und englische Volk geöffnet sein werden. Um aber zu verhüten, dass unzulängliche Enthüllungen in diesen Prozess der historischen Gerechtigkeit störend eingreifen, möchten wir hoffen, dass die zusammenfassende Darstellung der Ursachen des Weltkrieges durch die deutsche Regierung tunlichst beschleunigt werde.

Nr. 3

Amtliche Mitteilung der bayerischen Gesandtschaft in Berlin

Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 600 — 25. November 1918

Die bayerische Gesandtschaft teilt hierdurch mit, dass der erste der gestern veröffentlichten bayerischen Gesandtschaftsberichte nicht vom Grafen Lerchenfeld, sondern von Dr. Hans von Schoen abgefasst ist.

Nr. 4

Entgegnung Bethmann Hollwegs

Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 603 — 27. November 1918

Der ehemalige Reichskanzler v. Bethmann Hollweg erklärt einem Vertreter der Deutschen Allgemeinen Zeitung folgendes:

Ich bin dankbar, dass Sie mir Gelegenheit geben, mich zu den bayerischen Veröffentlichungen über den Ursprung des Krieges zu äussern. Ich habe ein mindestens ebenso grosses Interesse daran, die Wahrheit festzustellen, wie die bayerische Regierung. Mir scheint aber, dass, wenn man der Wahrheit dienen will, man nicht Bruchstücke herausgreifen und aus Ihnen Gesamtfolgerungen ziehen darf, wie es, soweit ich sehe, ein Teil der Presse schon tut.

Die bisherigen Veröffentlichungen der bayerischen Regierung beziehen sich lediglich auf den österreichisch-serbischen Konflikt und auf unsere Stellung dazu, berücksichtigen also weder die Gesamtsituation, noch die Vorgänge, welche sich an den Konflikt mit Serbien angeschlossen haben.

Lassen Sie mich die entscheidenden Linien bezeichnen, soweit das in einem kurzen Gespräch und ohne die Zuhilfenahme von Aktenmaterial möglich ist.

Es ist vollkommen richtig, dass wir Österreich beigestimmt haben, als es nach dem Attentat von Serajewo ein Vorgehen gegen Serbien für nötig erklärte, dass wir uns auch zur Erfüllung unserer Bündnispflichten ausdrücklich bereit erklärten, falls sich aus dem Vorgehen gegen Serbien weitere kriegerische Komplikationen ergeben sollten [1]. Wir haben deshalb auch nie und in keiner Form, also auch nicht durch den Hinweis auf die Nordlandsreise des Kaisers und auf den Urlaub des Generalstabschefs und des Kriegsministers behauptet, wir seien durch die Aktion Österreichs überrascht worden. Allerdings haben wir den Wortlaut des Ultimatums vor seiner Absendung nicht gekannt. Die gegenteilige Behauptung ist, jedenfalls soweit meine Person in Betracht kommt, unrichtig. Ich habe das Ultimatum auch, nachdem es danach zu meiner Kenntnis gekommen war, für zu scharf gehalten, und unsere Politik hat dieser meiner Ansicht im Verlauf der Dinge vollkommen Rechnung getragen. Doch davon hernach. Zunächst über die Gründe unserer Stellung zu dem Vorgehen Österreichs gegen Serbien.

Wie lag die politische Gesamtsituation? Heute wird wohl niemand mehr bestreiten wollen, dass die grosse Politik Frankreichs seit 1871 unverrückbar auf die Wiedergewinnung Elsass-Lothringens, diejenige Russlands, mit besonderer Schärfe seit dem japanischen Kriege, auf die Beherrschung Konstantinopels gerichtet war. Russland betrieb gleichzeitig in Verfolgung dieser seiner Pläne durch Vermittlung Serbiens eine systematische Aushöhlung der Stellung Österreich-Ungarns auf dem Balkan. Beide Mächte verfolgten damit Ziele, die nur durch kriegerische Lösung verwirklicht werden konnten, und beide Mächte erfreuten sich in ihrer Gesamtpolitik der ausgesprochenen Unterstützung Englands. Dass diese Situation für Deutschland lebensgefährlich war und immer lebensgefährlicher wurde, je mehr die Stellung seines österreichischen Bundesgenossen durch die mit russischer Beihilfe erfolgenden serbischen Umtriebe geschwächt wurde, liegt auf der Hand. Man muss sich dabei daran erinnern, dass das grosse Programm des Präsidenten Wilson über den versöhnenden Völkerbund, das ja auch heute noch auf seine Verwirklichung wartet, jedenfalls damals noch keinerlei Geltung hatte, dass nationale Selbstbeschränkung im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens durchaus noch nicht als allgemeines Gebot internationaler Moral angesehen wurde, dass vielmehr vielen ungehemmter Machtwille als nationale Tugend und der Krieg als loyales Mittel zu seiner Betätigung galt. Ich meine, der russisch-japanische Krieg, der Burenkrieg, der italienisch-tripolitanische Krieg sind dafür klassische Beweise. Mit diesem Zustand musste Deutschland rechnen, wenn es die Bedeutung der serbischen Machenschaften gegen Österreich-Ungarn richtig einschätzen wollte. Und das war der Grund, der einzige Grund, weshalb Deutschland dem Vorgehen gegen

---

[1] Vgl. Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 15 u. 26.

Serbien zustimmte. Duldete Österreich-Ungarn tatenlos seine weitere Unterminierung, so musste Deutschland einem Zustand entgegensehen, wo es, sozusagen bündnislos, der auf die russische Allianz und die englische Freundschaft gestützten Revanchepolitik Frankreichs allein gegenüberstand.

Wie wenig es in unserer Absicht lag, den allgemeinen Krieg zu entfesseln, ergibt sich aus unserer gesamten weiteren Haltung. Ich darf die entscheidenden Momente kurz rekapitulieren.

Unser Bestreben, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren, war durchaus kein abwegiger Gedanke. Niemand anders als Sir Edward Grey hatte ihn mit aller Energie zu dem seinigen gemacht und unterstützt. Gescheitert ist unsere Absicht lediglich an Russland, das sich für berechtigt hielt, den Konflikt vor sein Forum zu ziehen. Nunmehr setzten unsere Vermittlungsversuche zwischen Wien und Petersburg ein. Sie erinnern sich, dass England zu diesem Zweck zuerst eine Konferenz vorschlug, sich dann aber ausdrücklich unserem Vorschlag eines direkten Meinungsaustausches zwischen Wien und Petersburg anschloss. Sie erinnern sich weiterhin, dass wir das Wiener Kabinett energisch aufforderten, die zwischen ihm und dem Petersburger Kabinett entstandenen Missverständnisse zu beseitigen, und ihm in der denkbar schärfsten Form zu erkennen gaben, wie wir zwar bereit seien, unsere Bundespflichten zu erfüllen, es aber ablehnen müssten, uns von Österreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen.[1]) Glauben Sie, dass man seinem Bundesgenossen, seinem einzigen Bundesgenossen gegenüber eine solche Sprache führt, gleichzeitig aber den Krieg will, den man ohne diesen Bundesgenossen gar nicht ausfechten kann? Sie erinnern sich endlich, wie infolge unserer Bemühungen die Konversation zwischen Wien und Petersburg in Fluss kam, als Russland plötzlich und entgegen den uns ausdrücklich gegebenen Versicherungen seine ganze Armee mobil machte. Dass diese Generalmobilmachung der Krieg war, der von einer allmächtigen Partei Russlands gewollte Krieg — nun ich meine, daran kann nach den Enthüllungen des Prozesses Suchomlinow kein Mensch mehr einen Zweifel haben. Das sind Tatsachen, die durch nichts aus der Welt geschafft werden können. Uns die Schuld am Kriege aufbürden, heisst Gegner für schuldlos erklären, die jahrzehntelang vereint Pläne betrieben, die sie nur bei kriegerischer Explosion verwirklichen konnten, es uns aber verwehren, uns dagegen aufzulehnen. Das ist nicht Recht, das ist Unrecht.

Der ehemalige Kanzler erörtert sodann noch die Frage, wie es kam, dass trotz dieser Tatsachen, über die er wiederholt im Reichstage gesprochen habe, die Schuld Deutschlands

---

[1]) Vgl.: Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 395, 396 u. 441.

zur Überzeugung fast der ganzen Welt geworden sei. Er weist hin auf die staunenswerte Propaganda, mit der die Gegner es verstanden, Deutschland durch Mischung von Wahrem und Falschem im Misskredit zu bringen, sich aber als die selbstlosen Verfechter aller grossen und edlen Menschheitsgedanken hinzustellen.

Bethmann bekennt sich wieder zu seinem Worte vom 4. August 1914 über Belgien, betont die Bedeutung der elsass-lothringischen Angelegenheit für das Urteil der Welt und meint, dass Deutschland durch Mängel seiner Politik und durch „Sünden seines allgemeinen Gebarens", durch provokatorische Worte und „alldeutsche Treibereien" zu der Hochspannung beigetragen habe, aus der schliesslich der Krieg entstanden sei.

Nr. 5

Entgegnung des Staatssekretärs a. D. Dr. Zimmermann

Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 607 — 29. November 1918

Der frühere deutsche Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts Zimmermann äussert sich zu einem Vertreter der Deutschen Allgemeinen Zeitung wie folgt:

Wir sind in der Tat der Ansicht gewesen, dass mit der Bluttat von Serajewo für Österreich-Ungarn die Schicksalsstunde geschlagen hatte. Seine innere Lage hatte sich im Laufe der Jahre derartig verschlechtert, dass die Nachbarn im Süden und Osten bereits die Möglichkeit des völligen Zerfalls der Donaumonarchie ins Auge fassten und unverhüllt Gebietsansprüche erörterten. Die während des Krieges bekannt gewordenen serbischen Urkunden beweisen, dass Russland schon seit Jahren der serbischen Regierung den Erwerb österreichischer und ungarischer Gebietsteile zugesichert hatte. Österreich-Ungarn war durch die panslawistischen Treibereien in seiner Grossmachtstellung aufs äusserte gefährdet. Dass Deutschland gegenüber dieser Gefahr, die dem mitteleuropäischen Bunde drohte, nicht gleichgültig bleiben konnte, lag auf der Hand; das europäiische Gleichgewicht hatte sich bekanntlich längst schon zu unseren Ungunsten verschoben, da wir mit einer aus drei mächtigen Staaten zusammengeschlossenen Gruppe zu rechnen hatten, die auf die Zurückdrängung des deutschen Einflusses aus war.

Dass Österreich-Ungarn sich gegen die grossserbischen Machenschaften, die zur Bluttat in Serajewo geführt hatten, zur Wehr setzte, war nicht nur sein gutes Recht, sondern lag auch im Interesse einer Gesundung der Verhältnisse in Europa. Dies und insbesondere die Niederhaltung der grossserbischen Propaganda suchte Österreich-Ungarn zu erreichen durch eine Neuordnung der Machtverhältnisse auf dem Balkan, die es durch Heranziehung Bulgariens an den Dreibund an Stelle des unsicher gewordenen Rumäniens herbeizuführen gedachte. Diese Gedanken und Ziele waren erörtert in einem Handschreiben Kaiser Franz Josephs [1]) an Kaiser Wilhelm und einer damit verbundenen Denkschrift. [2]) Beide wurden am 5. Juli 1914 durch den österreichisch-ungarischen Botschafter dem Kaiser Wilhelm überreicht. Eine Abschrift der Schriftstücke wurde gleichzeitig durch den Überbringer, Grafen Hoyos, dem Auswärtigen Amt überreicht. Dies sind die Tatsachen, die zu der viel berufenen Legende von dem Kronrat in Potsdam Anlass gegeben haben.

Über die Antwort, die dem Grafen Szögyény erteilt wurde, gibt eine von mir entworfene telegraphische Instruktion des damaligen Herrn Reichskanzlers an den Botschafter von Tschirschky in Wien vom 6. Juli Aufschluss. [3]) Sie befindet sich in den Akten des Auswärtigen Amtes und lautet meiner Erinnerung nach dahin:

Die Gefahren der panslawistischen Agitation würden auch in Deutschland nicht verkannt. Der Heranziehung Bulgariens an den Dreibund wurde mit gewissen Vorbehalten zugestimmt. Es wurden Bemühungen in Bukarest in Aussicht gestellt, um Rumänien bei dem Bündnis zu erhalten und von der gefährlichen serbischen Propaganda loszumachen; zu dem Konflikt mit Serbien wurde eine Stellungnahme abgelehnt. Es wurde aber betont, dass Deutschland gemäss dem Bündnis und der alten Freundschaft treu zu Österreich-Ungarn stehen würde. [4])

Man wird danach wohl schwerlich, wie es der bayerische Stimmungsbericht darstellt, von einer Blankovollmacht sprechen können. Wir haben Österreich-Ungarn zu seinem Vorgehen gegen Serbien weder zugeredet noch angestachelt, uns vielmehr lediglich darauf beschränkt, ihm davon nicht abzuraten. Unsere Haltung erschien mit Rücksicht auf unsere Bündnispflicht und die weltpolitische Lage geboten, und ich bin der Überzeugung, dass die grosse Mehrzahl der heutigen Kritiker dieser Politik damals nach gewissenhafter Prüfung aller in Frage kommenden Verhältnisse ebenso gehandelt haben würde wie die Reichsleitung.

Der Inhalt des Ultimatums an Serbien stand meines Wissens zu jener Zeit noch nicht fest, jedenfalls war er uns unbekannt. Dass

---

[1]) Vgl. Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 13.
[2]) Vgl. Ebenda Nr. 14.
[3]) Vgl. Ebenda Nr. 15.
[4]) Vgl. Ebenda Nr. 15.

die in dem Bericht der bayerischen Gesandtschaft wiedergegebenen Forderungen von mir dem Herrn Berichterstatter mitgeteilt worden sind, bezweifle ich daher. Übrigens haben wir es, soweit mir erinnerlich, ausdrücklich abgelehnt, zu einer Formulierung der Forderungen an Serbien Stellung zu nehmen. Wie die Akten des Auswärtigen Amtes ergeben dürften, ist uns das von uns allseitig für zu scharf gehaltene österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien erst so spät von Wien mitgeteilt worden, dass uns eine Möglichkeit, auf seine Milderung hinzuwirken, nicht mehr gegeben war.

Wie sehr wir uns in der Folge bemüht haben, den Konflikt zwischen unserem Bundesgenossen und Serbien zu lokalisieren, [1]) ist allgemein bekannt. Unsere Bemühungen wären wohl auch erfolgreich gewesen, wenn England seinen grossen Einfluss auf Petersburg ebenso energisch geltend gemacht hätte, wie wir den unseren in Wien. Schliesslich hat dann die russische Gesamtmobilmachung, die von zum Kriege drängenden Gewaltpolitikern in Petersburg überstürzt wurde, unsere Bemühungen zum Scheitern gebracht.

Deutscherseits muss hiernach die Verantwortung für die Entwicklung des österreichisch-serbischen Konflikts zum Weltkrieg abgelehnt werden. Die Veröffentlichung einseitiger Darstellungen ist nicht als geeignetes Mittel zur Aufklärung der Schuldfrage anzusehen. Ganz besonders gilt dies für die subjektiv gefärbten Stellen des bayerischen Berichts, dessen Verfasser doch nicht in die Vorgänge intim genug eingeweiht war, um ein objektiv zuverlässiges Bild der Dinge zu geben. Die historische Wahrheit wird erst dann festgelegt werden können, wenn einem Staatsgerichtshof oder noch besser einem internationalen Gerichtshof das einschlägige Material sämtlicher kriegführenden Mächte gewissenhaft unterbreitet wird. Die Untersuchung der Schuldfrage durch einen solchen unparteiischen Gerichtshof würde zweifellos allen jetzt unter schweren Verdächtigungen leidenden deutschen Staatsmännern nur erwünscht sein.

Nr. 6

Die erschwerende Wirkung der Enthüllungen. Halbamtliche Mitteilung

Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 605 — Berlin, 28. November 1918

Die Ausschlachtung der bayerischen Enthüllungen über den Ursprung des Krieges durch die Ententepresse hat begonnen. Schon machen sich englische Blätter daran, die Schuldfrage für gelöst zu

---

[1]) Vgl. Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 142.

erklären und in diesem Sinne mit Rücksicht auf die kommenden Friedensverhandlungen propagandistisch auf die öffentliche Meinung gegen Deutschland einzuwirken. So bemerkt die „Westminster Gazette":

„Es ist eine erstaunlich genaue Aufdeckung der Schuldfrage. Lerchenfeld zeigt uns eine kleine Clique in Berlin und Wien, die entschlossen war, der Welt den Krieg zu bringen. Niemals in der Geschichte wurde ein Verbrechen kaltblütiger und mit mehr Überlegung vorbereitet. Neben dieser kleinen Gruppe von Verschwörern in Berlin und Wien erscheint Napoleon in seinen schlimmsten Augenblicken als ein unschuldiger Mann. Es ist wahr, sie hatten einen anderen Krieg geplant, und der Kaiser konnte die Hand aufs Herz legen und erklären, er wünsche diesen Krieg nicht. Der Krieg, mit dem er rechnete, sollte Frankreich durch einen schnellen Schlag zu Boden werfen und Russland durch eine rasche Bewegung erledigen, während Deutschland Europa die Bedingungen diktieren würde. Einen teuflischeren Plan hat es nie gegeben, niemals einen Plan, der auf so viel Fehlberechnungen gegründet war und der so vollständig scheiterte. Jetzt ist es Sache der Welt, die Urheber des Verbrechens der Gerechtigkeit zu überantworten."

Wenn aber die „Westminster Gazette" nur „eine kleine Clique" zu den Urhebern des Verbrechens zu stempeln versucht, verallgemeinert der „Daily Telegraph" die Schuldfrage und — das mögen die Veranlasser dieser Enthüllungen besonders beachten — will das ganze deutsche Volk verantwortlich gemacht wissen. Dieses extrem deutschfeindliche Blatt erklärt:

„Von allen Seiten kommt die Bestätigung einer Überzeugung, die schon längst von den Alliierten gehegt wurde. Wenn wir fragen, warum die deutschen Stämme soviel Wert darauf legen, ihre schmutzige Wäsche in der Öffentlichkeit zu waschen, so ist die Antwort wahrscheinlich, dass sie wünschen, ein für allemal das preussische Übergewicht zu beseitigen. Vielleicht werden schliesslich zwei Republiken entstehen, eine mit Frankfurt als Hauptstadt, die andere mit Berlin. Wir können nur hoffen, dass in Deutschland irgend eine dauerhafte Regierung entstehen wird, mit der in Friedensverhandlungen zu treten für die Ententemächte möglich ist. Aber wir können keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Teilen des früheren Deutschen Reiches machen oder einige Staaten von der Verantwortung für den Krieg entlasten. Bayern ist genau so wie jeder andere Staat hineinverwickelt, und die Enthüllungen Lerchenfelds bestätigen nur unsere Ansicht, dass das ganze Deutschland sich dafür entschied, die Verantwortung für das Vorgehen der kaiserlichen Regierung zu übernehmen, und deswegen muss es dieselbe Verurteilung und dieselbe Strafe erwarten."

Beide Pressestimmen, die sicherlich nicht allein bleiben werden, liefern den klaren Beweis, dass durch derartige, aus dem Zusammenhang gerissene Dokumente die an sich schon so schwierige Lage Deutschlands auf dem Friedenskongress ins Ungemessene gesteigert wird. Bei jeder Gelegenheit werden die Ententevertreter damit hausieren und, um immer extremere Forderungen durchzusetzen, darauf verweisen. Ist es des Schadens denn noch nicht genug?

Nr. 7

Pressenotiz des Auswärtigen Amtes

Berlin, 26. November 1918

Das Auswärtige Amt hat gegen die Veröffentlichung der Münchener Regierung sofort protestiert. Sie muss nach Ansicht des Auswärtigen Amtes gerade jetzt wie ein schwerer Schlag für unsere politische Arbeit wirken. Unsern Feinden und Verhandlungsgegnern ist sie eine Waffe in der Hand, die diese zu benützen wissen werden. Die Veröffentlichung steht im Zusammenhang damit, dass der Vertreter Bayerns in Bern, Professor Förster, seiner Regierung auf Veranlassung eines Mittelsmannes von Clémenceau angeraten hat, Mitteilungen über die Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen, weil ein Bekenntnis Deutschlands zur Schuld am Kriege dazu dienen würde, den Frieden schneller herbeizuführen. Nach unserer Auffassung unterliegt es keinem Zweifel, dass es Herrn Clémenceau nur darauf angekommen ist, uns vor aller Welt durch unser eigenes Zeugnis ins Unrecht zu setzen. In den schrecklichen Irrtum, dass Clémenceau ein Mann wäre, der sich zur Milde stimmen liesse, wenn nur die Schuld am Kriege von Deutschland auf sich genommen würde, können nur Leute verfallen, die sich von dem Charakter des französischen Ministerpräsidenten ein falsches Bild machen.[1] Die Akten des Auswärtigen Amtes werden auf Anordnung des Staatssekretärs Dr. Solf vom Unterstaatssekretär Dr. David hinsichtlich der dem Kriegsausbruch vorangegangenen diplomatischen Aktionen geprüft und das Ergebnis veröffentlicht werden.[2]

---

[1]) Vgl. zu Nr. 6—11 auch Abschnitt III 8, 9, 11, 12, 20, 23.

[2]) Bald darnach wurde Karl Kautsky von den Volksbeauftragten mit der Bearbeitung betraut.

Nr. 8

Professor Foerster gegen das Auswärtige Amt

Pressemitteilung 28. November 1918

Das Berliner Auswärtige Amt behauptet, ich hätte auf Veranlassung eines Vertrauensmannes von Clémenceau angeraten, Mitteilungen zur Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen. Dazu bemerke ich:

Gewiss habe ich angeraten, das deutsche Volk über die wahre Vorgeschichte des Krieges aufzuklären. Dieser Rat aber entstammte keiner vom Ausland kommenden Anregung. Vielmehr habe ich stets die Auffassung vertreten, dass die jahrelange Irreleitung des deutschen Volkes durch das Berliner Auswärtige Amt die Hauptschuld an der Kriegsverlängerung trage und dass die moralische Aussöhnung Deutschlands mit dem Auslande erst dann möglich sei, wenn das deutsche Volk endlich wahrheitsgemäss erfahre, wie dieser Krieg entstanden und geführt worden ist. Um eine solche Auffassung zu vertreten, braucht man keine Anregung von Clémenceau, sondern nur ein wenig alte deutsche Wahrheitsliebe. Gewiss hatte ich Aussprachen mit Entente-Vertretern, einen Rat in bezug auf deutsche Fragen aber habe ich dabei weder erbeten noch empfangen. Wohl aber zeigten mir jene Aussprachen, dass man drüben an eine wirkliche Erneuerung Deutschlands noch nicht glauben will: das deutsche Volk, so sagt man, habe sich nur institutionell, aber noch nicht moralisch gewandelt. Es ist darum zweifellos, dass das deutsche Volk allein durch die volle Erkenntnis dessen, was geschehen ist, die richtige innere Stellung zu der erschütternden Erfahrung der jetzigen Stunde finden kann. Wenn nun das Berliner Auswärtige Amt meint, dass solche Aufklärung im gegenwärtigen Augenblick unterbleiben sollte, so zeigt das leider, dass die dort massgebenden Männer noch immer nicht den unseligen Irrtum abgetan haben, als müsse man um der Feinde willen dem deutschen Volke die Wahrheit vorenthalten, als ob das Ausland nicht längst über alle jene Dinge genau informiert wäre, und als ob nicht gerade das freie Bekenntnis der Schuld dem Ausland allein die Bürgschaft gebe, dass wir uns ehrlich von dem bösen Geiste lossagen wollen, der uns in diesen Krieg getrieben hat.

Professor F. W. Foerster

Nr. 9

Französisches Dementi

(Nach Münchener Zeitung 329 vom 30. November 1918)

Eine Note der „Agence Havas“ besagt:

Wir sind in der Lage, behaupten zu können, dass diese Information völlig aus der Luft gegriffen ist.[1]) Zu keiner Zeit und in keiner Form hatte Clémenceau jemals Beziehungen zu den offiziellen Agenten oder Sekretären Nord- oder Süddeutschlands. Keiner von ihnen konnte von der französischen Regierung inspiriert werden. Wie dem auch sei, zeigen die Funksprüche aus Nauen, dass die Berliner Regierung allen Lügen der alten Regierung Rechnung trägt.

Nr. 10

Auf Anregung Clémenceaus?

Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 609 — 30. November 1918

Zu den Erörterungen über die Münchener Aktenveröffentlichung erfahren wir, dass der hiesige Gesandte der bayerischen Regierung, Dr. Muckle, als er von amtlicher Seite wegen dieser Publikation zur Rede gestellt wurde, sich dahin geäussert habe, dass die Veröffentlichung auf eine Anregung Clémenceaus erfolgt sei, der bei dem bayerischen Gesandten in Bern die Bekanntgabe von Deutschland belastendem Material als friedenfördernd angeregt habe.

Nr. 11

Professor Foersters Entgegnung

Münchener Neueste Nachrichten Nr. 607 — 1. Dezember 1918

Sie bringen in Ihrer Nr. 606 die Behauptung des bayerischen Gesandten in Berlin, dass die bekannten Enthüllungen aus den bayerischen Akten auf Anregung Clémenceaus erfolgt seien, der bei mir die Bekanntgabe von Deutschland belastendem Material als friedens-

---

[1]) Nämlich, dass die bayerische Aktenpublikation auf Anregung Clémencaus erfolgt sei.

fördernd angeregt habe. Ich wiederhole, dass es sich hier um eine Legende handelt, an der kein wahres Wort ist. Die behauptete Anregung ist mir weder von Clémenceau noch von irgend einem seiner Vertrauensmänner zugekommen. Ich habe nur ganz allgemein den Rat gegeben, nunmehr die ganze Literatur hereinzulassen, die sich mit den Kriegsursachen beschäftigt, weil meiner Überzeugung nach das vier Jahre unter Zensur gehaltene deutsche Volk ohne eine solche Aufklärung zu keiner moralischen Verständigung mit der Umwelt kommen kann. Ich darf wohl darauf rechnen, dass die gesamte Presse, die jene Legende gebracht hat, ihren Lesern auch von diesem wiederholten Dementi Kenntnis gibt.

Nr. 12

Amtliche Mitteilung des bayerischen Ministeriums des Äussern

Münchener Neueste Nachrichten Nr. 608 — 2. Dezember 1918

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet, die Veröffentlichung der bayerischen Gesandtschaftsberichte sei zurückzuführen auf eine Anregung Clémenceaus; Clémenceau habe das natürlich in Abrede gestellt. Hierzu schreibt uns unser bayerischer Gesandter in Berlin, dass er sich über die Ursache der Veröffentlichung dahin geäussert habe, die bayerische Regierung wolle auf diese Weise einen Druck auf die Vertreter des alten Systems ausüben, dass sie ihren Posten endlich verlassen. Die bayerische Regierung habe aber auch die Überzeugung, dass eine solche Veröffentlichung das Vertrauen der Entente zur deutschen Regierung und zum deutschen Volk stärken müsse.

Nr. 13

Erwiderung von Dr. Muckle

In der „Freiheit" vom 3. Dezember 1918 erklärt Dr. Muckle:

Die Deutsche Allgemeine Zeitung weiss zu berichten, ich hätte mich dahin geäussert, dass die Veröffentlichung der auf den Kriegsursprung sich beziehenden Akten durch die bayerische Regierung auf eine Anregung Clémenceaus erfolgt sei. Diese Darstellung ist falsch. Jedem Ausfrager, dem ich Aufschluss gab, habe ich folgendes unterbreitet: Der provisorische bayerische Gesandte in Bern, Professor Foerster, welcher Beziehungen unterhält zu Männern, welche mit den

Anschauungen Clémenceaus vertraut sind, hat versichert, dass die Veröffentlichung von Akten, welche erwiesen, wie sehr die deutsche Regierung 1914 zum Kriege drängte, besänftigend auf Clémenceau wirken müssen und dass damit die Sache des Friedens nur gefördert werden könne. Im übrigen stehe auch ich gleich Professor Foerster auf dem Standpunkt, dass es dem deutschen Volke, welches in ein Netz von Lügen eingesponnen worden war, sicher nicht schaden könne, wenn es endlich dieses Netz erbarmungslos zerreisst und der Wahrheit die Ehre gibt.

Nr. 14

Erklärung Professor Foersters

Freiheit Nr. 39 — 6. Dezember 1918

Der bayerische Gesandte in der Schweiz, Professor Foerster, telegraphiert uns aus München:

Der Herr Gesandte Dr. Muckle hat Ihnen mitgeteilt, ich hätte versichert, dass die Veröffentlichung von Akten zur Vorgeschichte des Krieges besänftigend auf Clémenceau wirken werde. Auch diese Formulierung geht auf ein Missverständnis zurück. In meinen Berichten aus der Schweiz habe ich mich mit irgend einer Einwirkung auf die Person Clémenceaus in keiner Weise beschäftigt, sondern nur von dem allgemeinen Unglauben an den Durchbruch eines neuen Geistes in Deutschland gesprochen. Dieser Unglaube werde wohl erst dann verschwinden, wenn das deutsche Volk gründlich über die wahre Vorgeschichte des Krieges unterrichtet werde. Dem vier Jahre systematisch irregeführten deutschen Volke müsse Aufklärung werden, in wie grossem Umfang die Anklagen der Gegner berechtigt seien.

Nr. 15

Die deutsche Reichsregierung an die Regierungen der Entente

Öffentliche Kundgebung — Berlin, 29. November 1918

Für die Herbeiführung des Weltfriedens, für die Schaffung dauernder Sicherheiten gegen künftige Kriege und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander erscheint es dringend geboten, die Vorgänge, die zum Kriege geführt haben, bei allen kriegführenden Staaten und in Einzelheiten aufzuklären. Ein vollständiges, wahrheitsgetreues Bild der Weltlage und der Ver-

handlungen zwischen den Mächten im Juli 1914 und der Schritte, welche die einzelnen Regierungen in dieser Zeit übernommen haben, könnte und würde viel dazu beitragen, die Mauern des Hasses und der Missdeutung niederzureissen, die während des langen Krieges zwischen den Völkern errichtet worden sind. Eine gerechte Würdigung der Hergänge bei Freund und Feind ist die Vorbedingung für die künftige Versöhnung der Völker, ist die einzig mögliche Grundlage für einen dauernden Frieden und für den Bund der Völker.

Die deutsche Regierung schlägt daher vor, dass eine neutrale Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege eingesetzt werde, die aus Männern bestehen soll, deren Charakter und politische Erfahrung einen gerechten Urteilsspruch gewährleisten. Die Regierungen sämtlicher kriegführenden Mächte müssten sich bereit erklären, einer solchen Kommission ihr gesamtes Urkundenmaterial zur Verfügung zu stellen. Die Kommission soll befugt sein, alle jene Persönlichkeiten zu vernehmen, die zur Zeit des Kriegsausbruches die Geschicke der einzelnen Länder bestimmt haben, sowie alle Zeugen, deren Aussagen für die Beweiserhebung von Bedeutung sein können.[1])

---

[1]) Die Vorarbeiten für eine deutsche Gesamtpublikation (Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch) wurden im Auftrage der Reichsregierung im November 1918 von Karl Kautsky aufgenommen. Deutsche Dokumente, Vorwort.

V

Auseinandersetzung mit Berlin und Widerstände im Lande[1])

Nr. 1

Reichskonferenz im Kongreßsaal des Reichskanzlerpalais am Montag, 25. November 1918

Auszug nach dem gedruckten Verhandlungsprotokoll [2])

Die deutsche Staatenkonferenz, bei der Vertreter sämtlicher deutscher Länder anwesend sind, berät unter dem Vorsitz des Volksbeauftragten Ebert über die Lage des Reiches, über Wege zum Frieden und Wiederaufbau.

Über die auswärtige Politik erstattet Bericht der Staatssekretär Dr. Solf, über die Waffenstillstandsverhandlungen der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger.

Ersterer legt unter anderem auch dar, dass die französische Regierung den Ententesieg bis zur Zertrümmerung Deutschlands und seiner Einheit auszunützen gedenke, und dass die französische Diplomatie innerhalb der Entente anscheinend die Führung habe. Frankreich wolle trotz der Einheitlichkeit des deutschen Nationalkörpers eine Randstaatenpolitik betreiben. Er sagt dann:

Die gegenwärtigen Zustände in Deutschland, dauernde Übergriffe mehr oder weniger lokaler Behörden in die Befugnisse der Zentralgewalt, sowie das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage für diese, das jederzeit im Innern einem separatistischen Vorgehen einzelner Bundesstaaten als Vorbild dienen könne, erleichterten den Gegnern ihr

---

[1]) Die Originale der im folgenden Abschnitt mitgeteilten Aktenstücke sind, wo nicht anders vermerkt, im Ministerium des Äussern.

[2]) Im Ministerium des Äussern.

Spiel. Er zweifle nicht, dass der Rat der Volksbeauftragten die verderbliche Wirkung der Kontrollansprüche über die Zentralregierung in ihrer ganzen Tragweite überschaue. Beschlüsse wie die des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates, der die Beziehungen zur Sowjetregierung gegen die Politik der Reichsregierung allein und selbständig regeln wolle, die Veröffentlichung einseitiger Darstellungen aus den Akten der Reichs- und Staatsbehörden, die Verhaftung eines vom Auswärtigen Amte nach Wien geschickten Kuriers, das Erbrechen von Siegeln der Reichsregierung seien unerträglich. Werde dieser Zersetzung nicht sofort nachdrücklichst und mit durchschlagendem Erfolge entgegengetreten, so stehe zu befürchten, dass die separatistischen Tendenzen in Deutschland bald die Zentralgewalt derart überwucherten, dass die französische Politik zur Durchführung ihrer Absichten weder besonderer Geschicklichkeit noch besonderer Anstrengungen bedürfte. Auf die Weise grüben wir uns selbst das Grab. Auch der beste Wille des Präsidenten Wilson, auf den wir wohl noch bauen dürften, und selbst die besonnenen Elemente in England müssten dann schliesslich erlahmen. Damit schwände aber jede Aussicht auf den Frieden, vielmehr drohe dem Reiche völliger Untergang und der deutschen Nation die Vernichtung.

Der Staatssekretär, der in der Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse ein „unüberwindliches Friedenshindernis" erblickt, richtet einen Appell an die versammelten Staatenvertreter, die Zentralgewalt des Reiches zur selbständigen Leitung der Reichsgeschäfte und insbesondere zur alleinigen Führung der auswärtigen Politik in den Stand zu setzen und einen möglichst frühen Termin für die konstituierende Nationalversammlung anzukündigen.

Die Verhandlungsniederschrift verzeichnet folgende Einwendungen des bayerischen Ministerpräsidenten gegen diese Darlegungen und gegen die Ausführungen Erzbergers über den Waffenstillstand:

Eisner (Bayern) findet, das, was die Referate gebracht hätten, konnte auch vor zwei oder drei Monaten gesagt werden. Die Berichterstatter hätten der Meinung Ausdruck gegeben, dass wir auf Gnade und Ungnade den imperialistisch erhitzten Mächten ausgeliefert seien, so dass selbst der Präsident Wilson nicht mehr imstande sei, mildernd und besänftigend zu wirken. Und die Schilderung Herrn Erzbergers habe nur den Eindruck bestätigt, dass Marschall Foch ungefähr ebenso verhandelt habe wie 1870 Bismarck. Herr Erzberger gab der Meinung Ausdruck, die Entente schicke sich an, einen Vorwand zu suchen, um einen neuen Krieg zu entfesseln, während er zwischendurch die Bemerkung habe einfliessen lassen, dass Clémenceau, nach

Meinung der Herren Solf und Erzberger zweifellos der grösste Chauvinist, sogar bereit sei, Deutschland mit Lebensmitteln zu unterstützen. Das sei die unerhörte Grausamkeit der Entente! Man brauche sich doch nur an die Bismarcksche Politik von 1870 zu erinnern, an die Aushungerung von Paris und all die übrigen brutalen Methoden der deutschen Kriegführung, der Deportation und der Aushungerung, um in Erstaunen zu geraten über die Grossmut der feindlichen Mächte, die uns, die am Weltkriege allein Schuldigen, mit Lebensmitteln zu versorgen bereit sind.

Es liege ihm fern, die Probleme, die uns gegenwärtig beschäftigten, in ihrer ganzen Tiefe und Furchtbarkeit zu erörtern. Aber wenn man zu einem Frieden der Verständigung, nicht der Unterwerfung kommen wolle, dann sei es notwendig, nicht Männern die Leitung der Geschäfte in Deutschland zu übertragen, die während der viereinhalb Kriegsjahre kompromittiert seien durch die Regierungspolitik, die uns in den Abgrund gestürzt habe. Das gelte insbesondere von der Entsendung des Herrn Erzberger als Bevollmächtigter zu den Waffenstillstandsverhandlungen. Hier müsse jetzt rückhaltlos die Wahrheit gesagt werden. Herr Erzberger habe jene Vergiftung der öffentlichen Meinung organisiert, die uns in der ganzen Welt isoliert und so verhasst gemacht habe. Und Herr Solf, ein Diplomat, halte es in der gegenwärtigen Situation für angebracht, nur mit Herrn Wilson zu verhandeln und somit gewissermassen die Leiter der übrigen feindlichen Mächte für minderwertig zu erklären. Derartiges sei geeignet, die letzten Aussichten auf einen einigermassen günstigen Frieden hinfällig zu machen. Wenn die Herren Solf und Erzberger die Absicht hätten, die Schuldigen des alten Systems dadurch zu retten, dass sie den Zorn und die Wut des Volkes auf jene erbarmunglosen Feinde ablenkten, die uns mit Lebensmitteln versorgen wollten, dann könnten sie nicht anders handeln. Das sei nicht Revolution, sondern Gegenrevolution. Zwar sei er nicht über die Stimmung in der Ententepresse unterrichtet, da er seit vierzehn Tagen grundsätzlich keine Zeitungen lese; dafür habe er aber direkte Berichte von zuverlässigen Mitarbeitern.[1])

Die Entente verlange einmal mit einer Regierung zu verhandeln, die kein Ausdruck des alten Systems sei. Diese Forderung sei durchaus berechtigt. Man müsse wünschen, dass alle kompromittierten Vertreter des alten Systems so schnell als möglich den Weg nach Holland finden, soweit sie nicht als Landesverräter zu verhaften seien. Es sei unbegreiflich, dass Leute wie Zimmermann und Jagow noch frei herumliefen. Man brauche neue, unbelastete Männer, die nach seiner Überzeugung von der Entente das erreichen würden, was den alten nicht gelungen sei.

---

[1]) Vgl. für das Folgende Foersters und Herrons Berichte aus der Schweiz; Abschnitt III, Nr. 4, 6, 8, 9, 11, 12, 16—18, 23.

Die zweite Forderung der Entente gehe dahin, dass Männer an der Spitze Deutschlands stehen, die das Vertrauen der Massen geniessen. Dieses Vertrauen könnten nur unbelastete Männer finden. So seien die Bedingungen der Entente nicht nur die Vorbedingungen eines günstigen Friedens, sondern auch der inneren Erneuerung Deutschlands. Die Gesandtschaftsberichte stellten noch Rückstände aus der bestellten Arbeit der früheren Machthaber vor. Not tue jetzt eine Reichsregierung, die wisse, was sie wolle, und die entschlossen sei, demokratische und sozialistische Politik ungehemmt zu treiben. Von diesem Gesichtspunkt aus mache er folgenden Vorschlag:

Deutschland brauche ein provisorisches Präsidium, das an die Stelle des halb aufgelösten Bundesrats zu treten habe und aus neuen, unbelasteten Männern bestehen müsse. Dieses Präsidium müsste die Aufgabe haben, alle Verhandlungen mit der Entente zu führen. Nur auf diese Weise würden die separatistischen Strömungen verhindert, die sich jetzt stärker als je durchzusetzen versuchten. Nichts sei heute volkstümlicher als der Ruf: Los von Berlin! Los von Preussen! Er selbst stemme sich gegen diese Bestrebungen; aber diese Loslösungsbestrebungen seien nicht nur in den süddeutschen Staaten vorhanden, sondern auch in den westlichen Gebieten Preussens. Einer solchen verhängnisvollen Politik könne nur durch eine revolutionär bestimmte, in Zielen und Personen unverdächtige Körperschaft entgegengetreten werden, die die Verhandlungen mit dem Feinde zu führen hat. Nur so könne man zu einer Verständigung mit der Entente und zu ihrem Beistande gelangen, ohne den Deutschland untergehen müsse. Man solle deshalb reinen Tisch zu Hause machen, dann könne man zu einer neuen Zeit der Versöhnung der Völker gelangen und zu einem Frieden, wie wir ihn brauchen.

Diese Ausführungen finden bei verschiedenen Vertretern in einzelnen Punkten Zustimmung, stossen aber bei anderen auf lebhaften Widerspruch. Er richtet sich auch gegen die bayerische Aktenveröffentlichung, von der Scheidemann sagt, sie habe für Deutschland gewirkt wie ein Keulenschlag. Gegen die bisherige Führung der auswärtigen Politik durch Solf wenden sich mit Eisner auch die Beigeordneten im Auswärtigen Amte, Karl Kautsky und Bernstein.

Die bayerischen Vorschläge, ein besonderes Reichsregiment für die Führung der auswärtigen Politik einzusetzen, finden keinen Anklang. Die grosse Mehrheit hält den Rat der Volksbeauftragten als oberste Reichsleitung für geeignet und für fähig, die Verhandlungen über den Vorfrieden einzuleiten. Im übrigen will sie die baldige Wahl einer konstituierenden

Nationalversammlung, um dem Reiche eine neue Verfassung und eine voll verhandlungsfähige Regierung zu geben.

Der bayerische Ministerpräsident greift wiederholt in die Erörterung ein. Separatismus und Partikularismus überwinde man am besten durch Selbstbestimmung der Gliedstaaten. Er regt die Bildung einer provisorischen deutschen Nationalversammlung nach dem Muster der bayerischen an, die auf die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gegründet sei, und verlangt, dass das Auswärtige Amt von völlig unbelasteten Personen, von radikalen Sozialisten, verwaltet werde, da man dann leichter zum Frieden komme. Die Reichsregierung will er einer gründlichen Umgestaltung unterziehen. Er wiederholt seinen Vorschlag, eine Art provisorisches Reichspräsidium aus fünf bis sieben Personen zu schaffen, die sowohl Vertreter der Reichsregierung wie der Bundesstaaten sein könnten. Diese Körperschaft solle dann die Verhandlungen mit den Verbandsmächten führen.

„Es sei ihm mitgeteilt worden, dass die Vertreter der Entente erklärt hätten, jedes sozialistische Regime, auch das radikalste, sei ihnen recht, nur müsse es eine Regierung sein, die regierungsfähig sei und die Massen hinter sich habe. Seines Wissens seien die Waffenstillstandsbedingungen schon in dem Augenblicke gemildert worden, als im Auslande bekannt geworden sei, dass es in Deutschland revolutionär gäre. Die späteren chauvinistischen Strömungen rührten erst seit den unglücklichen Noten des Auswärtigen Amtes und des Generalfeldmarschalls Hindenburg her. Herr von Hindenburg möge ja ein ausgezeichneter Feldherr sein, aber er solle doch wirklich endlich aufhören, zu telegraphieren und Kundgebungen zu erlassen. Er bitte die jetzige Reichsregierung, in dem Sinne der Note zu wirken, die er gestern amtlich in Bayern habe verbreiten lassen. . .[1])

---

[1]) Sie lautete:

München, 23. November 1918

Der bisherige Generalfeldmarschall Hindenburg erlässt in letzter Zeit wiederholt Kundgebungen, die geeignet sind, aufs empfindlichste die bevorstehenden Friedensverhandlungen zu stören.

Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern nimmt Anlass, gegen diese ebenso unglückliche wie unzulässige Einmischung des bisherigen Generalfeldmarschalls in die Politik entschieden Protest einzulegen. Es ist nicht mehr an der Zeit, den im deutschen Volke angesammelten Zorn auf das feindliche Ausland ablenken zu wollen.

Der Ministerpräsident Kurt Eisner

Es gebe nur zwei Wege: Entweder gehe Deutschland in kürzester Zeit zugrunde, denn wie es mit unseren Rohstoffen und Lebensmitteln steht, sei bekannt, oder man versuche offen und ehrlich in voller Aufrichtigkeit und Wahrheit ohne die schädlichen Mittel der alten Diplomatie einen Frieden zu schaffen, der die erste Aktion des Völkerbundes sei. Der neue Friede werde den Völkerbund nicht schaffen, sondern der Völkerbund solle bereits der neue Friede sein. Wer aus dem Süden nach Berlin komme, der erschrecke beinahe über den Geist, der hier herrsche. Man sehe eine neue Welt erstehen und hier finde man eine Ratlosigkeit und einen allgemeinen Katzenjammer in der Bevölkerung".

Zum Schlusse anerkennt die Staatenkonferenz als Richtpunkte für die Führung der Reichsgeschäfte: Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands in der deutschen Republik und die Bekämpfung separatistischer Bestrebungen; Vorbereitung der Nationalversammlung, bis zu deren Zusammentritt die Räte als Repräsentanten des Volkswillens gelten, und die schleunige Herbeiführung eines Vorfriedens durch die bestehende Reichsleitung der Volksbeauftragten.

Über die Vorschläge des bayerischen Ministerpräsidenten wird nicht weiter verhandelt.

Nr. 2

Der bayerische Bevollmächtigte beim Reich an den Rat der Volksbeauftragten (Reichsregierung)

Berlin, 27. November 1918

Es hat sich gezeigt, dass die führenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes immer noch vom Geiste des alten Systems beherrscht sind und so, getreu den Methoden dieses Systems, im höchsten Masse die Interessen Deutschlands schädigen. Unsere Lage ist augenblicklich so, dass wir, versagt uns die Entente ihre Beihilfe, in kürzester Zeit in den Abgrund einer fürchterlichen Hungersnot versinken. So ist es dringend geboten, dass die Entente mit Männern verhandelt, die nicht mit den Makeln des alten Systems behaftet sind, und denen sie volles Vertrauen entgegenbringen kann. Dass die Entente nicht an eine Vernichtung des deutschen Volkes denkt, zeigt die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten bereit sind, uns mit Nahrungsmitteln zu versehen. Um so reichlicher wird aber sicherlich diese Beihilfe fliessen, je mehr die führenden Männer Deutschlands Vertreter eines neuen, vertrauenerweckenden Geistes

sind, und auch von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, wird der Rücktritt der Vertreter einer Zeit verlangt, über die ein furchtbarer Richterspruch schon gefällt ist. Sollte diesen Vorstellungen kein Gehör geschenkt werden, so wird die bayerische Regierung die Beziehungen zum Auswärtigen Amt abbrechen.

Nr. 3

Der Ministerpräsident an die Gesandtschaft in Berlin

Telegramm München, den 26. November 1918, 12^{00} nachts.

Ich bitte, das folgende in der Wilhelmstrasse bekanntzugeben und die Redaktion der „Freiheit" davon zu informieren:

Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden des Auswärtigen Amtes fortzusetzen und das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Äussern des Volksstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzulehnen.

Kurt Eisner

Nr. 4

Kundgebung des Münchner Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats an den Vollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats in Berlin

München, 27. November 1918

Der Vollzugsausschuss des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates entnimmt aus den Verhandlungen der Konferenz der Vertreter der Deutschen Republiken mit Entrüstung die unerhörte Tatsache, dass noch immer die kompromittiertesten Vertreter des bisherigen Systems, die Herren Erzberger, Solf, David und Scheidemann den entscheidenden Einfluss besonders in der auswärtigen Politik ausüben. Wir verlangen die sofortige Beseitigung dieser konterrevolutionären Elemente und fordern den Arbeiter- und Soldatenrat in Berlin auf, mit allen Mitteln den Sturz einer Regierung herbeizuführen, die weiterhin solchen Personen eine entscheidende Stellung einräumt.

Nr. 5

Die bayerische Gesandtschaft in Bern an das Ministerium des Äussern (für Gesandten Foerster)

Telegramm Bern, den 27. November 1918; 5^{20} nachm.

Julius mitteilte, amerikanischer Gesandter leugnet, dass Weigerung Foch, Milderung in Demobilisierung zu gewähren, Absicht von Wiederaufnahme Feindseligkeiten bedeute. Französische Regierung denke selbst nicht daran: Amerikaner würden es auch nicht zulassen.

Bayerische Gesandtschaft

Berchem

Nr. 6

Der bayerische Ministerpräsident an den Bevollmächtigten in Berlin

München, Ende November 1918 [1])

Ich erfahre authentisch, dass die Behauptung, Frankreich hat die Absicht, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, völlig unwahr ist. Es ist dringend notwendig, dass von Berlin aus sofort dem Pressetreiben gegen die Entente auf jede Weise ein Ende bereitet wird. Das Auswärtige Amt muss unverzüglich von den Elementen, die diese Pressetreibereien alten Stils organisieren, gereinigt werden, wenn überhaupt Aussicht bestehen soll, zum Frieden zu kommen. Ich bitte diese Mitteilung, deren grossen Ernst ich betone, der Reichsregierung zu übermitteln.

Nr. 7

Die Bevollmächtigten der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in Berlin an den Ministerpräsidenten Eisner

Telegramm Berlin 9, den 30. November 1918; 4^{40} nachm.

Heute nachmittag 3 Uhr Sitzung der Soldatenräte Grossberlins. Unser Soldatenvertreter Haeterle abgibt folgende von Dr. Muckle

---

[1]) Ohne bestimmtes Datum.

mit uns gemeinsam verfasste Erklärung, da Verhältnisse hier sowohl Soldatenrat wie Vollzugsausschuss durchaus unklar: Ich stehe hier als Vertreter der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Ich habe folgendes zu erklären: Wird nicht der Vollzugsrat aufrecht erhalten als Kontrollorgan der Regierung gegenüber, so ist die ungeheuere Gefahr der Gegenrevolution vorhanden. Wir Bayern haben die Revolution nicht als Kinderspiel vollbracht, es war uns vielmehr furchtbarer Ernst. Wir verlangen deshalb, dass im Norden, in Preussen kein Mittel unversucht gelassen wird, um die Ergebnisse der Revolution für alle Zeiten zu sichern. Wir verlangen deshalb neben der Aufrechterhaltung des Vollzugsrats, dass alle Vertreter des alten Systems im Auswärtigen Amt sofort entfernt werden, weil die feindlichen Regierungen mit diesen vertrauensunwürdigen Leuten keinen Frieden schliessen werden. Wir sind deshalb zu der Forderung gezwungen, dass die revolutionären Gruppen Deutschlands sich zu einer festen Einheit zusammenfinden, dass der Bruderkampf in dieser tiefernsten Stunde aufhört, dass vor allem hier in Berlin sofort eine Klärung eintrete. Sollten diese Bedingungen nicht in der allernächsten Zeit erfüllt werden, so sieht sich das bayerische Volk gezwungen selbst zu handeln und Schritte zur Erreichung des Zieles für ganz Deutschland zu unternehmen, da es weiss, dass seine Regierung das Vertrauen des Auslandes besitzt.

Breitenbach. Jakobi

Nr. 8

Die Bevollmächtigten der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in Berlin an das Ministerium des Aussern

Dringendes Telegramm Berlin, den 30. November 1918; 4^{40} nachm.

Hiesige Verhältnisse erfordern schleunigste Konsolidierung Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates Bayerns. Dränget Aktionsausschuss zu schleuniger Terminsetzung für Zuwahl.

Breitenbach. Jakobi

Nr. 9

Der Gesandte in Berlin an den Ministerpräsidenten

Telegramm Berlin, den 30. November 1918; 4^{40} nachm.

Habe als einziger gegen rasche Einberufung der Nationalversammlung protestiert. Suche Unabhängige und Mehrheitssozialistenzu versöhnen. Cohn billigt meinen Plan. Wilbrandt, der in Berlin, lehnt ab, zudem Neurastheniker. Erkennt Schweizer Regierung Foerster an?

Muckle

Nr. 10

Hessen gegen Bayern

Pressemitteilung — Darmstadt, den 30. November 1918

Das Staatsministerium der Republik Hessen protestiert gegen den vom bayerischen Ministerpräsidenten und Ministerium des Äussern für Bayern angeordneten Abbruch der Beziehungen zum Auswärtigen Amt in Berlin. Es sieht darin eine Gefahr für die Einheit des Reiches und befürchtet, dass dadurch der Separatismus gefördert werden könnte. Es erwartet von dem Gesamtministerium Bayerns, dass es seinen Ministerpräsidenten veranlasst, den verhängnisvollen Schritt rückgängig zu machen, denn das nationale Interesse aller Deutschen erfordert dringend, die engste Einheitlichkeit aller deutschen Stämme bei den Friedensverhandlungen aufrechtzuerhalten.

Nr. 11

Aus der Rede des Ministerpräsidenten in der Landestagung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, 28. November 1918

Nach dem Stenographischen Bericht

Ich kam nach Berlin als Vertreter Bayerns und sah da zu meiner grossen Überraschung, dass in Berlin die Konterrevolution nicht droht, sondern dass sie ruhig regiert. Die Konterrevolution regiert in Berlin ganz gemütlich, als ob gar nichts geschehen wäre. Als ich das sah, da holte ich aus meiner Aktenmappe jenes Schriftstück, durch das nun der letzte Schleier von den Geheimnissen dieses Weltkriegs gerissen wird, jenen Bericht des Vertreters des Grafen Lerchenfeld, des Herrn von Schön, an den Grafen Hertling, in dem nun in aller Behaglichkeit auseinandergesetzt wird, wie man beabsichtigte, den Weltkrieg zu entfesseln. Damit wollte ich die Konterrevolution, die regierende Konterrevolution in die Luft sprengen. Ich habe dann diese Arbeit fortgesetzt in der Versammlung der Vertreter der deutschen Republiken und ich hatte das Glück, unmittelbar neben Herrn Erzberger und Herrn Solf zu sitzen. Ich habe mit aller Höflichkeit, die ich in solchen Fällen zu entwickeln pflege, ihnen die Wahrheit gesagt, so sehr die Wahrheit gesagt, dass ich erwartete, dass sie verschwinden würden. Als das auch noch nicht half, habe ich erklärt, dass ich mit Herrn Solf und den Seinen überhaupt nicht mehr verhandle. Das ist mir bitter ernst. Die Dinge liegen doch so: Der Hass gegen Berlin wächst, nicht gegen die Berliner Arbeiter, nicht gegen das Berliner Volk, sondern

gegen das Hauptquartier des Weltkriegs. In Berlin ist das Verbrechen ausgekocht worden und deshalb der Hass gegen Berlin, und ich, der ich dringend wünsche, dass diese Zersetzung Deutschlands nicht zu einer endgültigen Auflösung Deutschlands führe, sondern dass wir beisammen bleiben — ich bin der festen Überzeugung, dass zunächst einmal die Einzelstaaten sich ihrer eigenen Haut wehren müssen, so lange, bis wir wieder zusammen aktionsfähig werden. Wir können nicht mit dem alten System weiterarbeiten. Wir wissen, unser Freund Karl Kautsky sitzt im Auswärtigen Amte, aber Herr Solf treibt Politik auf eigene Faust und Karl Kautsky erfährt nicht einmal davon, was im Auswärtigen Amte geschieht. Ich habe den Eindruck, dass in Berlin unter dem Drucke des langen Krieges in dem Erschöpfungszustande der elenden Ernährungsverhältnisse beinahe die gesamte Bevölkerung so sehr zerrüttet und geschwächt ist, dass dort sich keine Entschlusskraft mehr findet. Man hat bisweilen den Eindruck, dass in Berlin geträumt und nicht gehandelt wird und deshalb war es meine Absicht, von hier aus, wo wir vielleicht unter dem Einflusse der Höhenluft noch etwas frischer und kräftiger sind, von hier aus auch etwas frische Luft nach Berlin zu importieren. Meine Herren! Sie können diese Lage als gar nicht ernst genug betrachten. Was im Auswärtigen Amte sitzt, ob es nun alldeutsch ist oder ob es seit mehr oder minder kurzer oder langer Zeit für den Verständigungsfrieden gewirkt hat, das ist ganz gleich, diese Herren sind Vertreter des alten Systems und in ihren Händen ist noch der gesamte Apparat der öffentlichen Meinung, der Presse des In- und Auslandes. Der funktioniert noch genau so wie während des Krieges.

Überall sitzen die Agenten, in Bern, im Haag, in Kopenhagen, in allen Zeitungen Deutschlands und des neutralen Auslandes und versuchen ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen, alles durcheinanderzubringen, vor allem um sich selber zu retten. Sie finden jetzt die Presse angefüllt von Mitteilungen über die Absichten der Entente. Bald marschiert die Entente in Berlin ein, bald in München, bald verwüsten schwarze Horden die Pfalz . . . . Das Spiel, das gegenwärtig im November 1918 getrieben wird, ist nicht minder ruchlos als das Spiel, das im Juli und August 1914 getrieben wurde. Die bankerotten Politiker, die die neuen revolutionären Organisationen beseitigen wollen, scharen sich um das Banner der Nationalversammlung und die verbrecherischen Politiker, die den Weltkrieg gemacht und fortgesetzt haben und die uns in den Abgrund gestürzt haben, die versuchen heute nochmals, den Hass und den Zorn des deutschen Volkes gegen die Entente zu schüren, damit man sie selbst und ihre Armseligkeit vergisst.

Ich habe mir das Missfallen zugezogen dadurch, dass ich neulich eine Note gegen Hindenburg erlassen habe [1]; das hat sehr viele

---

[1]) Siehe V, 1.

sanfte Gemüter verletzt. Ich wusste aber genau, was ich tat. Heute bin ich aus dem Hauptquartier antelephoniert worden und man hat mir mitgeteilt, dass der alte Generalissimus Hindenburg sehr verletzt wäre durch diesen gänzlich unerwarteten Angriff. Bei dieser Gelegenheit habe ich dann erreicht, was ich erreichen wollte. Es ist telephonisch festgestellt, dass auch diese Kundgebung, die den Namen Hindenburgs trägt, im Auswärtigen Amte in Berlin, wenn nicht geschrieben, so veranlasst ist. Ich habe dem Generalissimus Hindenburg telephonirt, er sei ein Opfer der Berliner Politik geworden, und man hat mir versprochen, dass man künftig im Hauptquartier in politischen Dingen noch vorsichtiger sein werde als schon bisher.

Meine Herren! Sie sehen hier an dieser einen Tatsache ein Beispiel der neuen Politik, die keine Geheimdiplomatie mehr kennt, sondern nur mehr mit der Wahrheit arbeitet. Sie sehen daraus, wie schnell es möglich ist, durch einen etwas kühnen Vorstoss den Feind aus seinen Schlupfwinkeln herauszuholen.

Wenn ich als Minister des Äussern erklärt habe, dass ich mit dem Auswärtigen Amte in Berlin nicht mehr verkehre, so habe ich es im Bewusstsein getan, dass dort das Nest ist, das ausgeräuchert werden muss, wenn wir zum Frieden kommen wollen. Ich habe heute aus Bern von der bayerischen Gesandtschaft, und zwar nicht von unserem Gesandten, der gegenwärtig in München ist, sondern von seinem Vertreter, also einem von dem alten Personal, die Mitteilung erhalten, dass ihm authentisch versichert worden sei, dass keine Rede davon sein könne, dass die Entente daran denke, was ja in den letzten Tagen in der deutschen Presse zu lesen war, wieder einen Krieg mit uns anzufangen. . . . .

Nein, meine Herren, ich verbürge mich dafür: In dem Augenblicke, wo in Deutschland eine aktionsfähige Regierung ist, die das Vertrauen geniesst, dass sowohl die Massen hinter ihr stehen, als dass sie nun ehrlich und offen Frieden schliessen will, im selben Augenblick haben wir den Frieden. Und gleichgültig, wie man über diese Frage denken mag: Wir müssen in Deutschland den Frieden haben. Wir müssen jeden Weg gehen, um den Frieden zu haben.

Meine Herren! Ich möchte Ihnen noch ein Beispiel geben von der Verruchtheit jener Treibereien, die aus dem Auswärtigen Amte stammen. Vor ein paar Tagen lief durch die Presse die Mitteilung, dass die Mitteilung unseres Freundes Haase über die Lebensmittelnot nicht richtig sei; in Berlin, im Lebensmittelministerium des Genossen Wurm, sei man nicht so pessimistischer Anschauung. Solche Mitteilungen müssen also in den ehemals feindlichen Ländern den Verdacht erwecken, dass es in Deutschland noch nicht so schlimm steht, wie es in Wirklichkeit der Fall ist. . . Und die Folge von solchen Ausstreuungen ist, dass man in Frankreich, in England, in Amerika, in Italien meint, dass nun wieder überhaupt alles bei uns Schwindel ist. Die ganze Revolution wird für einen Schwindel gehalten, nur für eine Maskerade des alten Systems. . .

So wirken diese Dinge im Auslande. Nun meine Herren, wir wissen, dass wir eine Revolution gehabt haben, und wir wissen auch, dass die Herren, die gestern regierten, nicht wiederkommen werden. Wir in Bayern haben Vertrauen. Es ist uns bereits gelungen mit der tschechischen Republik in Verbindung zu treten. Wodurch haben wir das erreicht? Nur dadurch, dass wir in vollkommener Offenheit verhandelt haben. So kommen wir auch nur zum Frieden. Aber in Berlin ist keine Regierung, die Frieden schliessen kann. Auch eine Nationalversammlung, die einberufen würde, würde keine Regierung schaffen, die fähig wäre, den Frieden zu schliessen. Was notwendig ist in Berlin, ist, dass die Massen sich rühren und ihrerseits eine aktionsfähige Regierung einsetzen. Bis dahin wird München allerdings der Vorort von Deutschland sein müssen.

Meine Herren! Die amtlichen Berichte, die uns in Berlin vorgetragen worden sind, lassen keinen Zweifel darüber, dass, wenn wir nicht sofort von der Entente Lebensmittel bekommen, wir untergehen. Wir verhungern. . . . . Liegen die Dinge so, dann können Sie ermessen, welcher verbrecherische Wahnsinn dazu gehört, heute noch diese Treibereien gegen die Entente fortzusetzen, mit Protestkundgebungen wegen Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen wie Herr Erzberger zu arbeiten, und alles nur von einer kleinen Horde von Menschen, die für ihre Existenz fürchten und die am Leben bleiben wollen und deshalb heute noch die ganze Welt in Unordnung bringen.

Das, meine Herren, wollte ich Ihnen heute sagen und das ist der Sinn meiner Aktion gegen Berlin; ich habe nicht den Zweck, Bayern loszulösen vom Reiche, sondern handle aus der Erkenntnis, dass, wenn die Massen in Berlin nicht aufwachen und eine neue Regierung der auswärtigen Angelegenheiten schaffen, wir nicht zur Ruhe und nicht zum Frieden kommen. Deshalb versuche ich von hier aus, jetzt das Notwendige, das Notwendigste zu tun. Ob es gelingt, dass weiss ich nicht. Aber wir haben keinen anderen Weg, wir müssen zum Frieden kommen und ich appeliere an dieser Stelle an die Völker der Entente. Wir wollen nicht als Bittsteller kommen, nicht als Bettler, das tun wir nicht, wir kommen als Menschen, die das Bewusstsein haben, dass wir aufgeräumt haben hier in Bayern mit den Verantwortlichen des alten Systems. Wir kommen mit reinen Händen. Wir, die wir die Regierung hier leiten, haben von Anfang des Krieges an gegen die Kriegspolitik gekämpft, unter persönlichen Opfern, mit Hintansetzung aller Interessen, im Kampfe gegen die eigene Regierung bis zum Tode entschlossen. Deshalb dürfen wir so zur Entente reden: Wir sind Menschen, wir sind Vertreter von 70 Millionen Menschen, die leben wollen. Euere Pflicht drüben, ihr, unsere „Feinde", ist jetzt, zu vergessen und mit uns gemeinsam zu arbeiten und die neue Welt aufzubauen.

Meine Herren! Zum Schlusse — und das will ich auch, ich weiss nicht, ob es gehört wird, über die Grenze hinüberrufen —: Man

fürchtet sich drüben vor dem Bolschewismus, wie man sich auch bei uns fürchtet. Diese Furcht ist entstanden dadurch, dass wir Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gebildet, also das russische Beispiel in dieser Hinsicht nachgeahmt haben. Aber, meine Herren, wir, die wir ja Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte bilden, wir wissen ganz genau, dass wir die russischen Methoden weder angewandt haben noch die russischen Ziele verfolgen. Russischen Bolschewismus gibt es nicht in Deutschland, vielleicht mit Ausnahme einiger Phantasten. Wir glauben nicht, dass auf russischem Wege das Ziel erreicht werden kann, das uns vorschwebt, die Demokratie und die sozialistische Gesellschaft. Wir glauben nicht, dass es uns möglich ist, die Produktion in dem Augenblicke zu vergesellschaften, wo die Produktion vollständig zerrüttet ist. . . .

Wir wollen durch Arbeit, unmitttelbare schöpferische Tätigkeit den Wiederaufbau Deutschlands so rasch wie möglich im Interesse der Gesamtheit zu Ende bringen und zu dieser Arbeit müssen uns die Völker drüben helfen.

Ich habe den festen Glauben, wenn erst jene Elemente ausgetilgt sind, die noch von gestern übriggeblieben sind, dann kommen wir zu diesem Ziele. . . Deshalb zunächst der Kampf mit allen Konsequenzen gegen die Berliner Regierung, soweit sie vertreten ist im Auswärtigen Amte; zweite Aufgabe: sofortiger Frieden. Das wird die Aufgabe der bayerischen Regierung sein, zu versuchen, ob das ihr möglich ist, wenn Berlin versagt. Kein Separatfrieden, sondern der Versuch, für ganz Deutschland den Frieden zu bewirken.

Nr. 12

Auseinandersetzung im Landessoldatenrate. 30. November bis 3. Dezember 1918.

Auszug nach den Stenographischen Berichten

In seiner Eröffnungsrede wiederholt der Ministerpräsident im wesentlichen die am 28. November in der Sitzung des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates ausgesprochenen Gedanken. Doch wird an seiner Politik nun lebhaft Kritik geübt, meist von Vertretern aus der Provinz. (Reden von Müller, Höllenreiner, Leutnant Nieberl, Brenner-Augsburg, Kothieringer-Augsburg, Weigel-Erlangen, Prem, Henne-München, Lang-Kissingen.)

Die Redner verweisen auf die Gewaltpolitik der Entente mit ihren vernichtenden Wirkungen für Deutschland, erklären

es für unmöglich, einen Separatfrieden zu schliessen und geben der Anschauung Ausdruck, dass nur eine konstituierende deutsche Nationalversammlung in der Lage sei, den Frieden herbeizuführen. Sie bezweifeln, dass die gutgläubige Zuversicht des Idealisten Eisner berechtigt sei. Sie wünschen dokumentarische Unterlagen dafür zu sehen, dass der von ihm unternommene Versuch, mit der Entente in Verhandlungen zu kommen, Aussicht habe. Der Ministerpräsident habe hierüber keine Sicherheit geben können, er müsse aber doch durch den Gesandten Foerster in der Schweiz informiert sein, wie sich die Entente zu ihm stellen wolle.

Gegen das Schuldbekenntnis und die Aktenveröffentlichung werden ernstliche Einwendungen erhoben. Es sei verfehlt und politisch zvecklos, da die Entente es nicht in dem gewünschten Sinne aufgenommen habe.

Der Bruch mit der Reichsleitung erregt Beunruhigung und Widerspruch, ebenso die damit in Zusammenhang stehende überscharfe Kundgebung des Vollzugsausschusses des Münchener Arbeiter- und Soldatenrates gegen sozialistische Mitglieder der Reichsregierung. Man befürchtet von alledem Gefahren für die Reichseinheit.

Es wird auch angeführt, dass Eisner selbst nicht völlig unbelastet erscheine, da er im Augenblicke des Kriegsausbruches im August 1914, wenn auch nur vorübergehend, für die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie eingetreten sei. Ferner wendet sich ein Redner gegen die „Kabinettspolitik", von der die Räte nicht unterrichtet worden seien. Auch darauf wird hingewiesen, dass der Gesamtministerrat sich über die Methode der auswärtigen Politik keineswegs einig sei.

Dem gegenüber bleiben die Münchener Vertreter (Schröder) dabei, dass der Friede über Bayern kommen werde. Man werde ohne Nationalversammlung zu einem Präliminarfrieden gelangen, wenn eine Regierung wie die bayerische mit reinen Händen die Verhandlungen aufnehme, auf der Grundlage des Vertrauens, das sie bei den bisherigen Feindstaaten zu geniessen in der Lage sei.

Die vom Landessoldatenrat bestellte Kommission für auswärtige Angelegenheiten berichtet nach persön-

licher Aussprache mit dem Ministerpräsidenten und nach Einsichtnahme in die schriftlichen Unterlagen wie folgt:

Die Kommission ist zunächst auf Grund der persönlichen Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten zu der Überzeugung gekommen, dass Eisner eine durchaus ehrliche Friedenspolitik treibt. Die Unterlagen, die er uns mitteilte, lassen die Aussicht begründet erscheinen, dass die Entente mit ihm in Verhandlungen über einen Vorfrieden eintreten wird. Feste Zusicherungen über das Gelingen seiner Bemühungen können heute noch nicht gegeben werden. Die Kommission glaubt jedoch, dass bei der hohen Wichtigkeit des angestrebten Zieles ein Versuch auf der Eisnerschen Grundlage nicht unterlassen werden darf. Eisner geht hier von der Voraussetzung aus, dass die deutsche Nationalversammlung den Vorfrieden zu bestätigen habe.

Am Abend des 2. Dezember folgt eine von Eisner verlesene Erklärung des Gesamtministeriums. Sie erhebt den staatlichen Wiederaufbau Deutschlands auf föderativer Grundlage zum Programmpunkt und übernimmt dem Auslande gegenüber die Bürgschaft, dass das neue bayerische Staatswesen sich in Ruhe entwickeln werde. Die Methode des Terrors und der privaten Expropriation wird abgelehnt, jedoch die Entwicklung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu mitwirkenden Körperschaften in der neuen Ordnung anerkannt. Abschaffung der stehenden Heere in aller Welt und baldige Einberufung der bayerischen Nationalversammlung bilden die Schlusspunkte.

Noch am gleichen Tage macht der Ministerpräsident auf Grund dieser Verhandlungen der Reichsleitung den unter Nr. 13 folgenden Vorschlag.

Nr. 13

Bayerischer Antrag an die Reichsregierung auf eine neue Staatenkonferenz

Telegramm München, den 2. Dezember 1918

Der Ministerrat des Volksstaates Bayern ist einstimmig der Meinung, dass sofort eine Konferenz der Vertreter der deutschen Regierungen nach Jena oder einem anderen zentral gelegenen Orte einberufen wird, in der eine programmatische Kund-

gebung der äusseren und inneren Politik zu vereinbaren ist. Zu den unerlässlichen Programmpunkten gehören die Fragen der Nationalversammlung, der Besetzung des Auswärtigen Amtes in Berlin und der Aktenveröffentlichungen. Die Konferenz soll je nach der Grösse der Bundesstaaten aus 1 bis 3 Mitgliedern zusammengesetzt werden.

Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern:

Kurt Eisner

Nr. 14

Geheimer Beschluss des Ministerrates vom 3. Dezember[1])

Es besteht Einverständnis, dass Ministerpräsident Eisner die Beziehungen zum Auswärtigen Amt wieder anknüpft, wenn Solf und Erzberger ausscheiden. Erzberger hat einen Kommissar beigeordnet erhalten.

Nr. 15

Beschluss des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates Gross-Berlin

Telegramm[2]) Berlin, den 3. Dezember

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Gross-Berlin fordert im Einverständnis mit dem Vollzugsausschusse des Arbeiter- und Soldatenrates von Bayern, dass die bereits gestellte Forderung des sofortigen Rücktritts Solfs schleunigst erfüllt wird.

Zweitens, dass an Stelle Solfs ein Mann tritt, der stets Gegner des alten Systems und dessen Kriegspolitik war.

Drittens die Zusicherung, dass Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht mehr teilnimmt.

---

1) Verhandlungsniederschrift des Ministerrats im Ministerium des Äussern.

2) Abgedruckt im stenographischen Bericht der 6. Sitzung des Landessoldatenrates.

Nr. 16

Die Reichsregierung an die Bayerische Regierung[1])

Berlin, den 4. Dezember 1918.

Der Wunsch der Bayerischen Regierung auf Einberufung einer Konferenz der Vertreter der deutschen Freistaaten nach Jena oder einem anderen zentral gelegenen Ort hat die Reichsregierung in ihrer heutigen Sitzung beschäftigt. Wir sind zu dem einmütigen Beschluss gelangt, von der Einberufung einer solchen Konferenz abzusehen, weil nach unserer Ansicht kein genügender Grund für ihren Zusammentritt vorliegt. Die Reichsregierung hat das Programm ihrer äusseren und inneren Politik in ihren Kundgebungen festgesetzt. Die erste Reichskonferenz in Berlin hat sich mit ihr auf den gleichen Standpunkt gestellt. Auch uns beschäftigt der Gedanke, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Reichsregierung und den einzelnen Freistaaten geschaffen werden muss. Es liegt uns seit einigen Tagen hierzu ein Vorschlag Preussens vor, der gründlich geprüft werden wird. Vor einer Neuregelung der Angelegenheit werden die einzelnen Staaten Gelegenheit haben, ihrerseits Stellung zu nehmen. Die politischen Akten des alten Regimes sind von uns in Verwahrung genommen, und es ist alles geschehen, um Publikationen aus den Archiven mit gründlicher Sorgfalt vorzubereiten. Wegen der Neubesetzung des Auswärtigen Amts wird im Kabinett beraten.

Die Reichsregierung

Ebert

Nr. 17

Im Vorparlament

In den Verhandlungen des provisorischen bayerischen Nationalrates vom 13. bis 18. Dezember bilden die Friedenspolitik des Ministerpräsidenten und seine Aktenveröffentlichung, ähnlich wie bei den vorausgegangenen Tagungen der Räte, einen wichtigen Gegenstand.

Es wird Einspruch erhoben gegen die Vorstellung, dass Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage, und dass man mit einem Schuldbekenntnis die Gegner versöhnlich stimmen könne.

---

[1]) Urschrift im Auswärtigen Amt in Berlin.

Aus der Rede von Professor Dr. Quidde (Stenogr. Bericht der 4. Sitzung vom 17. Dezember 1918):

Als die neue Regierung ins Leben trat, hat uns der Herr Ministerpräsident verkündet, er werde von München aus für das Deutsche Reich den Frieden bringen. In der Proklamation vom 7./8. November hiess es:

„Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt."

Wenn man heute dieses Wort liest, ich glaube, dann darf man sagen: O, welche Illusion und welch eine phantastische Idee, hier von Bayern aus dem Deutschen Reiche den Frieden bringen zu können!

Der Herr Ministerpräsident hat uns auch gesagt, dass er durch Verhandlungen mit den Tschechen, durch seine Beziehungen zu der tschechischen Republik uns Vorteile inbezug auf die Kohlenversorgung bringen werde. Wir haben vor wenigen Tagen aus dem Munde des Herrn Ministers Auer gehört, dass sich nichts von dem verwirklicht hat. Ebensowenig hat sich verwirklicht die Hoffnung, durch Fühlungnahme mit Clémenceau über München dem Deutschen Reiche den Frieden bringen zu können. Das sind Illusionen gewesen, Phantastereien gewesen, die beweisen, dass der Herr Ministerpräsident die Tatsachen der auswärtigen Politik nicht nüchtern einschätzen kann. . . .

Es kommt jetzt nicht darauf an, ob von München aus die Idee der neuen demokratischen sozialistischen Republik verkündet wird, dafür geben die Gegner nichts, das ist nicht entscheidend für die Friedensbedingungen. Sie wollen vor sich haben eine verhandlungsfähige Regierung, eine verhandlungsfähige Regierung nicht bloss für Bayern, sondern für Deutschland. Man kann vielleicht den Frieden von München aus anknüpfen, kann nützliche Vermittlungsarbeit leisten, aber den Frieden zu schliessen, dazu bedarf es einer Regierung, die das ganze Deutsche Reich vertritt. Den Gedanken eines Sonderfriedens für Bayern aber weisen wir mit aller Schärfe zurück. Das wäre der Anfang zur Zertrümmerung des Reiches und wir wollen die Einheit des Reiches aufrechterhalten.

Ich habe den Eindruck, der Herr Ministerpräsident hat sich den stärksten Illusionen über die Auffassung im Ententelager hingegeben. Er hat am 15. November gesagt:

„Die leitenden Männer der Entente sprechen nach der Umwälzung anders als zuvor. Der Geist des Patrioten, der die französische Republik leitet, spricht heute mit menschlichem Verständnis und Vertrauen."

Ich glaube, von diesem menschlichen Verständnis und Vertrauen des Patrioten, der die französische Republik leitet, des Herrn Clémenceau, haben wir bisher verflucht wenig verspürt.

Herr Eisner schüttelt den Kopf, ich habe geglaubt, er würde mir zustimmen, dass er sich getäuscht habe. Wir alle haben Veranlassung, vor der Menschheit Klage zu erheben gegen die Art, wie der Waffenstillstand gegen uns durchgeführt wird, Klage gegenüber dem Friedensprogramm, das von massgebenden Personen in Frankreich in Widerpruch zu den Sozialisten, in Widerspruch zu den Gesinnungsgenossen des Herrn Eisners aufgestellt wird. Ich glaube, es ist ebenso, eine Illusion, dass wir bessere Bedingungen bekommen, wenn wir uns selbst recht erniedrigen. Es ist bei vielen jetzt eine förmliche krankhafte Vorstellung, so krankhaft wie die Wahnidee des Militarismus während des Krieges, dass wir im Büssergewande den Feinden gegenübertreten müssten, dass uns das Sympathien verschaffe....

...Es wird einmal eine gründliche Aufklärung geschaffen werden müssen und gründlich im Lande abgerechnet werden müssen. Aber das, meine ich, sollen wir verschieben, bis wir den Frieden haben und volle Ruhe und Ordnung....

Wir sollten in diesen Tagen des schweren nationalen Unglücks, in diesen Tagen, wo die ganze Welt darnach trachtet, uns mit Friedensbedingungen niederzudrücken und wo wir auf der Gegenseite nur eine verhältnismässig kleine Zahl allerdings hoffentlich einflussreicher Personen haben, die an dem Gedanken der Gerechtigkeit festhalten, wir sollten heute stolzer als je und erhobenen Hauptes als Deutsche dem Ausland gegegenübertreten. Lassen Sie mich Ihnen das als Pazifist sagen.

Der christliche Gewerkschaftssekretär Schwarzer bemerkt unter anderem: (Stenogr. Bericht der 5. Sitzung vom 18. November 1918):

Das einzige, was den Franzosen und unseren Feinden vielleicht noch nicht ganz aus ihrem Gedächtnisse herauszubringen war, das war die Belastung ihres Gewissens, dass auch sie von der Schuld am Kriege jedenfalls nicht ganz freigesprochen werden können....

In diesem Augenblicke des Jubels und des Siegfeierns bringt man dem französischen Volke und unsern Feinden noch das Geschenk der Gewissensentlastung, damit sie sich tatsächlich freuen und sagen können: Wir sind doch die besten und bravsten Menschen der ganzen Welt.

Der mehrheitssozialistische Abgeordnete Eduard Schmid beruft sich auf ein Wort Ledebours im Reichstage, dass die Schuld am Kriege erst nach eingehender Prüfung der gesamten Akten und aller diplomatischen Verhandlungen richtig festgestellt werden könne und fügt an:

Man muss die Geheimakten vergleichen können. Was aus den Geheimakten, die die russischen Bolschewisten veröffentlicht haben,

hervorgegangen ist, hat anders gelautet. Die Bolschewisten haben bewiesen, dass Russland zum Kriege getrieben hat.... Wir von unserem proletarischen Standpunkt aus haben auszusprechen: schuld an dem fürchterlichen Morden werden alle Regierungen zusammen sein.... Darum wollen wir doch Klugheit in unserer Politik walten lassen und in aller Wahrheitsliebe, die uns beseelt, unsere Schuld im gegenwärtigen Moment nicht noch grösser machen, als sie schon ist; denn nicht die Schuldigen werden büssen, sondern wir, das geplagte, gequälte Volk wird dieses Bad austrinken müssen, das uns die anderen bereitet haben. Darum nach dieser Richtung mehr Vorsicht, Besonnenheit, im Interesse des werktätigen Volkes!

* * *

Aus den Erwiderungen des Ministerpräsidenten (Stenogr. Berichte der 4. und 5. Sitzung vom 17. und 18. November):

Das Auswärtige Amt existiert heute nicht mehr. Es ist ausgeräuchert....

Die auswärtige Politik, die ich treibe, ist nicht ein Originalgedanke von mir. Diese auswärtige Politik beruht auf dem Gedanken, mit dem die internationale Sozialdemokratie geboren wurde. So heisst es in der Inauguraladresse aus dem Jahre 1864 ungefähr, dass die Beziehungen zwischen den Völkern diktiert werden müssen durch dieselben einfachen Gesetze der Ehre und Sittlichkeit, die zwischen den Angehörigen derselben Nation bestehen müssen. Das ist das ganze Geheimnis und die einzigmögliche Fruchtbarkeit auswärtiger Politik. Das erklärt alle meine Massnahmen und alle meine Kundgebungen.

Herr Professor Quidde irrt sich ausserordentlich über den Eindruck, den gerade meine Kundgebungen im Auslande hervorgerufen haben. Ich möchte ihn dringend bitten, mir Beweise dafür zu geben, dass diese Auslassungen nicht zu unseren Gunsten gewirkt haben. Wenn ein englisches antideutsches Blatt von einer moralischen Revolution in Bayern gegen das bisherige System sprach, wenn es davon sprach, dass die bayerische Revolution nicht hervorgerufen sei durch Lebensmittelnot oder durch den militärischen Zusammenbruch, sondern durch eine moralische Auflehnung gegen das alte System, so frage ich den Herrn Vorredner, ob das zu unseren Gunsten oder zu unseren Ungunsten ist. Wir haben gegenwärtig keine andere Einwirkung auf das Ausland als moralische Einwirkung....

Wir haben immer noch nicht ganze Arbeit geleistet. Noch leben die Agenten in Bern, noch arbeiten sie, das Werk ist noch nicht getan, aber wir werden es fortsetzen und fortsetzen werden wir auch den Kampf um die Wahrheit über den Krieg, da können wir

nicht warten bis zum Frieden; denn diese Wahrheit ist die Vorbedingung jenes Vertrauens, das Herr Dr. Quidde am Schlusse seiner Rede als Grundlage des Völkerlebens gepredigt hat. Ich hoffe, dass die Urkunden bald von Berlin aus kommen werden; sie werden reinigend wirken und wir von Bayern aus könnten sie ja dann vielleicht ergänzen, auf sehr interessante Weise ergänzen.

* *
*

Es ist selbstverständlich Pflicht jeder revolutionären Regierung, dass sie das System der früheren Regierung entlarvt. Noch niemals hat eine revolutionäre Regierung darauf verzichtet. Die Aktenstücke der deutschen Regierung werden vollständig in allernächster Zeit veröffentlicht werden . . . Ob die Wahrheit nützt oder schadet, die Wahrheit muss gesprochen werden . . . Man soll nicht damit arbeiten, dass, wenn wir die Wahrheit über uns selbst sagen, es draussen unangenehm berührt. Die Aktenveröffentlichung hat — und dafür könnte ich Ihnen bergehohes Material vorlegen —, wenn überhaupt irgend etwas günstig für uns gewirkt hat, günstig gewirkt . . . Wenn man diese weitzurückliegenden Ursachen (des Weltkrieges) erörtert, kann man vielleicht bis 1813/15 zurückgehen. Darum handelt es sich nicht, wenn man die Frage der Kriegsschuld betrachtet, sondern nur darum, wer hat die Verwegenheit besessen, in einer explosiven Welt den Funken hineinzuwerfen und anzuzünden.

Darum handelt es sich und darüber ist gar kein Zweifel. Noch niemals ist die Ursache eines Krieges, der unmittelbare Anlass, die unmittelbare Herbeiführung eines Krieges so klar gewesen wie in diesem Kriege. Die ganze Welt weiss es, jedes neutrale Land . . .

Man wirft uns aber vor, dass wir in Deutschland, die Schuldigen des Krieges, die Alten geblieben seien, dass das neue System noch die Verantwortung übernimmt für das alte, und das wäre unser letztes Verderben, wenn wir diese Schuld auf uns lasten lassen wollten; deshalb ist Reinigung, Entsühnung die erste Forderung der Politik. Was hat man denn in der Hetzpresse des Auslandes von unserer Revolution gesagt? Immer nur: „Diese Revolution ist ja gar nicht wahr, die ist Schwindel, sie ist gemacht worden von den Herrschenden von gestern, nur um die Völker des Auslandes zu betrügen." Die herrschenden Hetzer im Auslande fürchten sich vor ihren Völkern und deswegen sollen die fremden Völker nicht Vertrauen zum neuen deutschen Volke bekommen. Unsere Aufgabe ist es, dieses Vertrauen zu verdienen und zu erarbeiten. Darum handelt es sich und wer recht behält, das wird die Zukunft beweisen.

Nr. 18

Der Gesandte in Bern an den Ministerpräsidenten

Bern, den 22. Dezember 1918

Hochgeehrter Herr Ministerpräsident!

Zunächst möchte ich berichten, dass ich die telegraphisch erhaltene Weisung betreffend Wahlerlaubnis [1]) in den besetzten Gebieten der Pfalz sofort an das politische Departement der Eidgenossenschaft zur Weiterleitung nach Paris gesandt habe. Antwort ist noch nicht eingetroffen. Ebenso habe ich einem nach Paris gehenden Vertrauensmann der dortigen Regierung eine eingehende Information über das positive Wirken unserer Arbeiter- und Soldatenräte mitgegeben. Doch scheint man gerade in Frankreich sehr die ansteckende Wirkung dieser revolutionären Instanzen auf die besetzenden Truppen zu fürchten.

Die Einreiseerlaubnis für Herrn W. Franke wurde beantragt.

In meinem letzten Briefe stellte ich in Aussicht, dass es nicht ausgeschlossen sei, dass der bereits in meinen früheren Berichten erwähnte [2]) ganz persönliche Vertrauensmann Clémenceaus nach München käme. Um jedes Missverständnis auszuschliessen bemerke ich, dass es sich hierbei nicht um einen von Clémenceau ausgehenden Antrag handeln würde, genau so wenig wie das in den bisherigen Unterredungen des Betreffenden mit mir der Fall war, sondern einfach darum, dass der Erwähnte, wahrscheinlich sogar ohne Wissen Clémenceaus, ganz als Privatmann zum Zwecke zuverlässigster Information nach München käme. Es scheint jedoch, dass diese Möglichkeit zurzeit etwas in die Ferne gerückt ist, weil allen meinen Eindrücken nach auf Seite der Entente-Leute die Parole ausgegeben ist, z u n ä c h s t Besprechungen mit deutschen Vertretern aus dem Wege zu gehen, bevor nicht in Paris allgemeine Richtlinien für die weitere Behandlung der deutschen Frage zwischen den beteiligten Staatsmännern vereinbart worden sind. Auch der übermässige Zudrang aller möglichen deutschen Elemente, die seit einigen Wochen hier an den Entente-Gesandtschaften antichambrieren, mag zu der erwähnten reservierten Haltung beigetragen haben. Hingegen scheint man sich mehr und mehr dahin zu entscheiden, dass von offiziellen und inoffiziellen Vertretern der Entente-Mächte Deutschland bereist

---

[1]) Telegramm des Ministerpräsidenten vom 17. Dezember 1918: Bitte Entente den Wunsch zu übermitteln, dass sie in der Pfalz Wahlbewegung und Wahlen für Nationalversammlung zum 12. Januar ermöglicht.

Kurt Eisner.

[2]) Siehe III, 11.

werden solle, damit zuverlässige Informationen als Unterlage der Ernährungsaktion und besonders der Kreditgewährung gewonnen werden. Heute war der ganz offizielle Kommissär der amerikanischen Regierung, Mr. Draesel, bei mir, der zunächst nach Berlin geht und sich dann in München bei Ihnen melden wird. Er ist sozusagen ein Vorbote der Ernährungskommission, er will wissen, ob eine stabile Regierung in Deutschland zu erwarten ist. Es wird gut sein, ihn auch mit Herrn Eiffe bekannt zu machen und ihn ferner einmal am Nachmittage durch die ärmeren Quartiere Münchens führen zu lassen.

Soeben teilt mir Mr. Draesel mit, dass er doch lieber zuerst nach München gehen will, womöglich schon Donnerstag. Es ist in diesem Falle unbedingt notwendig einen Sonderzug bereitzustellen, denn von solchen Besuchen hängt jetzt Deutschlands Leben und Sterben ab. Da Mr. Draesel auch nach Berlin geht, so ist es ja nur in der Ordnung, dass Berlin sich beteiligt. Alles Nähere wird telegraphisch angemeldet werden.

Neben dem Vertreter des Progrès de Lyon, der schon bei Ihnen war, haben sich heute für die Reise nach München zwei höchst intelligente und objektiv urteilende französische Journalisten gemeldet: M. de Kucharski (Matin) und Marcel Rey, die von München nach Prag weiterreisen wollen. Die Herren werden sich sofort bei Ihnen melden. Es wäre gut, sie an Versammlungen teilnehmen zu lassen, sie verstehen und sprechen gut deutsch.

In bezug auf die allgemeinen Absichten der Entente-Völker gegenüber Deutschland glaube ich folgendes feststellen zu können: Frankreich ist noch von völligem Misstrauen erfüllt: Greift kein Militär ein, so heisst es: voilà l'anarchie et le bolschévisme — wird mit Truppen gedroht, so heisst es: voilà la contre-révolution! Der Franzose, der von der Idee ausgeht, vermisst bei uns noch jede Spur von „repentir" und glaubt daher an keine gründliche Umkehr. Die Leitartikel des „Temps" bestätigen das immer wieder. Ich zitiere folgende treffende Worte aus dem „Temps" Nr. 20 979 in bezug auf Eberts Rede zu den Truppen:

L'hiver dernier le prince Max affectait de dire qu'il fallait remettre en honneur le Sermon de Montagne. Il a oublié ce projet quand il a passé au pouvoir, mais son successeur a depuis un an l'occasion d'accomplir son voeu. Ce serait bien le moment de prêcher en Allemagne un retour à la morale chrétienne, ou bien à la morale tout court. Ce serait le moment d'expliquer à ces adorateurs du dieu Thor et du demi-dieu Bismarck que la défaite doit être la source du repentir et que le repentir est le seul chemin de la réhabilitation.

Die Aufklärungspropaganda in bezug auf die Schuldfrage ist aus diesem Grunde höchst wichtig. Für Frankreich ist ein neuer Geist in Deutschland weit entscheidender als neue Institutionen.

Ich möchte deshalb sehr befürworten, dass man den Herren von der Freien Zeitung, die in der Schuldfrage ganz ausgezeichnet gearbeitet haben, ihre Absichten in Deutschland möglichst erleichtert.

Die Amerikaner fragen weniger nach der Schuldfrage, ihnen kommt alles auf die praktische Frage an, ob sich bei uns eine wirklich demokratische Regierung mit vollkommener Ordnung durchsetzen kann, so dass die Lebensmitteltransporte nicht in ein Chaos hineinkommen. Es werden keine Abmachungen stattfinden, bevor über diesen Punkt keine zuverlässigen Informationen vorliegen. Daher ist die Mission des Mr. Draesel in bezug auf die materielle Versorgung Deutschlands ganz entscheidend.

Was England betrifft, so scheint es mir nach vielen Informationen, als ob dort eine neue Orientierung in bezug auf Deutschland zum Durchbruch käme, die möglicherweise auch in Kapitalsanlagen grossen Stils — schon um uns nicht ganz in amerikanische Abhängigkeit zu bringen — ihren Ausdruck finden könnte. Damit hängen viele an mich gelangende Anfragen von englischer Seite zusammen in bezug auf die baldige Möglichkeit geordneter Zustände in Deutschland. Mr. Henderson war kürzlich in Genf; ich konnte Informationen beruhigender Art in bezug auf die Konsolidierung der Ordnung in Deutschland in seine Hände gelangen lassen.

Ein Mitglied der Independant Labour Party, Member of Parliament, schrieb mir von London aus einen Brief, dessen Kopie ich beilege. Diesen Brief darf ich wohl ganz besonderer Vorsicht empfehlen, damit nichts daraus in die Zeitungen komme [1]).

Als meine Hauptaufgabe betrachte ich hier, durch Exposés, die ich in die mir zugänglichen Kreise der Entente gelangen lasse, sowie durch mündliche Informationen das Vertrauen zur deutschen Ordnung und zu allmählichem Durchbruch der Wahrheit zu stärken . . . . [2])

Fr. W. Foerster

---

[1]) Der Brief stammte von Stephen Sanders, Sekretär der Fabian-Gesellschaft und gab der Befürchtung Ausdruck, dass eine Reichsregierung mit Scheidemann, Ebert und Landsberg, aber ohne Ledebour und Liebknecht zwar neue Männer aufweise, dass aber die alten Methoden geblieben seien.

[2]) Es folgen noch Mitteilungen über den deutschen Handelsverkehr und die Tätigkeit deutscher wilder Aufkäufer in der Schweiz, wovor der Gesandte warnt.

Nr. 19

Aus dem Begleitschreiben Foersters zu handelspolitischen Berichten der Berner Gesandtschaft[1])

Bern, den 22. Dezember 1918

Was den Vorschlag des Herrn Dr. Lindner hinsichtlich einer bayerischen Ausfuhrzentrale betrifft, so wäre eine baldige Verwirklichung schon deshalb wünschenswert, damit von da aus eine Handhabe gegeben würde, die Präsidialmacht Berlins ganz konkret-praktisch auszuschalten. Da Erhaltung und Ausbau der Reichseinheit schon aus ökonomischen Rücksichten ganz unentbehrlich ist, so wird die blosse Betonung der Sonderrechte der Bundesstaaten gar keinen greifbaren Effekt haben. Es kommt darauf an, durch föderative Zusammenfassung aller Sonderinteressen eine neue Reichsinstanz zu schaffen, der sich dann die Berliner Zentralen als dienende Organisationen zu unterwerfen hätten. Dies könnte so geschehen, dass Bayern die Gründung von Ausfuhrzentralen im ganzen Reiche anregt, worauf dann diese Zentralen eine Oberinstanz in Frankfurt, Hamburg oder Berlin schaffen müssten, die an die Stelle einer jetzt etwa in Berlin entstehenden bureaukratischen Reichsexportstelle zu treten den Anspruch erheben müsste. An ein solches Vorgehen, das eine symbolische Bedeutung haben würde für den Weg, der auf allen Gebieten gegangen werden müsste, um die Föderativzentrale an die Stelle der Berliner Hegemonie zu setzen, könnten sich dann die verschiedensten anderen Versuche anschliessen, die Sonderinteressen zur Geltung zu bringen, sie aber zugleich der Reichseinheit zu unterwerfen. Es ist zweifellos, dass uns auf diesem Wege die deutschen Hansastädte ganz besonders lebhaft entgegenkommen und uns durch ihre überragende kommerzielle Erfahrung in den Stand setzen würden, dem von Berlin ausgehenden Zentralismus wirksam zu begegnen.

Auch wenn uns gerade auf dem Boden der Nationalversammlung eine neue Reichseinheit begründet wird, ist es von grösster Bedeutung, dass jene neue Zentrale von beratenden und kontrollierenden Körperschaften umgeben sei, die auf dem Prinzip des föderativen Zusammenwirkens der verschiedenen geschichtlichen Lebenskreise aufgebaut sind und dadurch ein Gegengewicht gegen die Gefahren einer zentralistischen Bureaukratie bieten.

Fr. W. Foerster.

---

[1]) Siehe V, 18, Anm. 2.

Nr. 20

Badisches Ministerium des Äusseren an das Ministerium des Äusseren in München

Karlsruhe, den 27. Januar 1919

Nach zuverlässigen Informationen, die wir aus der Schweiz erhalten haben, ist der Einfluss des Deutschen Reiches dort deswegen so gering, weil die Gesandtschaft auf der einen Seite nicht so arbeitet, wie sie sollte und weil sie auf der anderen Seite insbesondere durch die bayerische Sondergesandtschaft gehindert ist. Neuerdings hat Bayern auch eine Handelsabteilung eingerichtet, die ohne jede Verbindung bisher mit der Handelsabteilung des Deutschen Reiches stand. Wenn die Schweiz auch mit dieser Handelsabteilung arbeitet, so hat das getrennte Vorgehen doch zur Folge, dass gegebenenfalls der eine gegen den andern ausgespielt wird oder die Massnahmen des einen die des andern durchkreuzen. Will Deutschland im Auslande überhaupt wieder zu Ansehen kommen, und hier kommt zuerst in Betracht das neutrale Ausland, so muss es nach aussen hin seine Einheit dokumentieren, und das geschieht dadurch, dass nicht die verschiedenen Bundesstaaten im Auslande auf eigene Faust handeln, sondern dass für sie und damit für das Reich die deutsche Gesandtschaft und deren Organe handeln.

Dieser Gedanke ist übrigens auf der Stuttgarter Konferenz anerkannt worden und das sollte gefördert werden durch die süddeutsche Kommission, die bis heute nicht zustande gekommen ist. Will man sie nicht, so muss man aber in vollem Umfang das Reich gelten lassen und sich dessen Vertretung bedienen, wenn man im Auslande etwas will. Wir möchten daher nochmals die dringende Bitte stellen, Sonderaktionen im Auslande zu unterlassen und entweder das Reich wieder in alle seine Rechte einzusetzen oder aber ein gemeinschaftliches Handeln der vier süddeutschen Staaten durch Schaffung der süddeutschen Kommission zu sichern.

VI

Besondere Schicksale der bayerischen Dokumente

1

Unter dem Titel „Die Entstellung der Wahrheit durch Eisner“ schrieb der Geheime Legationsrat H. von Schoen, der Verfasser des Gesandtschaftsberichts vom 18. Juli 1914, in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 2. August 1919 (Nr. 364) einen Aufsatz, worin er darlegte, dass sein Bericht bei der Veröffentlichung in einer seiner Ansicht nach sinnentstellenden Weise gekürzt worden sei.

Durch die Wiedergabe weggelassener Stellen, besonders derjenigen, die von der Lokalisierung des serbisch-österreichischen Konflikts und den darauf gerichteten Absichten der deutschen Reichsregierung handeln, lenkte der Artikelschreiber das Interesse der Öffentlichkeit auf den vollen Wortlaut seines Gesandtschaftsberichtes hin. Einige Tage später erschien dieser in vollem Umfang in der Deutschen Allgemeinen Zeitung.[1])

Der Aufsatz Schoens sagt einleitend, Eisner habe die Welt glauben machen wollen, dass Deutschland im Juli 1914 den europäischen Krieg gewollt und betrieben habe. Der Bericht vom 18. Juli 1914 aber zeige im Gegenteil, „dass die Reichsleitung auf die Lokalisierung des Konflikts zwischen Österreich und Serbien hinarbeitete und ernstlich bestrebt war, den Ausbruch eines europäischen Krieges hintanzuhalten.“

Er macht dann, von polemischen Auslassungen gegen Eisners Methode abgesehen, folgende Bemerkungen:

Worum es sich in meinem Bericht handelt, habe ich in dessen Eingang mit den Worten gesagt: Ich beehre mich „über die von der österreichisch-ungarischen Regierung beabsichtigte Auseinander-

---

[1]) Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 386 vom 10. August 1919.

setzung mit Serbien das Nachstehende zu berichten.“ Diesen Passus hat Eisner unterdrückt, um die Aufmerksamkeit davon abzulenken, dass das Thema des Berichts die Auseinandersetzung zwischen Österreich und Serbien bildet und um die Meinung hervorzurufen, als habe der Verfasser nicht diesen, sondern einen allgemeinen europäischen Konflikt im Auge.

In meinem Bericht heisst es dann weiter: „Wie sich die anderen Mächte zu einem kriegerischen Konflikt zwischen Österreich und Serbien stellen werden, wird nach hiesiger Auffassung wesentlich davon abhängen, ob Österreich sich mit einer Züchtigung Serbiens begnügen oder auch territoriale Entschädigungen für sich fordern wird. (Anmerkung: Wie bekannt, enthielten die Ziele der österreichischen Aktion tatsächlich keine Annexionsgedanken; vgl. Deutsches Weissbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges Seite 67.) In ersterem Falle dürfte es gelingen, den Krieg zu lokalisieren [1]), im anderen Falle dagegen wären grössere Verwicklungen wohl unausbleiblich.

Diesen ganzen Satz hat Eisner gestrichen! Statt dessen sucht er durch die Bemerkung „es wird dann in diesem Bericht des Grafen Lerchenfeld an Graf Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert“, auch hier den Eindruck zu erwecken, als ob es sich nicht so sehr um den österreichisch-serbischen Konflikt, als um einen Anschlag Deutschlands gegen den Frieden gehandelt habe.

Und nun kommt der Kernpunkt des Berichts, der für die ganze Beurteilung der Lage und für die Absichten der Reichsleitung entscheidend ist: nämlich die Darlegung dessen, was die Reichsleitung zur Vermeidung einer Ausdehnung des österreichisch-serbischen Konflikts zu unternehmen gedachte. Das alles hat Eisner nicht veröffentlicht, vielmehr nur einen Satz aus dem Zusammenhang herausgerissen.

[Es folgt die Wiedergabe eines Absatzes, der von der Lokalisierung des Krieges handelt.]

Deutlicher als diese, auf den Mitteilungen des damaligen Unterstaatssekretärs Zimmermann beruhende Darlegung kann wohl nichts beweisen, dass der Wunsch der Reichsleitung dahin ging, eine Ausdehnung des Konflikts, in den Deutschland hineingezogen werden könnte, zu vermeiden.

Auch im folgenden arbeitet Eisner mit der Schere. So fehlen in seiner Wiedergabe die Sätze: „England wird Österreich nicht hindern, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen“ und weiter unten: „Sehr wenig Freude würde Italien an einer Züchtigung Serbiens durch Österreich empfinden“. Eisner passt es eben, wie schon oben

---

[1]) Anmerkung des Herrn von Schoen: „Eine Auffassung, die ich für meine Person in Anbetracht der Weltlage allerdings nicht geteilt habe“.

bemerkt ist, nicht, dass der Leser daran erinnert wird, dass ich nicht von dem Weltkrieg spreche, sondern von der Haltung der Mächte im Falle eines Krieges zwischen Österreich und Serbien! Aus diesem Grund unterlässt er auch die Wiedergabe dessen, was ich über die zwischen Österreich und Italien damals bestehende Spannung als „ein die Situation sehr erschwerendes Moment" geschrieben habe. Eine weitere Irreführung der öffentlichen Meinung bezweckt Eisner, wenn er meine Meldung über eine etwaige Abtretung des Trentino an Italien nur auszugsweise veröffentlicht und mit dem Ausruf versieht: „also schon damals!" Denn während meine Darlegungen deutlich erkennen lassen, dass die Frage einer Entschädigung Italiens nur im Hinblick auf Art. VII des Dreibundvertrages in Wien von uns angeregt wurde, d. h. dass Österreich Italien eine Kompensation geben sollte, damit dieses sich dem österreichischen Vorgehen gegen Serbien nicht widersetze, sucht Eisner durch seinen Zusatz den Glauben zu erwecken, als ob der später (im Winter 1915) gemachte Versuch, Italien durch Abtretung österreichischer Gebiete von einem Eingreifen in den europäischen Krieg auf seiten unserer Gegner abzuhalten, schon im Juli 1914 ins Auge gefasst worden wäre, es also für die Reichsleitung sich von vornherein nicht um einen österreichisch-serbischen Konflikt, sondern um den europäischen Krieg gehandelt hätte . . .

Auch bei der Auswahl der von ihm veröffentlichten Berichte der bayerischen Gesandtschaft[1]) ist Eisner dolos vorgegangen. Dass er die sämtlichen Berichte aus der Zeit vor Ausbruch des Weltkrieges durchsucht hatte, unterliegt wohl keinem Zweifel. Er hat aber alle diejenigen unterdrückt, die die eifrigen Bemühungen der Reichsleitung zur Erhaltung des Friedens erkennen lassen . . .

Freilich — und diese Erkenntnis ist wohl heute in Deutschland eine allgemeine — Fehler sind auch von der deutschen Regierung, sowohl in früheren Jahren als in den kritischen Tagen des Juli 1914, begangen worden. Die Hoffnung des damaligen Unterstaatssekretärs Zimmermann, dass Russland sich wie bei früheren Gelegenheiten, so auch in diesem Falle darauf beschränken würde, zu „bluffen", und dass sowohl England als Frankreich auf Russland in friedlichem Sinne einwirken würden, war bei der damaligen Weltlage, um es milde auszudrücken, reichlich optimistisch, und wenn Staatssekretär a. D. von Jagow in seiner Schrift „Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges" (Seite 110) schreibt, er habe nach Kenntnisnahme des langen Textes des österreichischen Ultimatums dem Botschafter Grafen Szögyeny gesagt, dass ihm der Inhalt als „reichlich scharf und über den Zweck hinausgehend" erscheine, so werden viele finden, dass in Anbetracht der verhängnisvollen Folgen, die der Schritt Österreichs auch für uns hatte, Herr von Jagow der deutschen Staatskunst damit selbst kein gutes Zeugnis ausstellt.

---

[1]) In Berlin!

Aber von einer Schuld Deutschlands in dem Sinne zu reden, wie es unsere Feinde tun, dass nämlich die deutsche Regierung den Krieg gewollt habe, ist — und die Ententeregierungen wissen dies selbst am besten! — eine bewusste Entstellung der Wahrheit. . . .

Der Bericht der Ententekommission, die „für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegende Sühne" eingesetzt worden ist, beruft sich darauf, dass „der Inhalt meines Berichts vom 18. Juli 1914 niemals offiziell dementiert worden sei". Es ist bedauerlich, dass der Wortlaut der deutschen Kommission in Versailles nicht zugänglich gewesen ist und sie daher nicht in der Lage war, in ihren Gegenbemerkungen die Tatsache der tendenziös verstümmelten Wiedergabe durch Eisner hervorzuheben. Ich selbst konnte leider, abgesehen von einem mündlichen Hinweis im Auswärtigen Amt im November 1918, zur Aufklärung nicht früher beitragen, da der damalige interimistische bayerische Gesandte in Berlin die politischen Akten, darunter meinen in Frage stehenden Bericht, an sich genommen hatte. Erst vor kurzem war es mir möglich, eine Abschrift davon zu erhalten und die Eisner'sche Wiedergabe mit dem Wortlaut zu vergleichen.

2

Die letzten Bemerkungen des Artikelschreibers legen die Frage nahe, wieso es kam, dass die Bekanntgabe des Wortlautes der Dokumente nicht früher stattfand.

Die Akten im Ministerium des Äussern weisen darüber folgenden Tatbestand aus:

Am 10. Januar 1919 ersuchte der neu ernannte bayerische Gesandte in Berlin Dr. von Preger das Staatsministerium des Äussern in München um Rückgabe einer Reihe von politischen Akten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, die zu verschiedenen Zeiten in das Ministerium nach München verbracht worden seien. In einem Verzeichnis wurden die Schriftstücke im einzelnen aufgeführt, unter ihnen auch die beiden bei der Veröffentlichung benützten Gesandtenberichte vom 18. Juli und 4. August 1914. Für den Fall, dass die Akten noch gebraucht würden, wünschte der Gesandte Empfangsbestätigung.

Ministerpräsident Eisner liess unterm 25. Januar 1919 durch Dr. Merckle den Empfang der Akten bestätigen und gleichzeitig mitteilen, dass sie auch weiterhin noch gebraucht würden.

Zum zweiten Male erhob sich die Frage nach dem Verbleib der Akten im Mai 1919, also einige Monate nach dem Tode Eisners. Das Auswärtige Amt in Berlin richtete damals im Namen der deutschen Friedensdelegation in Versailles das Ersuchen an die Bayerische Gesandtschaft in Berlin um „abschriftliche Mitteilungen der sämtlichen politischen Briefe der bayerischen Gesandtschaft in Berlin um die Zeit vom 18. Juli bis zum Kriegsausbruch."

Den Anlass zu diesem Ersuchen hatte die Tatsache gegeben, dass die Eisnerschen Enthüllungen in der Schuldanklage der Entente in Versailles eine hervorstechende Rolle spielten, und dass die deutsche Delegation den Wortlaut der verwerteten bayerischen Dokumente kennen lernen wollte.

Die bayerische Gesandtschaft in Berlin gab den Wunsch des Auswärtigen Amtes am 7. Mai 1919 telephonisch nach München weiter, wo das Ministerium nach kurz vorher erfolgter Beseitigung der Räterepublik und Befreiung der Landeshauptstadt seine Amtsgeschäfte wieder aufgenommen hatte, indes die Regierung unter der Leitung des Ministerpräsidenten Hoffmann und der Landtag noch in Bamberg weilten.

Den gleichen Wunsch übermittelte übrigens auch die preussische Gesandtschaft in München unmittelbar dem bayerischen Ministerium des Äussern.

Die sofort vorgenommenen Nachforschungen ergaben, dass die verlangten Akten sich nicht in den Räumen des Ministeriums befanden. Sie wurden dann am 11. Mai unversehrt in der Privatwohnung Eisners aufgefunden und wieder in amtlichen Verwahr genommen.

Die vom Auswärtigen Amt erbetenen Abschriften wurden sofort hergestellt, darunter auch eine solche des Berichts des Geschäftsträgers von Schoen. Sie gingen alsbald nach Berlin ab und wurden durch die bayerische Gesandtschaft dem Auswärtigen Amte übermittelt. Dieses hat darüber unterm 22. Mai Empfangsbestätigung ausgestellt.

Für die Gegendenkschrift der deutschen Viererkommission über die Schuldfrage haben die Dokumente keine Verwendung mehr gefunden. Diese Denkschrift ist noch

vor dem 28. Mai abgeschlossen worden, an welchem Tage sie von Brockdorff-Rantzau der Entente zugeleitet wurde.

Auch in der Zeit bis zum Ultimatum der Verbandsmächte vom 16. Juni 1919 und bis zum Abschluss des Friedensvertrags ist eine Veröffentlichung des Wortlautes nicht erfolgt. Erst durch den obigen Artikel des Geheimen Legationsrats von Schoen wurde die Bekanntgabe des Wortlautes in der Deutschen Allgemeinen Zeitung herbeigeführt.

Die deutsche Viererkommission stellte in ihrer Erklärung vom Anfang August 1919 fest, dass sie erst aus dem Artikel des Herrn von Schoen vom 2. August 1919 den vollen Inhalt des Gesandtenberichtes vom 18. Juli 1914 kennen lernte.[1])

Die übrigen in der Eisnerschen Publikation verwerteten diplomatischen Schriftstücke sind im Wortlaute erst bekannt geworden durch den Abdruck in der von Kautsky bearbeiteten und von Montgelas und Schücking herausgegebenen Urkundensammlung „Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch“.

---

[1]) Siehe Abschnitt II, 3, Seite 23.

B. Bayerische Gesandtenberichte

aus den

letzten Vorkriegswochen

Vorbemerkungen

I

Die amtliche deutsche Aktenpublikation enthält im 4. Band als Anhang IV fünfunddreissig diplomatische Schriftstücke der bayerischen Gesandtschaft in Berlin aus der Zeit vom 2. Juli 1914 bis zum 5. August 1914. Damit wurde in die deutsche Aktensammlung alles aufgenommen, was die bayerische Gesandtschaft in Berlin in den kritischen Wochen vor dem Kriegsausbruch über die aussenpolitische Lage nach München zu melden hatte.[1])

Im Hinblick auf die Rolle, welche vier dieser Aktenstücke infolge der Mitteilungen Eisners in der Versailler Schuldanklage spielen, musste es angezeigt und zweckmässig erscheinen, die ganze Reihe der Berichte und Meldungen der bayerischen Gesandtschaft in Berlin zu veröffentlichen. Gleichwohl tauchte in dem Pressestreit über die Enthüllung vom 23. November 1918, der sich von Zeit zu Zeit erneuerte, die Behauptung auf, es gebe ausser den in der deutschen Aktenpublikation abgedruckten bayerischen diplomatischen Schriftstücken noch andere bayerische Gesandtenberichte, die von grossem Belang für das Urteil in der sogenannten Schuldfrage seien, die aber in jenen Sammlungen nicht erschienen seien. Ja, es wurde geradezu die amtliche deutsche Publikation als solche in ihren Grundlagen angegriffen mit der Angabe, es habe im diplomatischen Dienste Deutschlands und Bayerns einen doppelten Schriftverkehr gegeben,

---

[1]) Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, Band IV, Seite 123 ff.

nämlich einen geheimen, in dem die Vorgänge, Geschehnisse und Verhältnisse wahrheitsgemäss geschildert worden seien, und einen gewöhnlichen amtlichen, der absichtlich so zurechtgestutzt worden sei, dass er gegebenenfalls zur Irreführung der öffentlichen Meinung hätte dienen können. Damit krache, so hiess es, der ganze kunstgerecht aufgerichtete Bau der deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch in den innersten Fugen.

Von der bayerischen Berichterstattung wurde gesagt, sie habe in privaten geheimen Mitteilungen an den Ministerpräsidenten die politische Lage wahrheitsgetreu freier und offener dargestellt als in den ordnungsmässigen amtlichen, mit laufenden Nummern versehenen Berichten, welche die Lügen für die Öffentlichkeit enthielten.

Vermeintliche Widersprüche in dem Gesandtschaftsberichte des Geschäftsträgers von Schoen vom 18. Juli 1914 wurden damit erklärt, dass in diesem Schreiben der offizielle amtliche und der private geheime Teil zusammengeworfen seien, „weil der Verfasser anscheinend von der Übung der doppelten Buchführung im diplomatischen Dienste keine Kenntnis hatte“. Daher hätte an einer Stelle des Berichtes die Rede sein können von der Lokalisierung des serbisch-österreichischen Konflikts, an einer anderen von der Unterstützung des österreichischen Vorgehens, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin: „Die Lokalisierung des Konflikts war die für die Öffentlichkeit bestimmte Lüge und der ins Auge gefasste europäische Krieg die für Herrn Hertling bestimmte privatime Information des preussisch-deutschen Generalstabs.“

Die genaue Prüfung der bayerischen Aktenbestände hat ergeben, dass diese schweren Vorwürfe unhaltbar sind. Gewiss haben die bayerischen Gesandten neben den laufenden, an das Ministerium des Äussern gerichteten amtlichen Meldungen und Berichten zuweilen auch besondere Informationen an den Ministerpräsidenten oder auch an den König gelangen lassen. Aber hinter dieser äusseren Verschiedenheit der Berichterstattung verbarg sich keineswegs der verwerfliche Zweck, der in jener öffentlichen Anschuldigung behauptet wird.

Hierüber gibt folgende Aussage Auskunft, welche der frühere bayerische Staatsrat Sigmund von Lössl auf Befragen

an die Feststellungskommission des Bayerischen Landtags gelangen liess:

Es ist selbstverständlich, dass es im Ministerium des Äussern auch vertrauliche Berichte gibt, die geheim gehalten werden müssen. Zu den Aktenstücken dieser Art wurden seit jeher die politischen Berichte der Gesandtschaften gezählt, denn sie enthielten ja vielfach Mitteilungen, die den Gesandten nur vertraulich gemacht wurden und die dann weiterhin vertraulich behandelt werden mussten, widrigenfalls das Vertrauen, das ein auswärtiger Vertreter geniessen muss, sofort untergraben worden wäre. Um nun diese vertrauliche Behandlung sicherzustellen, wurden die politischen Berichte der Gesandten regelmässig nicht an das Staatsministerium, sondern an den Minister selbst adressiert und auf dem Umschlag mit dem Vermerk „persönlich" versehen. Solche Berichte durften dann nur vom Minister oder seinem Vertreter persönlich geöffnet werden und wurden nicht in den gewöhnlichen Geschäftsgang geleitet. Insoweit ist es also richtig, dass es zweierlei Berichterstattungen gab. Die Behauptung aber, dass diese Einrichtung dazu gedient haben soll, in dem persönlichen Berichte die wahre Sachlage, in einem daneben laufenden offiziellen Berichte aber die für die Öffentlichkeit bestimmten falschen Darstellungen unterzubringen, ist völlig aus der Luft gegriffen, und ebenso unbegründet ist es davon zu sprechen, dass Herr von Schoen (der doch schon seit einer Reihe von Jahren als jeweiliger Vertreter des Gesandten fungierte), in seinem Berichte aus Unerfahrenheit wahre, geheim zu haltende und falsche, für die Öffentlichkeit bestimmte Nachrichten vermischt habe. Der Schönsche Bericht gehörte selbstverständlich in seiner Gesamtheit zu den vertraulich zu behandelnden Berichten und der Passus über die deutschen Bestrebungen, einen etwaigen kriegerischen Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren, war sicher ebenso ernsthaft gemeint als wie der übrige Inhalt.

Herr von Schoen, der Verfasser des Berichtes vom 18. Juli 1914, äussert sich in einem Schreiben an den Berichterstatter der Landtagskommission wie folgt:

Die Behauptung der Morgenpost, dass ich keine Kenntnis von der Übung einer doppelten Buchführung im diplomatischen Dienste gehabt hätte, ist richtig. Aber nicht, weil ich „ein junger unerfahrener Diplomat war", sondern weil eine solche doppelte Buchführung in dem Sinne einer für die Öffentlichkeit zurechtgestutzten Darstellung einerseits und einer geheimen, aber wahrheitsgetreuen Berichterstattung anderseits überhaupt nicht existiert hat.

Man wird diese Angaben durch die nachfolgende Sammlung bayerischer Aktenstücke bestätigt finden. In ihr sind

alle Berichte der in Berlin, Wien, Petersburg, Paris und Rom, also in den Hauptstädten kriegführender Staaten, tätig gewesenen bayerischen Gesandtschaften aufgenommen, die sich mit der politischen Hochspannung und der drohenden Kriegsgefahr in den letzten Vorkriegswochen befassen. Auch die schon in der deutschen Aktenpublikation erschienenen Berliner Berichte sind, der Vollständigkeit halber, und um sofortige Vergleiche und eine leichtere Übersicht zu ermöglichen, hier nochmal beigegeben.[1])

Aus der Zusammenstellung, wie überhaupt aus den bayerischen diplomatischen Akten ergibt sich Folgendes: Ein Teil der Schreiben ist gerichtet an das Ministerium des Äussern als solches; ein anderer Teil an den Vorsitzenden im Ministerrate persönlich; wieder ein anderer Teil unmittelbar an den König. Ein Unterschied in der Berichterstattung in dem Sinne, als ob die gewöhnliche laufende Berichterstattung mit der Wahrheit absichtlich zurückgehalten hätte und als ob nur die sogenannten geheimen und persönlichen Berichte diese zum Ausdruck brächten, ist nicht zu erkennen. Sämtliche Mitteilungen, gleichviel an wen sie gerichtet sind, und wie ihre Anschrift lautet, galten als amtliche Aktenstücke und sind im Ministerium des Äussern als solche behandelt worden. Man kann auch von den Berichten und Meldungen, die privat an den Vorsitzenden im Ministerrate adressiert waren, nicht schlechthin als von „Privatbriefen" sprechen, wie das in der deutschen Aktenpublikation geschieht, sofern man unter Privatbriefen eine nichtamtliche Mitteilung verstehen könnte. Auch diese sind, wie gesagt, als amtliche Schriftstücke behandelt und zu den geheimen Akten genommen worden. Ebenso gelangten die unmittelbar an den König gerichteten Schreiben der Gesandten an das Ministerium des Äussern und wurden dort als amtliche Berichte in Verwahr genommen.

In der nachfolgenden Veröffentlichung sind die diplomatischen Schriftstücke nach den im Ministerium des Äussern vorhandenen originalen Ausfertigungen wiedergegeben, soweit es sich um die Gesandtenberichte aus Wien, Peters-

---

[1]) Dort nicht enthalten ist der Bericht unter Nr. 1 und 2.

burg, Paris und Rom handelt. Die Berliner Schriftstücke erscheinen, wie in der amtlichen deutschen Publikation, nach den in den bayerischen Gesandtschaftsakten in Berlin vorhandenen Urschriften.

2

Ihrem Inhalt nach fügen sich die bayerischen Gesandtschaftsberichte ein in die Sammlung der „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch." Sie können, soweit man sie als Geschichtsquellen oder als urkundliche Zeugnisse in der Frage der Schuld am Kriege zu Rate ziehen will, nur im Rahmen und im Zusammenhang dieser grossen deutschen Aktenpublikation richtig gewertet und verwertet werden. Hierbei darf auch die österreichische Aktenveröffentlichung nicht übersehen werden, die unter dem Titel „Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges" von Roderich Goos im Auftrage des Wiener Staatsamtes des Äussern eingehend behandelt ist.

Sie ermöglicht vor allem lehrreiche und nützliche Vergleiche mit den bayerischen Meldungen aus Wien und Berlin. Auch ausländische Dokumente und Veröffentlichungen, die im Laufe der letzten Jahre amtlich, privat, in Memoirenwerken oder sonstwie in den Verbandsländern und aus russischen Archiven bekannt geworden sind, kommen in Betracht.

Es ist zu beachten, dass Gesandtenberichte überhaupt die Vorgänge, Handlungen, Ereignisse, Verhältnisse nicht immer nach unmittelbaren Wahrnehmungen oder Beobachtungen schildern können, sondern zuweilen auch auf Informationen aus zweiter und dritter Hand angewiesen sind. Und die bayerischen Gesandtschaften in ausserdeutschen Ländern waren ja keineswegs völlig selbständige aussenpolitische Dienstesstellen, sondern bestanden auf Grund der bayerischen Reservate lediglich als Vertretungen mit beschränktem Aufgabenkreis in Anlehnung an die Botschaften des Deutschen Reiches, neben denen sie ein eigenes Tätigkeitsfeld auf dem Gebiete der auswärtigen Politik nicht hatten und nicht haben konnten.

Diese Umstände sind für die Wertung ihrer Berichte von erheblicher Bedeutung.

Was Berlin anlangt, so war es dort üblich, die Vertretungen der deutschen Einzelstaaten von Zeit zu Zeit über die wichtigsten aussenpolitischen Angelegenheiten zu unterrichten, soweit das vom Auswärtigen Amt für notwendig erachtet wurde. Die Bayerische Gesandtschaft pflegte sich aber selbstverständlich auch aus anderen Quellen Informationen zu verschaffen. Die persönlichen Beziehungen, die dem langjährigen bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld in der Reichshauptstadt zu allen leitenden Persönlichkeiten, insbesondere auch zu dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg, zu Gebote standen, setzten ihn in die Lage, auch während der letzten kritischen Tage vor dem Kriegsausbruch die Münchner Regierung meist rasch und zutreffend zu unterrichten.

Was im besonderen den viel umstrittenen Bericht des Geschäftsträgers von Schoen betrifft, so gibt dieser einleitend selbst seine Informationsquellen an, nämlich den Unterstaatssekretär Dr. Zimmermann und die Referenten für die Balkanpolitik und Dreibundangelegenheiten im Auswärtigen Amte, dann den Botschaftsrat der österreichisch-ungarischen Botschaft in Berlin.

Gewiss Persönlichkeiten, die im allgemeinen als gut unterrichtet gelten konnten, die aber doch nicht als verantwortliche Mithandelnde in erster Linie standen.

Aus diesen Umständen erklärt sich ganz natürlich, dass der Bericht vom 18. Juli 1914 verschiedene Abschattungen in der Darstellung der Vorgänge, Ereignisse und Zusammenhänge aufweist, die von mancher Seite als Widersprüche gedeutet worden sind und dass einzelnen Angaben des Berichts von beteiligter Seite widersprochen wurde. [1])

---

[1]) Vgl. die Entgegnungen Bethmann Hollwegs und Zimmermanns, Abschnitt A IV, 4, 5. — Weiter die Äusserungen dieser beiden Staatsmänner im Beilagenband zu den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung, 1. Unterausschuss: „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges“ S. 12 ff.; 31 ff. Dort auch die Denkschrift Viktor Naumanns S. 36. — Ferner die nachfolgend angeführten Darlegungen Tuchers und von Lössl's S. 55 und S. 89.

Es ist von Nutzen, in diesem Zusammenhang auch eine Mitteilung kennen zu lernen, welche der ehemalige bayerische Gesandte in Wien, Freiherr von Tucher unterm 5. Januar 1920 an den Untersuchungsausschuss des Deutschen Reichstages gelangen liess, ebenso eine solche Mitteilung des Staatsrats a. D. von Lössl.

Dieser Ausschuss hatte sich auch mit dem Vorwurf zu befassen, dass der ehemalige deutsche Botschafter in Wien, Herr von Tschirschky zum Kriege gehetzt habe. Entgegen dieser Beschuldigung und übereinstimmend mit anderen Aussagen, z. B. derjenigen des Vertreters der „Frankfurter Zeitung" in Wien, erklärt Freiherr von Tucher, dass er in der Tätigkeit des deutschen Botschafters in Wien kein Drängen oder Treiben zum Kriege wahrgenommen habe und führt dann an:

Wenn Herr von Tschirschky eine den Krieg schürende Haltung angenommen hätte, so wäre es mir bei meinen fast täglichen Begegnungen mit dem Botschafter sicherlich aufgefallen. Ich würde mich darüber mit meinem verstorbenen sächsischen Kollegen Grafen Rex ausgesprochen haben und mich dessen gewiss entsinnen. Auch würde ich, der ich selbst von Anfang an von der grossen Gefahr des Kriegsunternehmens bei ungenügender diplomatischer Vorbereitung durchdrungen war, zweifellos eine solche Haltung des Botschafters für bedenklich und unheilvoll gehalten und zum Gegenstand meiner politischen Berichterstattung gemacht haben. Davon findet sich jedoch in meinen Berichten nicht die entfernteste Andeutung.

Dagegen ist mir in lebhafter Erinnerung, dass Herr von Tschirschky immer wieder betont hat, Österreich-Ungarn habe zu beurteilen, was seine Lebensinteressen seien und zu entscheiden, wie und wann es dieselben zu verteidigen habe. Deutschland stehe dem Bundesgenossen treu zur Seite und werde alle Konsequenzen aus dem Bündnis ziehen.

Diese Blankovollmacht, die sich heute als verhängnisvoll darstellt, erschien uns damals in Wien in der Entwicklung der Ereignisse nach dem Attentat durchaus nicht als zu weitgehend, sondern als etwas selbstverständliches, ja sogar als das mindeste, was Deutschland tun konnte. Unser Haupteindruck war, dass Österreich-Ungarn, dessen Balkanpolitik ich keineswegs gutheissen will, durch die grossserbische Propaganda in seiner Existenz bedroht war und dass Deutschland den Bundesgenossen, der ihm Beweise seiner Treue (Algeciras, Haag, Ischl) gegeben hatte, nicht im Stiche lassen könne. Eine gewisse Scheu, auf die Erwägungen und Be-

schlüsse der österreichisch-ungarischen Regierung einzuwirken, entsprach der grundsätzlichen Enthaltung der Einmischung, welche durch die grosse Empfindlichkeit der österreichischen wie der ungarischen Staatsmänner und der öffentlichen Meinung in Österreich-Ungarn geboten war.

Jetzt sieht sich freilich alles das in ganz anderem Lichte an.

Auf Herrn von Tschirschkys Haltung zurückkommend, muss ich nach meinem Wissen für ungerechtfertigt erklären, den verstorbenen Botschafter als Kriegsschürer hinzustellen und ihm einen wesentlichen Teil der Verantwortung für das Vorgehen der österreichisch-ungarischen Regierung gegen Serbien aufzubürden.

Über die Einwirkung der politischen und militärischen Stellen der deutschen Regierung auf Herrn von Tschirschky vermag ich nichts auszusagen, da mir der Botschafter bei aller Intimität keine Mitteilungen über seine Instruktionen machte. Unsere Aussprachen bezogen sich auf den Gang der Ereignisse und das Vorgehen der österreichisch-ungarischen Regierung, nicht aber auf die Aufträge der deutschen Regierung.

Das Ergebnis meiner Erkundigungen und Beobachtungen habe ich pflichtgemäss, und ich glaube sagen zu dürfen, erschöpfend in den Berichten an meine Regierung niedergelegt. Was sich dort an einigermassen wichtigen Vorgängen nicht erwähnt findet, ist auch nicht zu meiner Kenntnis oder Wahrnehmung gelangt.

Auf die Frage des Untersuchungsausschusses des Reichstages, wann und wie das österreichisch-ungarische Ultimatum bei der Regierung in München bekannt geworden sei, antwortet der Staatsrat a. D. Sigmund von Lössl, der Wortlaut oder volle Inhalt des Ultimatums sei der bayerischen Regierung erst am 24. Juli 1914 aus der in den Zeitungen erfolgten Veröffentlichung der österreichisch-ungarischen Note zur Kenntnis gekommen. Er fügt bei:

Von der Absicht der österreichisch-ungarischen Regierung, eine befristete Note an Serbien zu richten, und von einzelnen Punkten der Note hat die bayerische Regierung allerdings schon früher Kenntnis erhalten.

(Es werden die einschlägigen Stellen aus den Berichten des Wiener Gesandten vom 6., 10., 14., 18., 21. und 23. Juli zitiert.)

Am 24. Juli erschien dann in den Zeitungen der Wortlaut der österreichisch-ungarischen Note an Serbien vom 22. Juli 1914. Die Mehrzahl der in dieser Note Serbien auferlegten Bedingungen war meines Wissens der bayerischen Regierung vor der Veröffentlichung unbekannt; auch möchte ich erwähnen, dass es sich bei den oben aufgeführten Gesandtschaftsberichten, in denen einzelne der Bedingungen enthalten waren, nur um Berichte über eingezogene Er-

kundigungen, nicht aber um Initiativmitteilungen der österreichisch-ungarischen Regierung oder der Reichsleitung handelte. Inwieweit neben diesen Berichten etwa auch mündliche Mitteilungen des österreichisch-ungarischen und des preussischen Gesandten in München einhergingen, entzieht sich meiner Kenntnis. Eine offizielle Verständigung der bayerischen Regierung von dem Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien ist erst am 24. Juli, also am Tage der Veröffentlichung durch die Presse, erfolgt, indem der hiesige österreichisch-ungarische Gesandte dem Ministerpräsidenten Grafen Hertling die Note, die Österreich-Ungarn am 24. Juli 1914 an die Dreibundbotschafter gerichtet hat und worin auf das veröffentlichte Ultimatum Bezug genommen ist, durch Vorlesen bekannt gab.

Wenn nun an diese Feststellungen über das Bekanntwerden des Ultimatums etwa die Frage geknüpft werden sollte, warum die bayerische Regierung nicht die kriegerische Entwicklung der Dinge zu hemmen versucht hat, so weiss ich nicht, ob nicht Graf Hertling vielleicht tatsächlich in diesem Sinne, sei es in Privatbriefen, sei es in mündlichen Besprechungen, gewirkt hat. Da die Akten über einen bezüglichen Schritt nichts enthalten, möchte ich aber hervorheben, dass die bayerische Regierung nicht berechtigt war, sich offiziell in den Gang der auswärtigen Politik einzumischen. Die auswärtige Politik war nach der alten Reichsverfassung — ebenso wie nach der neuen — ausschliesslich Sache der Reichsleitung, und die bayerische Regierung hat sich von jeher zurückgehalten, bei Fragen der auswärtigen Politik mit Ratschlägen hervorzutreten, denn sie hätte sich dabei berechtigter Zurückweisung ausgesetzt. Die Natur der Sache erfordert, dass die auswärtige Politik an einer Stelle gemacht wird, wie es ja auch praktisch unmöglich ist, gerade bei Abwicklung gefährlicher politischer Situationen, wo jede Stunde neue Wendungen bringen kann, die einzelnen bundesstaatlichen Regierungen über alle rasch aufeinander folgenden Schritte auf dem laufenden zu halten, geschweige denn zu jedem Schritt erst die Zustimmung der einzelnen Regierungen einzuholen. Die Reichsverfassung hat mit Recht die Leitung der auswärtigen Politik der Reichsregierung allein übertragen, die daher auch allein die Verantwortung dafür trägt. Die alte Reichsverfassung hatte allerdings einen Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitze Bayerns geschaffen, allein schon die Tatsache, dass in diesem Ausschusse Preussen nicht Mitglied war, besagt deutlich, dass es sich dabei nicht um eine beschliessende Stelle gehandelt hat, sondern um ein Organ, das lediglich für Mitteilungen der Reichsleitung an die Regierungen der grösseren Bundesstaaten bestimmt war. Richtig ist, dass die bayerische Regierung bestrebt war, diesem Ausschuss mehr Bedeutung zukommen zu lassen, als dies in den ersten 30 Jahren des Reiches der Fall war, in denen der Ausschuss nur fünfmal zusammenberufen war, und es wurde erreicht, dass seit dem Jahre 1908 der Ausschuss regelmässig einmal

im Jahre zu Beginn der Etatsberatung versammelt wurde. Erst im Laufe des Krieges wurde der Ausschuss öfter berufen und vor Beginn des scharfen U-Bootkrieges fand darin sogar eine förmliche Beratung statt; doch auch da wurde von einer Beschlussfassung abgesehen.

Die Berufung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten wurde regelmässig vorher zwischen dem Reichskanzler und dem bayerischen Ministerpräsidenten vereinbart. Die Initiative ging dabei bald von der einen, bald von der anderen Seite aus. Ob eine solche Anregung von einer der beiden Seiten auch vor Kriegsausbruch 1914 erging, erinnere ich mich nicht; die Ministerialakten enthalten nichts davon. Vor der Veröffentlichung des österreichisch-ungarischen Ultimatums war die Berufung des auswärtigen Ausschusses wohl schon deshalb ausgeschlossen, weil durch dessen Zusammentritt, der ja nicht verborgen bleiben konnte, grosses Aufsehen erregt und die von Österreich-Ungarn verlangte Geheimhaltung der Angelegenheit durchkreuzt worden wäre. Am Tage nach der Ablehnung des Ultimatums, d. i. am 26. Juli, erging aber schon ein Schreiben des Reichskanzler-Stellvertreters, worin die Bundesregierungen ersucht wurden, mit Rücksicht auf die politische Lage Fürsorge zu treffen, dass, falls die schleunige Versammlung des Bundesrats notwendig werden sollte, die Regierungen vertreten sind. Es konnte also angenommen werden, dass die Berufung des Bundesratsplenums demnächst erfolgen werde, was den besonderen Zusammentritt des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten wohl nicht notwendig erscheinen liess.

Die Frage, ob zu der Bundesratssitzung auch die leitenden Minister erscheinen sollten, wurde zwischen den nächstbeteiligten bundesstaatlichen Ministern und dem Reichskanzler-Stellvertreter erörtert; auf Grund mehrfacher Telephonate und Berichte aus Berlin unterblieb aber schliesslich die Reise des Grafen Hertling nach Berlin, wobei die Besorgnis mitbestimmend war, dass die alsbaldige Rückreise von Berlin vielleicht nicht mehr möglich sein würde. Ich erinnere mich in dieser Beziehung an eine Äusserung des Grafen Hertling, wornach er in diesen Tagen seine Anwesenheit in München für wichtiger hielt, als seine Teilnahme an den Verhandlungen in Berlin. Ich glaube, Graf Hertling war davon überzeugt, dass die Reichsleitung — bei aller Unterstützung unseres Bundesgenossen — sich die erdenklichste Mühe geben würde, Deutschland vor den Schrecken des Krieges zu bewahren. Graf Lerchenfeld hatte noch am 29. Juli berichtet:

„Die Politik des Deutschen Reiches ist darauf gerichtet, dass der Alliierte mit einem Gewinn an Prestige aus der Sache hervorgeht, aber der Weltfriede erhalten bleibt.“ [1]

---

[1]) Siehe B, 47.

Gesandtenberichte

Nr. 1

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 328 Berlin, den 4. Juni 1914

Hochverehrter Freund!

Wie ich gestern schon berichtete, war ich bei Herrn von Bethmann, den ich seit dem Tode seiner Frau nicht gesehen hatte. Ich fand ihn weich, aber gefasst und aufrecht, fest entschlossen, seinen Dienst wie bisher zu leisten.

Abgesehen von dem, was der Reichskanzler mir über Mexiko und Albanien mitteilte (Bericht vom 3. ds. Mts. Nr. 307) sprach er auch über die allgemeine politische Lage und zwar diesmal, wie ich besonders unterstreichen will, durchaus nicht optimistisch. Ich will damit nicht gesagt haben, dass Herr von Bethmann bei seinen Mitteilungen im diplomatischen Ausschuss oder bei früheren Gesprächen mit mir und meinen Kollegen absichtlich die Stellung Deutschlands in der Welt zu rosig geschildert hat. Aber ich kann die Kritik nicht ganz unterdrücken, dass in Beurteilung der Gesinnung anderer Mächte, namentlich Englands und Russlands, der Leiter unserer Politik oft von einer unberechtigten Vertrauensseligkeit erfüllt gewesen ist. Man hatte manchmal den Eindruck, als wenn jede Versicherung freundschaftlicher Gesinnung vom Reichskanzler für bare Münze hingenommen würde, und als ob Verständigungen über untergeordnete Dinge von ihm viel zu hoch in ihrer Wirkung auf die allgemeine Politik eingeschätzt würden. Manchesmal klang sogar eine gewisse Zuversicht durch, dass es gelingen werde, unsere Beziehungen zu England und Russland völlig umzugestalten. Einen gewissen Erfolg in der Besserung der Beziehungen kann man dem Reichskanzler gewiss nicht absprechen. An die Stelle des geradezu gespannten Verhältnisses zu den Staaten, auf die es zurzeit ankommt, sind dank der grösseren Ruhe, die die deutsche Politik im Vergleich zu der Aera Holstein charakterisiert und durch das Vertrauen, das die Person des leitenden Staatsmanns sich überall erworben hat, normalere und korrektere Beziehungen

getreten. Aber die Grundrichtung der englischen und russischen Politik uns gegenüber hat Herr von Bethmann nicht zu ändern vermocht. Das hat sich bisher jedesmal gezeigt, so oft Fragen auftauchten, die das tiefere politische Leben jener Staaten berührten. So ist es Herrn von Bethmann trotz wiederholter Versuche nie gelungen, einen Neutralitätsvertrag mit England abzuschliessen und was Russland betrifft, so hat dessen Behandlung der Anstellung des Generals Liman in der Türkei mit aller Deutlichkeit gezeigt, auf wie geringes Entgegenkommen Deutschland in Petersburg zu rechnen hat, sobald es sich um eine Kernfrage der russischen Politik handelt. Dass in der Liman-Angelegenheit England sofort auf die russische Seite getreten ist, hat dieses Bild unlieb vervollständigt.

Es scheint, dass solche Erfahrungen ihren Eindruck auf den Reichskanzler nicht verfehlt haben, denn seine gestrigen Ausführungen waren von der früheren Vertrauensseligkeit völlig frei, ja er bezeichnete rund heraus unsere auswärtige Lage als keine schöne.

Was England betrifft, so lauteten seine Ausführungen ungefähr dahin: Zu allen Zeiten habe die britische Macht immer gegen die stärkste Macht auf dem Kontinent gestanden. Zuerst gegen Spanien, dann gegen Frankreich, später gegen Russland, jetzt gegen Deutschland. England wolle keinen Krieg. Er — der Reichskanzler — wisse bestimmt, dass die englische Regierung in Paris wiederholt erklärt habe, dass sie keine provokatorische Politik und keinen vom Zaune gebrochenen Krieg gegen Deutschland mitmache. Aber das hindere nicht, dass, wenn es zum Kriege käme, wir England nicht auf unserer Seite finden würden. Ob, fuhr der Reichskanzler fort, nicht von seinem Vorgänger versäumt worden sei, sich mit England seinerzeit zu verständigen, wolle er dahingestellt lassen. England habe sich — das stehe fest — angeboten, aber er glaube noch immer, dass die englische Freundschaft auch damals nur um den Preis zu erlangen gewesen wäre, dass Deutschland keine starke Kriegsflotte baue. Ob uns dieser Verzicht möglich gewesen wäre, darüber sei es heute müssig zu sprechen.

Ich erwiderte, dass, wenn England wirklich die Erhaltung des Weltfriedens wolle, es nicht mit Frankreich und Russland, sondern mit uns gehen müsste. Die platonischen Verwarnungen vor einem Aggressivkriege hätten keinen Wert, wenn bei den Ententemächten das Vertrauen auf Unterstützung wach erhalten würde. Solche Gerüchte, wie dass eine Kooperation der russischen mit der englischen Flotte für den Kriegsfall vereinbart werden solle, seien, wenn sie unwidersprochen bleiben, durchaus geeignet, den kriegerisch gesinnten Elementen den Rücken zu stärken. Wenn es zum Kriege komme, so würde England die Schuld daran tragen. Der Reichskanzler gab dies bis zu einem gewissen Grade zu.

Ich bemerkte dann weiter, dass bei dem Rüstungsfieber in Russland und Frankreich und vor allem bei der teils auf Unverstand, teils

auf Gewissenlosigkeit beruhenden Presshetze in allen Ländern es über kurz zum Kriege kommen müsste, wenn irgendwo ein Mann erstünde, der die Verantwortung auf sich nehmen wollte, zuerst das Schwert zu ziehen.

Der Reichskanzler pflichtete dem mit dem Hinzufügen bei, dass zu allem anderen der moderne Krieg das Rätsel aufgeben würde, wie man die Bevölkerung in Kriegszeiten ernähre. So rasch wie der Krieg von 1870 werde bei der Verwendung der Millionenheere der künftige Kampf sich nicht abspielen. Von Frankreich drohe kaum die Gefahr. Man werde trotz der Beschlüsse von Paris die dreijährige Dienstzeit durchführen. Aber den Krieg wolle man in Frankreich nicht. Russland sei gefährlicher. Dort könne der Slaventaumel die Köpfe so verdrehen, dass Russland eines Tages Dummheiten macht.

Die Unterredung kam dann auf den von vielen Militärs geforderten Präventivkrieg. Ich sprach die Ansicht aus, dass für diesen der rechte Augenblick schon versäumt sei. Der Reichskanzler bestätigte dies, indem er die militärische Lage im Jahre 1905 als diejenige bezeichnete, die für uns die grössten Chancen geboten hätte. Aber der Kaiser habe keinen Präventivkrieg geführt und werde keinen führen. Es gebe aber Kreise im Reich, die von einem Krieg eine Gesundung der inneren Verhältnisse in Deutschland erwarten, und zwar im konservativen Sinne. Er — der Reichskanzler — denke aber, dass ganz im Gegenteil ein Weltkrieg mit seinen gar nicht zu übersehenden Folgen die Macht der Sozialdemokratie, weil sie den Frieden predigt, gewaltig steigern und manche Throne stürzen könnte.

Der Reichskanzler kam dann auf Rüstungsfragen, insbesonders die strategischen Bahnen zu sprechen und wiederholte, was mir schon Minister Breitenbach vor einigen Tagen gesagt hatte. Danach stellt sich auf Grund der letzten Forderungen des Generalstabs der Kostenvoranschlag auf 700 Millionen. Es handelt sich nicht allein um neue Aufmarschlinien an der Ost- und Westgrenze, darunter eine sehr kostspielige moselaufwärts, sondern um Rochadelinien durch das ganze Reich, die es ermöglichen sollen, jedes einzelne Korps von West nach Ost und umgekehrt rasch zu befördern. Preussen hat bereits mit dem Bau begonnen, ohne die parlamentarische Genehmigung abzuwarten und ohne mit dem Reich sich über eine Kostenteilung verständigt zu haben. Verhandlungen hierüber sind im Zuge. Minister Breitenbach sagte mir noch, dass er nicht kleinlich sein wolle und bereit sei, eine sehr hohe Pauschsumme zu übernehmen. Die ganzen Kosten könne aber auch Preussen nicht tragen.

[Es folgen kurze Mitteilungen über innenpolitische Gegenstände.]

In getreuer Verehrung und mit vielen Grüssen

Lerchenfeld

Nr. 2

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 356 Berlin, den 29. Juni 1914

Das furchtbare Ereignis in Serajewo ist zuerst durch eine Meldung des dortigen deutschen Konsulats hier bekannt geworden.

Ich habe gestern und heute mit dem Botschafter Grafen Szögyeny und einigen Herrn die möglichen Folgen des Ereignisses besprochen. Man war der Ansicht, dass abzuwarten sein wird, ob die Erhebungen in Serajewo Fäden zu Tage fördern, die nach Belgrad reichen, und wenn dies der Fall sein sollte, welche Kreise in Serbien an einer Verschwörung beteiligt gewesen sind. Sollten sich dabei für die der Regierung nahestehenden Kreise belastende Momente feststellen lassen, so könnte eine Spannung zwischen Serbien und Österreich-Ungarn eintreten, die auf die ganzen Balkanverhältnisse eine bedenkliche Wirkung haben müsste.

In Österreich-Ungarn selbst sollte der Tod des Thronfolgers zunächst nichts ändern. Aber sein Einfluss, namentlich in Personalfragen, war doch in den letzten Jahren ein so ausschlaggebender gewesen, dass man das Fehlen dieses Einflusses bald überall fühlen dürfte.

Dass die Politik des Grafen Berchtold manchen Gegner in Österreich hat und dass sie auch im hiesigen Auswärtigen Amt nicht günstig beurteilt wird, ist Euer Exzellenz bekannt. Graf Berchtold ist aber der Mann des Thronfolgers gewesen, und es könnte darum wohl geschehen, dass der Graf, seiner stärksten Stütze beraubt, über kurz oder lang zurücktritt. Ebenso könnte geschehen, dass eine andere Schöpfung des Erzherzogs, Graf Czernin in Bukarest, der nach hiesiger Überzeugung unglücklich dort amtiert, einer gewandteren Persönlichkeit Platz macht.

Erzherzog Franz Ferdinand war kein Freund der Ungarn, und es ist ihm zuzuschreiben, dass mit der seit den sechziger Jahren bestehenden Tradition gebrochen wird, wonach ein Ungar den Gesandten- und Botschafter-Posten in Berlin bekleidet hat. Es hat auch der ganzen Überredungskunst des Erzherzogs bedurft, von S. M. dem Kaiser Wilhelm, der den Grafen Szögyeny sehr geschätzt hat und dem Prinzen Hohenlohe nicht sehr geneigt scheint, die Zustimmung zu dem bevorstehenden raschen Wechsel zu erhalten.

Man kann also darauf gefasst sein, dass mit anderen Männern auch eine andere Richtung der Politik Österreich-Ungarns sich anbahnen wird, die hoffentlich bessere Erfolge als die bisherige erzielt. In zwei Beziehungen wird allerdings der Hingang des Erzherzog-Thronfolgers eine schwere Lücke zurücklassen. Einmal wird sein Einfluss auf die österreichisch-ungarische Armee fehlen und dann

wird das von Jahr zu Jahr intimere Verhältnis zwischen Kaiser Wilhelm und dem österreich-ungarischen Thronfolger oft vermisst werden, wenn es sich darum handeln wird, Gegensätze zwischen dem alliierten Deutschland und Österreich-Ungarn auszugleichen.

Ich habe versucht, über die Lage in Albanien und Mexiko einiges zu erfahren. Nach den Aufschlüssen, die ich im Auswärtigen Amt erhielt, sind aber die Zustände in beiden Ländern noch so verworren, dass sich nichts vorhersagen lässt.

Über die Lage in Albanien scheint nur so viel zu sagen zu sein, dass die Aufständigen sich scheuen, Durazzo ernsthaft anzugreifen, weil sie fürchten, unter das Feuer der Schiffskanonen zu geraten. Im Lande selbst geht aber alles drunter und drüber. Der Gedanke, falls der Fürst Wilhelm sich nicht halten könnte, ihn durch den ägyptischen Prinzen Fuad zu ersetzen, ist ganz aufgegeben, weil die Balkanstaaten, an der Spitze Serbien, erklären, sie hätten nicht den Kampf gegen die Türkei unternommen, um jetzt ein neues mohammedanisches Fürstentum entstehen zu lassen. Über den österreichungarischen Vorschlag, den englischen Oberst Philipps als Befehlshaber der internationalen Truppen in Skutari eine Miliz bilden zu lassen, wird zwischen den Mächten nicht mehr gesprochen. Er scheint aufgegeben. Was aber geschehen soll, wenn Fürst Wilhelm beseitigt wird oder zurücktritt, ist eine offene Frage. Wie mir im Auswärtigen Amte gesagt wird, herrscht bei allen Mächten eine entschiedene Abneigung, dem „Was dann" irgendwie näherzutreten. Soll zunächst die europäische Kontrollkommission die Regierung übernehmen, soll ein neuer Fürst gesucht werden, darüber müssten die Mächte sich klar werden. Sie lehnen dies aber ab und so dauern Kampf und Aufstand einstweilen fort.

Aus Mexiko ist die Nachricht gekommen, dass Tepik, wo die bedeutendsten deutschen Interessen sind, zurzeit nicht bedroht ist. In der Hauptstadt würden alle fremden und alle besseren mexikanischen Elemente dringend die Besetzung der Stadt durch die Amerikaner wünschen, um vor Raub und Plünderung durch die Aufständischen geschützt zu werden. Amerika scheint aber nicht daran zu denken, überlässt vielmehr das Land seinem Schicksal. Die Verhandlungen in Niagara scheinen wenig Zweck zu haben, da die Generäle Caranza und Villa ihre eigenen Zwecke verfolgen und einer Konsolidierung der Verhältnisse unter einem anderen Präsidenten ebensowenig geneigt sind wie der unter Huerta.

Lerchenfeld

Nr. 3

Der Gesandte in Wien an den König

Bericht 236/XV Wien, den 30. Juni 1914

Angekommen 1. 7. 14.

Das Attentat in Serajewo, welches am Sonntag vormittag dem Erzherzog-Thronfolger und seiner Gemahlin das Leben raubte, wurde im Laufe des Nachmittags bekannt und hat allenthalben Entsetzen und Empörung hervorgerufen.

Nach Ischl gelangte die Trauerbotschaft gegen 1 Uhr und wurde dem Kaiser durch den Generaladjutanten Grafen Paar übermittelt. Seine Majestät hörten die Meldung gefasst an, bestimmten sofort für den folgenden Tag die Rückkehr nach Wien und wünschten das Diner allein einzunehmen. Der Nachmittag verging mit der gewohnten Arbeit, nach wohldurchschlafener Nacht wurde die Reise nach Schönbrunn unternommen und seit gestern Mittag weilt der Kaiser dortselbst, wo er Audienzen erteilt und die notwendigen Anordnungen trifft.

[Folgt eine Schilderung des Hergangs des Überfalls.]

Die Planmässigkeit der Attentate ist offenkundig, die Verbrecher, in deren Besitz sich grössere Geldbeträge fanden, sind bosnische Serben, die in letzterer Zeit in Belgrad weilten, woher sie auch die Bomben erhielten; sie gestehen, auf Verabredung gehandelt zu haben. Der Anschlag ist also zweifellos eine Frucht der seit Jahren von Belgrad her betriebenen Verhetzung der Serben der Monarchie und zeugt von der Tiefe des Hasses der Serben des Königreichs gegen Österreich-Ungarn. Erzherzog Franz Ferdinand fällt als Hindernis der Durchführung der grossserbischen Idee und als Gegner überwiegend russischen Einflusses auf dem Balkan.

So ergreifend und bedauernswert der gemeinsame Tod des in Liebe verbundenen hohen Paares und die doppelte Verwaisung der erzherzoglichen Kinder ist, so wird dieses Drama noch weit übertroffen durch die schmerzliche Erkenntnis der trostlosen politischen Zustände, welche dieses Attentat gezeitigt haben. Die Monarchie ist schwer krank, die seit Jahren in der auswärtigen und inneren Politik begangenen Fehler rächen sich. Der Hass der Serben, der unter den Obrenowitsch nicht bestand, ist fast systematisch gezüchtet worden; das selbstsüchtige Agrariertum hat ihn gepflanzt, die Ausbeutung seitens der österreichischen Industrie hat ihn entwickelt und die hochmütige Politik des Ballplatzes hat ihn gross werden lassen. Im Innern zeigte sich die Regierung den Slaven gegenüber immer schwach, den Slaven war alles erlaubt, überall mussten ihnen die Deutschen und Italiener weichen. Die Weiterentwicklung der Zustände, als deren Symptom das Attentat angesehen werden muss, ist unberechenbar.

Mit Erzherzog Franz Ferdinand tritt eine Persönlichkeit vom Schauplatz der Monarchie und Europas ab, die bereits im Thronfolger-Stadium eine ungewöhnlich markante war. Für das verbündete Deutschland waren seine Freundschaft mit Kaiser Wilhelm und sein warmes Interesse für Herr und Marine, überhaupt für die Schlagfertigkeit der Monarchie, wertvolle Faktoren; gefahrdrohend war seine Abneigung gegen Ungarn und seine tiefgewurzelte Feindseligkeit gegen das Königreich Italien. Das temperamentvolle Eintreten für seine Pläne hat dem Kaiser und den Ministern viele schwere Stunden bereitet, diejenigen, die sich seinen Absichten widersetzten, hat er mit unerbittlicher Heftigkeit verfolgt. Seine Ehe mit Comtesse Chotek brachte viele Schwierigkeiten mit sich und würde nach der Thronbesteigung noch grössere verursacht haben. Dies alles bewirkt, dass sich vielfach ein Gefühl der Erleichterung geltend macht und dass die Teilnahme, die sich ja überall bekundet, mehr der schrecklichen Todesart als den Persönlichkeiten, deren Unbeliebtheit beim Volke durch übertriebene Sparsamkeit erhöht wurde, gilt.

Um dem Kaiser, den die Trauerbotschaft am Tage nach dem Eintreffen in Ischl erreichte, die baldige Rückkehr dorthin zu gestatten und um ihn vor Ermüdung zu bewahren, ist die Beisetzung baldmöglichst anberaumt und die Beteiligung auswärtiger Fürstlichkeiten dankend abgelehnt worden, nur Kaiser Wilhelm wird es sich nicht nehmen lassen, dem Freunde, dessen Gast er noch vor kurzem in Konopischt gewesen ist, die letzte Ehre zu erweisen. Er wird voraussichtlich am Freitag gegen Mittag eintreffen und alsbald nach der Einsegnung in der Hofburgpfarrkirche wieder abreisen.

Die Rückkehr des Kaisers Franz Joseph nach Ischl ist für Sonntag in Aussicht genommen.

Tucher

Nr. 4

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 364 — Berlin, den 2. Juli 1914

S. M. der Kaiser hat die Reise zur Beerdigung nach Wien aufgegeben, wie offiziell gesagt werden wird, wegen eines kleinen Unwohlseins. Nach meinen Informationen ist aber der wirkliche Grund, dass man, um den Kaiser Franz Joseph zu schonen, den Kaiser Wilhelm gebeten hat, von dem Besuche Umgang zu nehmen. Warum man in Wien nach Ablehnung aller anderen hohen Besuche nicht auch gleich den Besuch des Kaisers abgelehnt, sondern noch alle Einzelheiten der Reise vereinbart hat, entzieht sich meiner Kenntnis.

Die gestrige Alarmnachricht, derzufolge Österreich-Ungarn die Führung der Untersuchung in Serbien für sich in Anspruch genommen und Serbien diese Einmischung abgelehnt hätte, ist inzwischen dementiert worden. Im hiesigen Auswärtigen Amt hofft man auch, dass Serbien jetzt nichts unterlassen werde, um an dem Komplott schuldige Personen zur Rechenschaft zu ziehen. Unterstaatssekretär Zimmermann hat auch zunächst den hiesigen serbischen Geschäftsträger ernstlich auf die Folgen hingewiesen, zu denen ein Versagen Serbiens in dieser Hinsicht führen könnte, und hat ferner dem hiesigen russischen Botschafter nahegelegt, seine Regierung zu bestimmen, in Belgrad die gleiche Sprache zu führen. Herr Zimmermann hat, wie er mir mitgeteilt hat, diesen Rat damit begründet, dass bei der Entrüstung, welche die Tat von Serajewo in Österreich-Ungarn erzeugt habe, man nicht wissen könne, was geschieht, wenn die serbische Regierung ihre Pflicht nicht erfülle. Dass aber ein Konflikt zwischen Serbien und Österreich-Ungarn sofort Bulgarien gegen Griechenland in Bewegung setzen und in seinen weiteren Folgen gar nicht zu übersehen sein würde, dies brauche er dem Botschafter nicht auszuführen und das lasse ihn — Zimmermann — hoffen, dass die von dem Wunsche, den Weltfrieden zu erhalten, geleitete russische Regierung bereit sein werde, ihre Stimme in Belgrad im Sinne eines loyalen entgegenkommenden Verhaltens hören zu lassen.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 5

Der Gesandte in Wien an den König

Bericht 240/XVI — Wien, den 2. Juli 1914

Angekommen 4. 7. 14.

Die von Serajewo nach Wien zurückgekehrten Persönlichkeiten, welche Zeugen der Bluttat vom letzten Sonntag waren, ergänzen die bereits bekannten Tatsachen. Nachdem das erste Attentat sein Ziel verfehlt, habe man allgemein das Gefühl gehabt, dass Gefahr von allen Seiten drohe; in der Tat haben sich noch mehrere Bomben vorgefunden und sind viele verdächtige Individuen verhaftet worden. Trotz aller Vorstellungen habe sich der Erzherzog von der Fortsetzung der Fahrt nicht abhalten lassen.

In der hiesigen Presse wird die bosnische Regierung heftig wegen ungenügender Vorsichtsmassregeln angegriffen, dagegen wehrt sich die Behörde durch Bekanntgabe der getroffenen Anordnungen. Für einen Ort, der von Agitationen so unterminiert ist und für eine solche Veranlassung war die Polizei jedenfalls zu schwach dotiert, umsomehr, als die Garnison am Sonntag von dem Manöverterrain noch nicht zurückgekehrt war.

Das gemeinsame Finanzministerium lehnt die Verantwortung ab, da die Veranstaltung eine militärische war und die Anordnungen nur von dem Armeeinspektor und Landeschef Generalfeldzeugmeister Potiorek ausgingen. Dieser soll sich wiederum dahin geäussert haben, dass er in Wien seit Monaten auf die zunehmende grossserbische Agitation hingewiesen und vor deren Folgen gewarnt habe; energisches Auftreten gegen die Bewegung sei ihm nicht gestattet worden.

Die Propaganda antiösterreichischer Gesinnung in Bosnien und der Herzegowina hat es vornehmlich auf die Mittelschüler abgesehen, wie auch Vorfälle aus der jüngsten Zeit in Serajewo und Mostar beweisen. Der augenfällige Zweck der Agitation ist, die Ruhe in Bosnien dauernd zu stören und die friedliche Entwicklung des Landes zu hindern. Die von Serbien herüberkommenden Wühlereien waren einer der Beweggründe der Annexion. Sie wurden nach derselben noch leidenschaftlicher fortgesetzt und werden andauern, bis Bosnien zu Grossserbien gehört — wenn sie nicht vorher mit Blut und Eisen ausgemerzt werden.

Es ist höchst bezeichnend, dass gerade jetzt in der französischen Presse das Gerücht eines geplanten engeren Zusammenschlusses Serbiens und Montenegros auftaucht. Dass serbischerseits dieser Plan besteht, wird hier nicht bezweifelt; man hat angenommen, dass nach dem Tode des Königs Nikita an dessen Ausführung herangetreten werde. Die Attentate vom Sonntag haben gezeigt, wie weit die grossserbische Propaganda fortgeschritten ist. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass die Monarchie sich schon früher vor die Frage gestellt sehen wird, ob sie den Entscheidungskampf gegen die grossserbische Umklammerung führen oder durch Kompromisse eine Liquidation maskieren will.

Der hingemordete Erzherzog hätte sich bei aller Vorsicht und persönlicher Friedfertigkeit für ersteres entschieden, das wusste man in Belgrad und Moskau, daher musste er fallen.

Tucher

Nr. 6

Der Gesandte in Wien an den König

Bericht 242/XVII — Wien, den 3. Juli 1914

Angekommen 4. 7. 14.

Die irdischen Überreste des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin sind gestern abend 10 Uhr programmässig vom Südbahnhof am Belvedere vorbei über den Ring in die Hofburg verbracht worden; der Zug war kurz, ohne grössere militärische Begleitung, ohne Gepränge, ohne Trauermusik.

Trotzdem drängte sich auf dem ganzen Wege ein grosser Menschenstrom zu dem düstern Schauspiel; während hier tiefer Ernst herrschte, johlte eine zahlreiche Volksmenge vor dem vom serbischen Gesandten bewohnten Hause in der Paulanergasse und verlangte mit Ungestüm die Entfernung der zum Zeichen der Trauer gehissten Trikolore. Diese Demonstrationen finden allabendlich statt und werden auch für heute abend erwartet.

Die Erregung gegen Serbien ist eine tiefgehende und ruft an vielen Orten, wo Serben wohnen, insbesondere in Kroatien und Bosnien, Ausschreitungen hervor, die, wenn auch entschuldbar, so doch wegen der Rückwirkung auf die Stimmung in Serbien sehr zu bedauern sind; die Sprache der dortigen Presse ist ohnehin grossenteils eine unfreundliche und gereizte. Die offiziellen Organe bezeichnen das Attentat als ein Werk einzelner Überspannter und sprechen ihre Verwunderung darüber aus, dass die öffentliche Meinung in der Monarchie Serbien für die Verbrechen mitverantwortlich macht, weil alle Spuren nach Serbien führen, von wo die Mordwerkzeuge, die Geldmittel und die Inspiration geholt worden sind. Am Schlusse eines offiziösen Artikels im Pester Lloyd wird ausgesprochen, „dass wenn die Untersuchung Beweise liefern sollte, dass auf serbischem Territorium die Leute leben, die die Mordgesellen geschult, gedungen, bezahlt und entsendet haben, der Zeitpunkt gekommen sein werde, um der serbischen Regierung gegenüber mit dem Ansinnen aufzutreten, diesen verbrecherischen Umtrieben mit rücksichtsloser Strenge ein Ziel zu setzen und Bürgschaften dafür zu geben, dass der niederträchtige Unfug ein für alle Mal eingestellt werde".

Die Einsegnung in der Hofburgpfarrkirche hat in Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers und sämtlicher Mitglieder des Erzhauses unter der Beteiligung mehrerer Kardinäle, des Hofes, der Staatswürdenträger und offiziellen Persönlichkeiten, soweit es der so beschränkte Raum zuliess, stattgefunden. Seine Majestät und die Fürstlichkeiten nahmen in den Hoforatorien Platz; der Kaiser blickte fast unverwandt auf die beiden Särge; die Feierlichkeit dauerte kaum eine Viertelstunde; die Temperatur in der Kirche war sehr hoch, so dass zu verwundern ist, dass keine Unfälle vorkamen. Die meisten Missionschefs vertraten ihre Souveräne, darunter auch der serbische Gesandte.

Das Fernbleiben des Deutschen Kaisers wird seit dem Bekanntwerden gestern nachmittag in der Öffentlichkeit lebhaft erörtert. Das Gerücht, dass Rücksichten auf die persönliche Sicherheit des hohen Gastes mitgesprochen hätten, wird heute nachmittag dementiert, so bleibt nur der offizielle Grund: Hexenschuss.

Heute abend 10 Uhr erfolgt die Überführung der Leichen nach Schloss Artstetten, wo morgen vormittag in Gegenwart der nächsten beiderseitigen Verwandten die Beisetzung in der neuerbauten Familiengruft stattfindet. Die Gruft wird sich also morgen, am letzten Tage der Woche, an deren erstem die Mordschüsse gefallen, über den

Opfern schliessen, die Folgen der Zustände aber, welche die Untat gezeitigt haben, werden sich erst nach und nach einstellen — sie sind unberechenbar.

Tucher

Nr 7

Der Gesandte in Wien an den König

Bericht 247/XVIII Wien, den 6. Juli 1914

Angekommen 8. 7. 14.

Die Leichen des so schrecklich hingemordeten Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin sind zur letzten Ruhe bestattet, aber die durch das entsetzliche Drama erregten Gemüter fahren fort, ihren Unwillen zu äussern, und zwar in verschiedenen Richtungen.

Im Offizierskorps herrscht Unzufriedenheit, weil dem „General inspektor der gesamten bewaffneten Macht" in der Hauptstadt Wien nicht die üblichen militärischen Ehren erwiesen wurden, die Aristokratie findet gleichfalls, dass die Veranstaltungen ein dem hohen Range des Thronfolgers entsprechendes Gepränge vermissen liessen, und im Volke, das die Entfaltung grossen Pompes liebt, macht sich Enttäuschung Luft. Der ostentative Anschluss einer grossen Anzahl Mitglieder des Adels an den Leichenkondukt auf dem Wege von der Hofburg zum Westbahnhof sollte der Missstimmung Ausdruck geben. Der Tadel an den Anordnungen des Leichenbegängnisses wird unterstützt und verbreitet durch die dem ehemaligen Thronfolger nahestehende Presse, die auch die Erwartung einer den üblichen Rahmen überschreitenden Leichenfeier genährt hatte. Die Hofstellen verteidigen sich gegen diese Anklagen mit dem Hinweis auf das althergebrachte spanische Zeremoniell und auf die Vorgänge bei der Beisetzung der Kaiserin Elisabeth und des Kronprinzen Rudolf.

Weit ernster sind die Vorwürfe aufzufassen, die in der Presse und in politischen Kreisen gegen die Persönlichkeiten erhoben werden, welche bisher die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina leiteten. Trotz der offenkundigen Tendenz der Serben im Königreiche, ihre Konnationalen in Bosnien mit grossserbischen Ideen zu erfüllen, sie zu Bedrückten und der Erlösung Entgegenharrenden zu stempeln und so die Losreissung Bosniens vorzubereiten, wurde, als diese Propaganda auch nach der Annexion andauerte, eine Politik der Serbenbegünstigung gewählt: Die bosnischen Serben sollten durch Entgegenkommen gewonnen und durch Heranziehen zu öffentlichen Stellen und Ämtern verpflichtet werden. Dies Bestreben veranlasste die Entlassung alter, erprobter, meist deutscher Beamter, die Anstellung grossserbischer Parteigänger und die Belohnung versteckter Feinde der Monarchie durch Orden und Auszeichnungen. Die Regie-

rung wollte die Anklage, dass die Serben in Bosnien bedrückt werden, Lügen strafen, statt dessen hat sie der grossserbischen Propaganda die Wege geebnet; ihr Entgegenkommen wurde als Schwäche ausgelegt und bestärkte den Glauben, dass die Monarchie morsch sei und nach der Türkei mit ihr abgerechnet werden könne.

Der serbophile Kurs, von Burian eingeschlagen, wurde von Bilinski noch vertieft und erweitert. Die Serben konnten sich alles erlauben; im Rücken die fanatisierten Grossserben im Königreich, im Lande eine nachgiebige Regierung — was Wunder, dass die Propaganda riesige Fortschritte machte und einen grossen Teil der serbischen Bevölkerung ergriff. Das Attentat vom 28. Juni hat den Schleier von den beschönigenden Berichten weggerissen und den Abgrund der planmässigen Vorbereitung der Losreissung Bosniens aufgedeckt. Die öffentliche Meinung fordert einstimmig die Abkehr vom serbophilen Kurs.

Es wird hier zurzeit hin und her überlegt, was zu machen ist. Die Träger der bisherigen Richtung sind begreiflicherweise gefährdet, vielleicht werden sie abberufen und durch Männer ersetzt, welche die Dinge sehen, wie sie sind und darnach handeln.

Eine wirksame Bekämpfung der grossserbischen Agitation ist nur zu führen mit äusserster Strenge und rücksichtsloser Gewalt. In Serbien wird man toben, wenn Österreich-Ungarn zu dem Mittel greift, das es längst hätte anwenden sollen, doch dort, wo man den Spiess bereits umgekehrt hat und über die Verfolgung der Brüder zetert, klagt man die Monarchie unter allen Umständen, auch unter den die Serben begünstigenden, der Gewalttätigkeit an. Wenn Österreich im eigenen Lande mit Recht und Gerechtigkeit Ordnung macht, sollten die Verdächtigungen Serbiens in Europa kein Gehör finden, zumal da es selbst in den neuerworbenen Gebieten mit Ausrottung arbeitet.

Es wird auch davon gesprochen, aus den Attentaten einen Kriegsfall zu konstruieren und früher Versäumtes nachzuholen, da mit den Serben nicht anders fertig zu werden ist. Dazu liegt heute noch kein genügender Grund vor. Erst wenn Serbien sich weigern sollte, die Forderungen, welche je nach den Ergebnissen der Untersuchung in Serajewo von Österreich-Ungarn gestellt werden, zu erfüllen, zum Beispiel Auflösung der Narodna Odbrana und anderer grossserbischer Vereine, Bestrafung der Anstifter und Mitschuldigen der Attentate und dergleichen, könnte man an Gewaltmassregeln gegen Serbien denken. Es ist sicher, dass sich Kaiser Franz Joseph nur unter dem Drucke zwingender Umstände zu Schritten entschliessen wird, in deren Gefolge ein europäischer Krieg entbrennen kann.

Skeptiker, die Land und Leute kennen, glauben, dass so gut wie nichts geschehen wird und höchstens nach einer Anstandsfrist einige Personalveränderungen verfügt werden.

Tucher

Nr. 8

Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 373 Berlin, den 9. Juli 1914

Hochgeborener Graf!

Gestern suchte ich gegen Abend den Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes auf, um mich ihm als Geschäftsträger vorzustellen. Bei dieser Gelegenheit frug ich ihn nach der Richtigkeit einer Meldung der gestrigen „B. Z. am Mittag", wonach „neuerdings Verhandlungen schweben sollen zwecks Abkommandierung einer grösseren Anzahl deutscher Offiziere als Militärinstrukteure nach China". Herr Zimmermann bezeichnete mir die Meldung in dieser Form als „sehr verfrüht". Richtig sei jedoch, dass er persönlich sich schon lange mit dem Gedanken trage, Deutschland solle eine Militärmission nach China entsenden, die ähnlich zu organisieren wäre, wie die Mission des Generals v. Liman. Bei gelegentlicher Fühlungnahme mit chinesischen Staatsmännern habe der Unterstaatssekretär ein sehr geneigtes Ohr für seine Idee gefunden, nur fehle es noch an den nötigen finanziellen Mitteln, um den Plan schon jetzt zur Ausführung zu bringen. Es würden wohl noch 2 bis 3 Jahre bis zu seiner Verwirklichung vergehen; doch werde die Angelegenheit vom Auswärtigen Amt standig im Auge behalten werden.

Ich ersuchte den Unterstaatssekretär, die K. Regierung seinerzeit so rechtzeitig von der bevorstehenden Entsendung der Mission zu benachrichtigen, dass auch bayerischen Offizieren die Möglichkeit gegeben werden kann, sich zur Teilnahme an der Mission, die doch wohl als „deutsche" bezeichnet würde, zu melden. Herr Zimmermann sicherte mir dies bestimmt zu und teilte mir dann *ganz vertraulich*, aber mit der Ermächtigung E. E. hiervon Meldung zu machen, mit, dass sogar an einen bayerischen Offizier als Leiter der Mission gedacht werde, nämlich an den K. Generalleutnant Grafen Max Montgelas. Er — Zimmermann — halte den Grafen wegen seiner persönlichen Qualitäten und auf Grund seiner in Ostasien gemachten Erfahrungen für besonders geeignet für diesen Posten. Er habe auch schon in diesem Sinne mit dem im Amte tätigen Bruder des Grafen Fühlung genommen und glaube, dass der General unter Umständen nicht abgeneigt sein werde, die ihm zugedachte Stelle anzunehmen.

Die in den letzten Tagen stattgefundenen Ministerbesprechungen in Wien haben sich, wie das Auswärtige Amt erfahren hat, nur mit innerpolitischen, auf Bosnien und die Herzegowina bezüglichen Angelegenheiten befasst. Die Frage, ob und in welcher Weise Österreich etwa gegen Serbien vorzugehen gedenkt, falls die Untersuchung des Attentats eine Kompromittierung der dortigen offiziellen Kreise

zutage fördern sollte, ist bei den Besprechungen nicht berührt worden und harrt noch ihrer Lösung. Unterstaatssekretär Zimmermann würde den gegenwärtigen Zeitpunkt für Österreich als sehr günstig ansehen, um, wie er sich ausdrückte, einen „Rachezug“ gegen den südlichen Nachbarn zu unternehmen und glaubt bestimmt, es würde gelingen, den Krieg zu lokalisieren. Er zweifelt aber daran, dass man sich in Wien hierzu entschliessen wird.

Von Berlin aus wird man der Wiener Regierung, falls sie eine diesbezügliche Anfrage stellen sollte, keinesfalls abraten, mit allen Mitteln gegen Serbien vorzugehen, wird ihr vielmehr bedeuten, dass Österreich, möge kommen was wolle, den Bundesgenossen auf seiner Seite sehen werde. Man wird es aber auch vermeiden, Österreich gegenüber in dieser Beziehung die Initiative zu ergreifen. Den Vertretern der anderen Mächte gegenüber hat das Auswärtige Amt betont, dass es die Lage ohne jede Nervosität ansehe, und hat zum Beweis hiefür darauf hingewiesen, dass andernfalls S. M. der Kaiser es unterlassen hätten, die Nordlandsreise anzutreten, dass dann der Reichskanzler nicht nach Hohenfinow, der Chef des Generalstabes nicht in Urlaub gefahren wäre.

In Albanien haben sich die Dinge seit dem letzten Bericht des K. Gesandten über die dortigen Verhältnisse nicht geändert. Die Berichte des Herrn v. Lucius lauten nach wie vor so schlecht, dass das Auswärtige Amt die Lage des Fürsten für vollständig verzweifelt ansieht.

Der Frage, was geschehen soll, wenn Fürst Wilhelm zur Abdankung gezwungen wird, sind die Mächte bis jetzt immer noch ängstlich aus dem Wege gegangen. Nach der Ansicht des Auswärtigen Amtes wird nichts anderes übrig bleiben, als zunächst der Internationalen Kontrollkommission die Regierung des unglücklichen Landes zu übergeben und dann nach einem neuen Fürsten Umschau zu halten.

Über den nunmehr vollzogenen Abschluss der bulgarischen Anleihe, der seit gestern der Sobranje zur Genehmigung vorliegt, äusserte sich Herr Zimmermann sehr befriedigt; der Inhalt des Vertrags ist in dem hier ganz gehorsamst beigefügten Artikel in Nr. 773 der Kölnischen Zeitung richtig wiedergegeben.

Schoen

Nr. 9

Der Gesandte in Wien an den König

Bericht 251/XIX Wien, den 10. Juli 1914

Angekommen 11. 7. 14.

Über den Verlauf des gemeinsamen Ministerrates am 7. ds. wird das tiefste Schweigen beobachtet.[1]

Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich unter dem Siegel der Verschwiegenheit, dass alle Teilnehmer darüber übereinstimmten, die bisherige Regierungsmethode in Bosnien und der Herzegowina sei ein Irrtum gewesen; sie basierte auf der Annahme, dass das serbische Element, das 4/9 der Bevölkerung ausmacht, für eine loyale Teilnahme an der konstitutionellen Regierung des Landes zu gewinnen sei, während es sich jetzt in erschreckender Weise gezeigt habe, dass die Serben mit wenigen Ausnahmen der grossserbischen Richtung ergeben seien. Da die Fäden dieser Richtung nach dem Königreich Serbien laufen und die Propaganda im eigenen Lande nicht ausgerottet werden könne, ohne dass auch der Ursprung zerstört werde, und da ferner die Vorbereitung der Attentate in Serajewo nach Serbien weise, sei eine Demarche in Belgrad zu machen, welche volle Garantie gegen die Weiterzüchtung der grossserbischen Ideen biete.

Bis hierher reichte die Einstimmigkeit. Die Majorität im Ministerrate war der Ansicht, dass diese Garantie nur mit Gewalt zu errreichen und daher die Demarche so durchzuführen sei, dass ein verkleinertes Serbien daraus hervorgehe; dabei müsse sich Österreich-Ungarn jeder Gebietserweiterung enthalten, dagegen die anderen Balkanstaaten, Rumänien einbegriffen, sich auf Kosten Serbiens bereichern lassen. Für eine solche Strafexekution hofft man die Zustimmung Europas zu erhalten.

Die Minorität glaubte, sich mit den unerlässlichen Garantien auf diplomatischem Wege begnügen zu können und erst dann zu militärischen Mitteln raten zu sollen, wenn serbischerseits die diesseitigen Forderungen nicht volle Genüge fänden. Dieser Ansicht wurde entgegengestellt, dass der papierene Weg den unergründlichen Hass Serbiens nur noch vertiefe, ohne eine Gewähr für das Halten gegebener Versprechungen zu bieten.

Da die in Bosnien selbst vorzunehmenden Massregeln, wie stärkere Überwachung der Grenze, Reorganisation der Polizei, Reform des Schulwesens, Einführung strenger Zensur und dergleichen, von dem Verlauf und dem Charakter der Demarche in Belgrad abhängen, so wurden diese Punkte nur an zweiter Stelle besprochen.

---

[1]) Über diesen Ministerrat genaues bei Goos, das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges S. 50 ff.

Graf Berchtold, der dem Kaiser in Ischl gestern einen anderthalbstündigen Vortrag gehalten hat, ist abends nach Wien zurückgekehrt. Mein Gewährsmann glaubt annehmen zu dürfen, dass Seine Majestät sich mit dem Teil der Beschlüsse, die einstimmig gefasst wurden, einverstanden erklärt habe. Bis jetzt ist als einziges Resultat der Reise des Ministers ein von ihm angeordnetes Dementi bekannt geworden, wornach die Meldungen über den Verlauf und die Ergebnisse seiner Audienz beim Kaiser authentischer Grundlage entbehren.

Tucher

Nr. 10

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Telegramm — Wien, den 11. Juli 1914; 11^{20} vorm.
Angekommen: 1^{00} nachm.

Bin um strengste Geheimhaltung gestriger politischer Mitteilungen ersucht worden. Kaiser neigt den schärferen Massregeln zu und findet in Berlin Unterstützung.

Tucher

Nr. 11

Der Gesandte in Wien an den König

Bericht 254/XXI — Wien, den 14. Juli 1914
Angekommen 15. 7. 14.

Die Demarche der Österreichisch-Ungarischen Regierung in Belgrad hat sich etwas verzögert; zunächst hat man in Serajewo Aufschlüsse über die Ergebnisse der Untersuchung erholt, dann gilt es, einige Widerstände des Grafen Tisza, der den Weg friedlicher Beilegung offen gehalten wissen will, zu überwinden und sich über den Wortlaut der Note an die serbische Regierung zu einigen. Graf Berchtold möchte der serbischen Regierung solche Bedingungen stellen, die sie nicht annehmen kann, damit das Ergreifen von Gewaltmitteln erfolgen muss. Wenn der Inhalt der Note feststeht, muss sie noch dem Kaiser in Ischl vorgelegt werden — es wird darüber das Ende der Woche herankommen.

Die Kenntnis dieser folgenschweren Vorbereitungen ist nur auf wenige Eingeweihte beschränkt; die grosse Öffentlichkeit ahnt nicht, wie ernst sich die nächste Zukunft gestalten wird, es besteht nur

ein Gefühl der Unsicherheit, das von der Borse durch starke, anhaltende Rückgänge der Kurse markiert wird. Von vielen Seiten hört man die Vermutung aussprechen, dass die Sache mit dem Austausche einiger Noten werde abgetan werden; auch fremde Diplomaten nehmen dies an.

Die Haltung Deutschlands ist die gleiche wie während der ganzen Balkankrise: Österreich-Ungarn hat zu erkennen, was seine Lebensinteressen sind und zu entscheiden, wie und wann es dieselben zu verteidigen hat. Deutschland steht dem Bundesgenossen treu zur Seite und wird alle Konsequenzen aus dem Bündnisse ziehen.

Die Antwort der serbischen Regierung auf die österreichisch-ungarische Note hängt von den Ratschlägen Russlands ab. Es darf mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, dass die serbische Regierung, vorausgesetzt, dass sie noch Herr der Situation ist und nicht die Militärpartei, alle Forderungen Österreich-Ungarns annimmt. Dann würde es sich zeigen müssen, ob der Wille zur Zerstückelung Serbiens, wie er bei der Mehrheit des gemeinsamen Ministerrates besteht, ein unerschütterlicher ist. Man will es aber zu dieser zweiten Entscheidung gar nicht kommen lassen und der Note einen unannehmbaren Inhalt geben, damit man gezwungen sei, nach Zurückweisung derselben sofort die militärische Aktion zu beginnen. Dies soll der Gedankengang des Ministeriums des Äussern sein.

Während man hier fest entschlossen ist, sich zum Verteidigungskampfe gegen die slavische Umklammerung aufzuraffen, lässt die österreichische Regierung die Slaven in ihren deutschfeindlichen Vorstössen überall gewähren. Es ist eine alte Kampfmethode der Slaven, in deutschen Städten oder solchen mit vorherrschend deutscher Bevölkerung allerlei Feste zu veranstalten; die Regierung gestattet diese Feste unter einigen, von den Veranstaltern meistens nicht eingehaltenen Bedingungen und mobilisiert die Schutzmannschaft. Wenn die Deutschen gegen die Eroberungszüge der Slaven protestieren und sich den Eindringlingen entgegenstellen, werden die herausgeforderten Deutschen, die ihren Besitzstand verteidigen, von der Regierung und den Slaven als die Unruhestifter behandelt und gebrandmarkt.

An solchen Vorgängen sind die Sommersonntage von jeher reich, auch die letzten Sonntage haben den Deutschen aufreizende Exzesse in Brünn, Bilitz, Troppau und anderen Orten der Sprachgrenzen gebracht. Der Widerspruch der inneren und äusseren Politik war nie greifbarer.

Auch in Berlin liegen Nachrichten vor, dass die Rebellen in Albanien von Belgrad aus unterstützt werden. Man sieht, wie planmässig Serbien vorgeht und überall tätig ist, wo es gilt, die Pläne Österreich-Ungarns zu durchkreuzen. Der Wille, dieses Wespennest auszubrennen, ist nur zu begreiflich und doch — ich kann mir ein serbisches Polen nicht vorstellen.

Tucher

Nr. 12

Der Gesandte in Rom an den König

Bericht 211/XVII Rom, den 14. Juli 1914

Angekommen 17. 7. 14.

[Mitteilungen über das Befinden des erkrankten Herzogs von Aosta.]

Während meines Aufenthalts in Fiuggi hatte ich Gelegenheit, zu beobachten, wie der Minister des Äussern und der deutsche Botschafter fortgesetzt Erörterungen über die politische Lage, besonders über die albanische Frage pflegten.

Die italienische Regierung geht in dieser Frage noch immer im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen vor, es wird aber dem deutschen Botschafter immer schwerer, Italien an der Seite Österreichs zu halten, weil der Marchese San Giuliano hierin nicht die öffentliche Meinung Italiens für sich hat und ein italienischer Minister des Äussern nicht auf die Dauer eine Politik im Gegensatz zu derselben machen kann. Er scheint auch sich mit den Mächten der Triple-Entente gut stellen zu wollen, wofür ein Anzeichen ist das grosse Entgegenkommen, das Italien Frankreich gegenüber beim Abschluss des Vertrags bezüglich der Regelung der Verhältnisse der italienischen Kolonial-Untertanen in Tunis und der Tunisier in Libyen gezeigt hat.

Die Meldungen aus Albanien lauten immer dahin, dass die Insurgenten auf der Entfernung des Fürsten bestehen, dass dieser den Posten, auf den ihn Europa gestellt hat, nicht verlassen will, dafür aber von Europa auch Schutz verlangt. Darüber, ob und wie dieser Schutz zu gewähren ist, schweben noch die Verhandlungen.

Die albanische Frage ist noch schwieriger geworden durch die epirotische. Die Epiroten halten sich nicht an die Abmachungen von Corfu, gehorchen nicht ihrem Führer Zographos, der sich geberdet, als ob er sich an diese Abmachungen halte, und werden von Griechenland unterstützt, obwohl dies vom König und der Regierung auf das bestimmteste bestritten wird.

Die schwierigste Frage ist aber das Verhältnis Österreichs zu Serbien, das noch zu ernsten Verwicklungen führen kann.

Auf den 15. Juli ist in Italien der Reserve-Jahrgang von 1891 auf unbestimmte Zeit eingerufen worden; ausgenommen sind nur die Reservisten der Kavallerie unb der reitenden Artillerie. Diese Massregel erregt grosses Aufsehen und wird in Verbindung gebracht mit etwaigen äusseren Komplikationen. Die Regierung gibt als Begründung an, dass sie für etwaige Vorfälle im Innern gerüstet sein wolle; die zur Verfügung stehende Truppenzahl müsse vermehrt werden, weil ein grosser Teil der Truppen durch Übungen von den Garnisonen entfernt sei und die noch nicht völlig beendigten administrativen Wahlen die Entsendung von Truppen in viele Wahlbezirke notwendig machen.

[Mitteilungen über innerpolitische Vorgänge in Italien.]

v. d. Tann

Nr. 13

Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 386 Berlin, den 18. Juli 1914

[Siehe Teil A Seite 2 ff]

Nr. 14

Der Gesandte in Wien an den Minister des Äussern

Bericht 264 Wien, den 18. Juli 1914
Vertraulich!

Hochgeborener Graf,

Hochzuverehrender Herr Staatsminister!

Bezugnehmend auf meinen letzten politischen Bericht vom 14. ds. Nr. XXI[1]) beehre ich mich, Euer Exzellenz gehorsamst zu melden, dass die Absendung der österreichisch-ungarischen Note an die serbische Regierung eine neuerliche Verzögerung erfahren hat.

Als Gründe sind mir angegeben worden, dass man die Einbringung der Ernte abzuwarten wünsche und den Besuch des Präsidenten der französischen Republik in St. Petersburg vorübergehen lassen wolle, um den bei diesem Anlass versammelten Scharfmachern Poincaré, Iswolsky u. a. nicht Gelegenheit zu bieten, auf den Zaren einen Druck im Sinne serbenfreundlicher Parteinahme auszuüben.

An der Auffassung des hiesigen auswärtigen Ministeriums, wie ich sie zuletzt wiedergegeben, hat sich nichts geändert. Man äussert sich besorgt, dass eine vollkommene Nachgiebigkeit Serbiens das Ausholen zum Schlage erschweren könne und meint, wenn Russland die Lokalisierung des Streits mit Serbien nicht zulasse, so sei der jetzige Augenblick zur Abrechnung günstiger als jeder spätere.

Grosse Genugtuung erweckt auf dem Ballplatz der Umschwung in Bezug auf die Beurteilung Serbiens in Berlin, wo jetzt die Unmöglichkeit eines freundnachbarlichen Verhältnisses zu Serbien klar geworden ist.

Tucher

---

[1]) Siehe B, 11.

Nr. 15

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 266 Wien, den 21. Juli 1914

Angekommen 22. 7. 14.

Die Note der österreichisch-ungarischen Regierung über die Ergebnisse der Untersuchung in Serajewo soll am nächsten Donnerstag oder Freitag der serbischen Regierung überreicht werden. Der Inhalt, über den vollkommene Übereinstimmung, auch mit dem Grafen Tisza, hergestellt wurde, dürfte heute dem Kaiser in Ischl, wohin sich Graf Berchtold gestern abend begeben hat, zur Genehmigung vorgelegt worden sein.

Am Freitag soll die Note in der Presse erscheinen. Der Inhalt wird streng geheimgehalten, ich konnte nur erfahren, dass er doch nicht so ganz unannehmbar für Serbien sei.

Gleichzeitig mit der Überreichung in Belgrad wird die Note der italienischen Regierung mitgeteilt und die Erklärung abgegeben werden, dass Österreich-Ungarn sich unter keinen Umständen serbisches Gebiet dauernd aneignen werde. Diese Erklärung ist notwendig, weil man andernfalls von Italien die Aufwerfung der Frage der Kompensation zu gewärtigen hat, der man aus mehr wie einem Grunde vorbeugen will.

Der Verzicht auf jedweden Zuwachs an serbischem Gebiete ist der österreichisch-ungarischen Regierung um so leichter, als durchaus keine Neigung besteht, die Bevölkerung serbischer Nationalität de Monarchie noch zu vermehren; Graf Tisza hat sich von Anfang an auf das Entschiedenste gegen eine solche Eventualität ausgesprochen.

Die Trinksprüche in Peterhof, insbesondere derjenige des Zaren, werden hier insofern günstig gedeutet, als sie keine Ermutigung der Serben enthalten und die Annahme gestatten, dass auch von seiten des Zweibundes eine lokalisierte Austragung des Streites zugelassen werde.

Eine Bestätigung der Zeitungsnachricht, dass die serbische Antwort auf die Demarche innerhalb eines bestimmten Zeitraumes gefordert werde, konnte ich nicht erhalten. Doch scheint mir die Befristung nicht ausgeschlossen, da sie nicht in Abrede gestellt wird.

Tucher

Nr. 16

Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telegramm Berlin, den 23. Juli 1914, 9^{30} vorm.

Überreichung österreichischer Note an Serbien erfolgt schon heute nachmittag.

Fristablauf Samstag, nachmittag 5 Uhr.

Schoen

Nr. 17

Der Vorsitzende im Ministerrate an die Gesandtschaft in Berlin

Telegramm München, den 23. Juli 1914 7^{55} nachm.

Angekommen 8^{38} nachm.

Ersuche im Auswärtigen Amt anzufragen, ob gegen die Zustellung österreichischer Einberufungsorders an in Bayern lebende österreichische Wehrpflichtige durch Vermittelung bayerischer Behörden Bedenken bestehen.

Formelles Gesuch liegt noch nicht vor. [1])

Hertling

Nr. 18

Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 394 Berlin, den 23. Juli 1914

Wie ich gestern abend in später Stunde erfahren und Ew. Exz. soeben mit chiffrierter Depesche gemeldet habe [2]), soll nach einem neueren Entschluss des Wiener Kabinetts die Überreichung der österreichischen Note an Serbien nicht erst am 25., sondern schon heute gegen Abend erfolgen, und zwar tunlichst so spät, dass ihr Inhalt in Petersburg nicht vor der heute abend um 11 Uhr stattfindenden Abreise des Herrn Poincaré nach Stockholm bekannt werden kann.

---

[1]) Der Geschäftsträger in Berlin antwortete telegraphisch am 24. Juli: „Reichsleitung ohne Bedenken.“

[2]) Siehe B, 16.

Morgen vormittag soll dann die Note den Grossmächten durch die Vertreter Österreich-Ungarns offiziell zur Kenntnis gebracht werden. Die Note wird von einem Annexe begleitet sein, in dem das Ergebnis der Untersuchung über das Attentat von Serajewo niedergelegt ist, und die Mitschuld auch amtlicher serbischer Kreise nachgewiesen wird.

Die von einzelnen Blättern gebrachte Meldung, wornach der serbischen Regierung eine Frist für die Annahme der österreichischen Forderungen nicht gestellt werde, ist unzutreffend; vielmehr wird, wie ich Ew. Exz. bereits zu melden die Ehre hatte, eine Frist von nur 48 Stunden statuiert.

Das lange Zuwarten des Wiener Kabinetts hat an den hiesigen amtlichen Stellen unangenehm berührt, und man hätte gewünscht, dass das Sühneverlangen der Ermordung des Erzherzogs möglichst auf dem Fusse gefolgt wäre. Aber das mehr scheinbare Zaudern der österreichischen leitenden Kreise hat doch auch sein Gutes gehabt, denn in Serbien hat man sich dadurch zu dem Glauben verleiten lassen, dass Österreich es auch diesmal nicht zum Äussersten kommen lassen werde. In diesem Glauben aber hat die serbische Presse und hat sogar der serbische Ministerpräsident Österreich gegenüber eine Sprache angenommen, die für die österreichische Regierung die beste Rechtfertigung zu ihrem Vorgehen vor der Welt bildet.

Über die weitere Entwicklung der Dinge lässt sich heute eine sichere Voraussage nicht geben. Die Möglichkeit besteht ja immerhin, dass Serbien zu Kreuz kriecht und sich den Forderungen Österreichs unterwirft. Nach seiner bisherigen Haltung zu schliessen, ist die Wahrscheinlichkeit hierfür allerdings eine recht geringe. Weist es die österreichischen Forderungen zurück, so fragt es sich, ob man in Österreich dann zunächst die Mobilisierung durchführt — wozu 12 bis 16 Tage benötigt werden — oder ob man zur Durchsetzung der Forderungen gleich in Serbien einrückt.

Auch über die Haltung, die die österreichische Regierung nach der Niederwerfung Serbiens einzunehmen gedenkt, ist das Auswärtige Amt noch nicht unterrichtet. Wie mich mein Gewährsmann hat wissen lassen, hat die Unterredung des Botschaftsrats Prinzen Stolberg mit dem Grafen Berchtold, von der ich Ew. Exz. in meinem gehorsamsten Bericht vom 18. lfd. Mts. Nr. 386 Meldung machte, nur „zum Teil" stattgefunden. Graf Berchtold soll nämlich erklärt haben, dass „eine dauernde Besetzung serbischen Gebietes von österreichischer Seite nicht beabsichtigt sei, und daher auch etwaige Kompensationen für dritte (Italien) nicht in Frage kämen".

Offenbar will sich das Wiener Kabinett nicht vorzeitig die Hände binden, sondern den weiteren Verlauf der nun beginnenden Auseinandersetzung abwarten.

Von entscheidender Bedeutung wird es dabei sein, ob die Lokalisierung des Konflikts gelingt oder nicht.

v. Schoen

Nr. 19

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 270 Wien, den 23. Juli 1914

Angekommen 24. 7. 14.

Die Note der österreichisch-ungarischen Regierung wird heute nachmittag vom k. u. k. Gesandten Baron Giesl der serbischen Regierung übergeben werden. Der deutschen und italienischen ist sie bereits bekannt gemacht und morgen soll sie der Presse und den Signatarmächten mitgeteilt werden.

Man erwartet die Antwort aus Belgrad am Samstag abend und wenn sie, was man auf dem Ballplatz wünscht, abschlägig ausfällt, sollen sechs Armeekorps auf Kriegsstand gesetzt werden und zwar diejenigen in Serajewo, Ragusa, Agram, Hermannstadt, Temesvar und Pest. Diese Mobilisierung wird 10 Tage dauern, die gleiche Zeit, nimmt man an, werden die Serben brauchen, ihre Divisionen aus Mazedonien an die österreichisch-ungarische Grenze zu ziehen.

Die Erwartung, dass man mit den Serben bald fertig werde, kann ich nicht teilen, vielmehr mich des Eindrucks nicht erwehren, dass man hier die Schwierigkeiten eines Feldzuges gegen Serbien unterschätzt. Die serbischen Truppen haben sich in den letzten Balkankriegen über alles Erwarten gut geschlagen, sind vorzüglich ausgerüstet und sind in einem ausgezeichneten Kriegstraining, dazu von einem geradezu fanatischen Patriotismus durchdrungen

Selbst wenn Russland entschlossen sein sollte, einer Strafexekution gegen Serbien untätig zuzusehen, muss befürchtet werden, dass es bei einer längeren Dauer des Kampfes die öffentliche Meinung nicht halten kann. In diesem Falle ist es auch fraglich, ob die Haltung der Südslaven der Monarchie durchwegs eine loyale bleibt.

Der österreichische Generalstab hüllt sich über seine Angriffspläne in tiefes Schweigen, mit Recht: mögen sie wohl durchdacht, wohl vorbereitet sein und nicht an dem alten Fehler der Unterschätzung des Gegners kranken.

Die hiesigen Ententediplomaten sind noch in Unkenntnis der Absicht des Ballplatzes, den Bruch mit Serbien herbeizuführen. Der Engländer ist auf dem Land, der Russe ist vorgestern abend auf Urlaub über Petersburg nach seinen Gütern abgereist und Herr Dumaine hat gestern noch den Versuch gemacht, dem Ersten Sektionschef Baron Macchio zu empfehlen, den Bogen nicht zu straff zu spannen.

In Bankkreisen glaubt man nur mit Widerstreben an den Ernst der Lage und betont den vollkommenen Mangel einer finanziellen Kriegsvorbereitung.

Die Veröffentlichung der Note wird wie eine Bombe wirken.

Tucher

Nr. 20

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Telegramm Wien, den 25. Juli 1914; 9^{30} nachm.

Serbische Antwort ungenügend. Gesandter Baron Giesl von Belgrad abgereist. Serbien mobilisiert. Hof und Regierung nach Kragujevac abgegangen.

Tucher

Nr. 21

Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telegramm Berlin, den 25. Juli 1914; 3^{20} nachm.

Im Nachgange zum Telegramm von gestern.

Reichsleitung ersucht wegen einheitlichen Vorgehens im Reich Vermittlung bayerischer Behörden bei Zustellung österreichischer Einberufungsorders oder Bekanntmachung österreichischen Mobilmachungsbefehls zu unterlassen, solange nicht auch deutsche Mobilmachung. Dagegen Eisenbahnerleichterungen bei Heimschaffung österreichischer Wehrpflichtiger genehm.

Näheres hierüber direkt vom Reichseisenbahnamt.

Schoen

Nr. 22

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 273 Wien, den 25. Juli 1914

Angekommen 27. 7. 14.

Die Veröffentlichung der österreichisch-ungarischen Note an die serbische Regierung in den gestrigen Morgenblättern hat hier in Wien, da weder Zeit noch Inhalt genauer bekannt war, eine grosse Bewegung hervorgerufen.

Der entschiedene Schritt der Regierung wurde allgemein zustimmend besprochen und die Notwendigkeit betont, dass man aus dem Handel und Wandel lähmenden Verhältnis zu Serbien endlich einmal herauskommen müsse. Diese Entschlossenheit hörte man schon seit einiger Zeit am lautesten in den Kreisen der Industrie und Finanz äussern.

Den gestrigen Tag über war die Physiognomie der Stadt die gewöhnliche; abends machte sich in den öffentlichen Lokalen und Gärten, wo Musikkapellen konzertierten, eine gehobene Stimmung bemerkbar; überall wurden patriotische Weisen, zuerst „Prinz Eugen, der edle Ritter", dann „O du mein Österreich", der Radetzkymarsch und „Gott erhalte" gespielt, woran sich würdevolle Demonstrationen knüpften.

Die Ansichten, dass Serbien die Forderungen nicht annehmen könne oder dieselben annehmen werde, hielten sich die Wage; auch bis heute nachmittag besteht vollkommene Unsicherheit und ist die Spannung aufs höchste gestiegen.

Noch bevor die Entscheidung hier bekannt sein wird, kann ich mir nicht versagen, auszusprechen, dass im Falle der Annahme der demütigenden Bedingungen Österreich-Ungarns seitens Serbiens zwar der Friede, zugleich aber auch der Zustand erhalten wird, der zu all den unheilvollen Beunruhigungen Veranlassung gibt.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Serbien die neuen Versprechungen besser hält, als die 1909 gegebenen, nicht nur, weil die Versprechungen unter Zwang gegeben sind, sondern auch, weil sie das Aufgeben von Aspirationen enthalten, die den Serben von heute in Fleisch und Blut übergegangen sind.

Ich fürchte vielmehr, dass die Pflicht und das Streben der österreichisch-ungarischen Regierung, Serbien zur Erfüllung seiner Versprechungen anzuhalten, beständige Reibereien mit sich bringen, die schliesslich doch zum Austrag mit den Waffen führen, aber in einem Augenblicke, den Russland bestimmt, weil er ihm besser konveniert als der gegenwärtige.

Tucher

Nr. 23

Der Gesandte in Paris an den König

Bericht 317/XXIX Paris, den 25. Juli 1914

Angekommen 29. 7. 14.

Der dem Präsidenten Poincaré nahestehende politische Korrespondent des Gaulois, Herr René d'Aral, hat in dem hier alleruntertänigst angeschlossenen Leitartikel[1]) zur Reise des Präsidenten nach Russland sehr treffend bemerkt, dass die grosse Menge nicht immer die Tragweite der einzelnen Etappen des gewaltigen Schachturniers zu erfassen vermöge, das sich zwischen den Kanzleien der Grossmächte abspiele.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die französische Politik einen engeren Anschluss zwischen Russland und England anstrebt, um dadurch die Schlagfertigkeit der Triple-Entente zu erhöhen.

Dieses Ziel ist hier während des Besuches des Königs von England in diesem Jahre verfolgt worden und es hat auch der jetzigen Reise des Präsidenten nach Russland vorgeschwebt.

Internationale Kundgebungen pflegen in Frankreich stets von langer Hand vorbereitet zu werden; sie werden regelmässig künstlich durch eine Reihe von Gefälligkeiten und Höflichkeitsakten angebahnt, die, aus dem Zusammenhange herausgerissen, rasch vergessen werden, aber doch für den gewollten Erfolg typisch und häufig unentbehrlich sind.

So ist von der Presse ein Vortrag kaum besprochen worden, den Lord Esher auf Einladung der Sorbonne kürzlich vor dem Besuch des Königs von England in Paris gehalten hat.

Die Rede des Lord Esher ist interessant und bitte ich dieselbe in einem Ausschnitt der Revue bleue vom 9. Mai ds. Js. alleruntertänigst hier anschliessen zu dürfen.

Eine weitere Gefälligkeit war die Veranstaltung einer englischen Ausstellung der dekorativen Kunst im Louvre mit den daran sich knüpfenden Auszeichnungen und Lobartikeln. (Bericht vom 13. v. Mts. Nr. 242).

Ihr folgte eine Ausstellung französischer Kunst in London unter dem Proktektorat der Comtesse de Greffulhe. (Bericht vom 3. Juli ds. Js. Nr. 276).

Ferner wurde hier eine Ausstellung englischer Architektur im jeu de Paume des Tuileriengartens veranstaltet, die gleichfalls von der Presse und Fachliteratur sehr gefeiert wurde.

So wurde innerhalb weniger Monate dreimal die Kunst in auffallender Weise vor den Staatswagen der Politik gespannt.

Kaum war der englische Königsbesuch vorüber, veranstaltete in England das comité franco-anglais eine Rundreise durch England,

---

[1]) Die erwähnten Zeitungsausschnitte liegen dem Berichte bei.

welche die Franzosen mit allen Teilen der Bevölkerung vertraut machen sollte.

Ein diesbezüglicher Bericht aus London ist hier gleichfalls angeschlossen.

Ferner erschienen hier dutzendweise lange Artikel über die Neuhebridenfrage und ihre Vorgeschichte, welche der englischen öffentlichen Meinung zeigen sollten, wie sehr Frankreich zu weiteren Abmachungen und Zugeständnissen geneigt sei. Ein solcher aus dem Correspondant vom 25. vor. Mts. ist als Beispiel hier alleruntertänigst beigefügt.

Gleichzeitig wurden die Bürgermeister der grossen englischen Städte mit jenen von Petersburg, Moskau, Amsterdam, Gent, Lüttich, Madrid, Toledo usw. eine Woche hindurch von den hiesigen Stadtvätern gefeiert.

Auch diese Bürgermeisterzusammenkunft von verbündeten oder befreundeten Ländern war eine Neuheit und musste notwendig eine gewisse Rückwirkung auf die öffentliche Meinung der fraglichen Länder ausüben.

Einen Ausschnitt aus dem Excelsior vom 3. Juni ds. Js., der die anlässlich der Bürgermeisterzusammenkunft auf dem hiesigen Rathaus gehaltenen Reden enthält, ist hier beigefügt.

Kurz nach den Bürgermeistern erschien eine recht stattliche russische Studenten-Abordnung auf Einladung der Vereinigung für Tourismus in Paris, die durch ihre Uniform auffiel und überall aufs wärmste begrüsst wurde.

Dann traf der russische Marineminister hier ein, dem tagelang ganze Spalten in der französischen Presse gewidmet waren.

Der Ministerpräsident Viviani gewährte gleichzeitig der Nowoje Wremja das hier angeschlossene interessante Interview.

Schliesslich kam wie auf Bestellung die angebliche Erklärung des englischen Botschafters in Petersburg, dass die öffentliche Meinung in England für einen engeren Zusammenschluss mit Russland reif sei.

Inwiefern diese Erklärung des englischen Botschafters, sowie die Entsendung des englischen Geschwaders nach Russland und die Einladung des russischen Generalstabschefs zu den englischen Manövern auf französischen Einfluss zurückzuführen ist, lässt sich schwer feststellen. Immerhin ist es aber naheliegend, dass etwaige diesbezügliche Wünsche der französischen Politik nach allen vorangegangenen Liebenswürdigkeiten schwerlich auf starken Widerstand weder in England noch in Russland gestossen sein dürften.

Wenn auch die offiziellen Trinksprüche in Petersburg nicht aus dem üblichen Rahmen solcher Kundgebungen herausfallen, so enthält doch die Ansprache des Präsidenten an die französische Kolonie auf der französischen Botschaft manche lehrreichen Andeutungen, die tief in den Organismus der französischen auswärtigen Politik hineinleuchten.

Es ist dies der Hinweis auf den gewaltigen Einfluss der instituts français in Petersburg, London, Madrid und Florenz, die gewisser-

massen das Gerippe der zunehmenden französischen Propaganda im Ausland bilden.

Die in der Rede enthaltene Zusammenstellung aller Faktoren des französischen Einflusses in Petersburg in Gestalt von Schulen, Vereinen usw. verdient ebenfalls Beachtung.

Die diesbezügliche Rede des Präsidenten ist hier alleruntertänigst beigefügt.[1])

Bemerkenswert ist auch, dass bereits der Gedanke aufgetaucht ist, ein analoges, russisches Institut in Paris zu gründen, das die Franzosen im eigenen Lande über alle russischen Eigentümlichkeiten und Bedürfnisse aufklären soll.

So wird von russischer und französischer Seite nichts versäumt, um den Bund immer mehr zu befestigen und durch bleibende Einrichtungen gegen alle Eventualitäten der Zukunft zu sichern.

Die Rückreise des Präsidenten über Stockholm, Kopenhagen und Norwegen charakterisiert den geheimen Wunsch der französischen Politik, auch diese Länder im Bann der Triple-Entente zu sehen.

Der Zufall wollte es, dass ich kürzlich mit dem ehemaligen Privatsekretär des Ministerpräsidenten Kokowzeff, Graf Üxküll, zusammentraf, der jetzt an der hiesigen russischen Botschaft attachiert ist.

Letzterer teilte mir bezüglich der russischen Grenzbahnen und den darüber erschienenen bekannten Artikel des Correspondant (Bericht vom 25. März l. Js. Nr. 107) mit, dass Herr Kokowzeff den Inhalt dieses Artikels durchaus nicht gebilligt habe.

Auf der Reise von Rom hätte Herr Kokowzeff ihn beauftragt, in seinem Namen in diesem Sinne an den russischen Botschaftsrat in Berlin zu schreiben.

Die Grenzbahnen seien ursprünglich Privatbahnen gewesen und die Regierung sei denselben nur um deswillen beigesprungen, um den Betrieb derselben aufrecht erhalten zu können.

Ritter

Nr. 24

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern

Bericht 83 — St. Petersburg, den 25. Juli 1914

Angekommen 27. 7. 14.

Über das österreichische Ultimatum hat gestern eine russische Ministerratssitzung stattgefunden. Der Ministerrat hat beschlossen, den Grossmächten mitzuteilen, dass die russische Regierung in dem österreichisch-serbischen Konflikt eine internationale Angelegenheit erblicke, weil und soweit das Ultimatum sich auf die durch Art. 25

---

[1]) Liegt bei.

des Berliner Traktats behandelten Verhältnisse beziehe. Gleichzeitig fordert die russische Regierung eine Verlängerung der in dem Ultimatum gestellten 48stündigen Frist.

Die heutigen Morgenblätter bringen eine offizielle Erklärung der russischen Regierung zu dem Ultimatum, deren Wortlaut ich Euer Exzellenz in der Anlage ganz gehorsamst überreiche. [1])

Der Schlusssatz dieser Erklärung, dass Russland dem österreichisch-serbischen Zusammenstoss gegenüber nicht gleichgültig bleiben kann, spiegelt die tatsächlich im russischen Kabinett durch das in solcher Schärfe nicht erwartete Ultimatum hervorgerufene Erregung wieder.

In der Presse, die ihre unfreundlichen Gefühle schon seit dem Attentat von Serajewo nicht zu beherrschen vermochte, wird der während der Balkankrise angesammelte Hass gegen Österreich von neuem aufflammen. Bis jetzt liegen mir nur die Äusserungen der hier erscheinenden deutschen Zeitungen vor. Während die „Petersburger Zeitung" zwar den Ernst der Situation und die Gefahr eines europäischen Konflikts betont, aber das Vorgehen Österreichs verständig zu beurteilen bemüht ist, prophezeit der „Herold" Österreich die tödliche Feindschaft der slawischen Welt für die Demütigung und Verhöhnung Serbiens und nennt das Ultimatum ein Verbrechen gegen den Weltfrieden.

Grunelius

Nr. 25

Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telegramm Berlin, den 26. Juli 1914; 1^{50} nachm.

Zum Telegramm von gestern.

Reichsleitung und Kanzler persönlich ersuchen dringendst, jede Mitwirkung bayerischer Behörden bei Zustellung oder Bekanntmachung österreichischer Mobilmachungsorder zu unterlassen, da solche Neutralitätsbruch erschiene.

Österreichische Botschaft hier völlig einverstanden. Österreichische Regierung hat Konsulate in diesem Sinne angewiesen.

Strengste Geheimhaltung der Eisenbahnerleichterungen erforderlich.

Schoen

---

[1]) Sie lautete: „Die Regierung ist über die eingetretenen Ereignisse und die Absendung des Ultimatums Österreich-Ungarns an Serbien sehr besorgt.

Die Regierung verfolgt sorgsam die Entwickelung des serbisch-österreichischen Zusammenstosses, dem gegenüber Russland nicht gleichgültig bleiben kann."

Nr. 26

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern

Telegramm St. Petersburg, den 26. Juli 1914 2^{30} vorm.

Höre zuverlässig, dass heutiger Ministerrat Krieg beschlossen hat, sobald Österreich Serbien angreift; alle Manöver abgesagt, Truppen in Garnison zurückbeordert. Mobilisation in Kiew, anscheinend auch Moskau—Warschau. Stimmung in Militär-Kreisen sehr kriegerisch.

Grunelius

Nr. 27

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern

Telegramm St. Petersburg, den 26. Juli 1914; 2^{18} nachm.

Sasonow erklärt heute an deutschen Botschafter, dass Russland europäischen Krieg nicht will, er bittet deutsche Mitwirkung zwecks Ausgleich; Mobilisation nur für Kiew—Odessa bestätigt.

Grunelius

Nr. 28

Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telephonische Meldung [1]) Berlin, den 26. Juli 1914; 7^{00} nachm.

Nach Erkundigung bei Herrn von Stumm telephonisch dahin beantwortet, dass S. M. der Kaiser heute nacht nach Potsdam zurückkehre, dass es aber bei der Möglichkeit rascher Rückkehr nach München nicht erforderlich und, um nicht unnötig Unruhe zu erregen, auch nicht einmal ratsam sei, wenn S. M. der König die beabsichtigte Landesreise aus politischen Gründen aufgebe.

Eine Anfrage der sächsischen Regierung, ob die Rückkehr S. M. des Königs von Sachsen, der zurzeit in Tirol weile, veranlasst erscheine, sei gleichfalls in obigem Sinne, d. h. negativ, beantwortet worden.

Schoen

---

[1]) Antwort auf telegraphische Anfrage Ministeriums des Äussern vom 26. Juli 12^{45} nachm., „ob Kaiserreise unterbrochen wird" und ob „König achttägige Inlandreise, zunächst Bayreuth, absagen" (soll)

Nr. 29

Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 400 Berlin, den 26. Juli 1914

Die Nachricht von der Ablehnung der Forderungen Österreichs durch Serbien, die hier gestern am späten Abend bekannt wurde, ist von der Bevölkerung von Berlin mit warmer Anteilnahme für die verbündete Donaumonarchie aufgenommen worden. Allenthalben bildeten sich Menschengruppen, die sich zu grossen Zügen verbanden und unter Absingung patriotischer Lieder und unter Hochrufen auf die verbündeten Häuser Hohenzollern und Habsburg vor dem Schloss, dem Palais des Reichskanzlers und der österreichisch-ungarischen Botschaft demonstrierten. Was diesen Demonsrationen, die auch heute noch fortdauern, ihren besonderen Stempel aufdrückt, ist der Umstand, dass die Teilnehmer sich nicht, wie dies hier sonst der Fall zu sein pflegt, aus den unteren Schichten der Bevölkerung zusammensetzten, sondern überwiegend den gebildeten Ständen angehören, ein Beweis, wie sehr im Publikum Verständnis dafür besteht, dass es sich bei dem Kampfe, dem die Donaumonarchie entgegengeht, im Grunde um die Abwehr des slawischen Ansturms gegen germanisches Wesen handelt, und daher der Kampf auch für uns geführt wird.

Leider haben die Demonstranten, anstatt sich damit zu begnügen, ihre Sympathie für Österreich zu bekunden, sich auch zu einigen, wenn auch nicht sehr bedeutenden, unfreundlichen Kundgebungen vor der russischen Botschaft und vor der serbischen Gesandtschaft verleiten lassen. Dieser Umstand hat Anlass zu einem mit „Ruhig Blut" überschriebenen Artikel gegeben, der in einem soeben erschienenen Extrablatt des „Berliner Lokalanzeigers" enthalten ist und in dem es, offenbar offiziös, heisst:

> „Demonstrationen gegenüber den Vertretern der beteiligten und unbeteiligten Mächte, die die Interessen ihrer Länder mit der gleichen Würde vertreten wie die unsrigen im Auslande, sind sinn- und zwecklos, sind Übel in der Hauptstadt des Deutschen Reiches. Das sollte für jeden unserer Mitbürger ausnahmslos die Parole sein für die kommenden Tage!"

In dem Auswärtigen Amt, in dem ich heute wiederholt Erkundigungen eingezogen habe, liegen an positiven Nachrichten nur die der Ablehnung der österreichischen Forderungen durch Serbien mit dem darauffolgenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen und der teilweisen Mobilmachung der österreichisch-ungarischen Armee vor.

An amtlichen Meldungen aus Russland fehlt es mit Ausnahme eines Telegramms des Militärbevollmächtigten bis zur Stunde voll-

kommen. General v. Chelius berichtet auch nur, dass die österreichische Note im russischen Hauptquartier grosse Erregung hervorgerufen habe, und dass von der Absicht, mobil zu machen, gesprochen werde. Auch die Agenten des Grossen Generalstabes melden von Massnahmen, die auf den Beginn der Mobilmachung in Russland schliessen lassen.

Dass die ablehnende Haltung der serbischen Regierung nicht ohne Zutun Russlands erfolgt ist, gilt im Auswärtigen Amt als sicher. Die Situation wird daher an massgebender Stelle „als durchaus kritisch" beurteilt. Gleichwohl hält man hier in der Hoffnung fest, dass England und Frankreich, denen beiden zurzeit ein europäischer Krieg im höchsten Masse unwillkommen wäre, auf Russland in mässigendem Sinne einwirken werden.

Die Meldung einiger Pariser Blätter, dass Deutschland bei der französischen Regierung eine Demarche unternommen habe, der der Charakter einer Drohung zukomme, ist durchaus unzutreffend. Die Reichsleitung hat vielmehr, wie ich es Ew. Exz. schon vor 8 Tagen als ihre Absicht anzukündigen die Ehre hatte[1]), in Paris, Petersburg und London gleichmässig dahinzielende Schritte unternommen, dass die Mächte den Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien als eine Angelegenheit betrachten, die diese beiden Staaten allein angehe und deshalb lokalisiert bleiben müsse. Weder auf dem Auswärtigen Amt noch auf der österreichisch-ungarischen Botschaft liegen irgendwelche Nachrichten aus Belgrad vor, wo, nach Zeitungsmeldungen, schon geschossen werden soll. Da Projektile auf dem österreichischen Donauufer nicht wahrgenommen wurden, würde es sich, nach diesen wenig wahrscheinlichen Gerüchten, um in Belgrad ausgebrochene innere Unruhen handeln. Ob etwa von österreichischer Seite schon mit einer kriegerischen Aktion begonnen worden ist, ist hier gleichfalls nicht bekannt.

Der Schutz der österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen in Alt-Serbien ist von Deutschland übernommen worden. In den neuserbischen Gebieten, in denen Deutschland keine Konsulate unterhält, wohl aber Italien, soll dieser Schutz den italienischen Behörden übertragen werden.

Bei dem Ernst der Lage, bei der auch für uns rasche Entschlüsse sich als nötig erweisen können, erschien sowohl dem Kaiser wie der Reichsleitung die Rückkehr Sr. M. erwünscht. S. M. werden heute nacht in Potsdam eintreffen.

v. Schoen

---

[1]) Siehe Bericht 386 vom 18. Juli. (A; I, S. 4 ff.)

Nr. 30

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 274 Wien, den 26. Juli 1914

Angekommen 28. 7. 14.

Der serbische Ministerpräsident Pasitsch hat dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad gestern abend vor 6 Uhr die Antwort seiner Regierung auf die ihr 48 Stunden vorher überreichte Note überbracht. Da Baron Giesl die Antwort ungenügend fand, notifizierte er dem Minister den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und verliess um 6 Uhr 30 mit dem Gesandtschaftspersonal Belgrad. Den Schutz über die in Serbien bleibenden Österreicher und Ungarn hat die deutsche Gesandtschaft übernommen. Schon nachmittags 3 Uhr ist die Mobilmachung des serbischen Heeres angeordnet worden, der Hof und die Regierung werden nach Kragujevac verlegt.

Vorstehende Nachrichten wurden gegen 8 Uhr abend hier bekannt, nachdem am Nachmittag durch das Abendblatt der Neuen Freien Presse ein Telegramm verbreitet worden war, nach welchem Serbien die Bedingungen Österreich-Ungarns unter Protest angenommen habe. Es scheint in Belgrad tatsächlich ein Umschwung stattgefunden zu haben, derselbe wird durch Eingreifen Russlands und der Militärpartei erklärt.

Die Nachricht von der Abreise des Gesandten und der Mobilisierung Serbiens wurde in Wien überall in den Lokalen, öffentlichen Gärten und auf den Strassen mit patriotischen Kundgebungen begrüsst; vor dem Kriegsministerium stand schon am Nachmittage eine grosse Zahl Ungeduldiger, die alsbald in stürmische Demonstrationen ausbrach. Die am Feierabend auf dem Ring zusammenströmende Menge teilte sich in Gruppen, die nach der deutschen und italienischen Botschaft zogen oder sich in die innere Stadt, nach dem Ministerrats-Präsidium und dem Ministerium des Äussern wandten, überall patriotische Lieder, darunter „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Die Wacht am Rhein“ singend und Hochrufe auf Kaiser Franz Joseph und Kaiser Wilhelm ausbringend; in den Gärten, wo Musiken spielten, hörte man immer wieder die gleichen Weisen ertönen und unzählige Male „Gott erhalte“ anstimmen. Diese Manifestationen dauerten bis nach Mitternacht; die Ordnung wurde nirgends gestört; ein Versuch, vor die serbische Gesandtschaft zu ziehen, scheiterte an den Vorkehrungen der Polizei.

Der heutige Tag brachte eine Reihe von behördlichen Verfügungen, so die Ankündigung einer teilweisen Mobilisierung und teilweisen Einberufung des Landsturms durch die Statthalterei. Entgegen früheren Bestimmungen sollen nachstehende Armeekorps mobilisiert werden: Hermannstadt, Temesvar, Agram, Serajewo, Ragusa, Graz, Prag und Josephstadt; das erstere soll wegen der un-

sicheren Haltung Rumäniens vorerst nicht in Aktion treten, in der Heranziehung der beiden letzteren erblickt man eine Vorsichtsmassregel gegen die Tschechen. Mit einiger Spannung sieht man dem Verlauf der Einrückungen in den slavischen Landesteilen entgegen.

Um den Kursstürzen etwas Einhalt zu tun und dem Publikum Zeit zum Überlegen zu lassen, hat die Börsenkammer beschlossen, die Börse drei Tage zu schliessen. Wenn der Krieg mit Serbien lokalisiert bleibt, so verfügt die Regierung über genügende Geldmittel für die nächsten Wochen; es ist eine Finanztransaktion geplant, welche später zur Durchführung gelangen soll, man spricht von der Ausgabe von Schatzscheinen. Sollte der Krieg grössere Ausdehnung annehmen, so müssen umfangreichere Aktionen unternommen werden.

Vom nächsten Dienstag an wird der Personenverkehr auf den für die Truppentransporte in Betracht kommenden Eisenbahnen auf je einen Personenzug täglich in jeder Richtung beschränkt. Auf der Westbahn tritt eine solche Einschränkung vorerst nicht ein.

Bis heute Mittag ist auf dem Ballplatz ein Schritt Russlands und Frankreichs im Sinne einer Intervention nicht erfolgt.

Tucher

Nr. 31

Der Gesandte in Paris an den König

Bericht 318/XXX — Paris, den 26. Juli 1914

Angekommen 28. 7. 14.

Die französische Regierung, die französische Presse und die französische öffentliche Meinung haben sich durch die Überreichung der österreichischen Note an die serbische Regierung in ungeahnter Weise überraschen lassen.

Deputierte und Senatoren haben nach den aufregenden Debatten über die Einkommensteuer der Metropole den Rücken gekehrt, und Paris ist seitdem wie ausgestorben.

Alle Botschafter mit Ausnahme des Freiherrn von Schoen sind von Paris abwesend. Der italienische Botschafter Herr Tittoni ist in Island.

Die Gesandten der Triple-Entente waren nicht in Belgrad und die beruhigenden Erklärungen des Grafen Berchtold an den russischen Botschafter Schebeko in Wien vor Antritt seines Urlaubs liessen hier niemand an einen bevorstehenden Konflikt glauben.

Die Leitung des Ministeriums des Äussern ist dem in auswärtiger Politik wenig erfahrenen Siegelbewahrer Bienvenu Martin übertragen.

Mit dem Conseilpräsidenten und Minister des Äussern Herrn Viviani nimmt auch der Kabinettschef Gesandter de Marguerie an der offiziellen Reise des Präsidenten nach Russland und den skandinavischen Ländern teil.

Herr Cambon in Berlin wollte eben seinen grossen Sommerurlaub antreten, und am Donnerstag kündigte die Pariser Presse noch die unmittelbar bevorstehende Abreise des deutschen Botschafters nach Deutschland an.

Dies alles lässt erkennen, wie gänzlich unvorbereitet die plötzlich auftretende Kriegsgefahr die hiesigen politischen Kreise angetroffen hat.

Ich befand mich Freitag, den 24. mittag, bei dem Kaiserlichen Botschafter, als er eben von der österreichischen Note Kenntnis erhalten hatte, über deren Schärfe er nicht wenig erstaunt war. Die Morgenblätter hatten die Note noch nicht gebracht.

Auf der Börse hat die Note eine wahre Panik erzeugt. Die Rente fiel auf 78. Nur einer scharfen Massnahme des Syndikats der Börsen-Agenten ist es zu danken, dass nicht noch tiefere Kurse der Rente zur Notierung kamen.

Eine diesbezügliche Betrachtung aus dem Gaulois vom Heutigen ist hier alleruntertänigst angeschlossen.

Die von dem Kaiserlichen Botschafter auftragsgemäss verlesene Erklärung, dass unberechenbare Folgen eintreten könnten, wenn der Konflikt nicht zwischen Wien und Belgrad lokalisiert bliebe, ist von der Presse sehr verschieden gedeutet worden.

Während man anfangs in derselben einen konzilianten Schritt erblicken wollte, war man später überwiegend geneigt, darin ein an die französische Adresse gerichtetes „hands off" zu erblicken. Dazu trug besonders der Umstand bei, dass nicht eine analoge Demarche von deutscher Seite gleichzeitig in England und Russland gemacht worden ist.

Viel besprochen wird auch eine angebliche Äusserung des Kaiserlichen Botschafters, der nach Verlesung seiner Erklärung hinzugefügt hätte: „Tout . . . plutôt que la continuation de la crise economique actuelle."

In hiesigen Klubkreisen verschliesst man sich nicht der Berechtigung österreichischer Reklamationen, sofern die Mitschuldigkeit serbischer Beamter und Vereine aus dem gesammelten österreichischen Aktenmaterial sich ergeben sollte. Dagegen findet die Form der Note grösstenteils Missbilligung.

Ritter

Nr. 32

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Aussern

Bericht 84 St. Petersburg, den 26. Juli 1914

Euer Exzellenz beehre ich mich meine telegraphischen Meldungen von heute nacht und heute mittag zu bestätigen und bitte ganz gehorsamst, da Zeit drängt, um diesen Bericht mit sicherer Gelegenheit heute zu expedieren, im Telegrammstil die mir zugekommenen Nachrichten rekapitulieren zu dürfen.

Während Russland anscheinend zunächst kriegerisches Eingreifen nur für den Fall territorialer Schädigung Serbiens vorgesehen, hat gestriger Ministerrat — auf Bereitschaftsversicherung (trotz innerer Unruhen) durch Kriegsminister — Krieg schon im Falle österreichischen Angriffs auf Serbien beschlossen.

Mobilisationsnachricht bestätigt sich bis jetzt nur für Bezirke Kiew und Odessa. Manöver und Revuen sind abgesagt, Truppen in Garnisonen zurückbeordert.

Militärattaché von Eggeling und General von Chelius berichten von gestriger Revue in Krasnoje, dass auf Bekanntwerden des Ministerratsbeschlusses unter Militärs grosse Erregung. Persönliche Beförderung der Kriegsschüler zu Offizieren durch Kaiser auf Paradefeld drei Monate vor üblichem Termin. Gestern abend im Theater Krasnoje stürmische Ovationen für Kaiser unter wiederholtem Absingen der Hymne. Bei Diner toastet Stallmeister Grünwald mit seinem Nachbar von Chelius auf Wiedersehen in besserer Zeit. Österreichischer Angriff wurde in russischen Militärkreisen gestern abend bestimmt erwartet.

Graf Pourtalès heute über längere Unterredung mit Sasonow optimistisch gestimmt. Sasonow erklärt, dass Russland europäischen Krieg, den keine Regierung verantworten könne, nicht will. Er beschwört Graf Pourtalès um Mitwirkung Deutschlands, damit Brücke gefunden werde, die eine Beilegung des drohenden Konflikts ermögliche.

Graf Pourtalès hat bei Sasonow Mitteilung an Presse erwirkt, dass österreichische Note nicht vor Überreichung in Berlin vorgelegen und im Wortlaut gebilligt worden ist. Abdruck der von deutscher Botschaft in russisch und französisch abgefassten Pressmitteilung wird nach Hoflager Peterhof geschickt. Diese Aktion richtet sich besonders gegen Hetzartikel der Nowoje Wremja.

Graf Pourtalès wird bei Sasonow vorstellig, weil französischer Botschafter Paléologue hier in Gesellschaft (direkt dem italienischen

Botschafter gegenüber) äussert, dass Deutschland zum Krieg treibt, es handle sich nicht mehr um serbische Frage, sondern um deutsch-russischen Konflikt.

Auf Botschaft liegen Telegramme aus Paris und London (via Berlin) vor. Grey betont Notwendigkeit, Krieg zu verhüten, aus seinen Worten hervorgeht, dass England seine Anteilnahme an eventuellem Krieg ausschliesst; er spricht nur von Krieg zwischen Deutschland, Österreich, Russland, Frankreich. Er spricht für Aktion der Grossmächte zum Ausgleich zwischen Russland und Österreich, Genugtuung seitens Serbiens unerlässlich. Monarchisch regierte Staaten müssen sich über notwendige Massnahmen gegen Serbien einigen.

Äusserungen französischen Justizministers an Botschafter Schoen haben auch Tendenz, Krieg zu verhüten unter Annahme guten Willens zur Genugtuung seitens Serbiens.

Auf Zuspruch des Grafen Pourtalès wird Sasonow heute österreichischen Botschafter empfangen, um Zusicherung entgegenzunehmen, dass Österreich keine territorialen Absichten gegen Serbien hat.

Grunelius

Nr. 33

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern

Telegramm St. Petersburg, 27. Juli 1914; 1[12] vorm.

Nach Unterredung mit Szápáry hält Sasonow Einigung über Serbien Note möglich wenn Wien zu Änderungen bereit. Sasonow auf Vorschlag Pourtalès zu Versuch dieses Wegs bereit. Russische Militärs anregen bei General Chelius Telegramm deutschen Kaisers an Zaren mit Appell an Monarchie.

Grunelius

Nr. 34

Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telegramm Berlin, den 27. Juli 1914; 1^{45} nachm.

Lage findet nach Mitteilungen aus Petersburg vorerst ruhige Beurteilung.

Schoen

Nr. 35

Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 402 Berlin, den 27. Juli 1914

Wie ich Ew. Exz. telegraphisch gehorsamst gemeldet habe,[1]) wird die Lage heute im Auswärtigen Amt weniger kritisch beurteilt, als es gestern der Fall war. Es hat sich nämlich inzwischen erwiesen, dass die gestern verbreiteten russischen Mobilmachungsmeldungen den Tatsachen zum mindesten vorauseilen.

Sowohl Herr Sasonow als der russische Kriegsminister haben, und zwar dieser ehrenwörtlich, dem Grafen Pourtalès versichert, dass kein Befehl zur Mobilisierung, auch nicht zu einer teilweisen, ergangen sei. Nach einer Meldung des deutschen Militärattachés sollen allerdings vorbereitende Massnahmen für eine eventuelle Mobilmachung in ziemlich weitgehendem Masse getroffen werden, aber vor dem Erlass der Mobilmachungsordre scheut die russische Regierung offensichtlich in der Erkenntnis der Folgen, die dieser Schritt haben würde, noch zurück. Man dürfte sich in Petersburg darüber klar geworden sein, dass Deutschland ihr schon deshalb nicht ruhig zusehen würde, um nicht den Vorsprung zu verlieren, den unsere schnellere Kriegsbereitschaft uns bietet.

So wird man von Petersburg aus in den nächsten Tagen zunächst mit diplomatischen Mitteln versuchen, das Ärgste von Serbien abzuwenden. Kritisch wird die Lage, wie Herr v. Stumm mir heute sagte, erst in dem Augenblick werden, in dem die österreichisch-ungarische Armee in Serbien einrückt. Dies wird aber nach einer Äusserung, die General Conrad v. Hötzendorf dem Botschafter Freiherrn v. Tschirschky gegenüber gemacht haben soll, nicht vor dem 10., vielleicht erst am 12. August der Fall sein.

Dass Frankreich alles tun wird, um Russland von kriegerischem Vorgehen abzuhalten, beweist die Haltung der französischen Presse.

---

[1]) Siehe B, 34.

Wie gross die Bestürzung in Paris war, zeigt der Umstand, dass die französische Rente an der vorgestrigen Börse einen Tiefstand erreicht hat, wie er seit dem Jahre 1870 nicht verzeichnet worden ist, und der die Schliessung des Rentenmarktes nötig gemacht hat.

Was die von den Zeitungen gebrachte Meldung von einer Vermittlungsaktion der Mächte betrifft, so habe ich von dem Gesandten Grafen Mirbach erfahren, dass Sir Edward Grey allerdings eine démarche à quatre (Deutschland, England, Italien, Frankreich) angeregt hat. Bei dieser démarche könnte es sich aber nicht um eine Vermittlung zwischen Österreich und Serbien handeln, da Österreich eine solche als unfreundliche Einmischung empfinden würde, sondern nur um Bemühungen, die die Lokalisierung des Konflikts zum Ziele haben.

Die italienische Regierung hat, wie heute auch amtlich bekanntgegeben worden ist, dem Wiener Kabinett erklären lassen, dass sie in einem allenfallsigen bewaffneten Konflikt zwischen Österreich und Serbien eine freundschaftliche und dem Bundesverhältnisse entsprechende Haltung einnehmen werde. Sie hat aber, wie ich ganz vertraulich von österreichischer Seite erfahren habe, dabei bemerkt, dass sie auf Grund des Artikels VII des Bündnisvertrages auch bei nur provisorischer Besetzung serbischen Gebiets durch Österreich Kompensationen für sich beanspruchen werde.

In Wien will man eine so weitgehende Auslegung dieses Artikels nicht gelten lassen und hat demgemäss in Rom geantwortet, dass Kompensationen nicht in Frage kämen, da eine dauernde Besetzung serbischen Territoriums österreichischerseits nicht in Aussicht genommen sei. In dem Auswärtigen Amt bedauert man das Auftauchen dieser Kontroverse zwischen Wien und Rom und hätte es, um Italien auf alle Fälle „an der Stange zu halten", für ratsam gehalten, wenn Graf Berchtold sich dem, zunächst nur vorsorglich erhobenen, italienischen Anspruch gegenüber entgegenkommend gezeigt hätte.

Wie weit die Verhandlungen zwischen Wien und Sofia gediehen sind, ist hier nicht bekannt. Es liegt nur eine etwas unklare Erklärung der bulgarischen Regierung vor, wonach sie in dem Konflikt neutral bleiben werde.

Das Auswärtige Amt hat daher heute nach Sofia zwecks Klarstellung der Haltung Bulgariens telegraphiert.

Auch die Stellungnahme der Türkei ist eine für Oesterreich günstige. Nach einem Telegramm des Grafen Pallavicini an Graf Berchtold hat der Grosswesir den Botschafter der Sympathien der Türkei versichert und ihn zu dem Vorgehen Österreichs gegen Serbien beglückwünscht.

Wie mir der serbische Geschäftsträger erzählte, dem ich heute begegnete, wäre die serbische Regierung bereit gewesen, die sämtlichen österreichischen Forderungen mit Ausnahme jener zu erfüllen, die sich auf die Vornahme von Amtshandlungen durch österreichische Organe in Serbien beziehen. Sogar die verlangte Proklamation und den Tagesbefehl an die serbische Armee hätte die Regierung zu-

gestanden und die Verhaftung des angeschuldigten Majors Tankositsch tatsächlich schon vor Ablauf der 48stündigen Frist vorgenommen.

Der Geschäftsträger glaubt, dass die serbische Armee sich zunächst aus Belgrad zurückziehen werde, damit die Stadt nicht beschossen werden könne. Man werde sich dann auch weiter auf die Defensive beschränken und so vielleicht die Möglichkeit zu weiteren diplomatischen Verhandlungen lassen.

Die Reise des Präsidenten der französischen Republik ist infolge der Ereignisse vorzeitig abgebrochen worden, und auch die Besuche in Petersburg und Stockholm scheinen keinen grossen Erfolg gebracht zu haben.

Wie ich ganz vertraulich erfahren habe, ist die Haltung, die Schweden im Falle eines Krieges zwischen Dreibund und Zweibund einzunehmen erklärt hat, eine derartige, dass sie für alle, die in Petersburg und Paris an die Reise des Herrn Poincaré nach Stockholm irgendwelche dem Zweibund günstige Hoffnungen geknüpft haben, eine bittere Enttäuschung bedeuten würde.

v. Schoen

Nr. 36

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 278 — Wien, den 27. Juli 1914

Angekommen 28. 7. 14.

Die österreichisch-ungarische Regierung wird den zu gewärtigenden Versuchen der Ententemächte, den Ereignissen jetzt noch eine friedliche Wendung zu geben, Vermittlungsversuchen, denen gegenüber sie sich ablehnend verhalten müsste, dadurch vorbeugen, dass sie die Kriegserklärung an Serbien herbeiführt, umsomehr als die Feindseligkeiten von gegnerischer Seite heute schon bei Temes-Kubin an der Donau begonnen worden sind.

Was die Lokalisierung des Krieges mit Serbien betrifft, so wird angenommen, dass England und Frankreich auf Russland einwirken, um dessen Eingreifen hintanzuhalten. Es fragt sich, ob der Zar stark genug ist, der Kriegspartei zu widerstehen; inzwischen trifft Russland gewisse militärische Massregeln.

Der König von Rumänien hat erklären lassen, dass er seiner Dreibundpolitik treu bleiben werde, auch der König von Schweden hat geäussert, dass er auf Seite des Dreibunds stehe.

Mit grosser Genugtuung hat man im Ministerium des Äussern von den Österreich-Ungarn freundlichen Demonstrationen in München, insbesondere von der begeisterten Ovation vor der K. und K. Gesandtschaft, Kenntnis genommen.

In Hofkreisen verlautet, dass der Kaiser Franz Joseph bald nach Wien zurückkehren werde, sein Befinden sei das denkbar beste. Die Dauer der Mobilmachung wird auf 14 bis 16 Tage berechnet.

Tucher

Nr. 37

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern

Bericht 85 St. Petersburg, den 27. Juli 1914

Im Anschluss an meinen Bericht vom 26. ds. Mts. Nr. 84[1]), unter Bestätigung meines Telegramms von heute nacht beehre ich mich Euer Exzellenz das folgende ganz gehorsamst zu melden.

In gestriger Unterredung haben Minister Sasonow und Botschafter Graf Szápáry den ganzen Wortlaut der österreichischen Note an Serbien durchgesprochen. Minister Sasonow fand einen Teil der Forderungen berechtigt, bei anderen hat er Einwände namentlich gegen die Form zu erheben. Er ersuchte den Botschafter, seiner Regierung eine Modifikation der Note anheimzustellen. Nach der Unterredung, die einen beruhigenden Verlauf hatte, besprach Minister Sasonow mit Graf Pourtalès die Möglichkeiten eines Ausgleichs.

Minister Sasonow regte an, dass die Könige von England und Italien in Wien intervenieren.

Graf Pourtalès machte den Vorschlag — ausdrücklich als seine persönliche Anschauung, ohne Auftrag von Berlin — dass russische Regierung in Wien sondieren lasse, ob Österreich auf eine Revision seiner Note einzugehen bereit sei. Dann sollten die Modifikationen verabredet, von Russland auf Serbien zur Annahme der modifizierten Forderungen und gleichzeitig von dritter Seite auf Österreich zwecks friedlicher Auseinandersetzung eingewirkt werden. Minister Sasonow sagte zu, in diesem Sinne an die russische Botschaft in Wien telegraphieren zu wollen.

Gestern abend hat auf Veranlassung des Herrn Sasonow der russische Kriegsminister den deutschen Militärattaché von Eggeling zu sich gebeten um ihm die militärische Lage darzulegen. Er hat versichert, dass sich tatsächlich noch kein Korps in Mobilisation befinde, „es sei noch kein Soldat einberufen, kein Pferd ausgehoben“. Es seien nur vorbereitende Massnahmen für Mobilisation und zwar nur an der österreichischen Grenze für Gouvernement Odessa, Kiew, Moskau erlassen; wenn Österreich kriegerisch vorgehe, werde Russ-

---

[1]) Siehe B, 32

land nur gegen Österreich mobilisieren, nicht gegen Deutschland und nicht in den Gouvernements Wilna, Warschau, Petersburg. Russland wolle keinen Krieg mit Deutschland.

General von Chelius meldet, dass mehrere als monarchisch gesinnte und deutschfreundlich bekannte höhere Militärs ihm den Wunsch kundgegeben hätten, dass Kaiser Wilhelm II. persönlich an den Zaren telegraphieren und ihm unter Appell an monarchische Idee um Mitwirkung zur Vermeidung eines Krieges bitte.

Im Auftrage des Reichskanzlers wird Graf Pourtalès heute dem Minister Sasonow mitteilen, dass russische Mobilisation eine Spitze gegen Deutschland habe, und dass Fortsetzung der russischen Massnahmen sofortige Mobilisation Deutschlands sowohl gegen Russland als gegen Frankreich zur Folge haben werde, was Krieg bedeute. Der Reichskanzler hofft, dass Russland nicht den Krieg entfesseln wird. Da Österreichs territoriales Desinteressement nicht zu bezweifeln und auch Deutschland nicht beabsichtige, die Existenz Serbiens als Staat in Frage stellen zu lassen, könne Russland wohl abwartende Haltung einnehmen. Trotzdem die letzten Unterredungen des Ministers Sasonow mit den beiden Botschaftern Aussichten auf Erhaltung des Friedens eröffnen, hält auch Graf Pourtalès die Lage noch nicht für beruhigend.

Die Ungewissheit über weitere Unternehmungen Österreichs und sein anscheinendes Zaudern verursacht hier nervöse Spannung. Nach der kriegerischen Stimmung vom Samstag erscheint der transigente Ton in der Haltung der Minister Sasonow und Suchomlinow unvermittelt. Die Frage drängt sich auf, ob zuerst nur geblufft werden sollte und ob man jetzt hier die Nerven verloren hat, oder ob das jetzige Verhalten nur „reculer pour mieux sauter“ bedeutet.

Grunelius

Nr. 38

Der Gesandte in Rom an den König

Bericht 222/XVIII Rom, den 27. Juli 1914

Angekommen 30. 7. 14.

Der hiesige serbische Gesandte hat heute gesagt, dass Serbien nachgeben werde, und Mitglieder der englischen Botschaft haben sich dahin geäussert, dass es nicht zum Krieg kommen werde.

Es ist nun abzuwarten, ob der serbische Gesandte die Wahrheit gesagt hat, und welchen Erfolg die vom Minister Sir Edward Grey vorgeschlagene Vermittlung der vier weniger beteiligten Grossmächte durch eine Konferenz in London haben wird.

Das Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien wird von der italienischen Presse im grossen und ganzen ruhig beurteilt und die

Entwickelung der Ereignisse wird abgewartet. Die italienische Regierung hat durch den Botschafter in Wien erklären lassen, dass sie in der gegenwärtigen internationalen Lage eine freundliche Haltung beobachten werde, wie sie den Bedingungen des Bündnisvertrags entspreche. Es ist nur die Frage, ob im Ernstfall die Auffassung der italienischen Regierung von der Ausdehnung ihrer Verpflichtungen jener der österreichisch-ungarischen Regierung entsprechen wird.

Der Minister des Äussern Marchese di San Giuliano ist heute von Fiuggi hierher zurückgekehrt und wird am 29. Juli den im Pantheon veranstalteten Gedächtnis-Gottesdienst für Seine Majestät den König Humbert beiwohnen. Er hatte ursprünglich die Absicht, sofort nach dem Gottesdienst Rom wieder zu verlassen, um sich nach Vallombrosa zu begeben, wohin ihm auch der deutsche Botschafter gefolgt wäre, der sich seit Wochen gleichzeitig mit ihm in Fiuggi befunden hat und morgen ebenfalls nach Rom zurückkehren wird.

Bei dem Ernst der Lage und der Schwierigkeit für die hiesigen Diplomaten, mit dem Minister zu verhandeln, wenn er nicht in Rom selbst ist, dürfte er es doch vorziehen, in Rom zu bleiben.

v. d. Tann

Nr. 39

Der Gesandte in Paris an das Ministerium des Äussern

Telegramm — Paris, den 28. Juli 1914; 9^{00} nachm.

Angekommen 29. 7. 14; 2^{30} vorm.

Zwei Berichte unterwegs. Presse macht Deutschland für Ausbruch der Feindseligkeiten verantwortlich. Stimmung verschärft. Botschafter hält Lage sehr ernst. Anheimstelle Fonds für Heimschaffung von Bayern bei Firma Ganz und Comp. bereitzuhalten. Sofortige Ausweisung der Deutschen kaum zu erwarten. Präsident kehrt heute zurück.

Ritter

Nr. 40

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate [1])

Bericht 406 — Berlin, den 28. Juli 1914

Das Telegramm Ew. Exz. von vorgestern habe ich gestern vor meiner Abreise noch erhalten. Es war in St. Gilla liegengeblieben,

---

[1]) Vorher erfolgte kurze telephonische Inhaltsangabe nach München.

da man dort irrtümlich annahm, ich sei bereits telephonisch von dessen Inhalt verständigt.

Heute habe ich versucht, den Reichskanzler zu sehen, leider vergeblich, weil er zum Kaiser nach Potsdam gerufen worden war. Vom Unterstaatssekretär Wahnschaffe habe ich aber erfahren, dass der Reichskanzler beabsichtige, Sr. M. dem König die Lage schriftlich darzulegen, und deswegen mit mir noch sprechen will.

Einstweilen kann ich über den Stand der Dinge auf Grund von Rücksprachen mit anderen Persönlichkeiten folgendes melden:

Der Konferenzvorschlag Greys wird hier für durchaus inopportun gehalten, weil er wegen des Verlangens, dass einstweilen die Feindseligkeiten zu ruhen haben, für Österreich-Ungarn nicht annehmbar ist. Man verdenkt es dem deutschen Botschafter in London, dass er den Versuch unterlassen hat, Sir E. Grey von dem Schritte abzubringen.

Ich gestehe, dass auch auf mich der Vorschlag einen befremdenden Eindruck gemacht hat. Denn wenn der englische Minister erklärt, sich nicht in den Streit zwischen Österreich-Ungarn und Serbien einmischen zu wollen, so kann er nicht von Österreich-Ungarn verlangen, dass dieses bis zum Spruch der Konferenz Serbien nicht angreift.

Man rechnet hier mit Bestimmtheit darauf, dass in Wien abgelehnt wird, die verlangte Zusicherung zu geben, und dass damit die Konferenz, jedenfalls in der vorgeschlagenen Form, nicht zu Stande kommt.

Sehr wenig erbaut ist man hier, dass Österreich-Ungarn sich ausser Stande erklärt, vor Ablauf von 14 oder mindestens 10 Tagen den Angriff zu eröffnen. Vom militärischen Standpunkt mag diese Vorsicht berechtigt sein. Vom politischen aber nach der hiesigen Ansicht nicht, denn man befürchtet ein gewisses Abflauen des Enthusiasmus, den das entschiedene Vorgehen des Kaiserstaates dort und in Deutschland hervorgerufen hat.

Bisher bin ich hier noch niemand begegnet, der eine bestimmte Ansicht über die weitere Entwicklung der Dinge geäussert hätte. Dass keine der Grossmächte einen europäischen Krieg will, dass namentlich Frankreich und England für eine Lokalisierung des Kampfes zwischen Österreich-Ungarn und Serbien sehr entschieden in Petersburg eintreten, steht ausser Zweifel. Krieg oder Frieden wird also nur davon abhängen, ob die russische Regierung gewillt und im Stande ist, dem Drängen der Panslawisten auf Einmischung Widerstand zu leisten. Sowohl hier als in Wien sind die Militärs der Ansicht, dass die russische Armee nicht fertig ist. Bekanntlich haben aber die Russen sich dadurch bei anderen Gelegenheiten nicht hindern lassen, einen Krieg zu beginnen.

Während ich Ew. Exz. schreibe, erfahre ich, dass Deutschland den Konferenzvorschlag Greys abgelehnt hat.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 41

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 280[1]) Wien, den 28. Juli 1914

Angekommen 29. 7. 14.

Euer Exzellenz beehre ich mich anruhend ein Exemplar des Mémoire gehorsamst zu unterbreiten, welches die österreichisch-ungarische Regierung durch ihre Botschafter den Signatarmächten des Berliner Vertrages zugleich mit ihrer Note an die serbische Regierung vom 23. ds. Mts. hat mitteilen lassen.

Das Mémoire gibt Aufschlüsse über die serbische Propaganda und deren Zusammenhang mit dem Attentat am 28. Juni und bildet eine Art Begründung des Vorgehens Österreich-Ungarns.

Tucher

P. S. Die Mitteilung des Mémoire ist nicht gleichzeitig mit derjenigen der Note erfolgt, sondern erst jetzt zur Verfügung gestellt worden, da die Drucklegung nicht fertiggestellt war.

Tucher

Nr. 42

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 281 Wien, den 28. Juli 1914

Angekommen 29. 7. 14.

Die Kriegserklärung ist heute erfolgt, morgen ergeht ein Manifest des Kaisers an die Völker. Voraussichtlich werden Seine Majestät am Donnerstag nach Wien kommen, gleichzeitig mit dem Thronfolger, der zurzeit in Ischl weilt. Es ist beabsichtigt, dem Kaiser, der von der loyalen Haltung der Ungarn tief gerührt ist, nahezulegen, für kurze Zeit nach Budapest zu gehen, sich den Truppen zu zeigen

---

[1]) Dem Bericht liegt das Mémoire der Österreichisch-Ungarischen Regierung, eine Druckschrift von XII/32 Seiten 2°, bei. Abgedruckt in den Farbbüchern Österreichs, Deutschlands und Frankreichs. Tuchers Bericht wurde am 29. Juli präsentiert; am 4. August mit dem Bleistiftvermerk: „Das Mémoire wurde hier vom Österr.-Ungar. Gesandten bereits am 27. ds. Mts. übergeben“ und dem Tintenvermerk „Das Memoire ist bereits Allerhöchsten Ortes unterbreitet worden“ zu den Akten genommen.

und überhaupt den vorhandenen Enthusiasmus durch sein Erscheinen noch mehr zu entfachen.

Mit der Kriegserklärung sind die Versuche der Ententemächte, auf Grund der serbischen Antwortnote noch vor Ausbruch der Feind seligkeiten zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu vermitteln, abgeschnitten. Die Botschafter Englands und Russlands, die heute mittag auf dem Ballplatz vorsprachen, konnten auf die bereits erfolgte Kriegserklärung hingewiesen werden.

Die Bemühungen der Mächte zur Herbeiführung der Lokalisierung dauern fort, Russland hat sich noch nicht ausgesprochen und man fürchtet, dass es einer bestimmten Erklärung ausweicht. Einstweilen hat es angedeutet, dass es die Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau und Kasan mobilisieren werde, sobald die österreichisch-ungarische Armee die serbische Grenze überschreite. Aus Odessa wird gemeldet, dass dort die Mobilmachung schon angeordnet, aber nicht publiziert sei; der Nachricht ist beigefügt, dass die Massregel auch durch die schwere Besorgnis für die innere Sicherheit veranlasst sein könne. In Warschau, von wo auch militärische Vorkehrungen gemeldet werden, sind Pulvermagazine auf der Zitadelle explodiert, nach offizieller Angabe infolge Blitzschlag.

Die Mobilisierung in Österreich-Ungarn ist im vollen Gange. Die Einrückungen vollzogen sich bis jetzt anstandslos auch in den slavischen Gebietsteilen, die Stimmung wird durchwegs als eine ausgezeichnete geschildert, worüber grosse Genugtuung herrscht.

Tucher

Nr. 43

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telegramm Berlin, den 29. Juli 1914; 11^{00} nachm.

Lage infolge russischer und französischer Kriegsvorbereitungsmassnahmen heute abend sehr gespannt. Deutscher Grosser General stab für entsprechende Gegenmassnahmen, worüber aber Entscheidung noch aussteht. Meine Unterredung mit Reichskanzler kann erst morgen stattfinden.

Lerchenfeld

Nr. 44

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern

Telegramm St. Petersburg, 29. Juli 1914; 7^{00} nachm.

Zwischen Sasonow und Pourtalès freundlicher Austausch über Kanzlers Erklärung. Russischer Mobilmachungsbefehl gegen Österreich erfolgt heute abend, angeblich weil Umfang österreichischer Mobilmachung zeigt, dass sie nicht nur gegen Serbien gerichtet. Nach Information der Botschaft erfolgen auch einleitende Vorbereitungen nach deutscher Grenze. Sasonow verneint wiederholt kriegerische Absicht und äussert Wunsch direkter Verständigung mit Wien.

Grunelius

Nr. 45

Der Gesandte in Paris an das Ministerium des Äussern

Telegramm Paris, 29. Juli 1914; 7^{35} nachm.

Herr Jswolsky betrachtet Lage sehr ernst. Bisherige russische Zurückhaltung durch Truppenansammlung bedingt. Nach russischem Botschaftsrat Situation désesperée. Französische Presse ruhiger. Diplomatenempfang abgesagt.

Ritter

Nr. 46

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 407 Berlin, den 29. Juli 1914

Mein badischer Kollege hat mir soeben mitgeteilt, dass Minister von Dusch und Herr von Weizsäcker abgemacht haben, persönlich an der Sitzung des Bundesrats teilzunehmen, die etwa wegen der in Rücksicht auf die äussere Lage zu fassenden Beschlüsse einberufen werden würde. Herr von Dusch beauftragte Graf Berckheim, bei Herrn Delbrück anzuregen, dass die Ersten Bevollmächtigten zu der Sitzung eingeladen werden.

Ich habe daraus Veranlassung genommen, Herrn Delbrück zu bittten, die Bundesratssitzung so rechtzeitig anzusetzen und die Ersten Bevollmächtigten telegraphisch zu verständigen, damit die Herren Minister Zeit haben, für die Sitzung nach Berlin zu kommen. Einer besonderen Einladung bedarf es hierzu ja nicht.

Weiter habe ich zu melden, dass Staatsminister Delbrück den Bürgermeister von Berlin aufgefordert hat, für alle Fälle für die Verproviantierung von Berlin Sorge zu tragen. Ferner, dass sich das Reich möglichst viel Getreide zu sichern im Begriffe steht, um die Aufmarschgebiete und die Festungen zu versorgen.

Herr Delbrück bemerkte hierzu, dass, wenn auch das Reich davon ausgehe, dass die Verproviantierung der Bevölkerung Sache der Einzelstaaten sei, er doch geglaubt habe, auch von Reichs wegen in der angegebenen Beschränkung Sorge tragen zu sollen. Dabei ergebe sich die Schwierigkeit, dass alles vermieden werden müsse, was im Ausland den Anschein erwecken könnte, als ob Deutschland zum Kriege dränge. Diesen Gesichtspunkt sollten auch die Bundesstaaten bei ihren Massnahmen nicht aus dem Auge verlieren, solange über Krieg oder Frieden nicht entschieden sei.

Staatsminister Delbrück nimmt übrigens an, dass die Getreideversorgung dank der stehenden Ernte und der Grösse der Vorräte keine Schwierigkeiten machen werde.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 47

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate [1])

Bericht 408 Berlin, den 29. Juli 1914

Die Lage sieht heute vormittag etwas friedlicher aus als gestern abend. Man konnte erwarten, dass die Kriegserklärung Österreichs an Serbien Russland zu einem entscheidenden Schritt veranlassen werde. Dass ein solcher Schritt bisher nicht gemeldet ist, dürfte schon beweisen, dass man in St. Petersburg vorläufig nicht zum Äussersten entschlossen ist. Es liegt aber auch die Nachricht vor, dass Russland den Konferenzvorschlag Greys im Prinzip angenommen hat, sich aber vorbehält, weiter unmittelbar mit Österreich-Ungarn zu verhandeln, und endlich hat nach einer Mitteilung aus dem Auswärtigen Amt Minister Sasonow dem Grafen Pourtalès gesagt, Russland wünsche den Weltfrieden zu erhalten und suche nach dem Wege, dieses Ziel zu erreichen. Von London wird gemeldet, dass Sir Edward Grey dem Fürsten Lichnowsky gesagt habe, England würde in Zukunft mit Deutschland gehen, wenn dieses jetzt das Seine tue, um den Krieg zu vermeiden.

All diesen Nachrichten scheint mir aber nur ein symptomatischer Wert beizumessen zu sein. Eine Klärung der Lage liegt nicht vor.

---

[1]) Telephonische Mitteilung erfolgte vorher um 2^{01} nachm.

Die Politik des Deutschen Reiches ist darauf gerichtet, dass der Alliierte mit einem Gewinn an Prestige aus der Sache hervorgeht, aber der Weltfrieden erhalten bleibt.

Wie ich schon gestern Ew. Exz. berichtet habe, ist die Lage dadurch sehr erschwert, dass Österreich-Ungarn dabei bleibt, den Einmarsch in Serbien bis zum 12. August aufschieben zu müssen. Wie es möglich sein wird, die jetzige Spannung so lange dauern zu lassen, ohne dass etwas reisst, scheint mir sehr schwierig.

Ew. Exz. werden die Wolffsche Depesche vom Gestrigen gelesen haben, welche die Antwort Serbiens auf das Ultimatum enthält. Darnach wird sich schwerlich bestreiten lassen, dass Serbien fast in allen Punkten den Forderungen Österreich-Ungarns zu entsprechen bereit gewesen ist.

Dass Österreich-Ungarn Zweifel hegt, dass Serbien das gegebene Versprechen auch erfüllt haben würde, ist sicherlich berechtigt, aber andererseits muss das grosse Entgegenkommen Serbiens es Russland erschweren, diesen slavischen Bruder im Stiche zu lassen.

Ich werde heute den Reichskanzler voraussichtlich sehen und dann wieder berichten.

Die gestrigen sozialdemokratischen Versammlungen und Demonstrationen gegen den Krieg sind ziemlich ruhig verlaufen. Die Stimmung der hiesigen Bevölkerung ist im allgemeinen eine gemessene. Man verlangt nicht den Krieg, aber man hat sich mit dem Gedanken abgefunden.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 48

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 282 — Wien, den 29. Juli 1914

Angekommen 30. 7. 14.

Euer Exzellenz beehre ich mich anbei in Abschrift die Verbalnote des K. u. K. Ministeriums des Äussern vom Gestrigen, mit welcher dasselbe die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien mitteilt, gehorsamst zu überreichen.[1]

Die erfolgte Kriegserklärung ist in meinem gehorsamsten Bericht vom Gestrigen Nr. 281 gemeldet worden. Die Verbalnote ist gestern abend nach Postabschluss eingelaufen.

Tucher

---

[1] Beigelegt: Abschrift des französischen Textes der Verbalnote, die der bayer. Gesandtschaft in Wien von der österreichisch-ungarischen Regierung übermittelt worden war.

Nr. 49

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Aussern

Bericht 283 Wien, den 29. Juli 1914
Geheim!

Es ist für den strategischen Aufmarsch von höchster Wichtigkeit, baldmöglichst Klarheit über die Absichten Russlands zu erhalten. Lässt es die Lokalisierung zu, so können alle Armeekorps, deren Mobilisierung angeordnet ist, auf den serbischen Kriegsschauplatz gebracht werden. Tritt aber Russland sofort in den Kampf ein, so wird man Serbien gegenüber in der Defensive bleiben und den Schwerpunkt nach Galizien verlegen. Womöglich ist zu vermeiden, dass es Russland überlassen bleibt, den Augenblick seines Eingreifens frei, d. h. etwa dann zu wählen, wenn ein starkes österreichisch-ungarisches Heer in Serbien engagiert ist.

In Rücksicht auf diese Erwägungen finden zwischen Wien und Berlin Gedankenaustausche statt, ob es geraten sei, in Petersburg unter stärkerem Drucke eine Entscheidung zu verlangen; die Botschafter Pourtalès und Szápáry haben bei Herrn Sasonow bereits die Folgen etwaiger militärischer Parteinahme für Serbien angedeutet, aber ohne besondere Wirkung; vielleicht wird ein solcher Hinweis deutlicher wiederholt. Gegen eine direkte Anfrage mit darin versteckter Drohung hat sich der deutsche Reichskanzler ausgesprochen, da Russland und auch England in solchem Vorgehen eine Herausforderung erblicken und letztere Macht, auf deren Neutralität der allergrösste Wert zu legen ist, dadurch auf die Seite Russlands gebracht werden könnte.

Es ist nun Nachstehendes beschlossen worden: Wenn die Entscheidung in Petersburg nicht vorher eintritt oder von dort durch weitgehende militärische Massregeln herbeigeführt wird, sollen in den ersten Augusttagen die böhmischen Armeekorps nach dem südlichen Kriegsschauplatz abgehen und dann der Kampf mit Serbien durchgefochten werden, selbst wenn inzwischen Russland mobilisiert, in welchem Falle man an der galizisch-russischen Grenze in der Defensive bleibt.

Die Auffassung des deutschen Reichskanzlers findet eine Anerkennung ihrer Richtigkeit in einem Telegramm des Grafen Mensdorff, der die Befürchtung ausspricht, Sir Edward Grey könne auf die russische Seite abschwenken, wenn er zur Überzeugung gelange, dass Deutschland den Krieg mit Russland provozieren wolle.

Die hiesige Börse bleibt bis zum 6. August geschlossen.

Tucher

Nr. 50

Der Gesandte in Rom an das Ministerium des Äussern

Bericht 225 Rom, den 29. Juli 1914

Angekommen 31. 7. 14.

Die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien wurde hier gestern abend etwa um 1/29 Uhr durch Ausgabe von vierten Auflagen der Abendblätter bekannt. Die Nachricht wurde ohne besondere Aufregung aufgenommen, und in den Strassen war von Demonstrationen nichts zu bemerken. Das Publikum ist der Ansicht, dass der österreichisch-serbische Streit Italien nicht angehe, Italien könne den Zuschauer spielen, es bleibe alla finestra.

Der Ansicht, dass Italien an dem Streit nicht interessiert sei, tritt der Berliner Korrespondent des „Giornale d'Italia" in dem ehrerbietigst angefügten Artikel[1]) entgegen. Er sagt, Deutschland habe Interesse daran, dass Österreich-Ungarn nicht als Macht ausgeschaltet werde, weil Deutschland sonst vereinzelt zwischen die feindlichen Mächte Frankreich und Russland eingekeilt würde.

Italien hätte ein Interesse daran, dass Deutschland als Macht erhalten bleibe, weil Italien sonst ganz Frankreich ausgeliefert würde, wobei die Folgen gar nicht auszudenken seien. Deshalb sei Italien an das Schicksal Deutschlands gebunden. Italien dürfe sich nicht desinteressieren; in dem Augenblick, wo Russland sich darüber zu entscheiden habe, ob es mit den Waffen eintreten soll oder nicht, würde es schwer in die Wagschale fallen, wenn es hörte, dass Italien Zuschauer bleiben wolle, während es sonst einen Feind mehr zu bekämpfen haben würde.

v. d. Tann

Nr. 51

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Telegramm Wien, den 30. Juli 1914; 2^{10} vorm.

Angekommen 3^{45} vorm.

Im Ministerium des Äussern liegen amtliche Nachrichten von der Mobilisierung Russlands vor.

Tucher

---

[1]) Liegt bei.

Nr. 52

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telegramm Berlin, den 30. Juli 1914; 1^{05} nachm.

Angekommen 3^{50} nachm.

Reichskanzler mitteilt, dass Deutschland Vermittlungsversuch in Wien macht auf Grundlage, dass Österreich Erklärung in Petersburg wiederholt, keinen dauernden Territorialerwerb zu beabsichtigen und Besitzstand Serbiens nicht tangieren zu wollen, sondern lediglich zu bezwecken, durch temporäre Besetzung Garantien zu erhalten, dass Serbien österreichische Wünsche erfüllt; daneben Vermittlungsvorschlag Sir Edward Greys auf gleicher Basis, der durch Reichskanzler zur ernsten Erwägung nach Wien weitergegeben ist. Reichskanzler hat umgehend zustimmende Antwort erbeten. Bis Eintreffen österreichischer Antwort bleibt Zustand der drohenden Kriegsgefahr, worauf Mobilmachung folgen würde, aufgeschoben. Reichskanzler gibt Hoffnung nicht ganz auf, obgleich seine Vermittlungsaktion durch russische Mobilisierung sehr erschwert.[1])

Lerchenfeld

Nr. 53

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telegramm Berlin, den 30. Juli 1914; 4^{00} nachm.

Nachricht des „Lokalanzeigers", dass die deutsche Mobilisierung angeordnet sei, ist falsch.

Lerchenfeld

Nr. 54

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telegramm Berlin, den 30. Juli; 7^{25} nachm.

Grey hat in Wien vorgeschlagen:

Österreich solle Belgrad und andere Plätze besetzen. Dann sollen die Mächte gemeinsam auf Serbien Druck üben, dass es die österreichischen Forderungen annimmt. Kaiser Wilhelm hat soeben telegraphisch von Kaiser Franz Joseph Zustimmung zum Vermittlungsvorschlag erbeten.

Lerchenfeld

---

[1]) Vorher telephonisch nach München berichtet.

Nr. 55

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate [1])

Bericht 410 Berlin, den 30. Juli 1914

Heute habe ich endlich den Reichskanzler gesehen. Er hatte mich schon wiederholt bestellt gehabt, war aber bisher jedesmal verhindert worden, mich zu empfangen.

Er beauftragte mich, Sr. M. dem König zu melden, dass er seit zwei Tagen mehrere Briefe und Telegramme angefangen habe, um darin Sr. M. die Lage zu schildern, dass aber jedesmal vor der Fertigstellung eine Änderung der Lage eingetreten sei, die den begonnenen Bericht vollständig überholt hätte.

Über die heutige Lage könne er mir folgendes mitteilen:

Deutschland habe es übernommen, mit einer Vermittlungsaktion einzusetzen. Er — der Kanzler — habe dem Wiener Kabinett den Rat erteilt, in Petersburg zu erklären, dass Österreich-Ungarn mit seiner Aktion gegen Serbien keine Territorialerwerbung anstrebe und auch nicht beabsichtige, den Besitzstand Serbiens zu tangieren, dass es sich vielmehr nur um eine temporäre Besetzung serbischer Gebietsteile handle zu dem Zweck, von Serbien Garantien für künftiges Wohlverhalten zu erzwingen, da auf die blossen mündlichen wie schriftlichen Erklärungen der serbischen Regierung nichts zu geben sei.

Er habe in Wien geltend gemacht, dass es darauf ankomme, Russland ins Unrecht zu setzen.

Sir Edward Grey habe in der gleichen Richtung durch ihn — den Reichskanzler — auf Österreich-Ungarn zu wirken versucht und habe sich stark gemacht, wenn Österreich-Ungarn diese Erklärung in Petersburg abgebe, Russland zur Mässigung zu veranlassen.

Ausserdem finde ein Austausch von Telegrammen zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren statt. Die ersten Depeschen, in denen der Zar das Vorgehen Österreichs als ungerechtfertigt hinstellte, und der Kaiser es erklärte, hätten sich gekreuzt.

Vorläufig wäre von Wien noch keine Antwort da. Der Kanzler habe aber heute nacht in energischster Weise dem Wiener Kabinett erklärt, dass Deutschland sich nicht in das Schlepptau der Balkanpolitik Österreichs stellen könne. Für den Fall, dass Österreich zustimmend antworte, gebe der Reichskanzler die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens nicht auf. Sicher sei dies aber nicht, da die von Russland bereits vorgenommene Mobilisierung den russischen

---

[1]) Nach den Münchener Akten auszugsweise telephonisch nach München übermittelt.

Rückzug sehr erschwere. Das Vorgehen Deutschlands werde dadurch sehr erschwert, dass man nicht wisse, was bei den getroffenen Massregeln in Russland und Frankreich Bluff oder Ernst sei.

Solange die österreichische Antwort nicht eingetroffen sei, gehe Deutschland nicht damit vor, den „Zustand der drohenden Kriegsgefahr" zu erklären, dem, wie die Dinge in Deutschland lägen, die Mobilisierung, und zwar nach unserer Militärverfassung die Mobilisierung der ganzen Armee, folgen müsse. Lange dürfe mit der Entscheidung in Deutschland nicht gezögert werden, da wir sonst gegen Russland und Frankreich ins Hintertreffen kämen.

Vorläufig sei man in Deutschland, nachdem schon die Beschützung gewisser Kunstbauten (Brücken, Tunnel, Funkspruchanlagen usw.) durch die Polizei verfügt worden sei, dazu übergegangen, auch den militärischen Schutz zu verfügen.

Gegen Deutschland habe Russland noch nicht mobilisiert.

Italien stehe zum Dreibund und habe nur eine gewisse Modifikation seiner Hilfeleistung angekündigt.

Die Haltung von Bulgarien und Rumänien sei unsicher.

England habe keinen Zweifel gelassen, dass, wenn der Krieg ausbreche, es nicht in der Lage sei, ruhig zuzusehen. England werde mit den Ententemächten gehen.

Der Reichskanzler äusserte zum Schluss: Es sei traurig, sagen zu müssen, dass gewissermassen durch elementare Kräfte und die langdauernde Verhetzung zwischen den Kabinetten möglicherweise ein Krieg entfesselt wäre, den kein Staat wünsche.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 56

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate [1])

Bericht 414 — Berlin, den 30. Juli 1914 [2])

Zum Telegramm von gestern

Ew. Exz. beehre ich mich in Ergänzung meiner telegraphischen Meldung von heute Nachstehendes geh. zu berichten:

Das Auswärtige Amt steht auf dem Standpunkt, dass kein Anlass gegeben sei, besondere Massnahmen bezüglich der Heimschaffung mittelloser Deutscher aus Frankreich zu treffen.

---

[1]) Telephonische Mitteilung nach München vorher 7^{45} nachm.

[2]) Der Bericht erfolgte auf eine Anfrage, ob die bayerische Vertretung in Paris Gelder für Heimschaffung bayerischer Staatsangehöriger angewiesen erhalten solle.

Solange Deutschland dort konsularisch vertreten sei, sei es Sache der deutschen Konsularbehörden, für die Heimschaffung der Deutschen Sorge zu tragen. Diese Verpflichtung erstrecke sich selbstverständlich auch auf die bayerischen Staatsangehörigen.

Von dem Augenblick an, in dem die deutschen Vertretungen aus Frankreich abberufen würden, trete diejenige fremde Mission in Tätigkeit, der der Schutz der deutschen Staatsangehörigen übertragen werde.

Archiv und Kasse werde der betreffenden Mission übergeben, und es würde ihr dann in der gleichen Weise wie sonst der deutschen Vertretung obliegen, für die Heimschaffung der deutschen Staatsangehörigen Sorge zu tragen.

Besondere Massnahmen der k. Regierung für bayerische Staatsangehörige hält das Auswärtige Amt unter diesen Umständen nicht für veranlasst.

Nach Ansicht der Reichsleitung hätte die von dem k. Ministerresidenten in Paris angeregte Massregel sogar gewisse Bedenken, insofern nämlich, als bares Geld dem Zugriff der französischen Regierung ausgesetzt wäre.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 57

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 286 Wien, den 30. Juli 1914

Die Situation hat sich seit gestern bedeutend verschärft, da Russland die Mobilisierung seiner südwestlichen Militärbezirke, das heisst von 12 Armeekorps, angeordnet hat.

Minister Sasonow hat sich den Botschaftern Pourtalès und Szápáry gegenüber beklagt, dass Graf Berchtold keinen Gedankenaustausch zulasse, und dass die unverhältnismässig grosse Zahl 8 der mobilisierten Armeekorps eine Spitze gegen Russland habe. Die Mobilisierung der 12 Armeekorps sei noch nicht der Krieg, sondern nur eine Vorsichtsmassregel; auch beabsichtige er noch nicht, den Botschafter Schebeko von Wien abzuberufen.

Graf Pourtalès hat erwidert, dass hierauf auch Deutschland zum Kriegsvorbereitungszustand werde übergehen müssen. Graf Szápáry klärte das Missverständnis auf, indem er darlegte, Graf Berchtold habe nur eine Diskussion der Notentexte und des Konfliktes mit Serbien abgelehnt, während er und er selbst (Szápáry) jederzeit zur Besprechung der österreichisch-ungarisch-russischen Beziehungen bereit sei. Die Zahl 8 der Armeekorps sei nach den seinerzeit in

Bosnien und der Herzegowina gemachten Erfahrungen und in Anbetracht der feindseligen Haltung Montenegros nicht zu gross. In Betreff der russischen Mobilmachung machte er auf den schlechten Eindruck, den die Massregel in Österreich-Ungarn machen müsse, aufmerksam. Bei Empfang der Telephonnachricht, dass Belgrad beschossen werde, geriet Herr Sasonow in solche Aufregung, dass die Fortsetzung der Konversation unmöglich wurde.

Aus Paris liegt dem Ministerium des Äussern die Meldung vor, dass Frankreich militärische Vorbereitungen treffe. Baron Schoen soll diesselben bei dem Minister Viviani zur Sprache bringen und darauf hinweisen, dass Deutschland die gleichen Massregeln werde ergreifen müssen, was eine grosse Beunruhigung verursachen würde.

Kaiser Wilhelm und der Zar haben Telegramme, die sich kreuzten, ausgetauscht. Kaiser Wilhelm telegraphierte, der Zar soll sich der Serben, die es jetzt nicht verdienten, nicht annehmen; Österreich-Ungarn habe vollkommen recht, energisch gegen Serbien vorzugehen, am Schlusse wird an die Friedensliebe des Zaren appelliert.

Der Zar sagt in seinem Telegramm, Österreich-Ungarn sei vollkommen im Unrecht, über Serbien herzufallen, Russland stehe hinter Serbien. Kaiser Wilhelm möge in Wien kalmierend einwirken.

Der Gegensatz dieser zwei Telegramme ist beredt, eine Brücke zwischen beiden ist nicht denkbar.

Tucher

Nr. 58

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern

Bericht 86

Bleistift-Aufzeichnung St. Petersburg, den 30. Juli 1914

Bericht vom 27. N. 85 nachzutragen, dass Kanzlertelegramm warmen Appell an Deutsch-Russische freundschaftliche Beziehungen enthielt. Siehe Notiz vom 28. Mittags. Direkte Verständigung mit Wien erscheint ganz gescheitert, zudem dass Russland Revision der Note will, was Österreich nicht diskutieren kann.

Am 29. teilt Pourtalès Sasonow im Auftrag des Reichskanzlers mit, dass russische Mobilmachung gegen Österreich automatisch deutsche Mobilmachung zur Folge haben wird. Betont ausdrücklich auch in späteren Unterredungen, dass diese Mitteilung keine Drohung, sondern nur freundschaftliche Warnung vor den Folgen der von Russland beabsichtigten Massnahmen bedeute. Sasonow erklärt wiederholt, dass Russland keinerlei kriegerische

Absichten gegen Deutschland habe (dasselbe erklärt russischer Generalstabschef dem Major v. Eggeling). Russische Armee könne monatelang mobil bleiben, ohne dass daraus direkte kriegerische Massnahmen entstünden.

Am 29. nachm. erklärt Herr Sasonow dem Grafen Pourtalès dass russische Mobilmachung gegen Österreich bevorstehe, dass aber Russland vorläufig keine kriegerische Aktion gegen Österreich beabsichtige. Grund der Mobilmachung s. Telegramm 29. Juli nachm. Dazu teilt Chelius ein Gespräch aus Club mit Nikolai Michailowitsch mit, der sagt, dass Russland sich deshalb mit Mobilisation beeilen müsse, weil Österreich seit vorigem Jahr nicht ganz demobilisiert und deshalb zu seinem Vorsprung von 14 Tagen noch 6 dazu voraushabe.

Sasonow beharrt auf dem Standpunkt, dass Russland Serbien nicht im Stich lassen könne und ist allen Vorstellungen des Grafen Pourtalès, dass Österreich sein territoriales Desinteressement bewiesen hat, unzugänglich. Ebenso beharrt Sasonow darauf, dass Deutschland Österreich veranlassen müsse, seine Forderungen an Serbien zu modifizieren.

Unterredung, die Graf Pourtalès 29./30. nachts 12—1½ hatte, drehte sich immer wieder um dieselben Punkte. Sasonow erklärt, Österreich müsse aus Note alles eliminieren, was auf europäische Politik Bezug hat. Im Stichlassen Serbiens würde Bestand der russischen Monarchie gefährden. Graf Pourtalès legt wiederholt den deutschen Standpunkt dar, dass österreichisch-serbischer Konflikt nur diese beiden Staaten angehe und dass Russland von Deutschland unmöglich dasselbe von Österreich zu tun verlangen könne, was Russland von Österreich gegen Serbien nicht dulden wolle, nämlich, dass Deutschland in einer die Souveränität Österreichs verletzenden Weise auf Österreich einwirke.

Diese Vorstellungen finden bei Sasonow kein Verständnis.

Englands Vorschlag einer Konferenz auch hier zwischen Sasonow und Pourtalès diskutiert, aber anscheinend ohne Erfolg, da Modalitäten und Aussichten der Konferenz nicht definierbar.

Mobilisationsdekret heute nacht 4 Uhr veröffentlicht des Inhalts, dass Mannschaft der Bezirke Kiew, Odessa, Moskau, Kasan, die Kosakenheere von Don, Kuban, Terek, Astrachan, Orenburg, Ural einberufen, d. i. 14 Corps. Nach Eggeling geht aus dem Einberufungsbefehl hervor, dass auch die Marinemannschaften einberufen sind.

Weiterhinaus soll bis jetzt in den Bezirken Warschau, Wilna, Petersburg keine Einberufung vorliegen.

Grunelius

Nr. 59

Der Gesandte in Rom an das Ministerium des Äussern

Bericht 226 Rom, den 30. Juli 1914

Angekommen 4. 8. 14.

Ich habe gestern abend den von Fiuggi hierher zurückgekehrten Botschafter von Flotow gesprochen. Er hält es trotz des grossen Ernstes der Lage noch immer nicht für völlig ausgeschlossen, dass der Krieg auf Österreich und Serbien beschränkt bleibe. Aus den ihm zugegangenen Nachrichten hat er den Eindruck empfangen, dass weder Frankreich noch Russland besonders für den Krieg gestimmt seien. Was Russland betreffe, sei es bezeichnend, dass der Kaiser sich jetzt nach Finnland begeben hätte. Schwieriger sei die Frage bezüglich Englands. Deutschland habe den Vorschlag Sir Edward Greys, eine Konferenz der Botschafter der vier weniger beteiligten Grossmächte zu berufen, vorläufig abgelehnt, weil schon Besprechungen im Gang seien zwischen dem russischen Minister des Äussern und dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg; es könnte übrigens Österreich durch eine Konferenz vergewaltigt werden, auch wolle Deutschland seinem Alliierten nicht in den Arm fallen; die Besprechung der Frage zwischen den Kabinetten sei einer Konferenz vorzuziehen; es sei auch nicht ausgeschlossen, dass man auf den Vorschlag Sir Edward Greys später zurückkomme; auch werde vielleicht ein Depeschenwechsel zwischen dem deutschen Kaiser und dem Zaren eintreten — von einem solchen melden auch heute morgen schon die Zeitungen —.

Deutschland will vermeiden, den englischen Minister, der ehrlich für den Frieden ist, zu verletzen und ihn den Befürwortern des Krieges in die Arme zu treiben.

Die Verhandlungen des Botschafters mit der italienischen Regierung sind immer recht schwierig. Durch Beeinflussung der Presse wurde aber wenigstens eine einigermassen dreibundfreundliche Haltung derselben erreicht; gerade von den einflussreicheren Blättern jedoch sind einige, wie der „Corriere della Sera" und der „Messaggero" unzugänglich; — ich lege die heutige Nummer des „Messaggero" bei mit einem Artikel des Sozialisten Bissolati, der sich für die Neutralität Italiens ausspricht —[1].

Deutschland hat von der in Belgrad zu übergebenden österreichisch-ungarischen Note vorher Kenntnis erhalten und Italien sollte als verbündete Macht wenigstens kurz zuvor hiervon in Kenntnis gesetzt werden. Wegen Erkrankung des Botschafters von Mérey hat sich der Botschaftsrat am Tage, wo die Note in Belgrad übergeben werden

---

[1]) Liegt bei.

sollte, zum Marchese di San Giuliano nach Fiuggi begeben und hat ihm in allgemeinen Ausdrücken davon gesprochen, dass seine Regierung in einer Note an Serbien die verschiedenen Beschwerden zur Sprache bringen werde, die sie gegen die serbische Regierung zu erheben habe. Der Minister antwortete, diese Mitteilung sei so allgemein gehalten, dass er sich darauf gar nicht äussern könne; da man in so wichtigen Angelegenheiten schriftlich verkehren müsse, wolle er ihm dies schriftlich geben. Er tat dies und kann sich nun darauf berufen, dass er von dem Inhalt der Note vorher keine Kenntnis erhalten habe.

Marchese di San Giuliano hat die Absicht, nach Vallombrosa zu gehen, vorläufig aufgegeben und bleibt wenigstens die nächste Zeit in Rom.

Der König ist zum Gedächtnis-Gottesdienst für den König Umberto nach Rom gekommen, hat sich nach der Feier nach Santa Anna di Valdieri in Piemont begeben, wo sich Ihre Majestät die Königin befindet, wird aber in einigen Tagen nach Rom zurückkehren.

v. d. Tann

Nr. 60

Fernsprech-Meldung der Berliner Gesandtschaft

In München aufgenommen 31. Juli vorm. 7^{45}

Eine Antwort auf die gemeinsame Demarche Englands und Deutschlands ist aus Wien bis nachts 12 Uhr nicht eingelaufen gewesen. Man erwartet sich in den Berliner massgebenden Kreisen nicht, dass die Demarche einen Erfolg haben wird, ist vielmehr überzeugt, dass die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.

Wir haben gestern abend, wie immer in diesen Tagen, im Bristol gegessen, das gegenwärtig eine Art Diplomatenbörse bildet. Wir fanden die Österreicher noch ernster wie in den letzten Tagen. Sie schwiegen vollständig.

Von den Reisen der bundesstaatlichen Minister hierher kann man sich nur wenig versprechen; zudem besteht noch die Gefahr, dass die Herren nicht mehr nach Hause kommen könnten.

Nr. 61

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telegramm [1]) Berlin, den 31. Juli 1914; 12^{04} nachm.

Angekommen 2^{00} nachm.

Antwort aus Wien noch nicht eingetroffen, da Tiszas Ankunft in Wien erst abgewartet wird, doch wird sie heute nachmittag erwartet. Sollte Österreich dem deutschen und englischen Vermittlungsvorschlag zustimmen, wird er dem Zaren mit Umgehung Sasonows telegraphiert und gleichzeitig Ultimatum wegen Einstellung der Rüstungen gestellt. England arbeitet mit uns, und es ist nicht ausgeschlossen, dass es noch in letzter Stunde die Aktion zum Stehen bringt; Lage bleibt kritisch, da Russlands Stellung zum Vermittlungsvorschlag zweifelhaft; diesseitiger Generalstab drängt auf Entscheidung.

Lerchenfeld

Nr. 62

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Telegramm Wien, den 31. Juli 1914; 12^{20} nachm.

Angekommen 2^{00} nachm.

Kaiser hat Mobilisierung gesamter Wehrmacht angeordnet.

Tucher

Nr. 63

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telegramm Berlin, den 31. Juli 1914; 1^{00} nachm.

In Preussen werden landwirtschaftliche russische Arbeiter im Kriegsfall nicht ausgewiesen.

Lerchenfeld

---

[1]) Vorher telephonisch nach München um 11^{15} vorm. mitgeteilt.

Nr. 64

Die Gesandtschaft in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telephonische Mitteilung Berlin, den 31. Juli 1914; 3^{00} nachm.

In Bundesratssitzung wurde soeben mitgeteilt, dass ganze russische Armee mobilisiert ist, und daraufhin S. M. der Kaiser den Zustand drohender Kriegsgefahr angeordnet hat, dem Mobilmachung in 24 bis 48 Stunden folgt. Die heute angekündigten Vorlagen, über die morgen 1 Uhr der Bundesrat zu beschliessen hat, sind unterwegs. Der Reichstag wird gleichzeitig mit Mobilmachungsordre einberufen werden.

Nr. 65

Der Gesandte in Paris an das Ministerium des Äussern

Telegramm Paris, den 31. Juli 1914; 4^{40} nachm.
Angekommen 9^{30} nachm.

Herr Jswolsky hat mich soeben aufgesucht und mich gebeten, bayerische Regierung möchte seiner Frau und Kindern, die sich per Auto nach der Schweiz via Lindau begeben, Grenzübergang sichern.

Botschafter hält Lage äusserst ernst. Anfrage deutscher Botschaft habe Sasonow vorgeschlagen, Österreich möchte Erhaltung Indépendance Serbiens versprechen. Diese umfasse mehr als territoriale Integrität; es sei dies eine Hoffnung. 1909 dürfte sich nicht wiederholen; Deutschland habe damals einen schweren Fehler begangen; bedingungslose Annahme Österreichs Forderungen an Serbien würde eine neue Demütigung Russlands bedeuten; letzteres bestehe daher auf Berücksichtigung seiner Wünsche. Ein Wort der Mässigung von deutscher Seite würde in Wien genügen, dessen sei er gewiss; Anfrage in Petersburg sei der erste Vermittlungsschritt Deutschlands. Vorher habe Deutschland Österreich nur in seinem Vorgehen bestärkt; Österreich werde wie Russland vor dem Japan-Krieg von einer Camarilla in den Krieg gehetzt.

Ritter

Nr. 66

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern [1])

Telegramm Berlin, den 31. Juli 1914; 7^{00} nachm.

Angekommen 10^{00} nachm.

Kaiser Franz Joseph hat Vermittlungsvorschläge mit Hinweis auf russische Mobilisierung abgelehnt. Deutschland hat Russland aufgefordert, binnen 12 Stunden Mobilisierung einzustellen, widrigenfalls Deutschland mobilisieren würde. Frankreich ist um Antwort binnen 18 Stunden gebeten worden, ob es sich neutral verhalten wolle. An ablehnender Antwort seitens Russlands und Frankreichs besteht kein Zweifel. England ist erneut Neutralitätsvertrag angeboten worden, den Sir Edward Grey abgelehnt hat.[1] Stellung Italiens und Rumäniens noch unklar, aber Hoffnung, dass Italien beim Dreibund, Rumänien neutral bleibt.

Lerchenfeld

Nr. 67

Fernsprech-Meldung der Berliner Gesandtschaft

In München aufgenommen 31. Juli 1914; 8^{00} nachm.

Es laufen zurzeit zwei Ultimata:

Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden. Petersburg Anfrage nach Grund der Mobilisierung, Paris Anfrage, ob neutral bleibt.

Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden.

Mobilisierung spätestens Samstag, den 1. August um Mitternacht.

Preussischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich mit grosser Zuversicht entgegen, rechnet damit, Frankreich in 4 Wochen niederwerfen zu können; im französischen Heere kein guter Geist, wenig Steilfeuergeschütze und schlechteres Gewehr.

---

[1]) Um 10^{45} nachm. folgte telephonische Mitteilung, dass England „Neutralität mit Begründung abgelehnt hat, es müsse sich die Hände freihalten“.

Nr. 68

Der Gesandte in Paris an das Ministerium des Aussern

Telegramm Paris, den 31. Juli 1914; 11^{20} nachm.
Angekommen 1. August 10^{00} vorm.

Deutscher (Botschafter?) hat heute abend französischer Regierung mitgeteilt, Russland habe, während Verhandlungen schwebten, ganze Armee und Flotte mobil gemacht, deshalb Kriegsgefahr in Deutschland verkündet. Wenn Russland nicht in 12 Stunden die ganze Mobilmachung rückgängig mache, erfolge deutsche Mobilmachung, dann Krieg unvermeidlich. Botschafter fragte, ob französische Regierung in einem deutsch-russischen Krieg neutral bleibe. Antwort in 18 Stunden erbeten, abläuft morgen. (Habe) österreichischem Botschafter Gespräch Iswolsky mitgeteilt: Annahme der Indépendance-Erklärung verhindere Krieg, alle Welt erwarte Erklärung, wie weit Österreich gehen wolle. Iswolsky versöhnlich. Graf Szécsen sagte, er habe längst diesen Wunsch übermittelt, aber keine Weisung erhalten. Hiesige österreichische Korrespondenten meinen, man sei sich darüber am Ballplatz nicht schlüssig. Französische Regierung bestreitet die allgemeine russische Mobilisierung.

Ritter

Nr. 69

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 417 Berlin, den 31. Juli 1914
Zum Telegramm von gestern

Ew. Exz. beehre ich mich im Vollzuge des telegraphischen Auftrags von gestern nachstehendes gehorsamst zu berichten:

Die Berufskonsuln feindlicher Mächte werden bei Kriegsausbruch angewiesen,[1]) nach dem Ausland abzureisen, erhalten keine Pässe.

---

[1]) Das Ministerium in München hatte am 30. Juli angefragt, wie gegenüber den Konsuln feindlicher Mächte zu verfahren sei, und ob in Pässen für fremde Diplomaten Fristbestimmung erfolge.

Die Wahlkonsuln können im Lande bleiben, dürfen aber keine Funktionen mehr ausüben.

Die Pässe der fremden Diplomaten, die alle (nicht nur die Chefs) Kaiserpässe bekommen, werden nicht befristet.

Die Gesandtschaftskanzler können unter folgenden 2 Voraussetzungen im Lande bleiben:

1. dass sie der fremden Mission beigeordnet werden, die den Schutz der betreffenden Staatsangehörigen übernimmt,
2. dass die Gegenseitigkeit gewährleistet wird.

Bleiben sie nicht, so erhalten die Kanzleichefs Kaiserpässe, das übrige Personal den Pass des Auswärtigen Amts.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 70

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 418 — Berlin, den 31. Juli 1914

Ew. Exz. habe ich in Chiffre die heutige Lage gemeldet.

Wie mir im Auswärtigen Amt gesagt wurde, sind die Würfel dadurch in das Rollen gekommen, dass der russische Botschafter Swerbejew die falsche Nachricht des Lokalanzeigers, Deutschland mobilisiere, nach Petersburg gemeldet hat, ohne sich von der Richtigkeit zu versichern. Man nimmt an, dass das Dementi, das er seiner Meldung nachsandte, ungenügend war, weil der Botschafter seinen Fehler nicht glatt eingestehen wollte.

Dass Kaiser Franz Joseph die Vermittlungsvorschläge abgelehnt hat, wird hier bedauert, weil damit Russland noch mehr ins Unrecht versetzt worden wäre.

Immerhin herrscht die Meinung vor, dass, nachdem Russland zur partiellen Mobilisierung geschritten ist, der Weltkrieg nicht mehr aufzuhalten gewesen ist. Kaiser Nikolaus wäre kaum stark genug gewesen, die Demobilisierung zu verfügen ohne eine Satisfaktion von Österreich-Ungarn, die, wie die Dinge liegen, nicht zu erhalten war.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 71

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Berlin, den 31. Juli 1914

Hochverehrter Freund!

Ich glaube auf den drei Wegen des heutigen Verkehrs, Telephon, Telegraph und Post, alles gemeldet zu haben, was zu melden gewesen ist. Trotzdem will ich mit diesen Zeilen das gegebene Bild noch etwas vervollständigen.

Zunächst möchte ich sagen, dass ich sehr damit einverstanden bin, dass Ew. Exz. nicht hierher kommen. Sie sind in Bayern notwendiger als hier, und die Rückkehr wäre zum mindesten schwierig. Das ist auch die Überzeugung Delbrücks. Er hat auch in diesem Sinne an Dusch und Weizsäcker telegraphiert.

Der deutsch-englische Vermittlungsvorschlag, der noch eine gewisse Hoffnung auf Erhaltung des Friedens bot, ist durch die Mobilmachung in ganz Russland erledigt. Sasonow hat vor einigen Tagen verlangt, dass Österreich-Ungarn auf die Erfüllung einiger Punkte seines Ultimatums verzichte. Das war für Österreich unmöglich. Den englisch-deutschen Vorschlag hätte man in Wien annehmen können.

Die Haltung Englands ist dunkel. Der König hatte vor kurzem noch dem preussischen Prinzen Heinrich in London versichert, England werde zunächst neutral bleiben. Auch der heute in unsern Blättern abgedruckte Artikel der „Westminster Gazette" lässt auf solche Absicht schliessen. Da der Redakteur dieses Blattes ein intimer Freund Sir E. Greys ist, haben Äusserungen der „Westminster Gazette" eine gewisse Bedeutung. Dem steht aber gegenüber, dass Sir E. Grey dem Fürsten Lichnowsky erklärt hat, England könne den Ereignissen nicht untätig zusehen. Ob dies den Zweck hatte, uns zu einer Pression auf Österreich zu veranlassen, oder ob England sich schon für ein Eintreten für die andern Ententemächte entschlossen hat, muss sich erst zeigen.

Während ich dies schreibe, hat es sich bereits gezeigt. England geht mit der Entente.

Von Italien glaubt man, dass es bei dem Dreibund beharren werde, dass es aber bei dieser Gelegenheit etwas erwerben wolle. Nicht aber Valona, das lehnt es ab.

Rumänien sollte nach Ansicht des Auswärtigen Amts wenigstens neutral bleiben. Man glaubt genügende Pressionsmittel zu haben, es dazu bestimmen zu können.

---

[1]) Siehe B, 66.

In hiesigen militärischen Kreisen ist man des besten Mutes. Schon vor Monaten hat der Generalstabschef Herr von Moltke sich dahin ausgesprochen, dass der Zeitpunkt militärisch so günstig sei, wie er in absehbarer Zeit nicht wiederkehren kann. Die Gründe, die er anführt, sind:

1. Überlegenheit der deutschen Artillerie. Frankreich und Russland besitzen keine Haubitzen und können daher keine Truppe in gedeckter Stellung mit Steilfeuer bekämpfen.
2. Überlegenheit des deutschen Infanterie-Gewehres.
3. Ganz ungenügende Ausbildung der französischen Truppe infolge zweijähriger Dienstzeit bei der Kavallerie und der gleichzeitigen Einberufung zweier Jahrgänge bei allen Waffengattungen infolge der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, darunter muss die Ausbildung gelitten haben.

Auch in den Kreisen der Bevölkerung ist die Stimmung eine ruhige und zuversichtliche. Die Sozialdemokraten haben für den Frieden pflichtmässig demonstriert, halten sich aber jetzt ganz still. Ein Abgeordneter, allerdings revisionistischer Richtung, mit dem der Reichskanzler gesprochen hat, hat versichert, dass an Aufruhr oder Generalstreik in der Sozialdemokratischen Partei von niemand gedacht werde.

Was den Kaiser betrifft, so weiss ich, dass er nach einigem Wechsel in der Stimmung während des Beginns der Krisis, jetzt sehr ernst und sehr ruhig ist.

Prinz Oskar wird heute im Hausministerium getraut werden. Alle preussischen Prinzen treten in der Front ein. Der Kronprinz erhielt die I. Garde-Infanterie-Division.

Wie man annimmt, wird das Hauptquartier zunächst in Berlin bleiben. Wie im Jahre 1870 werden zwei Staffeln gebildet werden. In der ersten der Kaiser, in der zweiten die anderen Bundesfürsten, die den Krieg mitmachen wollen.

Mit besten Grüssen Ihr

Lerchenfeld

Nr. 72

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 290 — Wien, den 31. Juli 1914

Angekommen 3. 8. 14.

Kaiser Franz Joseph hat einen auf Wunsch des Zaren unternommenen Vermittlungsversuch des deutschen Kaisers mit der Erwiderung abgelehnt, dass eine neuerliche Rettung Serbiens die ernstesten Folgen für seine Länder nach sich ziehen würde. Er sei sich der Schwere der Verantwortung voll bewusst und rechne auf die unerschütterliche Bundestreue Deutschlands.

Auf dem Ballplatz spricht man nicht mehr von Lokalisierung, sondern erwägt nur die Chancen des Krieges; das Eingreifen Englands an der Seite Frankreichs wird für mehr als wahrscheinlich gehalten.

Die K. Gesandtschaft wird bestürmt mit Anfragen, ob Deutschland mobilisiere und ob die Militärpflichtigen einzurücken hätten. Umgehende Benachrichtigung nach erfolgter Entscheidung ist dringendst erwünscht.

Tucher

Nr. 73

Der Vorsitzende im Ministerrate an die Gesandtschaft in Berlin[1])

Telephonische Mitteilung München, den 1. August 1914; 9^{30} vorm.

Dem von Sr. M. dem Kaiser für notwendig gehaltenen Beschlusse im Sinne des Art. II Abs. 2 der Reichsverfassung wird mit Allerhöchster Ermächtigung Sr. M. des Königs zugestimmt.

Hertling

Nr. 74

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 420 Berlin, den 1. August 1914

Heute 6 Uhr war die Lage folgende: Russland hat das deutsche Ultimatum, alle Kriegsrüstung gegen Deutschland und Österreich einzustellen, bisher nicht beantwortet. Daraufhin ist nach der Beschlussfassung im Bundesrat Russland die Kriegserklärung für den Fall zugestellt worden, dass es nicht dem Verlangen des Ultimatums entspricht. Es wird bezweifelt, ob hiernach Russland überhaupt antwortet.

Frankreich ist eine Verlängerung der Frist bis heute 1 Uhr gewährt worden. Um 6 Uhr war die Antwort noch nicht da, was aber mit Verzögerung der telegraphischen Beförderung zusammenhängen kann. Die Bemerkung des Reichskanzlers in seiner heutigen Rede, die Antwort sei da, hat auf einem Irrtum beruht.

---

[1]) Mit Bericht 419 vom gleichen Tage meldet der Gesandte den Vollzug dieser Weisung durch Erklärung Bayerns in der Bundesratssitzung.

Italien hat sich vom Dreibund losgelöst, indem es erklärte, Österreich habe durch seinen Angriff auf Serbien Russland de facto angegriffen. Der casus foederis läge also nicht vor. Da von Wien mitgeteilt worden ist, dass Österreich alle italienischen Forderungen erfüllt habe, so ist die Stellung Italiens vielleicht noch keine endgültige. Hiefür liegen einige Anzeichen vor.

Die Mobilmachungsordre ist heute um 5 Uhr 30 Min. nachm. nach einer Beratung im Schloss vom Kaiser unterzeichnet worden.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 75

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 293 Wien, den 1. August 1914

Angekommen 6. 8. 14.

Graf Pourtalès hat gestern den Auftrag erhalten, in Petersburg zu erklären, dass, wenn die allgemeine Mobilisierung in Russland nicht in 12 Stunden eingestellt werde, Deutschland auch mobilisieren werde; desgleichen hat Baron Schoen in Paris auftragsgemäss in 18 Stunden Antwort auf die Frage verlangt, ob Frankreich in einem Kriege Deutschlands gegen Russland neutral bleiben werde.

Die Termine laufen heute ab, man erwartet daher heute die Anordnung der Mobilmachung Deutschlands.

Die Haltung Schwedens ist noch unbestimmt, ebenso diejenige Rumäniens. König Karol hat dem österreichisch-ungarischen Gesandten erklärt, die Einhaltung der Militärkonvention sei „so gut wie unmöglich“; dem deutschen Geschäftsträger, der ihm ein Telegramm des Kaisers Wilhelm mit der Mahnung zur Vertragstreue überreichte, hat der König ausweichend geantwortet und gesagt, er werde dem Kaiser direkt antworten.

Mit der Türkei schweben Verhandlungen wegen der Insurgierung Neuserbiens. Bulgarien wünscht sich dem Dreibund anzuschliessen.

In Tokio wendet die Regierung den Ereignissen in Europa die grösste Aufmerksamkeit zu; ob sie die Allianz mit England für die Regelung der mandschurisch-mongolischen Frage hingeben wird, steht dahin.

Kaiser Wilhelm hat gestern ein Telegramm in bewegten Worten an Kaiser Franz Joseph gerichtet; der Bitte, möglichst viele Streitkräfte gegen Russland ins Feld zu führen, wird sofort entsprochen, obwohl dadurch ein teilweiser Rücktransport von Truppen veranlasst wird

Private, die aus Italien kommen, berichten, dass die dortige Presse für das Halten der Bündnistreue spreche, die Bevölkerung auch, aber ohne jede Begeisterung.

Tucher

Nr. 76

Die Gesandtschaft in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telephonische Mitteilung Berlin, den 2. August 1914; 12^{00} mittags

Ultimatum in Petersburg übergeben. Bedingte Kriegserklärung wahrscheinlich von Russland unterschlagen und nicht an Botschaft gelangt. Weder Antwort noch Empfangsbestätigung eingetroffen. Da Feindseligkeiten an der Grenze begonnen, wird hier Kriegszustand angenommen, und sind russischem Botschafter Pässe zugestellt.

Nr. 77

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telegramm Berlin, den 2. August 1914; 12^{30} nachm.

Frankreich hat auf Ultimatum gestern 1^{00} geantwortet, es müsse sich vorbehalten, seine Interessen zu wahren, hat um 5^{00} mobilisiert. Kriegserklärung gegenüber Frankreich noch zurückgehalten, da dessen Stellung noch nicht ganz geklärt. Italien vorläufig neutral. England gibt ausweichende Antworten, Möglichkeit einer Neutralität andeutend, falls wir belgische Neutralität achten. Trotzdem wird hier angenommen, dass es sich zum Angriff auf uns entscheiden wird. Dänemark schielt nach England.

Lerchenfeld

Nr. 78

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 423 Berlin, den 2. August 1914

Ich habe Ew. Exz. schon teils telephonisch, teils mit Chiffretelegramm [1]) über die Lage berichtet. Darnach ist die Hoffnung, dass England neutral und Italien auf Seite des Dreibundes bleiben wird, so ziemlich ganz geschwunden. In England wird wohl alles davon abhängen, ob man dort die Überzeugung gewinnt, dass die englische

[1]) Siehe B, 76, 77.

Geschäftswelt bei der bestehenden Unsicherheit mehr verliert als bei einem Kriege. Auch scheint mir, dass das Verlangen Englands, Deutschland solle die Neutralität Belgiens achten, vom militärischen Standpunkt aus kaum zu erfüllen ist. Ich bin zwar nicht in die Geheimnisse des Generalstabs eingeweiht, möchte aber annehmen, dass eine schnelle Abrechnung mit Frankreich auf einer anderen Linie kaum möglich sein dürfte.

Italien hat damit begonnen, die Erfüllung des Art. 7 des Triplealliancevertrags zu verlangen, den es dahin auslegt, dass ihm bei Territorialveränderungen auf dem Balkan Kompensationen zustehen. Österreich hat diese Berechtigung zwar anfänglich bestritten, hat aber vor zwei Tagen die italienische Forderung anerkannt. Man hofft darnach in Wien, dass Italien nunmehr seine Verpflichtungen gegenüber den Alliierten erfüllen würde. Es scheint aber, dass die Furcht vor England in Rom die Oberhand gewonnen hat. Italien stellt sich auf den Ew. Exz. bereits geschilderten Standpunkt, dass der casus foederis nicht vorliege, weil Österreich angegriffen habe, und behält sich alles vor. Diese schmähliche Haltung wird auch in Italien empfunden. Der hiesige italienische Botschafter hat vor zwei Tagen bei Herrn von Jagow, als er solche Andeutungen zu machen hatte, geweint.

Man kann heute sagen, dass bei dem bevorstehenden Krieg Deutschland und Österreich der ganzen Welt gegenüberstehen werden. Trotzdem ist die Stimmung der hiesigen militärischen Kreise eine absolut zuversichtliche.

Bis heute waren die Entschlüsse von Heer und Flotte noch von dem Stande der diplomatischen Verhandlungen abhängig. Man wollte, wie ich chiffriert heute gemeldet habe, Frankreich und vor allem England die Rolle des Angreifers überlassen. Die von einem französischen Flieger in Nürnberg geworfene Bombe hat die Lage verändert, und es ist von jetzt an damit zu rechnen, dass nur mehr militärische Rücksichten entscheiden werden. Von morgen an wird die Auskundschaftung des französischen Aufmarsches durch Ballons und Flieger beginnen, und, wie verlautet, wird wohl auch der deutschen Flotte freie Hand gegeben werden.

Ich nehme an, dass dann auch dem französischen Botschafter die Pässe zugestellt werden.

Über eigentlich militärische Dinge nehme ich Abstand, in diesem Augenblick zu berichten. Das k. Kriegsministerium ist von allem unterrichtet und daher besser in der Lage, Ew. Exz. zu informieren.

G. H. Lerchenfeld

P. S. Die Pässe werden noch nicht zugestellt, weil man weitere Angriffe abwarten will. Da die Mobilisation im Gange, wird auf diese Weise nichts versäumt.

Nr. 79

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 294 Wien, den 2. August 1914
Angekommen 17. 8. 14.

König Viktor Emanuel hat an Kaiser Franz Joseph telegraphiert, dass er auf Grund des Bündnisvertrages eine freundliche Neutralität beobachten werde. Botschafter Mérey erklärt diese Haltung mit der zunehmenden Wahrscheinlichkeit, dass England sich an Frankreichs Seite stelle und damit, dass in diesem Falle die italienischen Küsten von den überlegenen französischen und englischen Flotten bedroht würden. Auch ist die italienische Armee, von der 60 000 Mann in Syrien stehen, nicht in besonders gutem Stande, ferner fürchtet man den Sozialismus. Auf die Anregung der Kompensationsfrage war von hier aus geantwortet worden, dass man bereit sei, sie zu besprechen, wenn Österreich-Ungarn selbst sich Gebiet aneignen sollte.

Man hofft hier, dass das Ausspringen Italiens England bewegen werde, neutral zu bleiben; über die Treulosigkeit Italiens herrscht in dem kleinen Kreise an Eingeweihten höchste Indignation.

Die Bemühungen Englands, den Krieg zwischen Frankreich und Deutschland hintanzuhalten, dürften, selbst wenn sie aussichtsvoll gewesen, nach dem Bombenüberfall Nürnbergs durch französische Flieger erfolglos bleiben. Auf das 18stündige Ultimatum hat Frankreich geantwortet: es werde tun, was seine Interessen erheischen.

Die Nachrichten aus Bukarest lauten heute etwas günstiger. Bratianu hat dem Grafen Czernin nunmehr versichert, dass Rumänien die strengste Neutralität einhalten werde; wenn Russland diese verletze, werde es ihm den Krieg erklären. Man neigt auf dem Ballplatz der Ansicht zu, dass Rumänien schliesslich doch auf die Seite des Dreibunds treten werde.

Österreich-Ungarn wird Russland den Krieg in 2 bis 3 Tagen erklären, wenn die Feindseligkeiten nicht früher ausbrechen.

Tucher

Nr. 80

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 427 Berlin, den 4. August 1914

Ich habe nur zu melden, dass die Türkei sich Deutschland anschliesst [1]) und einige Korps mobil macht. Auch Bulgarien scheint entschlossen, mit Österreich gemeinsame Sache zu machen. Der Vertrag ist noch nicht geschlossen. Dies könnte militärisch Österreich wesentlich erleichtern. Holland ist die Neutralität von uns zugesichert. Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalstabschef hat erklärt, dass selbst die englische Neutralität um den Preis einer Respektierung Belgiens zu teuer erkauft wäre, da der Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgiens möglich.

Reichstagseröffnung im Weissen Saal und Reichstagssitzung waren im höchsten Grade erhebend. Selbst im Jahre 1870 hat die Begeisterung, für die gerechte Sache zu kämpfen, sich nicht so elementar und einmütig gezeigt.

Die Durchführung der Mobilisation und der Aufmarsch verläuft ausgezeichnet. Generalstab und Kriegsministerium haben noch nicht eine Anfrage von irgend einer Seite erhalten. Jeder weiss, was er zu tun hat.

Ich muss annehmen, dass unsere Haltung gegenüber Belgien Bruch mit England im Gefolge hat.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 81

Der Gesandte in Paris an den König

Im französischen Zuge von Paris, den 4. August 1914
Angekommen 8. 8. 14.

Mit Beginn der französischen Mobilmachung begegnete die Aufgabe chiffrierter Depeschen Schwierigkeiten. Mehrere Postämter lehnten meine Depeschen ab.

Ich habe hierüber bei dem Gesandten Martin im Protokoll Beschwerde geführt, der dieselbe für begründet erachtete und sofort

---

[1]) Unterzeichnung des Bündnisvertrags mit Türkei am 4. August 3^{00} nachm. telegraphisch nach München gemeldet

Abhilfe versprach. Er führte das Verhalten der Postämter auf eine Unterbrechung der telegraphischen Verbindungen zurück.

Am 3. August vormittags sah ich mich genötigt, meine Wohnung zu verlassen und mich mit dem Personal der Gesandtschaft auf die Kaiserliche Botschaft zurückzuziehen, weil die Bevölkerung eine drohende Haltung anzunehmen begann.

Die Schlüssel der Gesandtschaft und die politischen Akten habe ich der amerikanischen Botschaft übergeben.

Der Gesandte Martin versprach, den Polizeipräfekten um polizeiliche Überwachung meiner Wohnung und der Kanzlei während meiner Abwesenheit angehen zu wollen.

Die Botschaft mit ihrem Vorhof glich einem Biwak. Sie war mit weinenden Müttern und Kindern angefüllt. Hunderte von Gepäckstücken lagen auf dem Hofe umher. Die Angestellten der Botschaft und des Generalkonsulats wohnten bereits seit mehreren Tagen in den Kanzleiräumen der Botschaft.

Ich habe bis zum letzten Augenblick, namentlich bei meinem letzten politischen Gespräch mit dem Gesandten Martin am 2. August abends, den Eindruck gehabt, dass die französische Regierung den Krieg um jeden Preis vermieden haben wollte.

Auf die von der französischen Presse offenbar stark übertriebenen angeblichen Grenzverletzungen deutscher Truppen hin riet ich Herrn Martin, sich erst durch eine offizielle Nachfrage von deren Richtigkeit zu überzeugen.

Diese Anfrage erfolgte denn auch am 2. August abends in Berlin unter gleichzeitiger Mitteilung an die Botschaft in Paris.

Namentlich die Verletzung der Neutralität Luxemburgs schien Herr Martin als Anzeichen des von Deutschland gewollten Krieges zu deuten.

Die Depeschen der Botschaft kamen meist sehr verstümmelt an.

In der letzten Depesche, mit welcher der Kaiserliche Botschafter beauftragt wurde, seine Pässe zu fordern, waren nicht weniger als 10 Gruppen unverständlich.

Der kritische Auftrag wegen Abbruchs der Beziehungen traf spät nachmittags am 3. August ein.

Er wurde Punkt 6 Uhr ausgeführt. Bei diesem Anlass kündigte der Kaiserliche Botschafter auch die bevorstehende Abreise der Königlichen Gesandtschaft an.

Den letzten telegraphischen Erlass des Auswärtigen Amtes und die darauf an die französische Regierung gerichtete Note hat mir der Kaiserliche Botschafter nur dem Inhalte nach mitgeteilt.

Bei Herrn Viviani habe ich in Ermangelung eines Auftrags keine Erklärung abgegeben; dagegen habe ich dem Kabinettschef Herrn de Marguerie meine bevorstehende Abreise schriftlich angekündigt. Ausserdem habe ich den Gesandten Martin gebeten, diesbezüglich mich in Anbetracht der Kürze der Zeit bei dem Conseilpräsidenten Viviani entschuldigen zu wollen.

Die Bevölkerung vor der Botschaft hatte inzwischen eine recht drohende Haltung angenommen und als der Kaiserliche Botschafter sich zur Ausführung seines Auftrags auf das Ministerium des Äussern begab, sprang ein verdächtig aussehendes Individuum auf den Wagen des Botschafters. Es nahm darauf ein Geheimpolizist neben dem Botschafter Platz.

Der Conseilpräsident Herr Viviani nahm die Erklärung des Botschafters in Gegenwart des Kabinettschefs Gesandten de Marguerie mit Ruhe entgegen.

Er bemerkte dem Kaiserlichen Botschafter gegenüber, dass er von den französischen Grenzüberschreitungen und den Fliegerattentaten in Nürnberg und anderswo keine Kenntnis habe und dass jedenfalls die deutschen Grenzverletzungen zeitlich den französischen vorangegangen wären.

In dieser Hinsicht hatte mich Herr Martin tagszuvor darauf aufmerksam gemacht, dass die französischen Truppen absichtlich, um Grenzkonflikte zu vermeiden, zehn Kilometer von der Grenze entfernt gehalten worden wären, während die deutschen Truppen offenbar dicht an der Grenze selbst stünden.

Die Zusendung der Pässe für die Mitgliedcr der Botschaft, der Gesandtschaft und des Generalkonsulats erfolgte um 7 Uhr durch den Chef des Protokolls, Gesandten Martin.

Die Abfahrt verlief in grösster Ordnung gegen 10 Uhr von dem auch bei Fürstenbesuchen meist benützten Bahnhof an der Porte Dauphine.

Der Transport zu der Bahn erfolgte durch zahlreiche Omnibusse der Eisenbahngesellschaften und grosse Fourgons. Alles spielte sich programmgemäss ab.

Auf dem Bahnhof hatte sich der Gesandte Martin eingefunden.

Er erzählte mir bei dieser Gelegenheit, dass die französischen Vertreter in Deutschland um 7 Uhr, also 1 Stunde nach der Kriegserklärung, angewiesen worden wären, ihre Pässe zu erbitten.

Die französische Regierung hat einen sehr schönen Sonderzug mit 2 grossen Salonwagen für die Reise zur Verfügung gestellt.

Gesandter Martin wusste nicht, welchen Weg wir einschlagen würden. Er sagte, es stehe hierüber die Entscheidung ausschliesslich dem Kriegsministerium zu.

Der Zug nahm den Weg über Brüssel, Breda, Münster, Hannover und langte am 5. August 7 Uhr früh in Berlin an.

Zur Bedienung und Rückbeförderung des Zuges sind 2 französische Bahnbeamte bis nach Berlin mitgefahren.

Die belgische und holländische Bevölkerung verhielt sich bei dem Passieren des Zuges sehr zurückhaltend. Die Stationen und Brücken waren durchwegs militärisch besetzt.

Auf deutschem Gebiet angelangt, wurde der Zug auf jeder Station mit Gesang und Jubelruf begrüsst.

Am 2. August nachmittags 2 Uhr sagte mir der österreichische Botschafter Graf Scézen noch, dass er seit Tagen ohne jegliche Nachrichten aus Wien sei. Dagegen versicherte er mir ausdrücklich, dass die österreichische Regierung die „politische Souveränität" Serbiens im Sinne der mir von Herrn Iswolsky gemachten Bemerkungen anzuerkennen sich verpflichtet habe und dass er der französischen Regierung eine entsprechende Mitteilung gemacht habe. Ich wollte dieses sofort Herrn Iswolsky mittels Privatbriefs bei Beantwortung eines Schreibens wegen Ermittelung des Aufenthalts von Madame Iswolsky mitteilen und hatte bereits das Schreiben aufgesetzt.

Der Kaiserliche Botschafter bat mich aber davon Abstand zu nehmen, weil er fürchtete, Herr Iswolsky möchte ein solches Schreiben zum Nachteil der deutschen Politik verwerten.

Ich habe nach wie vor den Eindruck, dass Missverständnisse über die Frage der „Indépendance" von Serbien zwischen Österreich und Russland obgewaltet haben müssen, deren rechtzeitige Aufklärung den rollenden Stein vielleicht noch aufgehalten hätte.

Dies scheint mir auch aus dem alleruntertänigst hier angeschlossenen Telegramm Seiner Majestät des Kaisers an den Zaren vom 29. vor. Mts.[1]) hervorzugehen, in welchem nur von einer Erklärung des österreichischen Kabinetts über nicht beabsichtigte territoriale Eroberungen auf Kosten Serbiens die Rede ist.

In Ägypten, Marokko und in allen Protektoraten hat aber nach Herrn Iswolsky auch niemals eine territoriale Eroberung auf Kosten des fraglichen Landes stattgefunden. Gerade deshalb bestehe Russland auf umfassendere Zusicherungen zugunsten Serbiens und auf der Anerkennung seiner „Indépendance".

Diese Zustimmung hoffte die französische Regierung und Herr Iswolsky durch Vermittelung des Deutschen Kaisers von Österreich der russischen Regierung abgegeben zu sehen.

Noch ist es Zeit, falls wirklich ein Missverständnis vorgelegen haben sollte, etwa Versäumtes nachzuholen, nachdem die Beziehungen zwischen Österreich und Russland noch nicht abgebrochen sind und Graf Scézen vor einigen Tagen behauptete, eine „analoge Versicherung" bei der französischen Regierung abgegeben zu haben.

Vielleicht liesse sich unter diesen Umständen doch noch in letzter Stunde von deutscher Seite in Österreich ein Druck ausüben, damit die von Russland gewünschte Erklärung über die Erhaltung der „Indépendance" von Serbien auch offiziell in Petersburg erfolge.

Ritter

---

[1]) Dem Bericht liegt eine Wiedergabe des Telegramms bei, vgl.: Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch II. Bd. Nr. 359.

Nr. 82

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 431 Berlin, den 5. August 1914

Nachdem der Reichskanzler in der Reichstagssitzung von 3 Uhr unsere Haltung Belgien gegenüber angekündigt hatte, erschien der englische Botschafter im Reichstagsgebäude, um Staatssekretär Jagow mitzuteilen, dass England den Bruch der belgischen Neutralität nicht hinnehmen könne. Herr von Jagow setzte Sir Edward Goschen auseinander, dass die militärischen Erwägungen es Deutschland unmöglich machten, dem Verlangen Englands zu entsprechen, und gab im übrigen die Zusicherung, dass Deutschland den Bestand Belgiens nicht antasten wolle. Eine Stunde später erschien der Botschafter im Auswärtigen Amt, um seine Pässe zu verlangen. [1]) Der Bruch mit England ist sonach Tatsache. Die Rede Greys hatte übrigens über die Absichten Englands keinen Zweifel mehr gelassen.

Diese Vorgänge hat bedauerlicherweise das „Berliner Tageblatt" durch ein Extrablatt bekanntgemacht. Die Volksmenge, die jetzt jeden Abend Unter den Linden versammelt ist, und gestern wegen der Abreise des französischen Botschafters auch den Pariser Platz dicht besetzt hatte, zog jetzt vor die Englische Botschaft, um zu demonstrieren, schlug dort alle Fenster ein und wollte das Haus stürmen. Dies wurde noch rechtzeitig von rasch herbeigeholten Polizeimannschaften verhindert. Dass der Tumult nicht bei Beginn unterdrückt werden konnte, lag daran, dass die Polizei vor der Englischen Botschaft anfänglich nur wenig Mannschaft versammelt hatte, da sie dort auf Unruhen nicht gefasst war. Der Pariser Platz vor der Französischen Botschaft war gut besetzt. Dort sind bei der Abreise des Botschafters keine Ausschreitungen vorgekommen.

Als das Auswärtige Amt von dem Tumult vor der Englischen Botschaft erfuhr, eilte Herr von Jagow sofort dorthin, um dem Botschafter Entschuldigungen zu machen. Dass die Mitglieder der Botschaft eine provozierende Haltung eingenommen hätten, wie einzelne Zeitungen melden, ist nicht richtig.

Über den Einmarsch in Belgien ist hier keine Nachricht bekanntgegeben worden. Ohne Zweifel wird aber auch der belgische Gesandte seine Pässe verlangen und erhalten.

Holland hat, wie ich schon gemeldet, auf die deutscherseits gegebene Zusicherung der Achtung seiner Neutralität seinerseits Neutralität zugesichert. Auch Dänemark hat sich neutral erklärt.

---

[1]) Telephonisch schon am 4. August nachm. mitgeteilt.

Im übrigen habe ich im Auswärtigen Amt noch folgendes erfahren: Der österreichische Aufmarsch an der russischen Grenze ist nahezu vollendet. Man erwartet die österreichische Kriegserklärung an Russland für heute. Österreich hat hier mitgeteilt, dass es jedem russischen Angriff an seiner Grenze völlig gewachsen und sogar numerisch der gegen Galizien versammelten Armee überlegen sei.

Die Frage, ob Österreich auch Frankreich und England den Krieg erklären soll, wird noch erwogen.

Militärisch scheint sie von keiner Bedeutung. Unangenehm wäre nur das Verbleiben der Vertretungen dieser Staaten in Wien.

Was die gestern schon angekündigte deutschlandfreundliche Haltung Bulgariens und der Türkei [1]) betrifft, so sagte man mir heute, dass die Verhandlungen hierüber noch nicht abgeschlossen seien.

Dieser Bericht sowie alle künftigen schriftlichen Mitteilungen werden Ew. Exz. erst 47 Stunden nach der Absendung zukommen, da bis auf weiteres nur ein einziger Zug, und zwar um 8 Uhr 57 Min. abends nach München abgelassen wird, der am übernächsten Tag um 7 Uhr 28 Min. abends dort ankommt.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 83

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Berlin, den 5. August 1914

Hochverehrter Freund!

Soeben erfahre ich, dass der Generalstabschef Generaloberst von Moltke sich heute über die Lage wie folgt ausgesprochen hat.

Er wisse auf das bestimmteste, dass zwischen Russland, Frankreich und England ein Angriffskrieg gegen Deutschland für das Jahr 1917 abgemacht war und vorbereitet wurde. Als Leiter der Machenschaft betrachtet Moltke Russland. Man könne es als ein Glück betrachten, dass durch den Mord in Serajewo die von den drei Mächten angelegte Mine schon in einem Zeitpunkt aufgeflogen sei, in dem Russland nicht fertig, und die französische Armee sich in einem Übergangsstadium befinde. Gegen die drei vollkommen gerüsteten Staaten würde Deutschland einen schweren Stand gehabt haben.

Den Krieg gegen Russland und Frankreich, wie wir ihn jetzt zu führen hätten, sei Deutschland, wenn nicht ein besonderes Unglück

---

[1]) Siehe B, 80.

geschehe, zu bestehen stark genug. Der Zutritt Englands zu den Gegnern erschwere ohne Zweifel unsere Lage, weil die Verproviantierung der Zivilbevölkerung, wenn der Kampf länger dauern sollte, schwierig werden könnte. Dieser Punkt flöße ihm eine gewisse Sorge ein. Trotzdem habe er entschieden abgeraten, die englische Neutralität um den Preis der Schonung des belgischen Territoriums zu erkaufen, auch wenn dies möglich gewesen wäre, was er nicht glaube. Der Angriff vom Reichsland würde der deutschen Armee volle drei Monate gekostet und Russland einen solchen Vorsprung gegeben haben, dass dann auf einen Erfolg auf beiden Fronten nicht zu rechnen gewesen wäre. Wir müssten über Belgien gleich mit aller Macht auf Paris losgehen, um mit Frankreich rasch abzurechnen. Das sei der einzige Weg zum Siege.

Generaloberst Moltke teilte dann noch mit, dass bisher nur unbedeutende Gefechte in Belgien stattgefunden hätten. Morgen aber werde Lüttich besetzt werden, das befestigt sei und Verluste kosten werde. Ein Teil der deutschen Armee sei bereits in Frankreich einmarschiert.

Über die Lage auf dem östlichen Kriegsschauplatz erfahre ich von anderer Seite, dass die Erwartung, Russland werde gleich mit grossen Kavalleriemassen einrücken, nicht eingetroffen ist. An einzelnen Stellen ist Kavallerie, auch eine Kavallerie-Division, über die Grenze gekommen, aber leicht zurückgeschlagen worden. Auch die anderen Gefechte bei Kalisch und Tschenstochau sind für uns gut abgelaufen. Das alles ist aber ohne Bedeutung. Die Entscheidung wird wohl in nicht zu langer Zeit im Norden Frankreichs fallen.

G. H. Lerchenfeld

Personen- und Sachverzeichnis

Adria 11
Agence Havas 62
Agram 133, 143
Ägypten 185
Albanien 4, 10, 13, 111, 115, 124, 127, 128
Algeciras 107
Aliotti, italienischer Gesandter in Albanien 10
Alt-Serbien 142
Amerika, Amerikaner 26, 32, 36, 40, 73, 77, 90, 115
Amerikanische Botschaft in Paris 183
— Gesandtschaft in der Schweiz 33, 73
— Präsident, siehe Wilson
— Pazifist, siehe Herron
Amsterdam 137
Aosta, Herzog von 128
Aral, René de, Korrespondent des Gaulois 136
Artstetten 120
Astrachan 167
Auer, Erhard, bayer. Minister des Innern 84
Augsburg 79
Auswärtiges Amt in Berlin 17, 60, 61

Badischer Gesandter in Berlin, siehe Berckheim
— Ministerium des Äussern 92
Balkan 4, 13, 22, 114, 116, 125, 180
— politik 107
Ballplatz 18, 116, 129, 133, 156, 173, 177, 181
Bamberg 97
Basel 45
Bauer, Gewerkschaftsvorsitzender in Frankfurt a. M. 48
Bayern, bayerisch 25, 26, 28, 30, 31, 32, 38, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 51, 53, 59, 60, 63, 67, 70, 72, 74, 75, 78, 79, 80, 82, 83, 84, 86, 87, 91, 92, 100, 101, 102, 108, 109, 131, 131, 139, 153, 171, 175, 177
— Akten(veröffentlichung) 18, 20, 50, 53, 58, 62, 63, 69, 102, 103, 104
— Antrag auf Staatenkonferenz 81
— Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat 73, 74, 75
Bayern, Bevollmächtigter in Berlin, siehe Lerchenfeld, Muckle, Schoen
— diplomatischer Dienst, Berichterstattung 4, 63, 99, 101, 102, 103, 105
— Gesandtschaft in Berlin, siehe Lerchenfeld, Muckle, Schoen
— — in Paris, siehe Ritter
— — in Petersburg, siehe Grunelius
— — in Rom, siehe v. d. Tann
— — in Wien, siehe Tucher
— Geschäftsträger in Berlin, siehe Schoen
— König, Gesandtenberichte an den — 116, 118, 119, 121, 125, 126, 128, 136, 144, 152, 182
— Kommission zum Besuch der verheerten Gebiete Frankreichs und Belgiens 39, 41
— Landtag, Feststellungskommission des 103
— Ministerium des Äussern 13, 14, 23, 25, 41, 42, 51, 63, 66, 73, 74, 82, 92, 96, 97, 126, 130, 131, 133, 134, 135, 138, 139, 140, 143, 146, 147, 148, 150, 151, 153, 155, 156, 157, 159, 160, 161, 162, 165, 166, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 176, 178, 179, 181
— Ministerpräsident 3, 34, 40, 50, 67, 70, 71, 73, 75, 110 (vgl. auch Eisner und Hertling)
— Reservate 105
— Revolution 27, 29, 49, 86
— Sondergesandtschaft in der Schweiz 28, 92
— Volksregierung, Volksstaat 27, 29, 33
Bayreuth 140
Belgien 15, 16, 19, 40, 41, 56, 180, 182, 184, 186, 188
— Gesandter in Berlin 186
— Neutralität 19, 179, 186
Belgrad 4, 8, 19, 22, 114, 116, 118, 119, 125, 126, 127, 130, 133, 134, 142, 143, 144, 145, 150, 162, 166, 168
Berchem, Johannes, Graf von, Legationsrat bei der deutschen Gesandtschaft in Bern 73
Berchtold, Leopold, Graf von, Minister des K. und K. Hauses und des Äussern, Vorsitzender des österreichisch-unga-

rischen Ministerrates 7, 11, 18, 114, 126, 130, 132, 144, 149, 165
Berckheim, Graf von, badischer Gesandter in Berlin 157
Bergen, Dr. von, Vortragender Rat im Auswärtigen Amt 4, 10
Berlin 13, 14, 15, 18, 19, 20, 22, 23, 24, 25, 39, 43, 49, 51, 52, 53, 58, 59, 60, 61. 62, 63, 64, 66, 69, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 82, 83, 87, 89, 91, 96, 97, 101, 104, 105, 106, 110, 111, 114, 117, 123, 124, 127, 129, 131, 134, 139, 141, 145, 146, 147, 148, 151, 153, 156, 157, 158, 160, 162, 163, 164, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 177, 179, 182, 183, 184, 186, 187
Berliner Korrespondent des Giornale d' Italia 161
— Soldatenräte 45, 62, 79
Berliner Tageblatt 3, 186
— Traktat 139
Bern 34, 37, 48, 60, 62, 63, 73, 76, 77, 86
— bayerische Gesandtschaft 28, 30, 31, 33, 62, 63, 73, 77
— Bundesrat 29
— deutsche Gesandtschaft 28, 88
Bernstein, Eduard, Beigeordneter im Auswärtigen Amt 69
Bethmann Hollweg, Dr. Theobald von, Reichskanzler, preussischer Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen 19, 53, 56, 106, 111, 112
Bienvenu-Martin, französischer Justizminister und Senator 144, 182, 183, 184
Bilinski, Dr. K. von, österreichisch-ungarischer Finanzminister 122
Bilitz 127
Bismarck (Reichskanzler) 67, 68
— Major von, deutscher Militärattaché in der Schweiz 42, 49
Bissolati, italienischer Sozialist 168
Blaubuch, deutsches 21
Böhm, Gottfried, Ritter von, bayer. Ministerresident bei der Schweizer Eidgenossenschaft 42
Böhmen 42
Bosnien 52, 116, 118, 119, 120, 121, 122, 125
Bratianu, J. J. C., rumänischer Ministerpräsident und Kriegsminister 181
Breda 184
Breitenbach, Josef, Kaufmann, Bevollmächtigter der bayer. A.-, S.- u. B.-Räte in Berlin 74
Breitenbach, Paul von, preussischer Minister der öffentlichen Arbeiten, Chef der Reichseisenbahnverwaltung 113
Brenner, Soldatenrat 79
Breunig, Georg von, bayer. Staatsminister der Finanzen 51
Brockdorff-Rantzau, Dr. Ulrich, Graf von, Reichsminister des Auswärtigen 20, 98
Brünn 127
Brüssel 184
Buchanan, Sir George W., englischer Botschafter in Petersburg 137
Budapest 155
Bukarest 57, 114, 181
— Frieden von 12
Bulgarien 7, 12, 13, 15, 18, 20, 57, 118, 149, 164, 178, 182, 187
Burenkrieg 54
Burian, St. von Rajecz, ungarischer Minister a latere 122

Cambon, Jules, französischer Botschafter in Berlin 145, 180, 186
Carranza, mexikanischer General 115
Cattaro 10
Chelius, Oskar von, preuss. Generalleutnant, deutscher Militärbevollmächtigter am russischen Hof 142, 146, 147, 152, 167
China 123
Chotek, Comtesse 117
Clémenceau, französischer Ministerpräsident und Minister des Äussern 19, 30, 33, 60, 61, 62, 63, 64, 67, 84, 88
Cohn, Dr. Oskar 74
Conrad von Hötzendorf, F. Freiherr, General der Infanterie und Chef des österreichisch-ungarischenGeneralstabs 5, 6
Corfu 128
Correspondant (Pariser Zeitung) 137, 138
Corriere della Sera 168
Czernin, Ottokar, Graf von und zu Chudenitz, österreichisch-ungarischer Gesandter in Bukarest 114, 181

Dänemark 149, 186
Daily Telegraph 59
Darmstadt 75
David, Eduard, Dr. phil., Reichtagsabgeordneter, Unterstaatssekretär 60, 72
Delbrück, Clemens, preuss. Staatsminister und Staatssekretär des Innern, Bevollmächtigter zum Bundesrat 157, 158, 175
Delbrück, Hans, Dr. phil., Professor der Geschichte der Universität Berlin, Mitglied des deutschen Viererausschusses 19, 24
Deutschland 8, 9, 12, 13, 15, 17, 19, 20, 21, 22, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31,

32, 33, 34, 35, 37, 38, 39, 40, 41, 43, 48, 49, 52, 54, 55, 56, 57, 59, 60, 61, 62, 64, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 74, 76, 77, 78, 79, 83, 84, 87, 88, 89, 90, 92, 94, 95, 96, 101, 103, 106, 107, 110, 111, 112, 113, 115, 117, 123, 127, 142, 145, 146, 147, 148, 149, 152, 153, 154, 155, 158, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 171, 172, 173, 174, 176, 177, 178, 180, 181, 182, 183, 184, 186, 187
— Aktenpublikation, siehe Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch
Deutsche Allgemeine Zeitung 23, 53, 56, 58, 62, 63, 93, 98
— Armee 188
— Botschafter in London, siehe Lichnowsky
— — in Paris, siehe Schoen, Freiherr von
— — in Petersburg, siehe Pourtalès
— — in Rom, siehe Flotow
— — in Wien, siehe Tschirschky
— Dokumente zum Kriegsausbruch 54, 55, 65, 98, 101, 102, 104, 105
Deutsch-englischer Vermittlungsvorschlag 175
Deutsche Flotte 180
— Friedensdelegation 19, 96, 97
— Gesandtschaft in der Schweiz 36, 48, 49, 165
— Geschäftsträger in Bukarest 178
— Grenze (gegen Russland) 157
— Grenzverletzungen gegen Frankreich 184
— Grosser Generalstab 156
— Hansastädte 91
— Kaiser, siehe Wilhelm II
— Kommission zum Besuch der verheerten Gebiete Frankreichs und Belgiens 39, 40
— Kriegführung 28, 39, 68
— Militärattaché in der Schweiz, siehe Bismarck
— Militarismus, Kriegspolitik 26, 27
— Mobilmachung 134, 166, 173
— Nationalversammlung 70, 80, 81
— Oddfellows 40
— Reichskanzler, siehe Bethmann Hollweg
— Reichstag 22, 107
— Ultimatum an Russland 177
— Vermittlungsvorschlag 22, 170
— Viererausschuss 19, 20, 97
— Weissbuch 17, 20, 94
Deutsch-Österreich 32
Denver (Hauptstadt des nordamerikanischen Staates Colorado) 40
Don 167
Donau(ufer) 142, 150
Donaumonarchie 7, 56, 142
Draesel, M., Kommissär der amerikanischen Regierung 89, 90
Dumaine, A. Chilhaud, französischer Botschafter in Wien 133
Durazzo 115
Dusch, Alexander Freiherr von, badischer Ministerpräsident 157, 175

Ebert, Friedrich, Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten (11. November 1918—11. Februar 1919) 43, 66, 83, 89, 90
Eggeling, Bernhard Friedrich von, Major im Generalstab, Militärattaché bei der deutschen Botschaft in Petersburg 146, 151, 167
Eiffe, Grosskaufmann in Hamburg 89
Eisner, Kurt, bayerischer Ministerpräsident 3, 29, 39, 40, 41, 43, 46, 50, 67, 69, 70, 72, 73, 80, 81, 82, 85, 88, 93, 94, 95, 96, 97, 101
— Enthüllungen Eisners 3 ff, 17, 20, 58, 97
Elisabeth, Kaiserin von Österreich 121
Elsass-Lothringen 54, 56
England, Engländer 9, 10, 13, 16, 18, 19, 21, 22, 26, 31, 36, 37, 54, 55, 58, 67, 77, 90, 94, 95, 111, 112, 133, 136, 137, 142, 145, 147, 149, 150, 151, 154, 156, 158, 160, 164, 167, 168, 169, 170, 172, 175, 178, 179, 180, 181, 182, 186, 187, 188
Englischer Aussenminister, siehe Grey
— Botschafter in Berlin, siehe Goschen
— Botschafter in Petersburg, siehe Buchanan
— Botschaft in Rom 152
Englisch-deutscher Vermittlungsvorschlag 175
— Flotte 137, 181
— Königsbesuch in Paris 136
— Manöver 137
— Neutralität 182, 188
— Vermittlungsvorschlag 170
Epirus, Epiroten 13, 128
Erlangen 79
Erzberger, Matthias, Staatssekretär, Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission 44, 66, 67, 68, 72, 75, 78, 92
Esher, englischer Lord 136
Europa 6, 30, 35, 57, 59, 122, 125, 128, 178
Europäischer Krieg, 23, 93, 95, 102
Excelsior, französische Zeitung 137

Fechenbach, Felix, Privatsekretär Eisners 24
Ferdinand, König von Bulgarien 12
Fernau 39
Finnland 168
de Fiori, Doktor 29
Fiuggi 128, 153, 168, 169
Florenz 137
Flotow, Dr. Hans von, deutscher Botschafter in Rom 153, 168
Foch, Marschall von Frankreich 67, 73
Foerster, Friedrich Wilhelm, Dr. phil., Professor für Pädagogik an der Universität München, bayerischer Gesandter in der Schweiz 28, 29, 30, 31, 39, 41, 42, 49, 50, 60, 61, 62, 63, 64, 68, 73, 74, 80, 90, 91
Franke, W., 88
Frankfurt a. M. 48, 59, 91
Frankfurter Zeitung 107
Frankreich, Franzosen 9, 10, 14, 15, 18, 19, 26, 32, 34, 36, 38, 40, 47, 48, 50, 53, 54, 55, 59, 62, 66, 73, 77, 84, 85, 88, 89, 95, 112, 113, 128, 136, 137, 138, 142, 144, 145, 147, 148, 149, 150, 152, 154, 155, 156, 159, 161, 164, 165, 166, 168, 172, 173, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 187, 188
Französische Armee 15, 172, 176, 187
— Aufmarsch 180
— Botschaft in Bern 48
— Botschafter in Berlin, siehe Cambon
— Fliegerangriffe 180, 181
— Flotte 181
— Grenzüberschreitungen 184
— Justizminister, siehe Bienvenu Martin
— Ministerpräsident, siehe Clémenceau
— Mobilmachung 182
— Presse 119, 137, 144, 148, 157, 183
— Sozialisten 48
Franz Ferdinand von Österreich-Este, Erzherzog, österreichisch-ungarischer Thronfolger 114, 116, 117, 119, 121
Franz Joseph I., Kaiser von Österreich 57, 117, 122, 143, 151, 162, 172, 174, 176, 178, 181
Freiheit 63, 64
Fuad, Prinz von Ägypten 115

Galizien 8, 160, 187
Ganz & Co. (Bankhaus in Paris) 153
Gaulois, Korrespondent des 136
Genf 30, 37, 39, 90
Gent 137
Germersheim 47
Giesl-Gieslingen, W. Freiherr von, österreichisch-ungarischer Gesandter in Belgrad 134, 143, 153
Göos, Roderich 105
Goschen, Sir Edward, englicher Botschafter in Berlin 186
Goudy, Frank, Grosssire der Grossloge der Oddfellows in Denver 40
Graber, Achille, deutscher Sozialist 48
Graz 143
Greffulhe, Comtesse de 136
Grelling, Richard 39
Grey, Sir Edward, englischer Staatssekretär des Auswärtigen 13, 14, 19, 21, 22, 55, 147, 149, 152, 154, 158, 160, 162, 163, 168, 169, 172, 175, 186
Griechenland 13, 118, 128
Grünwald, A. A. von, russischer Oberstallmeister, General der Kavallerie, Generaladjutant des Zaren 146
Grunelius, Ernst, Freiherr von, bayerischer Gesandter in Petersburg 139, 140, 147, 152, 157

Haag 76, 107
Haase, Hugo, Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten 77
Habsburgisches Reich 52, 141
Haeterle, Soldatenvertreter 73
Hamburg 45, 67, 91
Hannover 184
Harden, Maximilian, Schriftsteller 43, 44, 45
Heinrich, Prinz von Preussen 175
Mr Henderson 90
Henne (Soldatenrat) 79
Hermannstadt 133, 143
Herold (russische Zeitung) 139
Herron, George D., Amerikanischer Pazifist 30, 31, 39, 40, 68
Hertling, Georg Dr. Graf, bayer. Minister des K. Hauses und des Äussern, Vorsitzender im Ministerrate 4, 8, 75, 94, 102, 109, 110, 111, 114, 117, 123, 129, 131, 141, 148, 153, 157, 158, 163, 164, 173, 174, 175, 177, 179, 182, 186, 187
Herzegowina 119, 121, 123, 125, 166
Hessen 75
Hindenburg und Beneckendorff, Paul von, preussischer Generalfeldmarschall, Chef des Generalstabs des Feldheeres 70, 76, 77
Hötzendorf, siehe Conrad von Hötzendorf
Hofburg, Wiener 117, 119, 120, 121
Hoffmann, Korrespondenz 50
Hoffmann, bayerischer Ministerpräsident 97
Hohenfinow 124

Hohenlohe-Schillingsfürst, Gottfried Prinz zu, vorgesehen als österreichisch-ungarischer Botschafter in Berlin 114
Hohenzollern 141
Höllenrainer, Soldatenrat 79, 182, 186
Holstein, Aera 111
Holland 15, 68, 184, 186
Horwitz, polnischer Redakteur 34, 35, 38, 50
Hoyos, Alexander Graf von, Kabinettschef des österreichisch-ungarischen Ministers des Äussern 7, 57
Huber, deutscher Sozialist 48
Huerta, Präsident von Mexiko 115
Humbert, König von Italien 153, 169

Instituts français im Ausland 137
Irland 10
Ischl 107, 116, 117, 126, 130, 155
Island 144
Iswolsky, russ. Botschafter in Paris 129, 138, 157, 173, 185
Italien, Italiener 6, 8, 10, 11, 22, 26, 77, 94, 95, 116, 117, 128, 130, 132, 133, 142, 149, 151, 161, 164, 168, 172, 175, 178, 179, 180, 181
Italienischer Botschafter in Berlin 180
— — in Paris 144
— — in Petersburg 146
— Botschaft in Wien 143
— Gesandter in Albanien, siehe Aliotti
— — in der Schweiz 47
— Minister des Äussern, siehe San Giuliano
— Presse 152
Italienisch-tripolitanischer Krieg 54
Jacobi, Bevollmächtigter der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in Berlin 74
Jaffé, Edgar, Dr. phil., Professor für Staatswissenschaften an der Universität München, bayerischer Finanzminister 30, 39
Jagow, Gottlieb von, deutscher Staatssekretär des Auswärtigen 6, 68, 95, 180, 186
Japan 54, 171
Jena 81
Josephstadt 143

Kalisch 188
Karol, König von Rumänien 12, 150, 178
Karlsruhe 92
Kasan 156, 167
Kautsky, Karl, Redakteur der Neuen Zeit 60, 65, 69, 76, 98
Kawalla 13
Kiew 140, 146, 151, 156, 167
Kissingen 79
Knilling, Eugen Dr. von, bayer. Staatsminister für Kultus 51
Kölnische Zeitung 124
Kokowzeff, russischer Ministerpräsident 138
Konopischt 117
Konstantinopel 54
Kopenhagen 76, 138
Kothieringer, Soldatenrat 79
Kragujevac 134, 143
Krasnoje 146
Kroatien 120
Kronprinz, deutscher 176
Krupp 28
Kuban 167
Kucharski, Berichterstatter des Matin 89

La Chaux-de-Fonds 48
Landsberg, Volksbeauftragter für Presse, Literatur und Kunst 90
Lang, Soldatenrat 79
Ledebour, Georg, 85, 90
Lenin, Volkskommissar der russischen Sowjetrepublik 35
Lerchenfeld, Graf Hugo von, bayer. Gesandter in Berlin und Bevollmächtigter zum Bundesrat 4, 8, 15, 16, 18, 19, 20, 23, 51, 52, 53, 59, 75, 106, 110, 113, 115, 118, 154, 156, 158, 159, 162, 164, 165, 170, 172, 174, 176, 178, 179, 180, 182, 187, 188
Libyen 128
Lichnowsky, Karl Max, Fürst, deutscher Botschafter in London 17, 154, 158, 175
Liebknecht, Karl, Dr. jur., Unabhängiger Sozialist 44, 45, 90
Liman, Otto von, Generalleutnant, Führer der deutschen Militärmission in der Türkei 112, 123
Lindner, Dr. 91
Lindau 39, 171
Lössl, Sigmund, Ritter und Edler von, bayerischer Staatsrat 102, 106, 107, 108
Lokalanzeiger 141, 162, 174
London 53, 90, 136, 137, 142, 152, 158, 175
Louvre, Englische Ausstellung im — 136
Lovzen (Berg) 11, 13
Lucius, Hellmuth von, deutscher Gesandter in Albanien 124
Lüttich 137, 188
Luxemburg 19, 183

Macchio, K. Freiherr von, I. Sektionschef im österreichisch-ungarischen Ministerium des Äussern 133
Madrid 137

Mandschurisch-mongolische Frage 178
Marguerie de, Gesandter und französischer Kabinettschef 145, 183, 184
Marokko 38, 185
Matin 89
Mazedonien 133
Meiner (Geschichtskalender) 25
Meinl, Kommerzialrat, Sachverständiger der Wiener Regierung in wirtschaftlichen Angelegenheiten 47
Mendelssohn-Bartholdy, Albrecht, Dr. jur., Professor an der Universität Würzburg, Mitglied des deutschen Viererausschusses 19, 24, 98
Mensdorff-Pouilly-Dietrichstein, A. Graf von, österreichisch-ungarischer Botschafter in London 160
Merckle, Dr., unter Eisner im Ministerium des Äussern in München tätig 96
Merey, von Kapos-Mére, österreichisch-ungarischer Botschafter in Rom 10, 168, 181
Messagero (italienische Zeitung) 168
Mexiko 111, 115
Ministerpräsident (von Bayern), siehe Eisner
Mirbach-Harff, Graf von, Vortragender Rat im deutschen Auswärtigen Amt 149
Moltke, Hellmuth von, preussischer Generaloberst, Chef des Generalstabs der Armee 14, 102, 176, 187, 188
Montenegro 6, 11, 13, 119, 166
Montgelas, Adolf Graf von, Vortragender Rat im deutschen Auswärtigen Amt, Mitglied des deutschen Viererausschusses 19, 24, 98
Montgelas, Maximilian Graf von, K. bayerischer Generalleutnant 123
Moskau 119, 137, 140, 151, 156, 167
Mostar 119
Muckle, Friedrich, Dr. phil., Privatdozent für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Heidelberg, bayer. Gesandter in Berlin, 18, 43, 45, 46, 62, 63, 64, 73, 74
Muehlon, Dr. 17, 30, 46
Müller, Soldatenrat 79
München 3, 13, 14, 27, 28, 29, 30, 31, 39, 40, 41, 43, 46, 49, 50, 62, 63, 64, 72, 76, 77, 78, 80, 81, 84, 88, 89, 92, 97, 101, 108, 109, 131, 140, 150, 153, 162, 163, 164, 169, 170, 172, 177, 182, 187
— Arbeiter- und Soldatenrat 80
München-Augsburger Abendzeitung 3
Münchner Neueste Nachrichten 49, 62, 63
Münchener Zeitung 62
Münster 184

Napoleon 59
Narodna Odbrana 122
Nauen 62
Naumann, Viktor 106
Neue Freie Presse 143
Neuhebriden 137
Neuserbien 178
Nieberl, Soldatenrat 79
Nikita, König von Montenegro 13, 119
Nikolai Michailowitsch, russischer Grossfürst 167
Nikolaus, Kaiser von Russland 174
Nordsee 18
Norwegen 138
Nowoje Wremja 137, 146
Nürnberg 180, 181, 184

Obrenowitsch 116
Odessa 36, 140, 146, 151, 156, 167
Österreich-Ungarn, Österreicher 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 18, 20, 21, 22, 23, 32, 34, 52, 54, 56, 57, 93, 94, 95, 102, 103, 108, 109, 110, 115, 118, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 139, 140, 141, 142, 143, 145, 146, 147, 149, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 173, 174, 175, 177, 178, 180, 181, 182, 185, 187
Österreichische Aktenveröffentlichung 105, 145
— -ungarische Armee 141, 148, 156, 160
— — Botschafter in Berlin, siehe Szögyény
— — Botschafter in Paris, siehe Szécsen
— — Botschafter in Petersburg, siehe Szápáry
— — Botschaftsrat in Berlin 11
— — Generalstab 133
— — Gesandter in Belgrad, siehe Giesl
— — Gesandter in Bukarest, siehe Czernin
— — Gesandter in München, siehe Velics von Lászlofalva
— — Grenze gegen Russland 151
— — Kriegserklärung an Russland 187
— — Mobilmachung 134, 139, 157
— — Note an Serbien 8, 19, 52, 58, 95, 108, 110, 127, 129, 131, 135, 138, 142, 145, 146, 151, 168
— — Thronfolger, siehe Ferdinand
— -serbischer Konflikt 17, 53, 55, 58, 94, 95, 138, 139, 161, 167
Orenburg 167
Oskar, Prinz von Preussen 176
Ostasien 123

Paar, Eduard, Graf, Generaladjutant des Kaisers Franz Joseph 116
Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg 146
Pallavicini, J. Markgraf von, österreichisch-ungarischer Botschafter in Konstantinopel 149
Paris 13, 14, 39, 53, 88, 104, 105, 112, 113, 136, 137, 138, 142, 144, 147, 149, 150. 153, 157, 164, 165, 166, 171, 172, 173, 178, 182, 183, 188
Pariser Friede 30
— Presse 39, 142, 145
Pasitsch, Nikolaus, serbischer Ministerpräsident 132, 143
Pest 133
Peterhof 130, 146
Petersburg 5, 14, 18, 21, 22, 55, 58, 104, 105, 112, 129, 131, 133, 137, 138, 140, 142, 146, 147, 148, 150, 151, 152, 154, 157, 158, 160, 162, 163, 166, 167, 168, 171, 172, 174, 178, 179, 185
Petersburger Zeitung 139
Pfalz 76, 88
Philipps, engl. Oberst 115
Piémont 169
Poincaré, Raymond, Präsident der französischen Republik 4, 18, 129, 131, 136, 150
Polnischer Redakteur (Horwitz) 34
Porte Dauphine 184
Potiorek, O., österreichischer Feldzeugmeister und Armeeinspektor, Landeschef von Bosnien und der Herzegowina 119
Potsdam 18, 20, 57, 140, 154
Pourtalès, Friedrich Graf von, deutscher Botschafter in Petersburg 146, 147, 148, 151, 152, 157, 158, 160, 165, 166, 167, 178
Prag 143
Prem, Soldatenrat 79
Preussen 28, 45, 59, 69, 74, 83, 109, 113, 170
— Generalstab, siehe Moltke
Preussischer Gesandter in München, siehe Treutler
— Kriegsminister 20
Progrès de Lyon (französische Zeitung) 89
Puchheim, Gefangenenlager 50

Quidde, Ludwig Dr. phil., Professor, Mitglied des bayerischen Vorparlaments 84, 86, 87

Ragusa 133, 143
Reichsregierung 3
Revue bleue (französische Zeitung) 136
Rex, Rudolf Graf von, sächsischer Gesandter in Wien 107
Rey, Marcell, französischer Journalist 89
Ritter zu Grünstein, Lothar Freiherr von, bayerischer Gesandter in Paris 138, 145, 153, 157, 173, 185
Rom 105, 128, 138, 149, 152, 153, 161, 168, 169, 180
Romberg, Freiherr von, deutscher Gesandter in Bern 48
Rösemeyer 39
Rotbuch (österreichisches) 23
Rumänien 6, 12, 22, 57, 125, 164, 172, 175, 178, 181
Rumänien, König von, siehe Karol
Russland, Russen 4, 6, 7, 9, 12, 21, 22, 41, 52, 54, 55, 95, 111, 112, 113, 127, 129, 133, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 150, 151, 152, 154, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 181, 185, 187, 188
Russische Armee 154, 167, 171
— Bolschewismus, Bolschewisten 34, 85
Russischer Botschafter in Berlin, siehe Swerbejew
— — in Paris, siehe Iswolsky
— — in Wien, siehe Schebeko
— Botschaftsrat in Paris 157
— Generalstabschef 137, 167
— Grenzbahnen 138
— Hauptquartier 142
— Institut in Paris 138
— -japanischer Krieg 54
— Kriegsminister 148, 151
— Marineminister 137
— Minister des Auswärtigen, siehe Sasonow
— Ministerratssitzung 138
— Mobilmachung 25, 58, 152, 156, 157, 166, 167, 172, 173
— Studentenabordnung in Paris 137

Sachsen 45, 107, 140
San Giuliano A. Marquis di, italienischer Minister des Auswärtigen 10, 128, 153, 169
Sanders, Stephen, Mitglied des englischen Parlaments, Sekretär der Fabian-Gesellschaft 90
Santa Anna di Valdieri 169
Sasonow, S. D., russischer Minister des Auswärtigen 18, 146, 147, 148, 151, 152, 157, 158, 160, 165, 166, 167, 168, 170, 171, 175
Sassenbach, deutscher Sozialist 48
Schebeko, S. von, russischer Botschafter in Wien 133, 144, 151, 165

Scheidemann, Philipp, Volksbeauftragter für Finanzen 44, 72, 90
Schmid, Eduard, Redakteur der „Münchner Post“, Mitglied des Vorparlaments 85
Schoen, Hans von Dr. phil., Legationsrat bei der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, vorübergehend Geschäftsträger 4, 13, 18, 20, 23, 46, 53, 75, 93, 94, 97, 98, 102, 103, 106, 124, 131, 132, 134, 139, 140, 142, 148, 150
Schoen, W. Freiherr von, deutscher Botschafter in Paris 144, 145, 147, 166, 173, 178
Schönbrunn 116
Schroeder, Soldatenrat 80
Schücking, Walther Dr. jur., Professor an der Universität Marburg 98
Schwarzer, Gewerkschaftssekretär der christlichen Gewerkschaft, Mitglied des Vorparlaments 85
Schweden 150, 178
Schweiz 29, 30, 31, 33, 35, 36, 47, 49, 64, 68, 74, 80, 90, 92, 171
— Komitee zur Verbreitung des Völkerbundes 45, 46
Seidlein, Lorenz, Ritter von, bayer. Minister für Verkehrsangelegenheiten 51
Serajewo 5, 54, 56, 57, 114, 116, 118, 119, 122, 125, 126, 130, 132, 133, 139, 143, 187
Serbien, Serben 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 18, 20, 21, 22, 23, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 93, 94, 95, 103, 108, 109, 114, 115, 116, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 149, 150, 151, 152, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 165, 166, 167, 168, 169, 171, 176, 178, 185
— Antwortnote 22, 133, 143, 156
— Armee 149, 150
— Gesandter in Rom 152
— Gesandtschaft in Berlin 118, 141, 149
— Gesandtschaft in Wien 120, 143
— Ministerpräsident, siehe Pasitsch
— Presse 132
— österreichischer Konflikt 17, 20, 93, 102
(Gross)-Serbien 5, 57, 107, 119, 121, 122
Serbophiler Kurs Österreichs 122
Skandinavische Länder 145
Skutari 115
Slaven, Slaventum 6, 116, 127, 133, 139, 141, 144, 156, 159
Sofia 149
Solf, Wilhelm, Dr. phil., deutscher Staatssekretär 60, 66, 68, 69, 72, 75, 76, 82
Sorbonne 136
Spanien 112
St. Gilla, Weiler mit Schloss bei Regensburg (Bayern) 153
Stockholm 131, 138, 150
Stolberg, Wilhelm, Prinz zu Stolberg-Wernigerode, Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in Wien 11, 132
Stumm, Wilhelm von, Geheimer Legationsrat und Dirigent der Politischen Abteilung des deutschen Auswärtigen Amts 140, 148
Stuttgarter Konferenz 92
Suchomlinow, W. A., russischer Kriegsminister 55, 152
Süddeutschland 44, 69, 92
Swerbejew, S. N., russischer Botschafter in Berlin 118, 141, 144, 174, 179
Syrien 181
Szápáry, Graf von, österreichisch-ungarischer Botschafter in Petersburg 147, 151, 160, 165, 168
Szecsen, N. Graf von Temerin, österreichisch-ungarischer Botschafter in Paris 173, 185
Szögyény-Marich, Graf von, österreichisch-ungarischer Botschafter in Berlin 4, 12, 57, 95, 106, 114, 139, 142

Tankositsch, Voislav, serbischer Major, Verhaftung durch die serbische Regierung 150
Tann-Rathsamhausen, Rudolf Freiherr von und zu der, bayerischer Gesandter bei der italienischen Regierung 128, 161, 169
Temes-Kubin 150
Temesvar 133, 143
„Temps“ 89
Tepik 115
Terek 167
Thelemann, Heinrich, Ritter von, bayer. Justizminister 51
Tirol 140
Tisza, Stephan, Graf von Borosjenö und Szeged, ungarischer Ministerpräsident 126, 130, 170
Tittoni, Tommaso, italienischer Botschafter in Paris 144
Tokio 178
Toledo 137
Trentino 11, 12, 95
Treutler, Karl Georg von, preussischer Gesandter in München 97, 109
Trient 11

Troppau 127
Tschechen 78, 84, 144
Tschenstochau 188
Tschirschky und Bögendorff, Heinrich von, deutscher Botschafter in Wien 57, 107, 108, 148
Tucher von Simmelsdorf, Heinrich, Freiherr von, bayerischer Gesandter in Wien 106, 107, 117, 119, 121, 122, 126, 127, 129, 130, 134, 135, 144, 151, 155, 156, 159, 160, 161, 166, 170, 177, 178, 181
Türkei 6, 15, 112, 115, 122, 149, 178, 182, 187
Tuilerien 136
Tunis, Tunesier 128

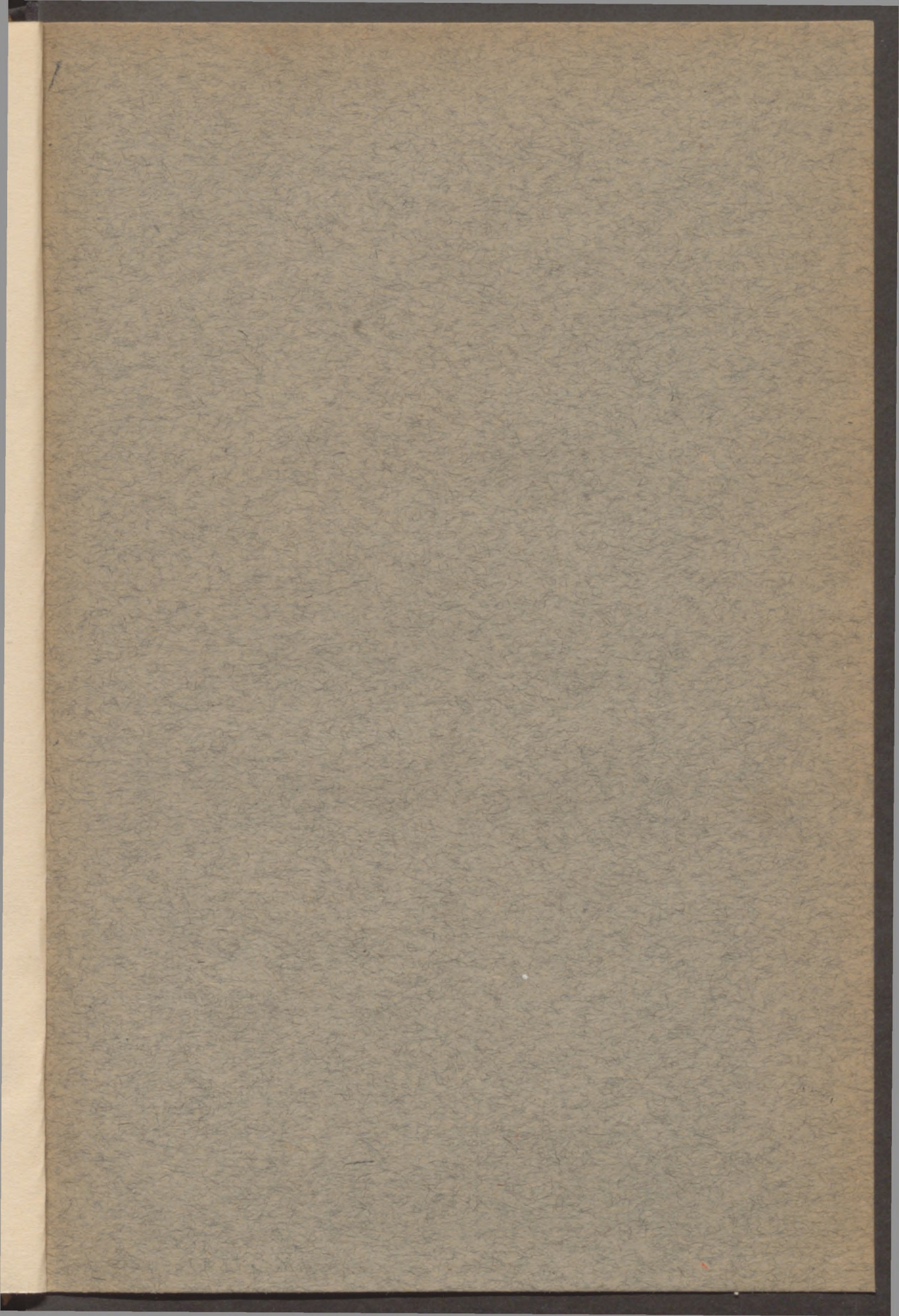
Ungarn 6, 114, 117, 143, 155
— Abgeordnetenhaus 5
Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung 106
Ural 167
Üxküll, Graf, Attaché bei der russischen Botschaft in Paris 138

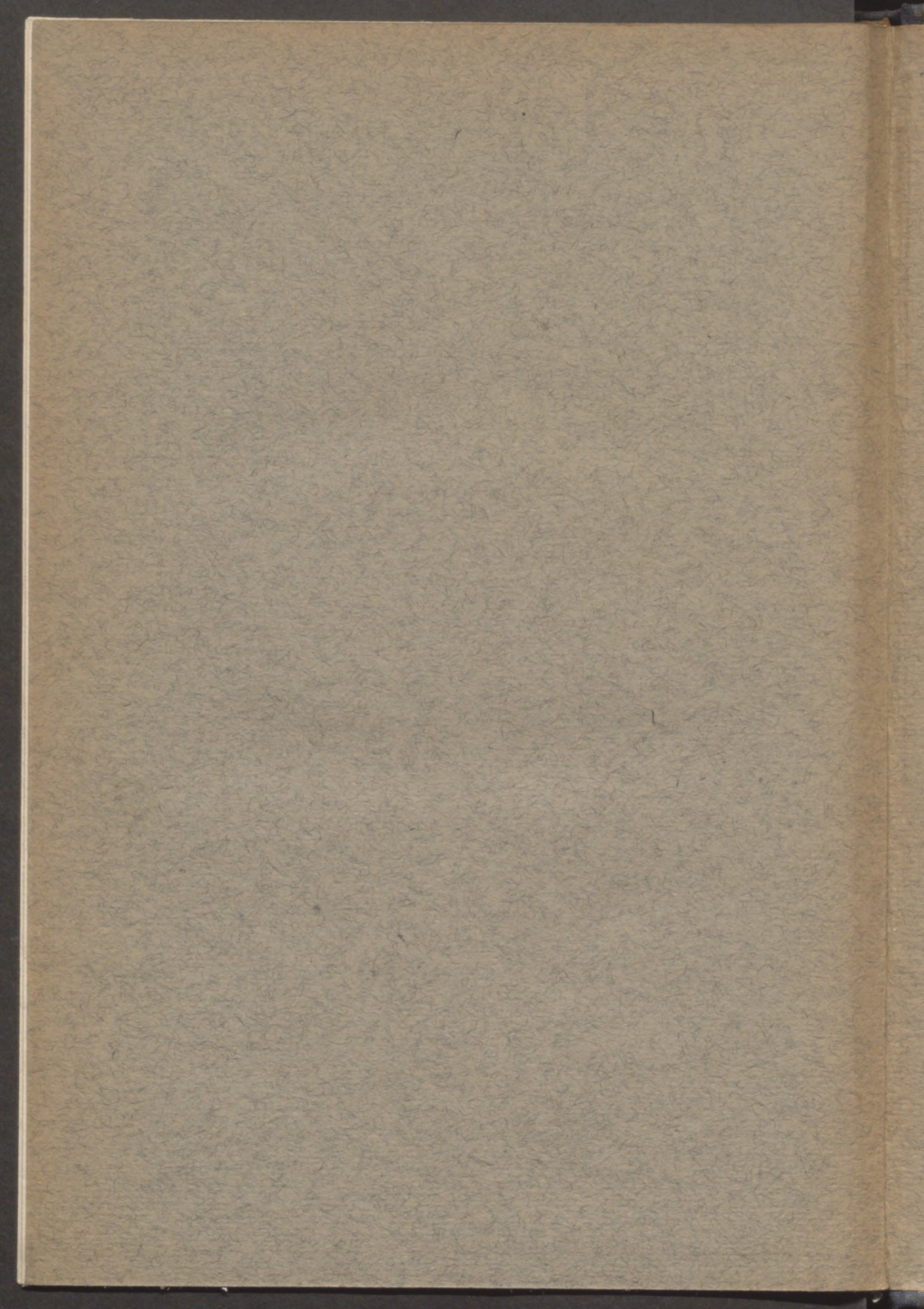
Vallombrosa 153, 169
Valona 11, 175
Velics von Lászlófalva, Ludwig, österreichisch-ungarischer Gesandter in München 109, 155
Vereinigte Staaten, Präsident, siehe Wilson
Versailles 17, 23, 96, 97, 101
Vidin, Gebiet von 12
Viktor Emanuel, König von Italien 181
Villa, mexikanischer General 115
Viviani, René, französischer Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen bis 3. August 1914 5, 18, 137, 145, 166, 183, 184 (vgl. Bienvenu-Martin)

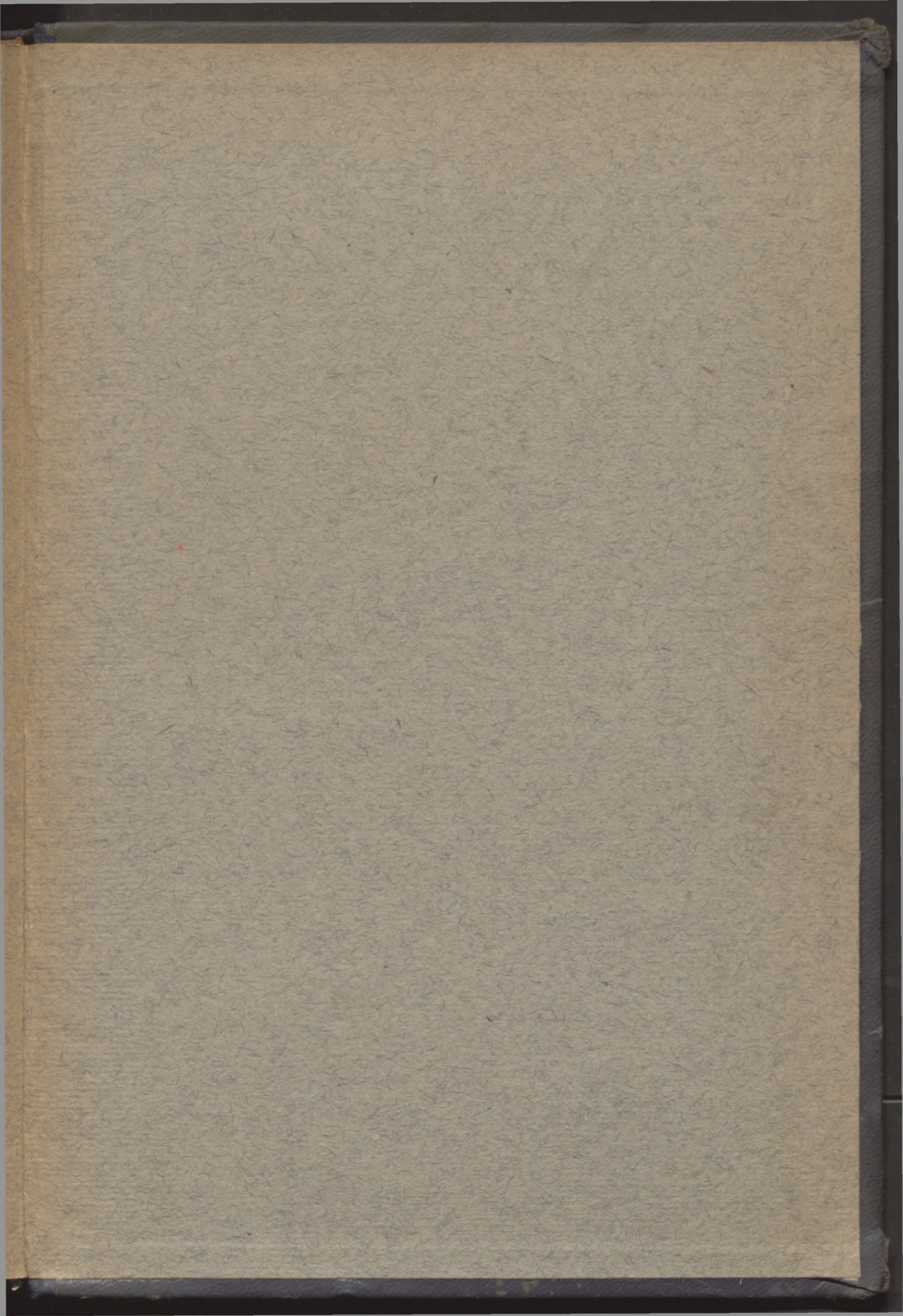
Wahnschaffe, Unterstaatssekretär in der deutschen Reichskanzlei 154
Warschau 140, 152, 167
Weber, Max, Dr. jur. Professor für Nationalökonomie an der Universität München, Mitglied des deutschen Viererausschusses 19, 24
Weigel, Soldatenrat 79
Weiss, Dr., Grosssire der deutschen Oddfellows 40
Weizsäcker von, Dr. jur. et med., württembergischer Ministerpräsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten 157, 175
Westminster Gazette 22, 59, 175
Wied, Prinz Wilhelm zu, Fürst von Albanien 13, 115, 124
Wien 4, 5, 6, 7, 10, 11, 12, 13, 18, 20, 21, 22, 47, 55, 57, 58, 95, 104, 105, 107, 116, 117, 118, 119, 121, 123, 124, 125, 126, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 143, 144, 145, 147, 149, 150, 151, 153, 154, 155, 157, 159, 160, 161, 162, 163, 165, 166, 169, 170, 171, 175, 176, 178, 180, 181, 185, 187
Wilbrandt 74
Wilhelm, Fürst von Albanien, siehe Wied
Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preussen 33, 57, 114, 115, 117, 143, 152, 162, 163, 166, 168, 178, 185
Wilna 152, 167
Wilson, Woodrow, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika 25, 26, 30, 39, 45, 54, 67, 68, 71
Wolff'sches Telegraphenbureau 3, 159
Wurm, Staatssekretär des Reichsernährungsamts 77
Würzburg 24

Zimmermann, deutscher Unterstaatssekretär des Auswärtigen 4, 5, 6, 7, 9, 11, 52, 56, 68, 94, 95, 106, 118, 123, 124
Zographos, Führer der aufständischen Epiroten 128
Zürich 28, 29, 30, 31, 33, 37










BIBLIOTEKA
VNIWERSYTECKA
13945
W TORVNIV